Rechtsradikalismus und Rassenfrage in den USA — diese beiden eng miteinander verbundenen Probleme haben insbesondere seit der Präsidentschaftskandidatur des Senators aus Arizona, Barry Goldwater, und seit den Rassenkrawallen in verschiedenen amerikanischen Städten auch die deutsche Öffentlichkeit in zunehmendem Maße beschäftigt.

Die beiden Verfasser, Professoren an der University of California, legen hier eine Studie vor, die sich nicht nur mit den historischen, politischen und ökonomischen, sondern auch mit den soziologischen und psychologischen Ursachen und Hintergründen der Rassendiskriminierung und des Rechtsradikalismus in den USA auseinandersetzt. Die Entwicklung, gegenwärtige Situation und Stärke der Rechten, ihrer maßgebenden Vertreter und Organisationen, ihrer Zeitschriften und Publikationen wird ebenso untersucht wie der Stand der Rassenintegration, die Lage und das Verhalten der Farbigen und der Farbigengruppen, die Bürgerrechtsbewegung und -gesetzgebung, ihre schon sichtbaren Folgen und ihre Zukunftschancen.

Da die innenpolitischen Probleme sich auch auf die außenpolitischen Handlungen und Aktionen der USA auswirken, liefert die Studie nicht zuletzt einen Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen Außenpolitik.

Ein großer Vorzug des Buches liegt darin, daß es sich nicht um eine Übersetzung, sondern um eine speziell für den deutschen Leser geschriebene Untersuchung handelt, die einerseits bestimmte Vorgänge und Erscheinungen der amerikanischen Innenpolitik nicht als bekannt voraussetzt und andererseits besonders solche Fragen detailliert behandelt, die vor allem den außenstehenden Beobachter interessieren.

PETER H · MERKL

OTEY M · SCRUGGS

RASSENFRAGE UND RECHTSRADIKALISMUS IN DEN USA

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

VORWORT

Als die Verfasser dieses Buches an den letzten Kapiteln arbeiteten, tobte gerade wieder ein großer Rassenkrawall, diesmal im Stadtteil Watts von Los Angeles, kaum hundert Meilen von Santa Barbara entfernt. Die amerikanische Öffentlichkeit reagierte mit Entsetzen, nachdem sie doch erst wenige Tage vorher der Sicherung des Wahlrechts der Farbigen durch die jüngste Gesetzgebung der Johnson-Regierung applaudiert hatte. „Ja, was wollen denn die Farbigen nur?" fragten sich viele naive Amerikaner, während andere sich dahingehend äußerten, daß durch Aufruhr und Gewalt doch gewiß kein sozialer Fortschritt zu erreichen sei. Von Brandstiftungen und Ausschreitungen abgestoßen, gelangten die meisten zu dem Schluß, die Farbigen seien eben nach wie vor ein unangenehmes Problem der amerikanischen Gesellschaft, ganz gleich, wieviel man auch zu ihren Gunsten unternehme.

Nun ist es zwar ohnehin billig, von den arbeitslosen, ungebildeten und meist vaterlosen farbigen Halbstarken der Rassenkrawalle ein vernunftbetontes Handeln zu erwarten, dessen man sich selbst trotz Bildung und Wohlstand nur sehr bedingt befleißigt. Doch das Wort vom „unangenehmen Problem" ist eine besonders typische Reaktion, legt es doch ebenso wie „die Juden sind unser Unglück" Anschauungs- und Einstellungsweisen bloß, die auch vor dem gegenwärtigen Anlaß längst bestanden haben und mit ihm kausal verbunden sind. Die Farbigen als „unangenehmes Problem" abzutun hat auch den Charakter einer Prophezeiung, die sich selbst erfüllt, ganz ähnlich wie die Brandmarkung des Verhaltens bestimmter Jugendlicher als „Halbstarkenproblem". Einem Jugendlichen, der die Feindseligkeit der Erwachsenengesellschaft, der Presse und der Polizei spürt, bleibt ja fast nichts anderes übrig, als seinem Halbstarken-Imago gerecht zu werden. Und bei der amerikanischen Farbigenminderheit heben die Bundesgesetze und Sozialmaßnahmen, so

begrüßenswert sie auch sein mögen, die psychologische Wirkung der Absonderung als „unangenehmes Problem" noch lange nicht auf. Eine derartige Aufhebung kann nur in geduldiger Kleinarbeit von seiten aller Beteiligter und auf lange Sicht hin erfolgen, bis eben die Schatten der unglücklichen Vergangenheit kürzer werden und die Menschen verschiedener Hautfarbe einander wieder wie am ersten Tag in aller Unbefangenheit gegenübertreten können, Mensch zu Mensch, spontan und offenherzig. Bis dahin wird es wohl auch weiterhin farbige Amerikaner geben, die aus tiefster Seele in ihrem weißen Gegenüber die Bedrücker von gestern hassen und sich unter gewissen Umständen im Aufruhr Luft machen, sowie weiße Amerikaner, die ihre Schuldgefühle über die Vergangenheit mit erneutem Fingerdeuten auf das „unangenehme Problem" zu rechtfertigen suchen. Unter den Schatten der Vergangenheit läßt sich die Unschuld des Anfangs nicht so schnell wiederherstellen.

Die Abfassung dieser Schrift beanspruchte in allem etwa drei Jahre, wobei jedoch die persönlichen Erfahrungen der Verfasser, die dazu beitrugen, weit über diesen Zeitraum hinausgingen. Die Hauptlast der Beschreibung der Farbigenfrage fiel naturgemäß auf Professor Scruggs, während Professor Merkl die Reaktion und den politischen Rahmen bearbeitete und das Ganze ins Deutsche übertrug. Die Verfasser möchten hier auch den Herausgebern der „Politischen Vierteljahresschrift" ihren Dank für die Erlaubnis abstatten, zwei bereits in der PVJ erschienene Aufsätze in veränderter Form als Teile dieses Buches wiederzubringen. Dank gebührt auch Frau Berta Merkl in München für ihre sorgfältige Ausführung und Korrektur der Reinschrift des Manuskriptes.

Januar 1966 — Peter H. Merkl
Santa Barbara, Kalifornien — Otey M. Scruggs

Die Unruhe in der amerikanischen Politik

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1964 sind zwar längst vorbei, und der Herausforderer nicht nur der Kennedy-Johnson-Regierung, sondern der ganzen politischen Tradition Amerikas ist eindeutig besiegt. Doch war der Aufstieg des Senators Goldwater zur Präsidentschaftskandidatur einer der beiden großen Parteien allein schon ein Zeichen des Unbehagens und der Unruhe in der amerikanischen Politik, die sich nun schon seit fast eineinhalb Jahrzehnten immer wieder bemerkbar machen. In den letzten Jahren waren es besonders die rechtsradikalen Umtriebe und das Auftauchen mehr oder weniger geheimnisvoller Organisationen der äußersten Rechten, die die Welt aufhorchen ließen. Nach dem schrecklichen Attentat auf den amerikanischen Präsidenten Kennedy waren weite Kreise Europas und Amerikas zunächst überzeugt, der Täter oder seine Mithelfer seien der äußersten Rechten zuzurechnen, deren Haßgefühle dem Ermordeten gegenüber ja oft zum Ausdruck gebracht worden waren. Des weiteren deckte auch die Bürgerrechtsbewegung der Farbigen und der ihnen wohlgesinnten Kreise einen schwelenden Unruheherd auf, der vor allem wegen der Reaktion südstaatlicher und ressentimentgeladener Elemente viel Aufmerksamkeit auf sich zog. Die sogenannten Rassenkrawalle in New York, Rochester, Jersey City, Philadelphia und Los Angeles schließlich überzeugten auch die den amerikanischen Angelegenheiten am fernsten stehenden Kreise der europäischen Öffentlichkeit, daß die innere Stabilität der größten Demokratie des Westens bedroht war. Die Nominierung Goldwaters durch die Republikanische Partei verwunderte kaum noch, war sie doch nur der Gipfelpunkt einer lange vorauszusehenden Entwicklung.

Bei den Betrachtungen, die in der europäischen Öffentlichkeit über die Unruhe in der amerikanischen Politik angestellt wurden, war natürlich ausschlaggebend, daß ohne die Vereinigten Staaten eine

Verteidigung des Westens gegen Bedrohungen aus dem Osten fast undenkbar ist. Die Verteidigungspolitik Amerikas und damit auch seine politische Führung dürfen einfach nicht in falsche oder leichtfertige Hände geraten, da sonst die prekäre Weltsituation sich ganz erheblich zugunsten des Ostens verschieben oder ein Atomkrieg losbrechen könnte, in dem alle verlieren müßten, selbst die Unbeteiligten. Auch gilt das demokratische Prestige Amerikas in einer Welt, in der über drei Viertel der Menschheit der demokratischen Regierungsform noch sehr skeptisch gegenüberstehen, als eine moralische und ideologische Festung westlich-liberaler Denkart im Wettkampf gegenüber dem Sirenengesang des Kommunismus. Wenn sich also die amerikanische Demokratie als brüchig erweist — und man verfolgte ja die Rassenfrage und die Goldwater-Kandidatur in Asien und Afrika mit dem größten Interesse —, dann erleidet der Westen eine vielleicht nicht mehr gutzumachende Schlappe in dem Wettrennen der Sozialphilosophen mit Bevölkerungswachstum, Hunger und wirtschaftlicher Rückständigkeit.

Dabei war jedoch das europäische Verständnis für die amerikanische Unruhe von den bei aller Gemeinsamkeit noch recht erheblichen Schranken, die die Kultur und Gesellschaft Amerikas von Europa trennen, sehr beeinträchtigt. Die Verzerrungen im Spiegel der europäischen Presse und der europäischen Amerika-Literatur waren in den seltensten Fällen böswillig gemeint, sondern eher einsichtslos. Selbst die besten Zeitungen und Beobachter konnten oft nicht umhin, europäische Verhältnisse und Denkkategorien der widerstrebenden amerikanischen Materie aufzudrängen. Man sprach etwa vom amerikanischen „Kleinbürgertum", das hinter Goldwater stehe, ohne zu bedenken, daß eine derartige Charakterisierung den europäischen Leser hoffnungslos in die Irre führen mußte, von der Unrichtigkeit und Unvollständigkeit einer solchen Behauptung ganz zu schweigen. Auch die Reportagen über die sogenannten Rassenkrawalle waren oft eine seltsame Mischung von Sensationsmache und Naivität, mit unrichtigen oder Rassenvorurteil verratenden historischen Bemerkungen verbrämt. Es war ein geringer Trost, daß die europäischen Leser diese Berichte meist mit noch größerer Naivität mißdeuteten oder überhaupt nicht verstanden.

Die moderne Industriegesellschaft stellt nun einmal so enorme Anforderungen an die soziologische und psychologische Einsicht des durchschnittlichen Staatsbürgers, Wählers und Teilnehmers am

Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, wie man sie gerechterweise gar nicht erwarten kann. Da man sich angesichts der katastrophalen Möglichkeiten falscher Einstellungen und unzureichender Einsichten jedoch längst nicht mehr an die Maxime halten kann, „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß", bleibt einem gar nichts anderes übrig, als diesen eng miteinander verflochtenen Betrachtungsweisen, Vorgängen und Beziehungen einmal im einzelnen nachzugehen.
Auch die beiden außenpolitischen Krisen des Frühjahrs 1965 fanden wieder den charakteristischen, leicht entstellenden Widerhall in der europäischen Presse. „Johnsons zunehmender Gebrauch von Waffengewalt verbirgt ein Vakuum an Ideen", schrieb der *New Statesman* in London. „Sowohl in Vietnam wie in der Dominikanischen Republik haben sich der Präsident und seine Berater auf übertriebene Militärmaßnahmen eingelassen, weil es ihnen am guten Willen oder der Fähigkeit gebricht, die zugegebenermaßen komplizierten diplomatischen Lösungen zu finden, die die Situation verlangt. Was die Johnson-Regierung vor allem braucht, ist eine Spritze erstklassiger Intelligenz." Der Schreiber dieser Zeilen erwähnte nicht, daß die amerikanische Außenpolitik in beiden Fällen auf den noch von Kennedy in den *brain-trust* berufenen Dekan der Harvard-Universität McGeorge Bundy und die intellektuellen *whiz kids* des Verteidigungsministers McNamara zurückgeht, die ebenfalls noch von Kennedy ernannt und von Johnson beibehalten wurden. Das Ausmaß der „Kompliziertheit diplomatischer Lösungen" erfuhren im Sommer 1965 die Verhandlungskommission der Premiers des britischen Commonwealth und ein Unterhändler der britischen Labourregierung, die die östliche Vietnampropaganda für Verhandlungswilligkeit hielten, bis die verschlossenen Türen Moskaus, Pekings und Hanois sie schließlich eines Besseren belehrten. In Washington wußte man über die mangelnde Verhandlungsbereitschaft des Ostens genau Bescheid. Der Londoner *Observer* verglich die „plötzliche Intervention der Johnson-Regierung" in Santo Domingo gar mit Kennedys besonnener und doch überlegener Meisterung der Raketenkrise in Kuba, aber wohlweislich nicht mit jener Invasion Kubas gleich nach dem Amtsantritt Kennedys, die in der Schweinebucht so kläglich versagt hatte. Diese letztere Handlung der Kennedy-Regierung stellt nämlich ganz ohne Zweifel einen schweren Völkerrechtsbruch dar, einen Überfall auf eine bereits diplomatisch anerkannte Regierung mitten im Frieden, während die

Intervention in Santo Domingo mit der völkerrechtlich einwandfreien Begründung erfolgte, Bürger der USA in einem in bewaffnetem Aufruhr befindlichen Land schützen zu müssen.
Zum Unterschied von der europäischen Presse reagierte die amerikanische Öffentlichkeit weit positiver auf die dominikanische Initiative als auf die verfahrene Angelegenheit in Vietnam. Der Kolumnist Walter Lippmann zum Beispiel, der die Vietnampolitik in Bausch und Bogen verdammt, entwickelte für den dominikanischen Fall eine Art Monroedoktrin in konzentrischen Kreisen, die es den Vereinigten Staaten gestatte, überall im Karibischen Meer das mögliche Zustandekommen eines weiteren kommunistischen Brückenkopfes mit Waffengewalt zu verhindern. Die amerikanische Öffentlichkeit teilt diesen Standpunkt mit großer Mehrheit. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung in Santo Domingo war weit größer, als die europäische Presse das ihren Lesern berichtete, wobei vor allem die Labilität der Situation und die schillernde Persönlichkeit von Juan Bosch gern unterschlagen wurden. Auch im Falle Castro hatte man doch ursprünglich nicht geahnt, daß er Kuba eines Tages in das kommunistische Lager bringen würde. Die Amerikaner glauben, sich unter keinen Umständen auch nur den Schatten des Risikos eines zweiten Kubas leisten zu können, von wo aus Mordanschläge auf fortschrittliche Staatsmänner — wie seinerzeit auf den Sozialdemokraten Romulo Bettancourt von Venezuela — angestiftet und revolutionäre Kader und Waffen in die labilsten Länder des lateinamerikanischen Pulverfasses geschickt werden. Jede Regierung in Washington, nicht bloß Bundy oder Johnson, fühlt sich verpflichtet, das explosive Potential der südlichen Hälfte des Kontinents, wenn nötig, mit gewaltsamen Eingriffen in nichtkommunistische Bahnen zu lenken. Angesichts des scharf nationalistischen Meinungsklimas in den südamerikanischen Ländern kann man das heute nicht mehr wie seinerzeit als Dollarimperialismus oder Schutz amerikanischer Investitionen mißdeuten. Johnsons dominikanische Intervention ist also lediglich die Kehrseite von Kennedys *Alianza para el Progresso*. Die üblichen antiamerikanischen Deutungen alles dessen, was die Vereinigten Staaten unternehmen, in der lateinamerikanischen Presse — die *Correio da Manha* in Rio verglich die dominikanische Politik Washingtons mit Deutschlands Überfall auf das neutrale Belgien im Jahre 1914, als wäre Santo Domingo eine strategische Position der Vereinigten

Staaten in einem Kriege gegen Südamerika; und die dominikanische Presse setzte die amerikanische Aktion mit Hitlers Völkermord gleich — ist man zwar in den Vereinigten Staaten gewöhnt. Derartige Äußerungen aus den Reihen der westeuropäischen Alliierten jedoch rufen Bestürzung und Ärger in der Neuen Welt hervor.

Die Eskalation der Vietnam-Politik seit dem Frühjahr 1965 ist zwar ein anders liegender Fall, führte jedoch auch wieder zu ungewöhnlich kritischen Kommentaren in der europäischen Presse. Den französischen Journalisten, die sich wenigstens in Südostasien auskennen, kann man noch zugute halten, daß ihre Skepsis und ihr Besserwissen gegenüber der Politik Washingtons aus der Perspektive von Dien Bien Phu stammt. Die westdeutsche, englische und italienische Presse dagegen mischt oft ungenügende Sachkenntnis mit provinziellen Vorurteilen, etwa wenn sie glaubt, die europäischen Nato-Mitglieder müßten sich von den überseeischen Verwicklungen der Vereinigten Staaten betont distanzieren, oder der Meinung Ausdruck verleiht, die gegenseitigen Verpflichtungen des Nato-Bündnisses seien nur im Hinblick auf Europa — also rein zur Verteidigung Westeuropas — sinnvoll. In der Bundesrepublik berichtete man etwa von den Kritikern der amerikanischen Vietnampolitik unter den Studenten, Professoren und in der Presse Amerikas, auch meist ohne darauf hinzuweisen, daß es sich dabei um verschwindende Minderheiten der genannten Gruppen handelt, die sich unter anderem in ihren Kundgebungen einer erstaunlich lautstarken Deutschfeindlichkeit befleißigen. Was nun Berlin oder die Bundesrepublik mit der Vietnam-Krise zu tun haben soll, mag zunächst nicht einleuchten, führt jedoch die politischen Hintergründe klar vor Augen. Die schärfsten Kritiker der Vietnam-Politik in Amerika werden in ihrer Mehrheit bei der nächsten Berlin-Krise oder einer Bedrohung der Bundesrepublik mit der gleichen Überzeugungskraft „Let's get out of Berlin!" rufen, mit der sie bisher „Let's get out of Vietnam!" riefen. Dies sollte man in Deutschland nicht übersehen, wenn man — wie seinerzeit Premier Chamberlain nach seiner Rückkehr von der Münchner Konferenz — die Bereitschaft kundtut, den „Frieden in unserer Zeit" durch die Aufopferung der Freiheit eines Volkes irgendwo fern im Osten zu erkaufen.

Die Lage in Vietnam war nun gewiß verfahren und die Kritik an der amerikanischen Politik keineswegs aus der Luft gegriffen oder ganz unsachlich. Die knappe Mehrheit der Amerikaner, die sich bei

Meinungsumfragen für die offizielle Linie aussprach, würde auch wahrscheinlich nicht bestreiten, daß die Situation sich womöglich besser entwickelt hätte, wenn Amerika nie seinen Fuß in den südostasiatischen Raum gesetzt hätte, genauso wie sie jetzt weiß, daß die Nachkriegslösung des Status von Berlin ein kostspieliger Fehler war. Doch diese späte Einsicht bedeutet nicht, daß ein amerikanischer Rückzug aus Vietnam nach zehnjähriger Verwicklung das hypothetische stille Lämmerglück von gestern dort wiederherzustellen vermöchte. Ein derartiger Rückzug hätte vor allem die sofortige Machtübernahme der Vietkongs in Südvietnam und die einschneidende Reorientierung eines asiatischen Landes nach dem anderen gegenüber Rotchina zur Folge. Ohne westliche Standhaftigkeit und Gegengewichte ist auch eine Neutralisierung der nichtkommunistischen Länder von Indien bis Japan auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Diese sogenannte Dominotheorie folgt aus der Logik der Eindämmungsstrategie. Die Vereinigten Staaten können sich ebensowenig aus Südvietnam wie aus Berlin einfach zurückziehen, ohne ihre vertraglichen Verpflichtungen zu verletzen, ihre Freunde schmählich im Stich zu lassen und die ganze Struktur der West-Ost-Orientierungen der Länder der entsprechenden Weltgegenden aufs schwerste zu erschüttern. Wo der Rückzug jedoch derartig schwerwiegende Folgen nach sich zöge, muß man eben versuchen, die Situation um jeden Preis zu retten, durch „bedingungslose Verhandlungen", angebotene Entwicklungshilfe, oder indem man der Gewalt der Vietkongs mit gleichen Mitteln entgegentritt.

Wer in Amerika die Reaktion der europäischen Presse auf die Vietnam- und die dominikanische Krise, die hier nur als Beispiel benützt werden sollen, verfolgte, konnte sich kaum eines Gefühls des Unbehagens erwehren. Verbirgt sich hinter diesen Unstimmigkeiten ein neuer antiamerikanischer Trend, vielleicht eine Äußerung des wachsenden europäischen Selbstgefühls gegenüber Amerika? Geht die europäische Presse heute der kommunistischen Propaganda mehr auf den Leim als zuvor? Warum steht man in Europa Präsident Johnson zur selben Zeit so äußerst kritisch gegenüber, da die Verehrung seines Vorgängers und dessen Familie in Europa Formen angenommen hat, die ans Kultische grenzen und dem nüchternen, rationalen Geist des verehrten Ermordeten kaum entsprechen? Im folgenden wird versucht, wenigstens die Perspektive europäischer Beobachter gegenüber der amerikanischen Politik zu erklären.

Die amerikanische Politik malt nur mit gemischten Farben

Die europäische Presse, so scheint es, neigt viel zu sehr dazu, die Figuren und Kräfte der amerikanischen Politik in einseitig grellen Farben darzustellen, wobei in der Regel der falsche Eindruck entsteht, es handele sich jeweils um Zusammenstöße zwischen den Kräften des Lichtes und denen der Finsternis. Der auf diese Weise irregeführte europäische Leser erwartet dann naturgemäß, daß das ihm so dargestellte Gute restlos über das vermeintliche Böse triumphieren müsse, und ist bestürzt, wenn dies nicht eintritt oder gar „Gut" und „Böse" sich einträchtig zum Ausgleich finden. Daraus ergibt sich auch der häufige Meinungsumschwung in der europäischen Presse, in deren Spiegel sich etwa Präsident Kennedy fast über Nacht von einem mutmaßlichen Feind Europas in den Liebling der europäischen Öffentlichkeit verwandelte, ohne daß sich seine Europa-Politik wesentlich geändert hätte. Oder eine Literatur über „das andere Amerika" sucht die offensichtlich zu einseitigen Darstellungen mit ebenso einseitigen Exposés zu korrigieren. Auch der Senator Barry Goldwater wurde in Europa erst einmal mit äußerst schiefen historischen Vergleichen verteufelt, wenig später jedoch – und teils aus taktischen Überlegungen – wieder mit viel zu großer Bereitwilligkeit als akzeptabel befunden.

Diesem unsicheren Schwanken zwischen Extremen in Europa ist die Amerika eigentümliche Art der Meinungsbildung gegenüberzustellen, die europäische Beobachter oft verwirrt. Das Bild eines Politikers oder einer Machtgruppe bietet sich in den Vereinigten Staaten fast nie im Spiegel einer einigen, hypothetischen Volksmeinung dar, sondern in der Regel in dem vielseitigen Prisma der vielen regionalen, sozialen, wirtschaftlichen, nationalen, politischen und religiösen Gruppen der pluralistischen Gesellschaft, die alle ihre Meinung autonom und nach ihrer jeweiligen Interessenlage bilden. Um etwa das amerikanische Kennedy-Bild aus der Zeit vor dem Attentat voll zu verstehen, muß man also versuchen, die verschiedenen Gruppeneinstellungen ihm gegenüber zu summieren, wobei ein äußerst kompliziertes Gebilde aus vielerlei Elementen entsteht, die man auch nicht ohne Schaden auf das Überwiegen positiver oder negativer Meinungen reduzieren kann. Bei näherer Untersuchung zerfallen sogar noch die angenommenen Gruppenmeinungen in kleinere Elemente; so waren zum Beispiel Amerikas Katholiken

zwar sehr eingenommen davon, daß die Präsidentschaft Kennedys die Diskriminierung der katholischen Minderheit symbolisch durchbrach, strenggläubige Katholiken und der Klerus dagegen zeigten sich von der Weltlichkeit des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten keineswegs begeistert. Die Iren Bostons waren gleichfalls zwar glücklich, einen ihrer Abstammung im Weißen Hause zu wissen, hatten jedoch erhebliche Vorbehalte gegen seine intellektuellen Berater von der Harvard-Universität, von seinen sozialliberalen Anhängern ganz zu schweigen. Die Sozialliberalen ihrerseits zogen Kennedy zwar gegenüber Richard Nixon vor, hatten aber auch wieder Vorbehalte gegen Kennedy, der ihnen wegen der politischen Vergangenheit seines Vaters, wegen seines Katholizismus und mit seinem Sieg über den von ihnen bevorzugten Adlai Stevenson keineswegs so lag, wie man das in Europa annimmt.

Hat man in Europa das Kennedy-Bild in einer von der amerikanischen Öffentlichkeit stark abweichenden Weise vereinfacht und vor allem idealisiert, so trifft die Verzerrung in noch viel höherem Maße seinen Nachfolger, Lyndon B. Johnson. Während Kennedy noch in die Kategorien der Gesellschaftsfähigkeit der europäischen Bildungsschichten zu passen schien, liegt Johnson nach seiner ganzen Art und Vergangenheit jenseits der Begriffe und Wertschätzungskategorien Kontinentaleuropas. Die meinungsbildenden Oberschichten fühlen sich von dem sorgfältig kultivierten texanischen Dialekt und dem volkstümlichen Gebaren des Volkstribunen Johnson abgestoßen, ohne zu begreifen, daß dies in einer wirklichen Demokratie ungleich publikumswirksamer ist als die zur Schau gestellte Bildung und die geldaristokratischen Fuchsjagden der Kennedys. Man verschanzt sich hinter Charakterisierungen wie „vom Straßenarbeiter zum Multimillionär" – beides nimmt man ihm in Europa übel – oder „Hans Dampf in allen Gassen", was vor allem im standes- und berufsbewußten Deutschland nicht geschätzt wird. Dabei sieht man wiederum nicht ein, daß es eben diese Umstände sind, die man in Amerika respektiert: Ein junger Mann, der sich zunächst als Lehrer, dann in verschiedenen anderen Berufen versucht, bevor er sich auf eine bestimmte Laufbahn festlegt; ein Mann, der sein Vermögen selbst erworben und nicht, wie Kennedy, vom Vater ererbt hat. Es entehrt keinen amerikanischen Politiker, während der Depression einmal als Straßenarbeiter sein Geld verdient zu haben. Ganz im Gegenteil, es macht ihn zum Leidgenossen vieler Wähler und be-

zeugt sein Verständnis für die harte Arbeit, mit der die meisten von ihnen ja selber ihr Brot verdienen müssen.

Besonders und unverzeihlich verzerrt ist der angebliche Konservativismus Johnsons, den die europäischen Journalisten während der Präsidentschaftswahlen aus der defensiven Allgemeinheit der Reden Johnsons und aus seiner südstaatlichen Herkunft herleiten zu können glaubten. Dabei ist der amerikanische Süden, von der Rassenfrage abgesehen, noch nicht einmal konservativ, sondern war früher immer ausgesprochen freihändlerisch-liberal und seit den dreißiger Jahren als ewiges Notstandsgebiet dem sozialliberalen New Deal verpflichtet. Texas zumal ist ein Grenzstaat des Südens und wird von Johnson selbst mit Vorliebe dem aufstrebenden Westen Amerikas zugerechnet. Johnsons politische Vergangenheit gar ist eindeutig sozialliberal, von seinen Anfängen als Jugendorganisator des New Deal bis zu seiner Glanzzeit als Demokratischer Mehrheitsführer im Senat. Wenn auch seine rassentrennerischen Gegner im letzten Wahlkampf mehr als zwanzig Jahre alte Wahlreden aus seiner Frühzeit im Repräsentantenhaus mit den obligaten Bekenntnissen zum südstaatlichen Rassensystem auszugraben wußten, so ist doch der Standpunkt des reifen Politikers Johnson nach seiner erfolgreichen Steuerung von vier Bürgerrechtsgesetzen 1957, 1960, 1964 und 1965 durch den Kongreß über alle Zweifel erhaben. Bei einer Gegenüberstellung der Politik der Senatoren Johnson und Kennedy vor 1960 erscheint Johnson sogar mindestens so liberal wie Kennedy, dessen Schweigen gegenüber dem Gesinnungsterror des Senators Joseph McCarthy schwer ins Gewicht fällt. Es gibt also kaum eine Entschuldigung für diesen weitverbreiteten Irrtum außer der Feststellung, daß die amerikanische Politik eben schon immer europäische Beobachter verwirrt hat und es eigentlich einen wirklichen Konservativismus in Amerika ohnehin nicht gibt. Selbst wenn Amerikaner den republikanischen Senator Goldwater und seine Gesinnungskameraden „konservativ" nennen, meinen sie in Wirklichkeit rechtsliberal. Dazu kommt auch noch die Eigentümlichkeit des amerikanischen Pluralismus, der allen systemgerechten Politikern eine grundlegende Gemeinsamkeits- und „Umarmungspolitik" abverlangt, die von Außenstehenden immer wieder als Konservativismus oder Konformismus mißdeutet wird. Wenn etwa Lyndon B. Johnson im Wahlkampf demonstrativ in die Kirche geht oder zum Kirchenbesuch auffordert, so bedeutet das keineswegs,

daß er konservativ oder gar klerikal eingestellt ist, sondern vielmehr, daß politische Parteien in Amerika wichtigere Dinge zu tun haben, als sich mit den Kirchen zu verfeinden.

Schließlich ist hier auch der größte Vorzug Johnsons in amerikanischer Sicht zu nennen, eine Eigenschaft, die man in Deutschland zum Schaden der deutschen Politik noch nie gebührend bewertete: Der amerikanische Präsident ist ein Vollblutparlamentarier, dessen scharfer Verstand und großes Geschick, mit Menschen und politischen Kräften umzugehen, im amerikanischen Gewaltenteilungssystem von unersetzlichem Wert sind. John F. Kennedy und sein Bruder Robert hatten bereits auf dem Demokratischen Parteitag 1960 ungeahnte taktische und organisatorische Fähigkeiten bewiesen, die dem älteren der Brüder die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten einbrachten. Als er jedoch mit dem Buch des Politologen Richard Neustadt über die Machtausübung der Präsidentschaft unterm Arm ins Weiße Haus gezogen war, halfen ihm seine Fähigkeiten bei den auf ihre Unabhängigkeit bedachten Volksvertretern im Kongreß wenig. Trotz gewaltiger demokratischer Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat brachte es Kennedy nicht fertig, seine wichtigsten Gesetzesvorlagen durch den Kongreß zu schleusen. Johnson war als Vizepräsident seiner Machtposition als Demokratischer Mehrheitsführer des Senats enthoben, und Johnsons Freund und Gönner, der Sprecher des Repräsentantenhauses Sam Rayburn, starb bald und konnte Kennedy auch nicht helfen. Nun ist die Geschichte der amerikanischen Präsidentschaft seit der Jahrhundertwende gewiß mit Beispielen mangelnder Zusammenarbeit zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten übersät, und auch ein so populärer und politisch geschickter Präsident wie Franklin Delano Roosevelt hatte nach kurzen Flitterwochen Schwierigkeiten mit seiner eigenen Partei im Kongreß. Kennedys Nachfolger Johnson demonstrierte jedoch nach dessen Ermordung – und nur zum Teil dank der Reaktion auf das Attentat, die durch die Rassenkrawalle leider mehr als wettgemacht wurde – innerhalb von sieben Monaten und mit demselben Kongreß, vor dem Kennedy drei Jahre lang versagt hatte, daß er die große Steuersenkung, das Bürgerrechtsgesetz, die Beamtenbesoldungserhöhung und die Gesetzgebung für den Kampf gegen die Armut gegen alle Widerstände durchzusetzen vermochte. Derartig routinierte politische Erfolge entlockten sogar der Londoner *Times* wenige Monate nach dem Kennedy-Attentat den Kommen-

tar, es liege durchaus im Bereich des Möglichen, daß spätere Geschichtsschreiber die Kennedy-Ära lediglich als Fußnote zur Regierungszeit Johnsons ansehen würden. Noch mehr als die politisch erfahrenen Engländer waren natürlich die Amerikaner vom Können des Kennedy-Nachfolgers beeindruckt, dem der Ermordete schon zu Lebzeiten in düsterer Vorahnung bescheinigt hatte, er sei ohne Zweifel der fähigste und bestvorbereitete Vizepräsident, der je bereitgestanden habe, notfalls in das höchste Amt nachzurücken. Nur im kontinentalen Europa, wo eine unpolitische Oberschicht seltsamerweise dazu neigt, Politiker nach der Brillanz ihrer Ideen zu beurteilen oder sie überhaupt geringzuschätzen, fiel diese augenfälligste Stärke Johnsons nicht auf. Die europäischen Journalisten griffen dagegen bezeichnenderweise die auf das „konservative" Publikum gezielten Anspielungen seiner Wahlgegner auf, wonach Johnson ein „schmutziger, unlauterer Berufspolitiker" sei. Es ist kein Zufall, daß die Angriffe der äußersten Rechten auf den weiß Gott unpolitischen Präsidenten Eisenhower seinerzeit gleichfalls in einem *The Politician* betitelten Elaborat des Anführers der *John Birch Society* gipfelten. Eine solche Politikfeindlichkeit beseelt jedoch die amerikanischen Wählermassen nicht, da sie sich der Wichtigkeit der Führungs- und Vermittlungsdienste der Politiker in der modernen Industriegesellschaft durchaus bewußt sind. Der eindrucksvolle Beweis von Johnsons politischen Fähigkeiten wurde naturgemäß am meisten von den durch diese Gesetze direkt Betroffenen begrüßt, von denen vor allem die Bürgerrechtler bereits erhebliche Zweifel am Eifer Kennedys für ihre Sache bekundet hatten. Und die Gewerkschaften, die ihm zuerst mit Mißtrauen entgegentraten, waren bald durch seine Vorschläge zur Änderung des Taft-Hartley-Gesetzes auf seine Seite gebracht. Aber auch die traditionell republikanische Welt von Industrie, Banken, Handel und Presse faßte ein Vertrauen zu ihm, das sie Kennedy gegenüber nie besessen hatte.

Ein einsichtiger europäischer Beobachter und Interpret der amerikanischen Politik, so will es scheinen, kann eben doch nicht umhin, sich erst aller Voraussetzungen und Schablonen des politischen Denkens seiner Heimat zu entledigen und sodann die vielfarbigen Prismen der Meinungsbildung unter den zahllosen Gruppen der pluralistischen Gesellschaft Amerikas, in denen sich die Figuren des öffentlichen Lebens spiegeln, sorgfältig zu untersuchen. Dabei ergibt

sich dann auch eine erstaunliche Festigkeit der so zustandegekommenen Bilder — im Vergleich zur schwankenden Meinungsbildung in Europa —, die sich nur über längere Zeiträume hinweg allmählich ändern. Aber man soll nie die gemischten Farben der amerikanischen Politik mit reinen Farben vertauschen wollen.

Kandidat Goldwater und seine Anhänger

Es darf wohl als axiomatisch gelten, daß der plötzliche Aufstieg eines Mannes wie des Senators Goldwater zur Kandidatur einer der großen amerikanischen Parteien während der Wahljahre der letzten fünfundzwanzig Jahre nicht möglich gewesen wäre und es wohl auch in Zukunft nicht wieder sein wird. Irgendwie fand sich in den zwölf Monaten vom November 1963 bis zur Präsidentenwahl im November 1964 eine erstaunliche Anzahl von Strömungen und Gegenströmungen zusammen: die schwere Krise der Republikanischen Partei, die Zuspitzung der Rassenfrage, das Anwachsen rechtsradikaler Organisationen — beides unten eingehender beleuchtet — und die mesmerisierende Persönlichkeit Goldwaters. Gegen den Hintergrund des Kennedy-Attentats schufen diese Faktoren eine ganz ungewöhnliche Verkettung von Umständen und gaben der Goldwater-Bewegung den Weg frei.

Goldwater und seine Anhänger waren zwar schon seit mindestens fünf Jahren bemüht gewesen, sich in mühsamer Organisations- und Propagandaarbeit eine Machtbasis innerhalb der Republikanischen Partei zu schaffen, und hatten bereits auf dem Parteitag von 1960 eine lautstarke, kaum zu übersehende Minderheit gebildet. Aber es gab vor dem verhängnisvollen 22. November 1963 mehrere andere und damals weit aussichtsreichere republikanische Kandidaten, wie etwa Nixons Partner von 1960, Lodge, oder die Gouverneure von New York, Pennsylvania und Michigan, Rockefeller, Scranton und Romney, die der Unterstützung der liberal gesinnten „Königmacher" aus der Industrie und Finanz der Ostküste sicher sein konnten. Diese Königmacher hatten 1952 den konservativen Senator Robert A. Taft und seine Anhänger übergangen und statt dessen den General Eisenhower zum Präsidentschaftskandidaten gekürt. Auch 1960 und 1964 bestand nie ein Zweifel, daß ihnen Goldwater nicht lag. Die anderen Kandidaten rechneten sich aufgrund von Meinungsumfragen und der knappen Niederlage Nixons konkrete Chancen gegen den bedrängten Kennedy aus.

Dann kam das Attentat, das die öffentliche Meinung Amerikas ganz ähnlich erschütterte wie die Europas, nur, daß man sich eher davon überzeugen ließ, daß der Attentäter allein und aus psychopathischen Motiven — nicht einer finsteren Verschwörung wegen — gehandelt hatte. Die Wirkung des Attentats auf die Wahlvorbereitungen der Republikaner war ausgesprochen lähmend. Es wurde nicht nur ein einmonatiger politischer Waffenstillstand ausgemacht, sondern die Meinungsumfragen ergaben alsbald, daß sich das erschütterte Volk um den Nachfolger Kennedys scharte und selbst drei Monate nach dem tragischen Ereignis in Dallas zu etwa siebzig Prozent von keinem republikanischen Kandidaten wissen wollte. In diesen Winter- und Frühjahrsumfragen und auch in Präferenzabstimmungen schnitt immer Henry Cabot Lodge, der amerikanische Gesandte in Südvietnam, noch am besten ab, während Goldwater und Rockefeller sich etwa die Waage hielten. Aber Lodge, der Gouverneur Scranton und auch der durch seine Wahlniederlage von 1962 in den kalifornischen Gouverneurswahlen einstweilen aus dem Rennen geworfene Nixon hielten offenbar die republikanischen Wahlchancen 1964 für nicht attraktiv genug, um sich ernsthaft zu bemühen. Gouverneur Romney andererseits schien nicht genug Zugkraft zu besitzen und zog sich bald auf die stürmische Politik seines eigenen Staates zurück.

Nur Goldwater und der Gouverneur Rockefeller bemühten sich ernsthaft um die Gunst der Parteiwähler in den Staaten, die Präferenzabstimmungen abhielten. Rockefeller konzentrierte seine Bemühungen hauptsächlich darauf, die negative Reaktion der oft kirchlich gebundenen republikanischen Öffentlichkeit auf seine Scheidung und Wiederheirat zu überwinden, was ihm vor allem in den Abstimmungen im Mai 1964 im Staate Oregon überzeugend zu gelingen schien. Goldwater und seine Anhänger ihrerseits hatten es auf die heimliche Verpflichtung von Parteitagsdelegierten und Parteifunktionären abgesehen, der sie ja schon seit Jahren vorgearbeitet hatten. In den Primärwahlen von Kalifornien fiel schließlich die Entscheidung, deren Ausgang allgemein und vor allem von den Meinungsforschern einhellig falsch vorausgesagt worden war. Später sprach man von einem Erdrutsch in letzter Minute, von dem eben geborenen Kind der neuen Rockefeller-Ehe oder davon, daß viele Goldwater-Anhänger sich den Interviewern gegenüber verschämt als unentschieden ausgegeben hätten. Auf jeden Fall schlug Gold-

water Rockefeller ganz knapp aus dem Felde, und damit war auch den anderen Kandidaten, die sich noch nicht einmal an den kalifornischen Abstimmungen beteiligt hatten, der Weg verstellt. Die wahrscheinlichste Erklärung des Goldwater-Sieges in Kalifornien liegt in der intensiven Unterwanderungsarbeit, mit der die Rechtsradikalen 1963 die Führung der Jungrepublikaner und 1964 auch die Republikanische Versammlung (CRA), die Massenorganisation der Republikaner in Kalifornien, an sich gerissen hatten. Die Goldwater-Kampagne in Kalifornien wurde von Tausenden begeisterter Freiwilliger von Haus zu Haus getragen. Genauso wohlorganisiert war der Delegiertenfang, und es war nur wenige Wochen nach Goldwaters kalifornischem Sieg, daß einige Zeitschriften bereits errechneten, er habe beinahe schon die erforderliche Mehrheit der Parteitagsstimmen zu seiner Nominierung in der Tasche.

Erst jetzt löste sich die Lähmung in der Partei, und es begann eine erregte Diskussion darüber, wie man denn den Mann noch aufhalten könne, den man bisher einfach nicht ernst genommen hatte. Wie sehr Goldwater vorher der Lächerlichkeit preisgegeben worden war, läßt sich vor allem am Tonwechsel der Leitartikel und Beiträge liberaler Kolumnisten, wie etwa Walter Lippmanns, über das erste Halbjahr 1964 verfolgen, deren abschätzige Bemerkungen sich plötzlich in Ausdrücke des Schreckens und in feindselige Breitseiten verwandelten. Noch nie hatte ein republikanischer Kandidat eine so feindliche Tagespresse gehabt. Viele Republikaner einschließlich getarnter Goldwater-Anhänger vertraten die Meinung, man solle den rechten Flügel ruhig gewähren lassen, der ja schon seit 1932 unentwegt danach verlange. Die Wahlen könnten ja doch nicht gewonnen werden. Liberalen Republikanern, die etwas gegen Goldwater unternehmen wollten, wurde andererseits rundheraus erklärt, sie sollten aus der Partei austreten und zu den Demokraten gehen, zu denen sie ohnehin gehörten.

In dieser aufgeregten Atmosphäre versuchte man, den alten General und Altpräsidenten Eisenhower zu mobilisieren, dem rasche Entscheidungen schon immer schwergefallen waren und der in seinem Schwanken gegenüber Goldwater eine wenig rühmliche Rolle spielen sollte. Nixon lavierte unentschlossen. Der Gouverneur William Scranton fand sich schließlich bereit, als Gegenkandidat in letzter Minute den Delegierten eine Wahl zwischen Rockefeller und Goldwater zu ersparen. Aber es war zu spät. Goldwater hatte bereits die

nötigen Delegiertenstimmen in der Tasche, bevor der Parteitag noch begonnen hatte. Seine Wahl mit großer Mehrheit im ersten Wahlgang, und nachträglich mit Einstimmigkeit, darf zwar nicht darüber hinwegtäuschen, daß er Meinungsumfragen zufolge nicht mehr als 20 Prozent der republikanischen Parteiwähler als der beste Präsidentschaftskandidat erschien*. Aber damit gewann er den Parteiapparat und dazu auch den größten Teil der republikanischen Stammwähler, die lieber die Entscheidung des Parteitages hinnahmen, als für die andere Partei zu stimmen.

Die tiefe Krise der Republikaner wurde nach dem Parteitag zwar teilweise durch den guten Willen der gemäßigten und liberalen Republikaner überdeckt, denen es die Goldwater-Anhänger in ihrem sektiererischen Eifer nicht leicht machten. Mehrere republikanische Senatoren, Gouverneure und Repräsentanten suchten sich jedoch mehr oder weniger deutlich von dem Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei zu lösen, um nicht ihre Wiederwahl aufs Spiel zu setzen. Es gelang auch so manchem Republikaner, seine Wähler dazu zu veranlassen, daß sie ihre Stimmabgabe zwischen ihm und dem Demokraten Johnson „spalteten". Andere wieder, wie zum Beispiel die Kandidaten Keating, Taft, Percy und Wilkinson, fielen dem Goldwater-Sog zum Opfer. Aber die große Auseinandersetzung über die künftige Führung wurde offensichtlich auf die Zeit nach der Wahl vertagt, wenn die erwartete Niederlage den Gemäßigten eine Handhabe liefern würde, die Goldwater-Anhänger auf allen Ebenen wieder aus der Führung zu drängen. Dieser Zeitpunkt ist mittlerweile auch eingetreten, und der Kampf hat begonnen. Angesichts der Härte, der Arbeitswilligkeit und des Fanatismus von Goldwaters Anhängern fiel er jedoch äußerst langwierig und schwer aus, obwohl Goldwater selbst sich bereits bald von der Politik zurückzog, denn die Gemäßigten haben ihre Gefolgschaft in der Regel eher unter Bürgern, die keine Zeit zur Parteiarbeit finden, als unter den freiwilligen Mitarbeitern, von denen in Amerika die örtlichen Parteiorganisationen abhängen.

Worin bestand wohl die große Anziehungskraft Goldwaters auf die

* Dieser Prozentsatz wurde durch ein Team des *Survey Research Centers* der Universität von Michigan ermittelt. Siehe den Artikel von Philip E. Converse und anderen in *The American Political Science Review*, Juni 1965.

verschiedensten Gruppen und Gemüter der amerikanischen Gesellschaft? Es wäre offensichtlich eine unzureichende Erklärung, ihn im Stile vieler seiner Anhänger als die Verkörperung des traditionellen Amerikas und seiner wehrhaften und selbstgenügsamen Mannestugenden zu bezeichnen. Denn dieses Amerika ist ja nicht mehr, wenn es überhaupt je existiert hat, und der Senator Goldwater verkörperte, wenn irgend etwas, so doch höchstens die Sehnsucht nach dieser idealisierten Vergangenheit, aber keineswegs die Vergangenheit selbst. Es läßt sich kaum ein größerer Gegensatz vorstellen als der zwischen seiner Liebe zu hypermodernen technischen Geräten, der Funktechnik und Photographie, deren er sich bedient, der Düsen- und Propellerflugzeuge, die er fliegt, oder dem Fahnenmast vor seinem Haus, an dem jeden Tag eine Photozelle das Hissen und Einholen des Sternenbanners auslöst, einerseits und seinen altmodisch puritanischen Moralvorstellungen und der Wildwestromantik von krampfhaftem Mut und Heldentod andererseits. Goldwater ist ein heimwehkranker Nomade des Fortschritts, der seiner Gesellschaft zutiefst entfremdet ist, obwohl er eigentlich nie eine andere gekannt hat. Einerseits fasziniert von der magischen Kraft technischer Geräte, vom kleinsten Wunder bis zu den Atomwaffen, hat er doch andererseits nicht das geringste Verständnis für die sozialen und politischen Seiten desselben Fortschritts und scheint nichts von der enormen Last der moralischen Verantwortung zu spüren, die selbst einen so hartgesottenen Mann wie Nikita Chruschtschow angesichts der Zerstörungskraft moderner Atomwaffen erfaßte. Nun soll damit noch keineswegs gesagt werden, daß Goldwater als Präsident einen Präventivkrieg gegen den Kommunismus vom Zaune brechen oder leichtfertig mit taktischen Atomwaffen spielen würde, wenn auch seinen innenpolitischen Äußerungen über Einkommensteuer, Sozialversicherung und andere soziale Einrichtungen durchaus Glauben geschenkt werden kann. Goldwater hat während des Wahljahres so viel Widersprüchliches über die amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik gesagt, daß man den Eindruck gewinnen mußte, er halte diese Gebiete der Politik für ein Anwendungsfeld seiner freien Fantasie und nicht etwa für Komplexe von Situationen und Gegebenheiten, denen man gerecht werden müsse. Man fühlt sich bei diesen Aspekten auch an Carl Schmitt-Dorotics *Politische Romantik* erinnert, deren Figuren vom Verfasser des Occasionalismus verdächtigt werden, unter anderem auch der Neigung, aus

jedem Fetzen Wirklichkeit, der die romantische Fantasie erregt, einen ganzen Roman zu spinnen.
Dabei ist der Senator ein äußerst liebenswürdiger Mensch, was ihm von denselben Journalisten, die seine Politik verrissen, immer wieder bescheinigt wurde. Wie viele Romantiker, besitzt er eine außergewöhnlich warme, menschliche Ausstrahlung und einen Charme, dem sich niemand ganz entziehen kann. Dazu kommt auch noch eine ungewöhnliche Fähigkeit, die unausgesprochenen Sehnsüchte vieler Amerikaner nach der Zeit der Pioniertugenden, der Unbesiegbarkeit amerikanischer Macht und der moralisch-religiösen Reinheit und Glaubenstiefe mit einfachen, rührenden Worten zu treffen. Wenn der Senator etwa anläßlich des Chruschtschow-Besuches die Furcht vor dem Despoten und das Bangen vor dem Atomtod mit harten Worten geißelte, wenn er den „moralischen Niedergang“ Amerikas beklagte oder gegen Jugendkriminalität und Unsicherheit auf der Straße wetterte, so gingen diese Aussprüche in Form und Inhalt durchaus zum Herzen Amerikas. Goldwater sagte auch immer wieder zu den Wählern: „In Ihrem Herzen wissen Sie doch, daß ich recht habe.“ Johnson griff den Spruch schließlich mit der Erwiderung auf: „... aber mit dem Gehirn wissen Sie, daß mein Gegner nicht richtig liegt.“ Der Gegensatz ist sehr gut getroffen. Soziologen der Entwicklungsprozesse der modernen Gesellschaft unterscheiden gern die expressiv-affektive Stufe der Politik, auf der die Menschen sich meist damit begnügen, ihre Gefühle politisch und ohne Rücksicht auf die Folgen zum Ausdruck zu bringen, von der problemlösenden, zweckbetonten, reifen Politik, etwa der Engländer. Dabei ist wohl auch anzunehmen, daß der Senator Goldwater mit seinen „aus der Hüfte geschossenen“ Behauptungen und Vorschlägen extremer Art eher seinen Gefühlen und denen seiner Anhänger Luft machen, als tatsächlich Handlungen und Maßnahmen zur Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme vorschlagen wollte. Dieser Eindruck wurde auch noch durch seine vielen Dementis und nachträglichen Korrekturen kritisierter Aussagen verstärkt, in denen er etwa behauptete, er habe die amerikanische Sozialversicherung ja nie zugrunde richten und die Bäume des südostasiatischen Dschungels gar nicht atomisch „entlauben“ wollen. Schließlich mußte Goldwater neben seinen nach kraftmeierischen Ausdrücken dürstenden Anhängern auch die vernunftbetonten, gemäßigten republikanischen Wähler zu halten versuchen. An organisatorischem Verstand

und politischem Willen gebricht es dem Senator ja keineswegs. Doch die expressiv-affektive Komponente überwiegt ganz entschieden, und diejenigen Journalisten übertreiben wahrscheinlich nicht, die, wie etwa Stewart Alsop, den Senator als einen liebenswerten Jungen bezeichnen, der eben nie so recht erwachsen geworden sei. Dasselbe trifft auch wohl bei wechselnden liebenswerten Eigenschaften auf seine Anhänger zu, deren große Geheimwaffe des letzten Wahlkampfes die einstündige Fernsehrede des baumlangen Wildwestschauspielers John Wayne war, der auch sonst immer die männlich-schweigsamen, gottesfürchtigen und getreuen Helden spielt, die nach gewonnener Schlacht einsam in den Sonnenuntergang reiten. Waynes Thesen waren die auf dem rechten Flügel üblichen von der Verschwörerclique im State Department und der dem Kommunismus gegenüber zu weichen und defaitistischen Regierungspolitik. Nachdem der Arizona-Sheriff Goldwater es nicht vermochte, den *Bad Man* aus Texas und seine moralisch verwerflichen Helfershelfer im Wahlduell zu besiegen, wird er wohl auch einsam in den Sonnenuntergang hinaus reiten. Aber seine Anhänger, die sich als das moralische Gewissen Amerikas gerieren, dürsten weiter nach einem neuen Helden und einem erfolgreicheren Wahlduell.

Aus alledem entsteht der Eindruck, als bestünde vielleicht die größte Gefahr einer Präsidentschaft Goldwaters nicht so sehr in den Entscheidungen, die er getroffen hätte, als in jenen, die er unterlassen oder anderen überlassen hätte. Goldwater wäre ein schwacher Präsident, der wahrscheinlich den enormen Anforderungen dieses Amtes an Verstand und Wirklichkeitssinn nicht gewachsen und sich seiner Schwäche nicht einmal bewußt wäre. Neben ihm und ohne ihn gäbe es dann wohl Nebenregierungen und Cliquen aller Art, und zwar vor allem der Rechtsradikalen, die ihn jetzt umringen, und des Militärs, dem er als Reservegeneral der Luftwaffe angehört und für dessen Wünsche er schon immer ein offenes Ohr hatte. Diese Nebenregierungen würden etwa die so sorgfältig ausgewogene zivile Oberherrschaft des Regierungssystems über das Militär auf den Kopf stellen, während der Präsident in aller Unschuld von der vergangenen Größe und Tugend Amerikas weiterträumen könnte.

Wenn Goldwater also ein politischer Romantiker ist, so kamen ihm wiederum die Scharen von ähnlich heimwehkranken Nomaden des Fortschritts zustatten, die die rapide Wandlung der modernen Industriegesellschaft ja in Massen hervorbringt. Es ist oft betont wor-

den, daß der Senator ein typischer Kleinstadtpolitiker mit recht beschränktem Bildungsweg und Erfahrungskreis ist und daher vor allem Geschäftsleute der Kleinstädte und die Farmer der ländlichen Gegenden anzieht. Das ist zwar im Grunde nicht unrichtig, aber doch für Europa sehr mißverständlich, denn es handelt sich dabei keineswegs um die trauten, selbstgenügsamen Kleinstädte der Vergangenheit oder um der Scholle verbundene Bauern, sondern um Kleinstädte, die längst im großstädtischen Getriebe des modernen Amerikas ihr Gesicht und ihre Selbständigkeit verloren haben, sowie um Farmer (nicht Bauern), die seit Jahrzehnten von Agrarsubventionen und unter engster Reglementierung ihrer Produktion leben. Sie werden zu Fortschrittsnomaden erst dann, wenn sie das Unbehagen über ihre den alten religiösen Moralvorstellungen nicht entsprechende Lebensweise nicht bewältigen können, und vor allem, sobald sie sich dem endlosen Strom der Binnenwanderungen anschließen, der sich seit den dreißiger Jahren und vor allem seit 1945 nach Südkalifornien, Florida und dem Südwesten (Texas, New Mexico, Arizona) ergießt. Dort finden sich auch in der Tat erstaunliche Konzentrationen von Rechtsradikalen und Ultrakonservativen. Es handelt sich dabei, was sie anbetrifft, weniger um eine Wanderung aus Not oder nach besseren Verdienstmöglichkeiten wie bei den meisten Leuten, sondern vielmehr um eine Seelenwanderung aus Entfremdung, eine Suche nach dem Land der Erfüllung oder dem Land der Pioniere, von dem Goldwater selbst träumt. Dabei sind jedoch die luxuriösen Villen, Parks und Jachten, die diese Pioniersehnsucht etwa im südkalifornischen Orange County oder in anderen Konzentrationspunkten des rechten Flügels gebaut hat, ebensowenig den Zeiten des Lederstrumpfs angemessen, wie der „rauhe Individualismus" der aufstrebenden Wirtschaft in den texanischen Städten Dallas oder Houston etwas mit den Tugenden der Horatio-Alger-Romane gemein hat.

Ähnliches gilt auch von den vielen Ärzten, die die Furcht vor der Einführung öffentlicher Krankenkassen in das rechtsradikale Lager und zu Ansichten gebracht hat, die den naiven Glauben Außenstehender an die Selbstlosigkeit des Arztberufes schwer erschüttern. Als die bestbezahlten unter den freiberuflich Tätigen haben die Ärzte Amerikas natürlich schon etwas zu verlieren, aber ihre Furcht ist so groß, daß sie sich selbst von den Privatversicherungen — die mehr zu verlieren haben — haben politisch mißbrauchen lassen, als hinge

ihr Einkommen davon ab, ob die nicht mehr aufzuhaltende Krankenversicherung in privater oder in öffentlicher Hand liege.

Nicht weniger Fortschrittsnomadentum findet man hinter dem rassentrennerischen Eifer, der dem Kandidaten Goldwater fünf Staaten des tiefen Südens, die sich 1960 alle noch für Kennedy entschieden, als einzige Mehrheitsbekundung außerhalb seines eigenen Staates Arizona zufallen ließ. Es ist gewiß ein Paradoxon ohnegleichen, daß sich die Bevölkerung dieser Staaten von ihren Vorurteilen dazu hinreißen ließ, ihre Stimme einem Mann zu geben, der vorschlug, alle die wohlfahrtsstaatlichen Zuwendungen abzuschneiden, von denen der wirtschaftlich arme Süden abhängig ist. Ein ähnliches Paradoxon, von dem Goldwater gleichfalls profitierte, ist das Unbehagen der Weizenfarmer des Mittelwestens, die 1963 in einem Referendum alle Preissubventionen zurückwiesen. Ebenso bezeichnend wie ihre Revolte gegen Planung und Subventionierung war die Reaktion Washingtons, das ihnen nicht erlauben wollte, sich selbst wirtschaftlich zugrunde zu richten. Schließlich findet man auch erstaunlicherweise alte Leute, denen der Ärzteverband (AMA) und die Privatversicherungen eingeredet haben, öffentliche Krankenkassen seien sozialistisches Teufelswerk, oder die über die Sozialversicherung Unbehagen empfinden; und sogar Berufssoldaten, die sich irgendwie der kostenlosen medizinischen Betreuung schämen, die sie und ihre Familien genießen. In diesen Fällen ist es oft schwer, zwischen der Wirkung konservativer Propaganda und den Regungen des anerzogenen puritanischen Gewissens zu unterscheiden. Soweit es sich um alte Leute handelt, kann man diesen Standpunkt auch gewiß menschlich verstehen. Bei den zahlreichen jüngeren Goldwater-Anhängern dagegen sind die tiefe Entfremdung von der sie umgebenden Gesellschaft und die Flucht in die uferlose Romantik nicht zu verkennen.

Eine letzte Spielart der Entfremdung findet man auch häufig unter Amerikanern, die lange Zeit im Ausland und vor allem in Lateinamerika und anderen Entwicklungsländern der Privatindustrie gedient haben. Ihre im Vergleich mit den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten stark überhöhten Gehälter und ihr den amerikanischen Sozialvorstellungen scharf widersprechender Lebensstil mit Dienern und Palästen, der sie vom Leben der eingeborenen Bevölkerung sorgfältig trennt, erzeugen in ihnen oft ein dem demokratischen Geist Amerikas entgegengesetztes Bewußtsein. Hinzu

kommen die Verhaltensweisen ihrer Firmen und Unternehmen gegenüber der eingeborenen Bevölkerung, die auch oft den Gringos gemischte Gefühle entgegenbringt, ferner die Furcht vor Subversion und Umsturz sowie das Gefühl, auf einem Pulverfaß ein einträgliches Leben zu führen, und schon sind weitere Goldwater-Anhänger geboren, die im Konfliktfalle nach der starken Hand schreien.

Die Goldwater-Bewegung im amerikanischen Parteiensystem

Diese verschiedenen Versionen der Entfremdung vom amerikanischen Leben, ob es sich nun um Fortschrittsnomaden, Rassenfanatiker oder Kolonialfeudale handelt, stellen auch die Frage, die in den frühen Phasen des Wahlkampfes eine große Rolle spielte, nämlich, ob Goldwater und sein Gefolge im „Hauptstrom" der republikanischen Tradition oder des amerikanischen Lebens lägen oder nicht. Da die Anhänger des rechten Flügels sich mit Vorliebe als konservative Vertreter der alten Nationaltraditionen geben und ihre Forderungen mit Nachdruck in den patriotischen Mantel hüllen, traten sie natürlich allen gegenteiligen Meinungen mit Empörung entgegen. Dabei unterlag es jedoch nie einem Zweifel, daß ein solcher „Hauptstrom", wenn er überhaupt feststellbar ist, dynamisch mit der Entwicklung des ganzen Volkes und seiner Institutionen einhergehen müßte. Für die Republikanische Partei zumal, die schon seit der Depression der frühen dreißiger Jahre, nach der Anzahl ihrer Parteiwähler zu urteilen, zur dauernden Minderheit geworden ist, stellt dies eine Lebensfrage dar. Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs, und zum Teil schon vorher, bemühte sich die Partei, Hauptstromkandidaten aufzustellen, die zuweilen, wie Eisenhower, vor ihrer Nominierung keinerlei parteipolitisches Profil besaßen, aber eben deswegen Aussicht hatten, von einer Mehrheit gewählt zu werden. Zeitweilig stärkte diese Politik sogar die Republikanische Partei so sehr, daß sie Mehrheiten im Kongreß bekam. Bei dieser republikanischen Welle der Jahre 1947 bis 1952 wurden auch verschiedene Ultrakonservative einschließlich des Senators Goldwater in den Kongreß gewählt, von denen die meisten bis Ende der fünfziger Jahre wieder aus dem Rampenlicht verschwanden. Aus diesen Wahlniederlagen zog zwar die gemäßigte Parteiführung die Konsequenzen, der rechte Flügel aber faßte den verhängnisvollen Entschluß zum Alleingang, der in Goldwaters Eroberung des Parteitages und in seiner Kampagne vollauf zum Ausdruck kam.

Um sich die verhängnisvolle Wirkung dieses Entschlusses auf das ganze amerikanische System, nicht nur die Republikaner, vor Augen zu halten, muß man ihn mit der Natur und Arbeitsweise des amerikanischen Parteiensystems und dessen Funktionen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft in Beziehung setzen. Die pluralistische Gesellschaft Amerikas, deren innere Gegensätze weit größer sind als die der meisten europäischen Nationen, bedarf der ständigen Integration in die politische Gemeinschaft. Und zwar ist es in Anbetracht der großen regionalen, religiösen, politischen und Nationalitätenunterschiede ganz unmöglich, eine politische Integrationsbewegung aller Volksteile so straff diszipliniert und zentral gelenkt zu gestalten, wie man das von europäischen Parteien her gewöhnt ist. Und so entstand eben jenes dem Europäer so unverständliche Parteiensystem, dessen zwei große Parteien sich nur während der Präsidentschaftswahlkampagnen eine nennenswerte zentrale Instanz schaffen und sonst eher zwei Konföderationen der jeweiligen Parteien der fünfzig Bundesstaaten sind. Dabei kann natürlich von einheitlichen Parteianschauungen oder Fraktionsdisziplin, von Ideologien ganz zu schweigen, kaum die Rede sein, und die alle vier Jahre stattfindenden Parteitage und die dort aufgestellten Programme (platform) sind Muster der Kompromißbereitschaft und der bewußten Überdeckung und Offenlassung unüberwindbarer Spaltungen.

Der Wunsch jeder der beiden Parteien, eine Mehrheit der Wähler für ihre Kandidaten zu gewinnen, führt sie naturgemäß zu einer Gemeinsamkeitspolitik, die es unbedingt vermeidet, Volksteile und Gruppen irgendwelcher Art vor den Kopf zu stoßen. Obwohl etwa Arbeiter, Katholiken und Intellektuelle in ihrer Mehrheit immer wieder für die Demokraten, Geschäftsleute und Bauern in der Mehrheit für die Republikaner stimmten, gibt es nicht nur wichtige Ausnahmen, wie etwa republikanische Gewerkschaftsführer, sondern die Parteien bemühen sich auch sehr, sich nicht auf die Vertretung bestimmter Gruppen oder den Ausschluß anderer Gruppen festlegen zu lassen. Der Gemeinsamkeitsappell von beiden Seiten geht also auf einen Kampf um die Mittelposition hinaus, deren vollkommene Eroberung die gegnerische Partei in eine extreme Position drängen würde, von der aus sie keine Chancen auf eine Mehrheit hätte. Der Drang zur Mitte mißfällt natürlich den rechten und linken Flügeln sehr, und sie behaupten auch immer wieder, die beiden

Parteien seien einander gleich; ihr eigener Kandidat sei ein „und-ich-auch"-Echo, das die Politik seines Gegners nachahme, und die Wähler hätten ja gar keine wirkliche Wahl mehr zu treffen. Die Goldwater-Anhänger priesen auch ihren Kandidaten als „eine echte Alternative" – *a choice, not an echo* – und verketzerten alle nach der Mitte drängenden gemäßigten Republikaner als heimliche Demokraten. Es ist auch auf dem rechten Flügel schon seit Jahren üblich, zu behaupten, unter den 30 bis 35 Prozent Nichtwählern amerikanischer Bundeswahlen seien viele Konservative, die aus Protest gegen die gemäßigten republikanischen Kandidaten der Wahl fernblieben. Die Meinungsforscher fanden auch bei den Wahlen des Jahres 1964 keinerlei Bestätigung dieser These.

Dabei ist das scheinbar so chaotische und nach einer Politik der Mitte drängende amerikanische Zweiparteiensystem ein superb funktionierender Mechanismus zur Lösung öffentlicher Probleme. Gerade weil es sich nicht in nutzlosen Gruppengegensätzen vergeudet und extreme Lösungen verachtet, kann es sich fruchtbare, sinnvolle Streitfragen *(issues)* der Politik frei aussuchen und zur Wahldebatte bringen, wobei die Wähler dazu erzogen werden, wirkliche Alternativen zwischen realisierbaren Lösungen zu erkennen und im Wahlakt zwischen ihnen zu entscheiden. Nun kommt es gewiß vor, daß auch unsachliche Argumente und Gesichtspunkte mit in die Waagschale geworfen werden oder die Gefühlsregungen und mangelnde Sachkenntnis der Wähler zu schlechten Entscheidungen führen. Doch Goldwater und die Extremisten der Rechten und Linken boten ja noch viel schiefere und gröbere Alternativen, deren Unterschiede vielleicht dazu angetan sind, Kinder und Romantiker zu erfreuen, die jedoch dem Wahlvolk als Ganzem keine echte Wahl zwischen realen Alternativen ließen. Um ein Beispiel anzuführen: Die Farbigenfrage in Amerika ist gewiß nicht dazu angetan, durch die Bildung von antagonistischen Volksgruppen, schwarz gegen weiß, oder von extremen Positionen, etwa weiße Vorherrschaft mit Hilfe von Gewalt oder Rassenkampf, gelöst zu werden. Eine sinnvolle Alternative kann sich ja nur hinsichtlich der Geschwindigkeit und der Art des Fortschritts ergeben, mit denen die farbigen Amerikaner in den vollen Genuß ihrer Gleichberechtigung kommen sollen. Ganz kann sie ihnen ja gar nicht verweigert werden, wenn die amerikanische Demokratie nicht in eine faschistische Diktatur verwandelt werden soll, was ja doch 99 Prozent des Volkes auf das ent-

schiedenste ablehnen. Die Fragen einer isolationistischen amerikanischen Außenpolitik oder atomarer Präventivschläge sind ebensowenig echte Alternativen in unserer Zeit, und es ist reine Demagogie, sie als solche hinzustellen. Die Gegebenheiten der Politik lassen selten mehr als einen engen Spielraum, innerhalb dessen sich diskutable Alternativen ergeben. Der angebliche „und-ich-auch"-Kandidat Nixon im Jahre 1960 und selbst Eisenhower in früheren Jahren boten dem Wahlpublikum weit sinnvollere Alternativen als kürzlich Goldwater und zwangen dadurch auch ihre jeweiligen Gegner, im Konkreten Stellung zu nehmen und Farbe zu bekennen. Wenn ein Präsidentschaftskandidat wie Johnson bereits am Ruder ist und während der Wahlkampagne über das unter ihm Erreichte und Verfehlte Rechenschaft ablegen soll, ist dieser Dialog über konkrete Streitfragen zwischen Regierung und Opposition besonders wichtig. Und wenn dann die Opposition versäumt, auf die wirklichen Fehler und Unterlassungen der Regierung einzugehen, und sich statt dessen in Verdammungen des angeblich von der Regierung vertretenen Sozialismus – ein in Amerika mit Zentralismus, Bürokratie und finsterer Verschwörung gleichzusetzendes Wort –, der allgemeinen Unmoral und des Defaitismus ergeht; wenn sie statt konkreter Alternativen nur Attitüden und Gefühlsappelle zum besten gibt, dann ist natürlich der Regierungskandidat auch nicht gezwungen, dem Wähler Rede zu stehen, und kann sich hinter Platitüden verschanzen, so wie Johnson es 1964 tat.

Es ergibt sich also aus dem Versagen der Opposition im Zweiparteienstaat auch sofort eine Störung des Verantwortlichkeitsverhältnisses zwischen Regierung und Wahlvolk und eine Schwächung des ganzen politischen Systems. Daß Goldwater und seine Anhänger sich in systemfeindlicher Weise gerierten, ist auch aus ihrem Verhalten innerhalb ihrer eigenen Partei zu ersehen. Während die gemäßigten Republikaner die Partei immer funktionsgerecht innerhalb des Parteiensystems an alle Volksteile appellieren und um die Mitte ringen ließen, wollten die Goldwater-Anhänger zum Schaden des ganzen Systems aus der Republikanischen Partei eine straff organisierte, geschlossene Weltanschauungsbewegung machen, die eine kleine disziplinierte Minderheit Ergebener einem Mehrheitsmandat auf der Grundlage des politischen Konsensus des gesamten Volkes vorzieht. Dies offenbarte sich besonders im Abschreiben von Volksteilen wie den seit Abraham Lincoln traditionell republika-

nischen Farbigen und in der Verweisung aller gemäßigten Elemente aus der Partei.

Die Radauszenen auf dem republikanischen Parteitag, der sonst immer der Schauplatz von Programmkompromissen und des Rituals der Gemeinsamkeitsappelle innerhalb der Partei ist, zeugten gleichfalls vom grundlegenden Wandel des Konzepts einer politischen Partei in den Händen der Rechten. Goldwaters Anhänger unter den Delegierten, zu denen einem Funktionär der *John Birch Society* zufolge über hundert Mitglieder dieser rechtsradikalen Geheimorganisation gehört haben sollen, wiesen unerbittlich alle traditionellen Mittel von sich, sich bei der Abfassung des Programmes oder der Auswahl des Vizepräsidenten mit ihren Gegnern innerhalb der Partei auszusöhnen und sie zur Mitarbeit im Wahlkampf zu verpflichten. Goldwater hätte einen Mann der Gemäßigten – wie weiland Kennedy seinen Rivalen Johnson – oder doch einen zwischen ihm und den Gemäßigten neutral Gebliebenen, etwa Thruston Morton, den Vorsitzenden des Parteitags, statt des ultrakonservativen William Miller zum Vizepräsidentschaftskandidaten küren können. Selbst, nachdem die schockierten Gemäßigten trotzdem noch mit Gemeinsamkeitsappellen und der Einstimmigkeitserklärung zur Nominierung Goldwaters ihrerseits der traditionellen Form Genüge getan hatten, hatte der Senator in seiner Annahmerede nichts Besseres zu sagen, als daß er von Leuten, denen „unsere Sache" nicht am Herzen liege, keine Hilfe im Wahlkampf erwarte, und es folgte das bekannte und wild applaudierte Bekenntnis: „Ich möchte Sie daran erinnern, daß es kein Laster ist, die Freiheit mit extremen Mitteln zu verteidigen, und keine Tugend, beim Üben der Gerechtigkeit mit Mäßigung zu verfahren." Die Hinweise auf Extremismus und Mäßigung waren auf die Hauptstreitfrage zwischen den Rechtsradikalen und den Gemäßigten gemünzt, die vergeblich versucht hatten, ein Bekenntnis gegen den Extremismus in das Wahlprogramm einzufügen. Die Verstimmung in der Partei war so groß, daß es eines Gipfeltreffens im folgenden Monat bedurfte, um die unentbehrliche Wahlkampfhilfe der gemäßigten Parteiführer und vor allem Eisenhowers zu sichern. Auch nach den damit verbundenen Gesten der Gemeinsamkeit von seiten Goldwaters zeigte sich der Charakter seiner Weltanschauungsbewegung unverändert bis zum Abend des Wahltages, an dem er seine längst feststehende Niederlage nicht, wie man es im sportbewußten Ame-

rika von einem guten Verlierer erwartet, in aller Öffentlichkeit zugeben wollte.

Sollte die Republikanische Partei auch weiterhin darauf bestehen, statt einer großen, mehrheitsfähigen Partei eine militante Minderheitsbewegung, etwa nach dem Muster der Weltanschauungsparteien der Weimarer Republik zu sein, wird sich daraus eine ganz erhebliche Störung und Umschichtung des politischen Systems Amerikas ergeben. Es ist sogar durchaus möglich, daß der jetzt einsetzende Kampf in der Republikanischen Partei mit einer Spaltung endet oder daß eine neue große Partei an Stelle der Republikanischen den Demokraten gegenübertritt. Bis zur Klärung der Verhältnisse und der Überwindung der Störung, die Goldwater und seine Anhänger in das politische System gebracht haben, gibt es auch bei den Demokraten wenig Anlaß zur Schadenfreude. Denn eine Regierung ohne eine funktionsgerechte Opposition wird auch mit den größten Mehrheiten nicht einwandfrei ihres Amtes walten.

Die Reaktion auf die Rassenkrawalle

Senator Goldwater war noch kaum zum Präsidentschaftskandidaten ernannt, als ein Polizeileutnant außer Dienst in der größten Farbigenstadt Amerikas, dem New Yorker Stadtviertel Harlem, in einen Streit zwischen einem weißen Hauswirt und mehreren farbigen Halbwüchsigen eingriff und kurz darauf einen fünfzehnjährigen Farbigen erschoß, der ihn, laut seiner späteren Aussage, mit einem Messer angegriffen hatte. Wenige Tage später und nach einigen Protestversammlungen begann ein Massenaufruhr, an dem sich vor allem Gruppen von farbigen Halbstarken beteiligten und der eine Woche lang Nacht um Nacht wieder aufflammte. Zur gleichen Zeit flammte ein ähnlicher Aufruhr im benachbarten Brooklyn auf und Wochen später einer in Rochester, nördlich von New York. Wie die Harlemaufstände 1935 und 1943 waren auch diese Unruhen von Plünderungen und gewalttätigen Zusammenstößen zwischen den jugendlichen Banden und der Polizei gekennzeichnet, die die Plünderer und Aufrührer nach Anbruch der Dunkelheit nicht im Zaum zu halten vermochte.

Die politische Auswirkung dieser Krawalle war ungeheuer groß. Goldwater hatte bereits auf dem Republikanischen Parteitag verschämt mit der Unterstützung rassentrennerischer Elemente geliebäugelt. Viele seiner Anhänger taten das mit weniger Hemmungen

als der Senator, der in seiner politischen Vergangenheit auf so manche negerfreundliche Aktion verweisen kann, wenn er sich auch in seinem Buch, *Das Gewissen eines Konservativen*, gegen eine Bundeskompetenz in der Schulintegrationsfrage aussprach und 1964 gegen das Bürgerrechtsgesetz stimmte. In den Monaten vor dem Parteitag hatte auch der Gouverneur von Alabama, George Wallace, in Präferenzabstimmungen der Staaten Wisconsin, Indiana und Maryland genug Stimmen auf sich gezogen, um einen handfesten Beweis für die Stärke von Rassenvorurteilen außerhalb des Südens zu liefern. Man sprach bereits vom *civil rights backlash*, dem Zurückschnellen der Peitsche der Bürgerrechtsbewegung — die Vermeidung des Wortes Reaktion wäre allein einen Aufsatz wert —, und wies auf die erhebliche Anzahl derer hin, die im Süden und Norden laut Umfragen die Integration der Farbigen für übereilt hielten. Monatelang hatten ja auch Bürgerrechtsdemonstrationen, -boykotte und -streikposten in allen Gebieten des Landes schon die Gemüter bewegt, und Goldwater hatte in seiner Annahmerede auf dem Parteitag indirekt auf derartige Störungen und Unruhen hingewiesen, ohne jedoch anzudeuten, was er als Präsident und extremer Föderalist gegen sie zu unternehmen gedachte. Die Versuchung war natürlich enorm, sich der *backlash*-Wähler zu bedienen, die in den meisten Südstaaten eine Mehrheit und in einigen Nordstaaten gerade genug demokratische Wähler zu den republikanischen Stammwählern hinzu einzubringen versprachen, um auch dort die Mehrheit zu gewinnen. Zwar war zu jener Zeit in den Südstaaten noch der Gouverneur Wallace im Rennen, der Goldwaters potentielle Wähler dort zur Hälfte an sich gerissen hätte. Mit Wallaces Rücktritt von seinen Präsidentschaftsplänen entfiel dieses Hindernis jedoch bald. Eine Zeitlang sah es sogar so aus, als könne Goldwater Mehrheiten in allen Südstaaten und in einer Anzahl von Nordstaaten, wie Indiana, bekommen, aber in den letzten Wochen vor der Wahl fielen alle Nordstaaten und selbst die Hälfte der Südstaaten wieder von ihm ab und seinem Gegner Johnson zu.

Die besondere Wirkung der sogenannten Rassenkrawalle war der erneuten Aktivierung von gefühlsmäßigen Vorurteilen in vielen Amerikanern zuzuschreiben, die bereits ihrer Vernunft gefolgt waren. Angesichts einer friedlichen Demonstration, die dieselben Bürgerrechte und -privilegien verlangt, die laut Verfassung jeder Amerikaner besitzt, kann man sich kaum der suggestiven Kraft der

eigenen Wertvorstellungen entziehen. Aber angesichts eines Mobs ziegelsteinwerfender farbiger Halbstarker kommen da ganz andere Reaktionen zu Tage. Obwohl die Krawalle nicht mit der Bürgerrechtsbewegung zusammenhingen, sondern eher aus den Gettozuständen erwuchsen — und vor allem die Probleme der Gettojugend beleuchteten —, wurden Bürgerrechtsbewegung, Farbigennationalismus und Gettokrawalle sofort miteinander verquickt und in Bausch und Bogen verdammt. Anders als die europäische Presse, die bei aller sensationellen Aufbauschung und Naivität wenigstens in den Gettozuständen eine wichtige Ursache sah, zog man es in den Vereinigten Staaten häufig vor, die Farbigen auch noch für die Zustände in den Gettos verantwortlich zu machen. Zudem hatten die Führer der Bürgerrechtsbewegung, soweit sie zugegen waren, nicht nur alle Macht über die Aufrührer, sondern auch deren Sympathie verloren, und der mittlerweile mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Martin Luther King wurde in Harlem ausgepfiffen und mit faulen Eiern beworfen. Selbst die zahllosen Sekten von schwarzen Nationalisten mit ihrer Haßpropaganda dringen kaum bei dem halbstarken Rowdyelement durch, das sich jedoch ihrer Haßparolen gegen die Weißen bedient. Viele Weiße mit schlummernden Vorurteilen in anderen Städten mit erheblicher Farbigenbevölkerung, wie etwa Chicago oder Los Angeles, begannen, sich ähnliche Unruhen und Bedrohungen in ihrer eigenen Umgebung vorzustellen, und so mancher erinnerte sich an Aussprüche prominenter Farbiger, wie etwa des Schriftstellers James Baldwin oder des Conférenciers Dick Gregory, die längst vor dem Meer von abgrundtiefer Bitterkeit in Millionen von kleinen Farbigen, das eines Tages zur Oberfläche kommen könnte, gewarnt hatten. Auch hier, wie in der Republikanischen Partei, steht die expressiv-affektive Politik der Gettomassen der zweckbetonten Rationalität der schwarzen Bourgeoisie in den Bürgerrechtsorganisationen entgegen.

Das Auftauchen von 22 Millionen schwarzer Amerikaner aus der Versenkung der weltgeschichtlichen Bühne ist natürlich ein viel zu bedeutsames Phänomen, als daß es nur vom Gesichtspunkt der einmaligen Wahlsituation des Jahres 1964 betrachtet werden sollte. Hier hebt sich ein gewaltiger Eisberg mit Triebkräften wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur aus dem Wasser, dem gegenüber das Erscheinen des Kandidaten Goldwater eher einem gelegentlichen Wellenreiter gleicht, der versucht, sich von der von dem aufsteigen-

den Eisberg ausgelösten Flutwelle tragen zu lassen. Falls die momentane Flutwelle ihn ins Weiße Haus getragen hätte, wären die Folgen unter Umständen schon verhängnisvoll gewesen, obwohl selbst dann keine Wahrscheinlichkeit bestanden hätte, daß Goldwaters Extremisten diesen Eisberg, da er nun einmal in Bewegung geraten war, auf die Dauer hätten unter Wasser halten können.

Da die Farbigenorganisationen, die Demokraten und die betreffenden Stadt-, Staats- und Bundesregierungen die aufrührerischen Elemente schließlich doch zu beschwichtigen vermochten, wurde das Gerede um den Bürgerrechts-*backlash* bald leiser, wenn auch der Ku-Klux-Klan und andere rechtsextremistische und rassistische Gruppen im Anwachsen zu sein schienen. Statt dessen kam es nun zum Schaden Goldwaters zu einem wohlgezielten *backlash* auf den *backlash* oder, wie es manche Liberale ausdrückten, einem *forward lash.* Das politische Ausnutzen der Rassenfrage erschien vielen Amerikanern als so überaus anstößig und im Verein mit Goldwaters Bedenkenlosigkeit hinsichtlich des Gebrauchs der Nuklearwaffen als ein solcher Wahnsinn, daß wichtige Teile der öffentlichen Meinung gegen ihn Front machten, ohne eigentlich damit unbedingt Johnson unterstützen zu wollen. Vor allem die zahlreichen Kirchen und religiösen Zeitschriften Amerikas brachen ihr traditionelles neutrales Schweigen gegenüber der Politik und drückten unumwunden ihr Entsetzen vor Goldwater aus. Protestanten, Anglikaner, Juden, Unitarier und Katholiken, die ohnehin bereits in der Bürgerrechtsfrage Stellung genommen hatten, wandten sich jetzt mit unverhohlenem Zorn gegen den Senator aus Arizona. „Einige Kandidaten“, so schrieb die Zeitschrift *American Lutheran,* „appellieren schlau an die angeborenen Vorurteile der Menschen, vor allem gegen Farbige. Dies ist eine Streitfrage, die kein Christ übersehen darf.“ Die hochgeachteten Zeitschriften des Protestantismus, *Christian Century* und *Christianity and Crisis,* richteten massive Breitseiten gegen den Kandidaten, der nicht nur keinesfalls im „Hauptstrom“ Amerikas liege, sondern ihn offenbar in die Wüste umleiten oder vollkommen zurückdämmen wolle. Auch die weltliche Presse machte in einem Maße Front gegen Goldwater, wie das noch keinem republikanischen Kandidaten passiert war. Die *New York Times* bemerkte Ende September nach einer Umfrage, wie seltsam es doch sei, daß die Hauptstreitfragen des Wahlkampfes sich alle um die Person und die Vorschläge des Herausforderers drehten, statt

daß, wie sonst üblich und sinnvoll, die Regierung Johnson sich vor den Wählern rechtfertigen müßte. Farbige, bestimmte nationale Minderheiten und vor allem die Gewerkschaften erblickten in Goldwater ihren Erzfeind und eine Gefahr für die sozialen Errungenschaften Amerikas; viele Geschäftsleute und Arbeitgeber hielten ihn für einen gefährlichen Träumer, der von der Welt, so wie sie sie kannten, keine Ahnung habe; und selbst unter den amerikanischen Landwirten sank sein Stern wegen der von ihm befürworteten Beendigung der Subventionen.

Die Bedeutung der Wiederwahl Johnsons

Nach Senator Goldwaters Formulierung zu schließen, standen die amerikanischen Wähler 1964 vor der Entscheidung zwischen einer allmächtigen Zentralregierung und dem verfassungsgemäßen Föderalismus, zwischen einer sozialistischen Planwirtschaft und dem freien Markt, zwischen den nüchternen Verteidigungskostenanalysen des Verteidigungsministers McNamara oder den Entwaffnungsneigungen des State Department und der Aufrechterhaltung des Wehrwillens, zwischen Rassenkrawallen oder -demonstrationen und „Gesetz und Ordnung". Bedeutet nun der überwältigende Wahlsieg Johnsons, daß die amerikanischen Wähler tatsächlich diese Entscheidungen in dem von Goldwater angeprangerten Sinne getroffen haben? Wird die neue Regierung nun das tun, wovor der Senator aus Arizona gewarnt hat? Dazu hätten die Streitfragen viel konkreter sein und die Person Goldwaters weniger zum Stein des Anstoßes werden müssen. Ein Kern von Wahrheit steckt gewiß in jedem dieser Slogans in der entsprechenden, polemischen Entstellung der Wahlschlacht. Die Goldwater-Bewegung ist ja vor allem, wie schon oben bemerkt, ein Aufbäumen verschiedener Elemente gegen den allzu raschen Fortschritt der amerikanischen Gesellschaft. Was man auf dem rechten Flügel unter Sozialismus versteht, ist vor allem der Trend zur Versachlichung, zur Bürokratisierung des Lebens, zur *planification*, um ein französisches Modewort zu gebrauchen. Die Goldwater-Anhänger wollten sich mit aller Kraft dieser unerbittlichen und nicht auf die Regierungspolitik beschränkten Entwicklung entgegenwerfen und hätten sie vielleicht für kurze Zeit aufgehalten. Unter Johnson wird sie ungehindert weitergehen, und die Regierung wird sich sogar bemühen, ihr über Klippen und Pannen hinwegzuhelfen.

Das auf dem Parteitag der Demokraten angenommene Wahlprogramm weist in seinen Unterschieden zu dem der Republikaner – und es gibt deren nicht viele – bereits auf einige der Aufgaben hin, die Präsident Johnson und die vergrößerte demokratische Mehrheit im Kongreß sich wohl jetzt vorgenommen haben. Die gleichzeitigen Repräsentanten- und Senatswahlen hatten die konservativen Elemente in beiden Parteien zugunsten liberaler Demokraten erheblich geschwächt. Die Kollaboration vieler südstaatlicher Demokraten mit Goldwater führte auch zu Versuchen, die südlichen Machtstellungen im Kongreß zu reduzieren. Die Republikaner wiederum sind vollauf mit der Austragung ihrer parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen den gemäßigten Gouverneuren Scranton, Rockefeller und Romney und den Goldwater-Anhängern beschäftigt. Lediglich die außenpolitischen Krisen geben zu Zweifeln Anlaß, daß die Demokraten imstande sind, ihr Programm zu verwirklichen, soweit man ein amerikanisches Wahlprogramm überhaupt auf die Goldwaage legen kann.

Als erster der von den Republikanern abweichenden Programmpunkte wäre wohl die Verurteilung des Extremismus unter Nennung des Kommunismus, des Ku-Klux-Klans und der *John Birch Society* zu erwähnen. Was den internen Kommunismus anbetrifft, so war seine Nennung ursprünglich sicher eher als Abschirmung gegen den Vorwurf der Kommunistenfreundlichkeit als programmatisch gedacht. Da sich mittlerweile jedoch wieder kommunistische und andere linksextremistische Strömungen bemerkbar machten, vor allem in der Opposition zur Vietnampolitik und in Versuchen, die Bürgerrechtsbewegung zu unterwandern *, stehen wahrscheinlich wieder Untersuchungen durch Ausschüsse des Kongresses und einiger Staatsparlamente bevor. Der Ku-Klux-Klan hat gleichfalls eine Untersuchung zu erwarten, deren Durchführung selbst bei größter Schonung sensationelle Zusammenhänge aufzudecken verspricht. Man weiß bereits von Klanmitgliedern in der Polizei und den Regierungen mehrerer Südstaaten. Der Kongreß und einige Staatsparlamente bemühen sich auch schon gegen den erbitterten Widerstand von Jagd- und Schützenvereinen, den Kauf von Schußwaffen – der Verbrechern, u. a. dem Kennedy-Mörder Oswald, bisher so leicht fiel – besser zu überwachen. In Staaten wie Kalifornien ist man gegen paramilitärische Gruppen, wie etwa die bewaffneten

* Näheres siehe S. 74 ff.

Schutzstaffeln der schwarzen Muslimsekte* und die oft als Schützenvereine getarnten *Minutemen,* die bewaffneten Landsknechte der äußersten Rechten, vorgegangen. Die amerikanischen Gewerkschaften errechneten kürzlich, daß nicht weniger als 6000 rechtsradikale Fernseh- und Radioprogramme jede Woche in den Vereinigten Staaten gesendet werden. Es ist jedoch schwer vorherzusagen, was die Johnson-Regierung und der Kongreß zur Eindämmung dieser giftigen Flut zu unternehmen versuchen werden. Die *Minutemen* kann man wohl noch am ehesten entwaffnen und unschädlich machen. Eine Kontrolle der anderen Umtriebe steht jedoch vor allem den freiheitlichen Prinzipien und Gewissensschranken der Liberalen entgegen, die sich der bürgerrechtlichen Tradition viel zu bewußt sind, um sie wegen einer kleinen Anzahl von Unbelehrbaren durchlöchern zu wollen, wenn auch die Ungeduld der Öffentlichkeit mit dem Rechtsradikalismus — laut Umfragen mißfällt die *John Birch Society* 59 Prozent der Amerikaner, während nur 8 Prozent sie billigen — noch nie so groß war wie heute.

Andere wichtige Programmpunkte der Demokratischen Partei zielten auf die Erreichung von Johnsons „Großer Gesellschaft" ab, die der amerikanische Präsident in seinen Wahlreden wie folgt beschrieb:

„Sie wird erreicht, und der Augenblick ist nicht fern, wenn niemand in diesem Lande mehr arm ist . . . wenn jeder Junge und jedes Mädchen soviel Bildung erwerben kann, wie sie nur gebrauchen können . . . wenn es eine Beschäftigung für jeden gibt, der arbeiten will . . . wenn jeder Slum aus jeder Stadt verschwunden und Amerika schön geworden ist und wenn der Mensch unter dem Auge Gottes die volle Meisterschaft über sein eigenes Schicksal erlangt hat. Es wird eine Zeit des Friedens und des guten Willens unter den Menschen sein."

„Wir müssen unsere Städte wiedererstehen lassen und unsere Massenverkehrsmittel den Erfordernissen anpassen. Wir müssen unsere Luft reinigen und das Salzwasser des Ozeans genießbar machen."

Das Leitbild der „Großen Gesellschaft" wurde bereits mit verschiedenen Maßnahmen und Gesetzen angesteuert. Der „Krieg wider die Armut" führte zum Beispiel zu dem großen Sanierungsplan für die Appalachenregion, einem alten Notstandsgebiet, und ähnlichen Versprechungen für andere Notstandsgebiete. Ein umfangreiches *Job*

* Näheres siehe S. 72 f.

Corps soll in den Armutsgebieten und -stadtteilen wie das *Peace Corps* in fernen Ländern wirken, und Arbeitstrainingskurse sollen arbeitswillige Beschäftigungslose mit der nötigen Berufserfahrung ausrüsten. Die Durchführung der Bürgerrechtsgesetze und besonders das neue Wahlrechtsgesetz sind dazu bestimmt, die Fesseln der Armut und Hilflosigkeit vor allem von der farbigen Minderheit zu nehmen, die am meisten unter ihnen leidet. Das neue Bundeshilfeprogramm für das gesamte Erziehungswesen wurde gleichfalls von Johnson erfolgreich zwischen der Scylla der Schulintegrationsklauseln – die die gesamten südstaatlichen Repräsentanten und Senatoren immer gegen frühere Gesetzesvorlagen mobilisierten – und der Charybdis der katholischen Privatschulen – die jetzt zum erstenmal die indirekte Unterstützung des Bundes genießen werden – hindurchgelotst, so daß die Bildungsmöglichkeiten auf allen Stufen jetzt in der Tat größer sind als je zuvor. Die Arbeitslosigkeit in Amerika ist zwar noch lange nicht gebannt, und die Verwirklichung der Versprechen hinsichtlich der Luftbereinigung, der Salzwasserumwandlung und des Massenverkehrs ist noch kaum in Angriff genommen. Doch gibt es bereits eine Verschönerungskampagne der Fernstraßen und Orte, die sich zunehmend bemerkbar macht. Große Bedeutung kommt auch der Sozialversicherungsreform zu, die den steigenden Millionenzahlen pensionierter Amerikaner höhere Sozialversicherungsrenten und vor allem öffentliche Krankenhausversicherung – das von den Ärzten Amerikas bitter bekämpfte *medicare* – sichert.

Die Aufgaben einer fortschrittlichen Regierung in unserem Zeitalter sind in der Tat ohne Zahl und stellen außerordentlich große Ansprüche an die zur Verfügung stehenden Finanzquellen sowie an den Stand der wissenschaftlichen Forschung und die Aufgeklärtheit des Volkes. Das bedeutet zwar keineswegs, daß Johnsons „Große Gesellschaft" von Frieden, Freiheit und Gleichheit utopisch sein müßte oder ihre Segnungen reiner Luxus wären. Die Vision ist klar genug konzipiert, und die Wege und Mittel sind hinreichend bekannt. Es ist jedoch sehr zu bezweifeln, daß der neuen Regierung Johnson innerhalb der ihr zugestandenen vier oder acht Jahre mehr als die ersten zögernden Schritte in dieser Richtung vergönnt sein werden. Dafür sorgen schon, wenn nicht ein internes Aufbäumen der Fortschrittsmüden, so doch der außenpolitische Druck und die enormen Verteidigungslasten. Es besteht ja auch besonders im Falle

der amerikanischen Revolte von rechts ein augenfälliger Zusammenhang zwischen dem Unbehagen über die außenpolitische Stellung Amerikas – mit der 51 Prozent der Amerikaner, laut Umfragen, unzufrieden sind, während Franzosen nur zu 32 und Westdeutsche gar nur zu 14 Prozent die Weltstellung ihrer Nation beklagen – und der romantischen Flucht aus der politischen Wirklichkeit in eine imaginäre Vergangenheit. Leider ist die Weltpolitik heute mit den Eindringungsversuchen Rotchinas und Sowjetrußlands in die Entwicklungsländer von Kuba bis Vietnam der internen Entwicklung Amerikas nicht so günstig, wie das Lyndon Johnson und jeder Amerikaner gern sähen. Daher muß es auch Außenstehende nicht verwundern, wenn amerikanische Stimmen mitunter solcher Störungen wie Vietnam, Berlin oder Santo Domingo herzlich müde sind, vor allem, wenn man Washington Motive unterschiebt, die ihm fernliegen. Der Weltfriede wäre Amerika auch lieber, aber nicht um jeden Preis.

Würde sich die Unruhe in der amerikanischen Politik legen, wenn die Johnson-Regierung sich damit begnügte, die bereits bestehenden sozialen Errungenschaften festzuhalten und auszubauen, anstatt mit sozialen Reformen und der Rassengleichheit nach der Großen Gesellschaft zu streben? Kaum, da ja doch viele der angestrebten Reformen erst die bestehenden festigen und abrunden würden. Zudem ist der Druck von rechts so radikal gesinnt, daß er auch mit dem Status quo von gestern nicht zufrieden wäre. Man könnte sogar mutmaßen, daß reale Errungenschaften durch die normative Kraft des Faktischen der rechtsradikalen, irrealen Romantik den Wind viel wirksamer aus den Segeln nähmen als Überredungsversuche. Die Meinungsumfragen in Amerika, bei denen auch im Hochsommer 1965 wieder über 60 Prozent des Volkes sowohl Johnsons Innen- als auch seine Außenpolitik für gut befanden, während etwa ein Viertel gegenteiliger Meinung war, scheinen die Richtigkeit weiterer Fortschrittsversuche zu bestätigen. In bezug auf den Fortschritt der Rassengleichheit hat die Johnson-Regierung überhaupt nur die Wahl der Geschwindigkeitsrate. Der große Eisberg erhebt sich weiter aus dem Wasser, und es wäre vermessen, sich dieser Naturgewalt entgegenstemmen zu wollen. Die Problematik liegt eher darin, die innere Dynamik der Entwicklung zu verstehen und in geregelte Bahnen zu lenken, bevor es zu gewalttätigen Explosionen kommt.

Bürgerrechte und Hautfarbe

Das amerikanische Volk ist ein Volk von Einwanderern, die einzeln und in Gruppen aus vielen Ländern nach der Neuen Welt kamen, um der Armut, der religiösen Intoleranz, den gesellschaftlichen Schranken oder der politischen Bedrückung ihrer Heimat zu entfliehen. Unmittelbar nach ihrer Ankunft erfaßt die Einwanderer gewöhnlich die Absorptionskraft des berühmten „Schmelztiegels"; sie werden gastlich empfangen, eingebürgert, amerikanisiert. Nach wenigen Monaten oder höchstens einem Jahr identifizieren sie sich meist schon vollkommen mit dem Toleranzethos Amerikas, das jedem Einwanderer, unabhängig von seiner Nationalität, seiner sozialen Herkunft und seinem Glauben, sofort die gleichen Menschenrechte und die gleiche Menschenwürde zubilligt wie den Einheimischen. Dieses internationale Toleranzethos, aus der Logik der Einschmelzungssituation geboren, bemächtigte sich der angelsächsisch-französischen Tradition der Bürgerrechte und wurde zum politischen Glauben Amerikas, der trotz gelegentlicher Verirrungen unentwegt allen Einwanderergruppen dieselbe großherzige Willkommenshand entgegenstreckt. Allen Gruppen — vielmehr mit einer Ausnahme: den durch die Hautfarbe unterschiedlichen Farbigen. Die Farbigen allein * bildeten jahrhundertelang die große Ausnahme, seit sie als Sklaven nach Nordamerika verschleppt worden waren. Selbst ihre Befreier auf der Seite der Unionsarmee 1863 zogen anscheinend nie die Möglichkeit ernsthaft in Betracht, daß die Freiheiten und Rechte des amerikanischen Ethos ihnen im gleichen Maße und unter den gleichen sozialen Bedingungen zustehen müßten wie allen anderen Volksgruppen. Dies aber ist es, was ein

* Die teilweise noch bestehende Diskriminierung der Orientalen und spanischsprechenden Amerikaner hat sich in den letzten Jahrzehnten so erheblich geändert, daß sie wahrscheinlich bald anderen Einwanderergruppen gleichgestellt sein werden, soweit sie das wünschen.

Jahrhundert später die heutige Bürgerrechtsbewegung verlangt: die Beseitigung des „amerikanischen Dilemmas", wie Gunnar Myrdal es nannte, die Abschaffung des Doppelstandards von Toleranzethos und Rassenvorurteil.

Zwar haben die Farbigen Amerikas schon seit der Sklavenbefreiung immer wieder gegen ihre Unterdrückung protestiert, durch ihre Kirchen, durch die freie Farbigenpresse, durch Intellektuelle, wie etwa den Abolitionisten Frederick Douglass (1817–1895), Gelehrte, wie W.E. B. Dubois (1868–1963), Staatsmänner, wie Ralph Bunche, und Schriftsteller, wie Richard Wright, Louis Lomax und James Baldwin, sowie durch Selbsthilfeorganisationen, wie die *National Association for the Advancement of Colored People (NAACP)*. Drei wichtige Merkmale unterscheiden die gegenwärtige Farbigenbewegung jedoch von früheren Protesten. Zum ersten ist sie eine Massenbewegung, hinter der einschneidende gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwandlungen stehen. Als im Jahre 1955 der berühmte Autobusboykott in Montgomery, Alabama, von dem Geistlichen Martin Luther King inszeniert wurde – und diese Aktion gilt allgemein als der Anstoß der gegenwärtigen Bewegung –, war es zweifellos ausschlaggebend, daß die Farbigen der Stadt die wirtschaftliche Macht und die Organisationswilligkeit besaßen, die Stadt zum Nachgeben zu zwingen. Ähnliche, mit der Verstädterung zusammenhängende Faktoren stecken auch hinter der politischen und wirtschaftlichen Hebelkraft der jetzt im Norden wohnenden Farbigen. Zum zweiten ist die Führung der Farbigenbewegung zu erwähnen, die sich vor allem Gandhis Lehren der Gewaltlosigkeit zu eigen machte und dadurch die moralische Ader des angelsächsischen Rechts- und Glaubenssystems aufs Wirksamste öffnete. Unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg gab es eine nationalistische farbige Massenbewegung, der viele Kriegsteilnehmer angehörten und die unter der Führung Marcus Garveys die Rückführung der farbigen Bevölkerung nach Afrika anstrebte. Aber ihre militante Führung und ihre Ziele waren kaum dazu angetan, die weißen Kirchen, Parteien und zahllose Einzelpersonen so anzuziehen, wie das heute geschieht, da Hunderttausende von Weißen im Norden Geld spenden und Tausende idealistischer Studenten als Organisatoren und bei Demonstrationen im Süden Geld, Freiheit und zuweilen selbst ihre gesunden Glieder oder gar das Leben riskieren. Die Bedeutung der Führung zeigt sich auch immer wieder in der Wahl der Kampfmit-

tel, wie dem „Einsitzen" in rassentrennenden Restaurants, dem „Einbeten" in weißen Kirchen, den Gebetsmärschen vor Stadtverwaltungen und den friedlichen Plakatdemonstrationen nach bester demokratischer Tradition Amerikas. Zum dritten fällt die gesamte Bürgerrechtsrevolution nicht von ungefähr mit dem weltweiten Erwachen der farbigen Völker Asiens und Afrikas zusammen, denen gegenüber die amerikanische Außenpolitik die Entgleisungen hinsichtlich des internen Farbigenproblems sehr zu fürchten hat. Zwar betonen die farbigen und weißen Vorkämpfer der Bürgerrechtsrevolution immer wieder, daß das gute Recht der farbigen Bürger der Vereinigten Staaten auch ohne internationalen Druck vertreten werden müsse. Doch es läßt sich kaum übersehen, daß die neugewonnene Würde und Rolle von Arnold Toynbees „äußerem Proletariat" in der Welt schließlich auch dem Selbstbewußtsein dieses vergessenen Teils von Amerikas „innerem Proletariat" zugute kommen würden. Und das vergeistigte Pathos der gewaltlosen Revolution, die „Wahrheitskraft" *(satyagraha)*, wird vielleicht auch dem christlichen Amerika die Inspiration geben, deren das christliche Abendland laut Toynbee bedarf, um nicht unterzugehen.

Ein geschichtlicher Überblick

Die einem echten Verständnis und daher der endgültigen Lösung der Farbigenfrage in Amerika und anderswo entgegenstehenden Schranken sind so tief im westlichen Bewußtsein verwurzelt, daß wirkliche Erkenntnis hier fast einem Bewußtseinswechsel gleichkommt. Selbst der Begriff der Rasse, den Generationen spekulativ eingestellter Soziologen und Anthropologen den nach Selbstbetrug dürstenden Weißen gaben, ist äußerst fragwürdig und selbst im bescheidensten Sinne des Wortes höchstens relativ gültig. Die in der Volksmeinung damit verbundenen stereotypen Eigenschaften entsprachen jedoch immer schon einem derart tiefsitzenden Bedürfnis nach Überlegenheitsgefühlen und der vernunftmäßigen Rechtfertigung von Vorurteilen sowie den daraus entspringenden Handlungen, daß sie buchstäblich „wirklicher" sind als die Wirklichkeit. Auch in den Vereinigten Staaten wandten sich oft bedeutende Wissenschaftler in höchst unwissenschaftlicher Weise von beweiskräftigen Widerlegungen ab, und berühmte Philosophen der Freiheit und Gleichheit schlichen mit hinkenden Entschuldigungen um den heißen Brei herum. Der interessanteste Aspekt dieser entstellenden

Anschauungsweisen liegt wohl in der daraus entstandenen „lilienweißen" – das heißt unter Ausschaltung farbiger Gestalten – Geschichtsschreibung. So bedurfte es zum Beispiel erst energischer Proteste der Bürgerrechtsorganisationen, die farbigen Schulkinder fänden ihre Ahnen in den Geschichtsbüchern nur in der Rolle von unterwürfigen Sklaven, bis sich herausstellte, daß freie Farbige in der Tat eine erhebliche Rolle im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, in der amerikanischen Kulturgeschichte und auch in der Kultivierung des Wilden Westens gespielt haben.

Die Entwicklung des Farbigenschicksals seit der Sklavenbefreiung war naturgemäß ein Hauptgegenstand der von Vorurteilen gelenkten Geschichtsklitterung. Es herrscht da vor allem immer noch die weitverbreitete und von interessierten Gruppen eifrig unterstützte Meinung vor, der im Bürgerkrieg vergewaltigte Süden sei nach einem Jahrzehnt besetzungsähnlicher Beherrschung durch den Norden (Reconstructionsära) einfach wieder zu seiner gewohnten Lebensweise zurückgekehrt, ohne die Sklavenhaltung natürlich, aber doch von Rassengleichheit oder -integrierung weit entfernt. Volkstümliche Eigenheiten und Bräuche, wie etwa tiefwurzelnde Rassenvorurteile, Rassentrennung *(segregation)*, irrationale Scheu oder Furcht vor Andersrassigen und selbst Ausschreitungen, so hieß die typisch sozialdarwinistische Formulierung, könne man eben nicht von einem Tag zum anderen ändern und mit Gesetzen und staatlicher Intervention schon überhaupt nicht.

Was sich jedoch in diesen hundert Jahren wirklich abspielte, scheint sich jetzt allmählich herauszustellen. Nach der neueren Literatur zu schließen, waren die Beziehungen zwischen den Rassen zur Sklavenzeit und unmittelbar nach dem Bürgerkrieg durchaus eng und freundlich, von Rassentrennung ganz zu schweigen. Die Trennung durch die sogenannten Jim-Crow-Gesetze wurde auch keineswegs von den Befreiern des Südens eingeführt, die in den siebziger Jahren durch einen politischen Ausgleich und eine kalte Machtergreifung den Süden von der Reconstructionsherrschaft der radikalen Republikaner des Nordens und ihren weißen und farbigen Kollaborateuren erlösten (Redemptionsära). Die ersten Trennungsmaßnahmen begannen erst ein, zwei Jahrzehnte später, und das vollendete Trennungssystem in allen Transportmitteln, Vergnügungsstätten, Parks, Schulen, Warteräumen, Toiletten, Krankenhäusern und selbst Friedhöfen wurde erst nach der Jahrhundertwende eingeführt.

Tatsächlich lagen der Einführung der Rassentrennung folgende Ursachen zugrunde: es gab anscheinend ein weitverbreitetes Bedürfnis, die außerordentlich großen wirtschaftlichen Spannungen der Industrialisierung und der Krisenjahrzehnte der achtziger und neunziger Jahre an einem Sündenbock abzureagieren. Auch das Auftreten einzelner und organisierter Rassenfanatiker spielte eine wichtige Rolle, sowie die politische Verrohung, die sich sowohl in der Heftigkeit der Gefühle während des Bürgerkrieges und der Reconstructionsära als auch in den Gewaltmaßnahmen der Redemptionszeit und des wirtschaftlichen und politischen Kampfes zwischen den Konservativen und den agrardemokratischen Populisten zeigte und die rechtlichen und demokratischen Traditionen des Südens vergiftete. Hinzu kam ferner die Entwicklung der nördlichen Republikaner in Richtung auf den Konservatismus und Sozialdarwinismus hin. Anstatt die Sklavenbefreiung durch eine weitere Überwachung des Südens zu vollenden, zogen sich die Nordstaatler von dieser lästig gewordenen Aufgabe zurück und wandten ihre Aufmerksamkeit dem Ausbau der Industrialisierung des Nordens zu. Die Bürgerrechtsgarantien der Reconstructionsära wurden auch durch eine Reihe von Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts ausgehöhlt, deren bedeutsamste — Plessy gegen Ferguson 1896 (*separate-but-equal*-Doktrin) — die Rassentrennung legalisierte, soweit die für Farbige bestimmten Schulen, Restaurants, Vergnügungsstätten usw. denen für Weiße nominell gleich seien. In Wirklichkeit kümmerte sich niemand um die tatsächliche Ungleichheit dieser Stätten und Anstalten, von der elitären Inspiration der Rassentrennung ganz zu schweigen.
Die Hunderttausende farbiger Wähler, die jahrzehntelang gewählt hatten und in die Geschworenenlisten eingetragen waren, wurden jetzt mit Betrug und Terror ihrer politischen Rechte beraubt. Eine Wahlsteuer, das unterschiedliche Handhaben der Wahlrechtsbestimmung, daß Lese-, Schreib- und Verfassungskenntnisse erforderlich seien, „lilienweiße" Primärwahlen — die im Einparteiensystem des Südens die Wahl sicherten — und schließlich die „Großvaterklausel" beraubten Farbige ihres Wahlrechts, ohne zugleich die ärmeren Weißen den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen. Farbige Beamte und gewählte Volksvertreter wurden gleichfalls ausgeschaltet, und Proteste durch Lynchjustiz und Terrorakte gewalttätiger Elemente erstickt, die, von der Rassentrennungspolitik offizieller Kreise ermutigt, aus allen Löchern gekrochen kamen. Die

liberalen Elemente des Südens, besonders der Presse, verschwanden ebenfalls nahezu völlig und erholten sich erst in den dreißiger Jahren, als sie schüchtern daran gingen, diese unselige Entwicklung wieder rückläufig zu machen. Das Verhältnis zwischen den Rassen wurde im Süden zum in allen Einzelheiten ausgefeilten Kastensystem, dessen Überordnung der Gleichheitsdoktrin der Plessy-gegen-Ferguson-Entscheidung Hohn sprach. Die Unterdrückung der farbigen Kaste führte konsequent zur Aushöhlung der demokratischen Praxis des Südens, wo heute noch ein Einparteiensystem dem Wettbewerb um die Farbigenstimmen vorbeugt, wo auch die Wahlbeteiligung sehr niedrig ist – in den Gouverneurswahlen Südkarolinas wählen nur etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten – und der Rechtsschutz für die unteren Schichten beider Rassen im argen liegt.

Der Wendepunkt in der unheilvollen Entwicklung trat etwa um die Zeit des ersten Weltkrieges mit der Gründung farbiger Selbsthilfeorganisationen ein, mit den ersten negerfreundlichen Entscheidungen des Obersten Bundesgerichtes und mit der massiven Auswanderung Farbiger nach dem Norden, wo sie nach anfänglichen Schwierigkeiten das liberale Gewissen des Nordens wieder weckten. Die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre und der Arbeitermangel des zweiten Weltkrieges brachten den Farbigen die Freundschaft eines großen Teiles der Gewerkschaftsbewegung und die Unterstützung der sozialliberalen Bundesregierung. Zugleich führte das abschreckende Beispiel der nationalsozialistischen Rassentheorie und -praxis zu einer starken Erneuerung des Bekenntnisses zu Demokratie und Gleichheit, das auch den Farbigen zugute kam. Während des zweiten Weltkrieges führte diese Entwicklung sogar zum Beginn einer Integrierung der Rassen im Militär und, in Anbetracht des Arbeitermangels, auch zu großen Fortschritten auf dem Arbeitsmarkt; so bildete die Regierung eine *Fair Employment Practices Commission* * (FEPC), um Diskriminierungen in den wichtigsten Industrien zu vermeiden.

Von dieser gestärkten Position aus konnte sich nach dem Krieg der gesteigerte Druck der Bundesregierung und der wiedererwachten liberalen Meinung im Süden und Norden auf die einzelnen problematischen Gebiete hartnäckiger Diskriminierung fortsetzen, der schließlich in der grundsätzlichen Revision der Plessy-gegen-Fergu-

* Kommission für gleiche Anstellungsbedingungen

son-Entscheidung endete: In einer Reihe von Entscheidungen und mit Hinweisen auf Myrdals und andere soziologisch-psychologische Untersuchungen erklärte das Oberste Bundesgericht die Rassentrennung selbst für unvereinbar mit der Gleichheit und ordnete ihre Aufhebung in den südlichen (und einigen nördlichen) Schulen, Universitäten, Vergnügungsstätten und Transportmitteln an. Wie das Gericht in der wichtigsten dieser Entscheidungen — Brown gegen *Topeka Board of Education,* 1954 — ausführte, „führte die Rassentrennung von Kindern gleichen Alters und gleicher Begabung bei den Farbigen zu Minderwertigkeitsgefühlen in bezug auf ihre Rolle in der Gemeinschaft, deren Wirkung auf Geist und Gemüt kaum je wieder gutzumachen ist". Ein Jahr später befahl das Gericht den Schulbezirken des Landes, die Rassenintegration der Schüler „mit wohlbewußter Eile" voranzutreiben.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik der Farbigenfrage

„Revolutionäre Bewegungen", so schrieb der Historiker Crane Brinton in seiner vergleichenden Untersuchung der großen Revolutionen, „scheinen weniger aus Verzweiflung über bodenlose Unterdrückung zu entstehen als aus der Unzufriedenheit von zunehmend wohlhabenden Leuten, die sich zurückgehalten, gehemmt und verärgert fühlen." Eine gewisse soziale und wirtschaftliche Aufwärtsbewegung muß also vorhanden sein, bevor die politische Zündung die revolutionären Massen in Bewegung bringt. Bevor wir uns also genauer mit der politischen und organisatorischen Seite befassen, sollen sowohl der gegenwärtige Zustand und die wirtschaftlichen und sozialen Trends des Farbigendaseins als auch die Lage der farbigen Bevölkerung innerhalb der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Amerikas näher beleuchtet werden. Die amerikanischen Farbigen sind zwar mit wenigen Ausnahmen in der Nachhut des amerikanischen Nachkriegssturmes auf einen höheren Lebensstandard zurückgeblieben, aber doch der amerikanischen Entwicklung ganz zweifellos verhaftet. Es ist vielleicht auch nicht übertrieben zu behaupten, daß ihren durchaus bürgerlichen Bestrebungen nach gesellschaftlicher Gleichheit ein solides wirtschaftliches Aufwärtsstreben entspricht, dessen Auftrieb vom allgemeinen Einkommens- und Statushunger der amerikanischen Gesellschaft genährt wird. Daher darf man auch die Dimensionen der Lage der

Farbigen nur mit denen der amerikanischen Gesellschaft und nicht etwa mit anderen farbigen Völkern vergleichen, wie das zuweilen von Südstaatlern vorgeschlagen wird.
Bei der Volkszählung des Jahres 1960 betrug der Anteil der Farbigen an der Gesamtbevölkerung etwa elf Prozent — 18,9 Millionen * —, von denen zum ersten Male mehr als die Hälfte außerhalb des „tiefen Südens" wohnten. Dabei war die hervorstechendste Erscheinung die Landflucht im Süden, die im Grunde genommen schon seit dem letzten Jahrhundert ununterbrochen Farbige und arme Weiße in die Städte des Südens und zunehmend auch in die Bevölkerungszentren des Nordens und Westens führt. Die Stadt New York hat mit über einer Million allein schon mehr Farbige als der ländliche Südstaat Mississippi, dessen Farbigenbevölkerung längst keine Mehrheit mehr ausmacht und im letzten Jahrzehnt weiter zurückgegangen ist. Die farbige Bevölkerung der 21 größten Städte Amerikas wuchs aufgrund dieser Wanderung in den letzten 10 Jahren um 50 Prozent, und zwar hauptsächlich in den Stadtkernen, aus denen die mittleren Einkommensgruppen der Weißen schon seit Kriegsende in Scharen nach den Bungalowvorstädten umgezogen waren, die man für das Familienleben bevorzugt.
Die Zuwanderer erreichen die Stadt mittellos, mit ungenügender Ausbildung und oft mit großen oder auseinandergebrochenen Familien. Eine der „Segnungen" der Sklaverei in Amerika war ja, daß die Sklavenhalter keine Familienbildung erlaubten und die Institution der Ehe darum und aus sozialen Gründen auch heute noch nicht sehr stark in der Farbigengesellschaft entwickelt ist. Ihre Armut und die Unzulänglichkeiten ihrer ländlichen Vergangenheit erschweren ihre Anpassung an die Anforderungen des Großstadtlebens, wie das auch bei den armen weißen Zuwanderern der Fall ist. Aber in der Stadt erwartet sie wenigstens die Hoffnung auf Arbeit und nach

* Diese Zahl stellte im Vergleich zu den Zahlen von 1950 einen Zuwachs von 25 Prozent dar, gegenüber einer Zuwachsrate von 18 Prozent für die nichtfarbige Bevölkerung. Es ist barer Unsinn, aus diesen Zahlen eine zukünftige farbige Mehrheit ableiten zu wollen, wie das häufig in populären Schriften geschieht. Auf dieser Zahlenbasis wären dazu nahezu fünfhundert Jahre notwendig, wobei natürlich den sozialen Umschichtungen, der Verstädterung usw., die in dieser zufälligen Zuwachsrate stecken, in keiner Weise Rechnung getragen wäre. Aus derartiger statistischer Willkür kann man im allgemeinen auf die Bereitwilligkeit des Beobachters schließen, an gewisse Rassenstereotypen zu glauben.

einer gewissen Zeit das Wohlfahrtsamt. In den Städten des Nordens und einigen wenigen südlichen Städten, wie etwa Atlanta, bieten sich ihren Kindern auch weit bessere Ausbildungschancen, und die Rassendiskriminierung kann sich hier nicht so auf die Macht von Gesetz und öffentlicher Ordnung stützen wie im ländlichen Süden, wo Rassentrennung und Rechtlosigkeit die normalen Lebensschwierigkeiten unerträglich komplizieren. Wo sie sich jedoch auch aufhalten mögen, überall müssen die Farbigen vor allem mit den folgenden drei Problemgebieten rechnen: Wohnungsschwierigkeiten, Arbeitsbeschaffung und Jugendausbildung.

Die Wohnfrage ist untrennbar mit den auch im Norden noch geltenden Diskriminierungspraktiken verbunden, die den Farbigen mit wenigen Ausnahmen einfach nicht erlauben, außerhalb eines schwarzen Stadtkerngettos Wohnungen zu mieten oder Häuser zu erwerben. Diese Barriere wird hauptsächlich von der Bauindustrie, den Banken und Kreditinstituten und vor allem von den Immobilienhändlern aufrechterhalten, nachdem das Oberste Bundesgericht vertragliche Übereinkünfte *(restrictive covenants)* längst für unzulässig erklärt hat. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt jedoch auch die Armut der meisten Gettobewohner, die sie sowohl finanziell behindert, als auch die soziale Distanz zu den meist besserverdienenden weißen Schichten vergrößert und damit deren Neigung zum Vorurteil unterstützt. Die Bereitwilligkeit der weißen Bevölkerung, die Gettoschranken zu lockern und farbige Nachbarn zu tolerieren, ist seit dem Kriege erfreulich gestiegen, und laut Umfragen haben heute nicht weniger als zwei Drittel der Weißen nichts gegen farbige Nachbarn einzuwenden.

Leider bedeuten die Ergebnisse dieser Meinungserhebungen noch nicht, daß die strategisch im Vorteil befindlichen Immobilienhändler und Kreditinstitute ihren Kurs ändern werden oder daß ein einziger von pathologischem Rassenhaß Angefeuerter nicht nach wie vor mehr Unheil anrichten kann, als hundert normale, duldsame Menschen im täglichen Umgang wettmachen können. Die Immobilienhändler sind auch oft an der spekulativen Ausbeutung der Gettoschranken oder ihrer sprunghaften Ausweitung *(blockbusting)* beteiligt, wobei sie etwa Verkaufspaniken entfachen und sodann als Mittelsmänner von den Preisschwankungen profitieren. Da die künstliche Hochdrucksituation der Gettos bei Durchbrechung der Schranken tatsächlich oft zur Überflutung eines kleinen Wohnge-

bietes mit zahlungsfähigen Farbigen führt, neigen die Weißen oft zur Panik, besonders wenn die Überflutung auch die Schulen mit farbigen Kindern füllt, deren Überzahl dann den Charakter der Schulen bestimmt.

Die größeren Staaten führten in den letzten Jahren gegen erhebliche Widerstände sogenannte *Fair-Housing*-Gesetze ein, die der Diskriminierung durch Hauswirte und Immobilienhändler vorbeugen sollen. Erbitterte Kampagnen der letzteren hatten jedoch die Abschaffung dieser Gesetze in mehreren Städten und im Staat Kalifornien zur Folge.

Wie die schwarzen Gettos aussehen, haben viele Europäer zur Zeit der Rassenkrawalle durch die Presse erfahren: unglaublich überfüllt, mit veralteten, heruntergekommenen Mietshäusern, die sich im Besitz von weißen oder farbigen Spekulanten befinden, sind sie in einem völlig ungenügenden baulichen und sanitären Zustand, dessen Überwachung die städtischen Behörden oft in ungebührlichem Maße vernachlässigen; mit den unverschämt hohen Mieten können die Mieter oft nur durch Überfüllung der Wohnungen Schritt halten. Um die Hauseigentümer zu dringend notwendigen Reparaturen zu veranlassen, wenden die New Yorker Farbigen jetzt das von den Gerichten gebilligte Mittel des Mietstreiks an. Es kann wohl kaum als Trost gelten, daß in den Südstaaten die von Farbigen bewohnten Gebäude in den Städten und gar auf dem Lande in noch schlimmerem Zustand sind. Das Leben im Großstadtgetto ist von hohen Krankheitsraten, Verbrechen, Alkoholismus, Jugendkriminalität und zerrütteten Familienverhältnissen gekennzeichnet. Diese typischen Gettoerscheinungen, die überall dort auftreten, wo Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht leben müssen, geben wiederum dem stereotypen Vorurteil derjenigen Auftrieb, die die Farbigen mit Vorliebe als kränklich, charakterlich labil und zu Verbrechen und sexueller Unmoral neigend hinstellen und daher als Nachbarn ablehnen. Die relativ hohe Kriminalität der Bewohner der Farbigengettos bezieht sich hauptsächlich auf Verbrechen von Farbigen an ihresgleichen, was Myrdal bereits mit dem Selbsthaß der unterdrückten Kaste erklärte. Hinzu kommt ferner der verderbliche Einfluß weißer Vergnügungsinteressen und Laster. Farbige Intellektuelle weisen aber auch darauf hin, daß die statistischen Vergleiche zwischen Farbigen und Weißen hinsichtlich unehelicher Schwangerschaften, gesetzlicher Übertretungen, Fällen von Jugend-

kriminalität usw. kaum repräsentativ seien; denn für Weiße sei es ungleich einfacher, Vergehen dieser Art zu verheimlichen. Unterschiedliche Behandlung durch die Polizeibehörden ist auch in den nördlichen Städten keine seltene Klage.

Selbst die außerordentliche Belastung der öffentlichen Dienststellen und vor allem des Wohlfahrtssäckels durch die Gettos bei Abwanderung der steuerkräftigen Weißen in die Außenbezirke hat die amerikanischen Stadtverwaltungen noch nicht davon zu überzeugen vermocht, daß die Gesellschaft einen viel zu hohen Preis für die de facto bestehende Rassentrennung des Wohnplatzes bezahlt. Sogar die sonst so aufgeschlossene Bundesregierung hat es bisher mit einer Ausnahme unterlassen, von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln zur Beseitigung der Gettomauern Gebrauch zu machen. Seit Kriegsende haben die Bundesrückversicherungen der *Veterans Administration* und *Federal Housing Administration* die Mehrzahl der neuen Einfamilienhäuser finanziert und Bundesanleihen der *Public Housing Authority* den Löwenanteil des öffentlichen Wohnungsbaus ermöglicht und unter der *Urban Renewal Administration* die Städteerneuerung angekurbelt. Aber erst im Jahre 1962 erließ Präsident Kennedy eine Rechtsverordnung, die Diskriminierungspraktiken in vom Bund finanzierten oder geförderten Bauprojekten untersagt. Der Erfolg dieser Maßnahme ist noch nicht abzusehen.

Die Probleme der Arbeitsbeschaffung für die farbige Bevölkerung werden von zwei einander entgegengesetzten Trends bestimmt. Einesteils haben Verstädterung und Umschichtungen in den letzten zwanzig Jahren den Anteil der Farbigen an den in Industrie und Gewerbe Tätigen von 10 auf 16 Prozent erhöht und die Anzahl der Angestellten sogar verzehnfacht. Farbigen, die über Talent und Geschick für bestimmte Tätigkeiten verfügen oder eine brauchbare Ausbildung mitbringen — und das gilt vor allem für die 120 000 Inhaber von Collegediplomen im Jahre 1960 —, fällt es leichter denn je zuvor, außerhalb des Gettos Beschäftigung zu finden. Andererseits haben die Automatisierung, die erhöhten Ausbildungsanforderungen und die steigende Arbeitslosigkeit die weniger ausgebildeten Farbigen viel härter betroffen als die Weißen. Dies lassen vor allem die Arbeitslosenziffern erkennen, die zum Beispiel in den Jahren von 1959 bis 1962 für Farbige zweieinhalbmal höher waren als für Weiße und in den Industriezentren Detroit und Philadelphia

während der Baisse des Jahres 1961 auf das Drei- und Vierfache anstiegen. Ihr ländlicher oder ihr Gettohintergrund und das „Prinzip des geringsten Widerstandes" halten sie am Boden des Arbeitsmarktes fest; sie werden als letzte angestellt und als erste entlassen.

Auch die Einkommensstatistik erhellt die Situation. Im Jahre 1960 betrug das Durchschnittseinkommen weißer Familien 5835 Dollar pro Jahr, während die farbigen Familien nur 3233 Dollar aufzuweisen hatten. Dahinter stecken neben der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit auch die unfreiwillige Kurzarbeit, der in vielen Betrieben praktizierte Ausschluß der Farbigen von den höheren Anstellungskategorien, seltener eine unterschiedliche Bezahlung und häufig der Ausschluß von gewissen Gewerkschaften, die einträgliche Gewerbe und Handwerke vollkommen beherrschen *. Dazu kommt noch die bedeutsame Rolle der weiblichen Farbigen, die zu einem größeren Prozentsatz (41 %) arbeiten als ihre weißen Geschlechtsgenossinnen (30 %) und oft das einzige stetige, wenn auch kleine Familieneinkommen haben. Daraus erwächst auf Grund der Umstände die wichtige Rolle der Frau und Mutter in der Farbigenfamilie, die Myrdal und andere hervorheben. Dieser Hang zum Matriarchat hat natürlich nichts mit Rassenstereotypen zu tun, sondern erwächst vielmehr aus der Gesellschaftsverfassung der weißen Mehrheit — man ist versucht, von Sexualverfassung zu sprechen —, die ihre männlichen Rollen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht mit Farbigen teilen will, während deren Beteiligung an den weiblichen Rollen weniger in den Weg gelegt wird.

Die farbigen Jugendlichen sind auch in erheblich größerem Ausmaß an der Jugendarbeitslosigkeit und dem verfrühten Verlassen der Schulen beteiligt als ihre weißen Altersgenossen. Während des wirtschaftlichen Rückganges im Jahre 1961 ergaben Erhebungen in zwei

* Während die Industriegewerkschaften der Automobil-, Stahl- und Fleischverarbeitungsindustrie (CIO) von Anfang an Farbige zuließen, haben sich die Berufsgewerkschaften noch kaum dazu verstanden. Die Eisenbahnbrüderschaften und die Baugewerkschaften sind die „lilienweißesten" dieser Arbeitnehmergruppen, wodurch die Farbigen unter anderem von dem großen Nachkriegsaufschwung des Baugewerbes ausgeschlossen wurden, das auch heute noch automatisierungssichere Arbeitsstätten bieten könnte. Die Ausgeschlossenen bilden ihre eigenen *Jim-Crow-Gewerkschaften*, deren Einfluß auf den Arbeitsmarkt jedoch gering bleibt. Im Süden gibt es für Farbige überhaupt nur die letztgenannten Gewerkschaften.

hauptsächlich von Farbigen bewohnten Großstadtrandgebieten, daß 60 bis 70 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren, vor allem der männlichen Jugend, nicht mehr in die Schule gingen, aber auch nicht arbeiteten und daher der Straße überlassen waren. James B. Conant wies in seinem Buch *Slums and Suburbs* auf die explosiven Qualitäten solcher Ansammlungen arbeitsloser, verbitterter junger Farbiger in den überfüllten Gettos hin, lange vor den Krawallen der Sommer 1964 und 1965, die seine schlimmsten Vorhersagen noch übertrafen. Die Folgen des frühzeitigen Schulabganges lassen sich genau an den Arbeitslosenkurven verfolgen. Hier haben junge Menschen ganz einfach, und vielleicht ohne es ganz zu begreifen, den Existenzkampf aufgegeben.

Die Arbeitsschwierigkeiten der amerikanischen Farbigen gleichen einem Circulus vitiosus, den die bisherige Wirtschaftslage Amerikas mit Automatisierung und mangelnder Expansion verschärfte. Die Praxis der Arbeitsvermittlung zeigt klar die unzulängliche Grundlage des Farbigendaseins sowohl materiell in der Ausbildung als auch in der Motivierung, da sich die Entmutigung durch Diskriminierung auch noch den Kindern in Form einer ehrgeizlosen, resignierten Atmosphäre im Elternhaus — soweit das Familienleben überhaupt intakt ist — mitteilt. Dazu kommt ferner ein Mangel an besseren Arbeitsplätzen — wenigstens für Farbige — und mit dieser erneuten Diskriminierung erneute Entmutigung. Der verhängnisvolle Kreis kann nur an zwei Punkten energisch durchbrochen werden: zum ersten muß der junge Farbige dazu veranlaßt werden, Ehrgeiz in seine Ausbildung zu legen, und dazu muß man ihm konkrete Aussichten auf etwas Besseres als die obligaten Hausmeister- und Schlafwagenschaffnerposten bieten. Zum zweiten müssen die tiefwurzelnden und oft wohlverborgenen Schranken aufgehoben werden, die dem Tüchtigen auf Grund seiner Hautfarbe die freie Bahn zu versperren suchen. Freiwillige, örtliche Aktionen informeller Gruppen mit diesem Ziel stellen den wichtigsten Schritt in der rechten Richtung dar. Demonstrationen und Streikposten vor den Betrieben von Arbeitgebern, die die Diskriminierung gutheißen, und an den von lilienweißen Gewerkschaften beherrschten Arbeitsstätten dramatisieren das Anliegen und wenden die öffentliche Aufmerksamkeit den vorhandenen Widerständen zu. Die *Fair Employment Practices*-Kommissionen verschiedener Staaten und während des Krieges auch der Bundesregierung schließlich dienen der Auf-

klärungsarbeit und der Verfolgung eklatanter Fälle von Diskriminierung.

Ein Jahrzehnt gesteigerter Forderungen auf dem Arbeitsmarkt hat doch wesentliche Änderungen herbeigeführt. Besonders die großen Firmen und der beträchtliche Wirtschaftssektor, der von Bundesaufträgen abhängt, beschäftigen heute Farbige in erheblicher Anzahl und auf allen Ebenen. Selbst die Tendenz kleinerer Firmen, nicht mehr als einen Renommierfarbigen unter ihren Managern zu haben, ist nicht zu verachten, durchbricht sie doch die menschliche Distanz der Rassentrennung. Doch während die Nachfrage bei den höheren und qualifizierten Positionen oft die Zahl der wenigen voll ausgebildeten Talente übersteigt, fehlt es doch an der Breitenwirkung. Die mittleren Ränge sind weniger zugänglich, und die unteren Arbeitsplätze werden zunehmend von der Automatisierung verschluckt.

Die Frage der Ausbildung und Schulung ist offensichtlich der Schlüssel zur Zukunft der amerikanischen Farbigen, und zwar in mehr als einer Hinsicht. Um an der raschen Entwicklung der amerikanischen Wohlstandsgesellschaft voll teilzunehmen, müssen die Farbigen vor allem mit dem gesamten Leben der Mehrheit in Kontakt kommen und diesen Kontakt aufrechterhalten, von dem schnell wechselnden technischen Rüstzeug der modernen Arbeit ganz zu schweigen. Ein derartiger Kontakt war bisher im ländlichen Süden am unzulänglichsten, wo bis in die späten vierziger Jahre viele Farbigenschulen in äußerst primitiven Einzimmergebäuden untergebracht waren und nach einer Erhebung des Jahres 1933 über zweihundert Kreise *(Counties)* mit erheblicher Farbigenbevölkerung überhaupt keine höheren Schulen für diese besaßen, noch nicht einmal eine „rassengetrennte". Im Jahre 1960 wurde festgestellt, daß in den Staaten Louisiana und Südkarolina 10 bis 12 Prozent der Farbigen überhaupt nie in die Schule gegangen waren und in Mississippi, Georgia und Südkarolina über drei Viertel der farbigen Erwachsenen weniger als neun Schuljahre hinter sich hatten, also im Lande der Einheits-*Highschool* noch nicht einmal deren erstes Jahr mitgemacht hatten. Auf Grund der Binnenwanderung, so stellte es sich weiter heraus, trifft letzteres auch auf 40 bis 50 Prozent der gegenwärtigen farbigen Bevölkerung der Staaten von New York, Michigan und Kalifornien zu. Erst seit den vierziger Jahren hat sich der Süden aus Angst vor der Einmischung der Bundesregierung ein wenig bemüht, die rassen-

getrennten Erziehungseinrichtungen für die Farbigen wenigstens der *separate but equal*-Doktrin etwas näherzubringen.
Dem Problem der rassengetrennten, minderwertigen Farbigenschulen des Südens – wo interessanterweise die Staatsbürgerkunde oft aus dem Lehrplan für farbige, nicht aber aus dem für weiße Schüler gestrichen wird – stehen die Schwächen der relativ nicht gerade guten Schulen der nördlichen Stadtkerne gegenüber, die infolge der Gettoschranken und des Umzugs der steuerstarken weißen Familien nach den lilienweißen Vorstädten mit ihren ausgezeichneten Schulen langsam aber sicher auch rassengetrennt zu werden drohen. Die nördlichen Gettoschulen sind meist alte, heruntergekommene Gebäude, mit Schülern überfüllt und in bezug auf die Zuweisung von Lehrkräften die Waisenkinder der Schulverwaltung. Oft ist die Lehrzeit durch Schichtunterricht verkürzt, der Lehrplan, die Schulbibliothek und die Geräte sind viel ärmlicher als in der Vorstadt und die unentgeltlichen Schulbücher älter. Die besonders dringend benötigten Schulpsychologen sind geringer an Anzahl und Qualität und die Lehrer keineswegs von der Zuweisung zu den Gettoschulen begeistert, was den Kindern nicht verborgen bleibt.
Die Schüler selbst sind Kinder von Eltern, mit deren Erziehung es meistens nicht weit her ist. Sie sind zudem der Überfüllung des Gettos und den Störungen und Versuchungen des dortigen Lebens ausgesetzt, woraus sich oft grundsätzliche Lernschwierigkeiten im Lesen und Schreiben und frühzeitiges Verlassen der Schule ergeben. Auch der Inhalt und die Illustrationen der Schul- und selbst der Kinderbücher haben mit dieser Entfremdung von der Schule zu tun, da es den farbigen Gettokindern schwerfällt, sich mit den weißen, blonden Kindern der Wohlstandsschichten in den Büchern zu identifizieren oder amerikanische Geschichtsbücher fesselnd zu finden, in denen Farbige nur als Sklaven vorkommen. Damit wird dann dem Gettokind eine der wichtigsten Türen nicht nur zum Kultursystem der Mehrheit, sondern überhaupt zur gesellschaftlichen Wirklichkeit verschlossen. Diese Einsicht brachte Detroit und andere Städte und kürzlich auch Kalifornien dazu, „rassenintegrierte" Schulbücher einzuführen, die vor allem in den ersten Schuljahren den Kindern beider Rassen Vorbilder in realistischen Großstadtsituationen bieten. Auch wird jetzt allgemein großer Wert auf Nachhilfeunterricht im Lesen und Schreiben gelegt, und viele Freiwillige unter den Studenten in der Bürgerrechtsbewegung haben

sich unentgeltlich für derartige Hilfeleistungen zur Verfügung gestellt.

Die de facto bestehende Rassentrennung in den Schulen der nördlichen Städte wird gleichfalls mit verschiedenen Integrationsplänen, Demonstrationen und eintägigen Schulboykotten bekämpft; denn sie ist eine Hauptquelle der Qualitätsmängel und des Abgeschnittenseins vom Leben des gesamten Volkes. Ein solcher Plan ist das *Open Enrollment*, das den Eltern von Schülern der überfüllten Gettoschulen gestatten würde, ihre Kinder in nicht völlig ausgelastete Schulen außerhalb des Gettos zu schicken. Eine radikalere Lösung bietet der *Princeton*-Plan, der die Schuldistrikte so vergrößern und überlagern würde, daß rassenintegrierte Schulen von jeweils nur drei Klassen entstünden. Einem zwangsweise hergestellten Gleichgewicht zwischen den Rassen stehen nicht nur Transportschwierigkeiten, sondern auch beträchtliche Widerstände der Weißen entgegen, die hier einen Strich gezogen haben. Und das Grundproblem, die Gettoschranken, harrt noch der Lösung.

Auf dem Gebiet der Universitätsausbildung wären vor allem noch die Farbigen-Colleges des Südens zu nennen, in denen gegenwärtig etwa Dreiviertel aller farbigen Studenten immatrikuliert sind. Die nicht sehr hohe Qualität dieser Hochschulen wurde im letzten Jahrzehnt mit Hilfe von Zuwendungen der Bundesregierung und der großen Stiftungen erheblich verbessert, obwohl sie immer noch nicht den weißen Universitäten des Südens entspricht, die ihrerseits nur als mittelmäßig gelten. Selbst die südlichen Staatsregierungen steuerten zur Verbesserung der farbigen Colleges bei, in der Hoffnung, dadurch die Integration ihrer weißen Universitäten zu verlangsamen, die jedoch mittlerweile selbst im tiefen Süden so dramatisch und doch im Grunde ohne tiefere Wirkung vor sich gegangen ist. Doch von dieser Qualitätssteigerung abgesehen, zeigt das Bild der Universitätsausbildung der Farbigen dieselbe Breitenentwicklung wie die anderen Ebenen des Erziehungswesens. Auch haben sich jetzt einige nördliche private und Staatsuniversitäten, wie in Kalifornien, um Förderungsprogramme für begabte Farbige bemüht, deren *Highschool*-Ausbildung zur Zulassung an einer Universität nicht ausreichte.

Zusammenfassend läßt sich über die sozio-ökonomische Entwicklung der letzten Jahrzehnte sagen, daß die amerikanischen Farbigen in der Tat in jeder Beziehung große Fortschritte gemacht haben, vor

allem mit der Abwanderung aus der Hoffnungslosigkeit des ländlichen Südens. Zugleich sind in ihnen jedoch auch viel größere Erwartungen erwacht und die verbleibenden Unzulänglichkeiten und Diskriminierungen, die Armut und Arbeitslosigkeit im Getto, das Einkommensgefälle und gar die Unterdrückungen im tiefen Süden einfach unerträglich geworden. Und darin liegt doch wohl die Dynamik der heutigen Massenbewegung, die aus dem Tiefstand des Lebens im ländlichen Süden allein gar nicht denkbar wäre.

Damit sind wir bei der Frage angelangt, warum denn die gegenwärtigen Vorkämpfer der Bürgerrechtsrevolution ohne Ausnahme auf volle Rassenintegration bestehen und sich nicht einmal mit wirklicher Gleichheit in der Wirtschaft und vor dem Gesetz zufriedengeben. Die Antwort liegt nicht nur darin, daß die Farbigen schon einmal mit einer *separate but equal*-Doktrin in die Position einer untergeordneten Kaste gedrängt worden sind. Sie liegt auch in der Natur der modernen Industriegesellschaft mit ihrer individuellen und Gruppenteilhaberschaft am wirtschaftlichen Geschehen. Jede Abtrennung oder Ausschließung, auch ohne bösen Willen, bedeutet da ganz automatisch eine schwere Zurücksetzung für den Einzelmenschen, der ohnehin von Geburt an alle seine Fähigkeiten anspannen muß, um keine Ausbildungs-, Aufstiegs- und Beteiligungschance zu verpassen. Integration bedeutet also wirtschaftlich nicht mehr, aber auch nicht weniger als ungehinderte Beteiligung an der „Verteilung des großen Kuchens" entsprechend dem Ausmaß individueller Fähigkeit und (buchstäblich) ohne Ansehen der Person. Dabei erleidet zweifellos auch die Allgemeinheit einen großen Verlust, wenn die Talente von 11 Prozent der Bevölkerung weder angemessen entwickelt noch dazu benützt werden, den „Kuchen" größer zu machen, von der Vergeudung jener Kräfte, welche die Minderheit niederhalten, ganz zu schweigen.

Dazu kommen noch die greifbaren menschlichen Unkosten der Diskriminierung, der Demütigung oder der im Getto verpfuschten Leben, die sich nicht nur in Steuergeldern bemerkbar machen und auch noch von späteren Generationen getragen werden müssen. Die Sklavenzeit und das nachfolgende Rassendebakel haben bereits ein ganzes Jahrhundert lang den Geist der amerikanischen Öffentlichkeit mit unbewältigten Schuldgefühlen vergiftet und weite Kreise zur Übernahme von allerlei schädlichen Rechtfertigungslügen veranlaßt. Was wird sich wohl die nächste Generation hinsichtlich der

Großstadtgettos vorsagen? John Cogley beschrieb die Last auf dem Gewissen feinfühliger Weißer zutreffend mit den Worten:

> „. . . alle leben wir mehr oder weniger unter der Last des Schuldbewußtseins, ein ungesundes Dasein in einer Kastengesellschaft, die den Charakter verdirbt. Wenn es kein Vergnügen ist, als Farbiger in Apartheid zu leben, so ist es auch keines, als Weißer darin zu leben. Denn als Weißer in einer rassengetrennten Gesellschaft, zumindest heute, lebt man in namenloser Angst, isoliert und zurückgezogen von einem großen Teil seiner Mitbürger. Apartheid bedeutet, daß die Zurückhaltung freundlicher Gefühle zur Institution geworden ist. Dies ist seelisch und geistig ungesund, denn in einer solchen Gesellschaft ist es ja leichter, seine Freundschaft zurückzuhalten als sie zu schenken. Was ich hier beschreibe, ist eine schwere, seelische Krankheit. Wir haben sie alle."

Schließlich ist das Integrationsproblem, wie alle großen Krisen, auch eine einzigartige Chance für die Amerikaner, die der Welt bereits gezeigt haben, daß die verschiedensten Nationalitäten in Frieden und Gerechtigkeit untereinander leben können. Vom Gelingen der Rassenintegration in Amerika kann unser aller Überleben in der zu Dreivierteln farbigen Welt von morgen abhängen. In dem gewaltigen geistigen Elan der Bürgerrechtsbewegung, der die Kirchen Amerikas in ungeahnter Weise zum christlich-jüdischen Kreuzzug vereinigte und der einst so materialistisch eingestellten Universitätsjugend einen neuen Zweck und ein neues Glaubensziel setzte, steckt bereits eine Vorahnung der geistigen Kräfte der Brüderlichkeit unter den Rassen. Erst wenn sich die Erkenntnisse und Lebenserfahrungen der verschiedenen Gruppen und Individuen einander erschließen, wird dem Sehnen nach Ganzheit, dem vollen Weltverständnis und der Reifung der Menschenseele vollends Genüge getan sein.

Die gegenwärtige Bürgerrechtsbewegung

Wie kann so eine gewaltlose Revolution anfangen, wenn erst einmal die Voraussetzungen dafür gegeben sind? Frau Rosa Parks, die schwarze Näherin, die sich 1955 in Montgomery, Alabama, weigerte, auf Geheiß des Omnibusschaffners ihren Sitzplatz einer weißen Person zu überlassen, hatte eine ganz einfache Antwort auf die Frage nach ihren Motiven. Die Füße taten ihr weh nach einem Tag

ermüdender Arbeit. Doch sie hatte auch die tägliche Erniedrigung der Rassentrennungsverordnungen Montgomerys im tiefsten Herzen satt und ließ sich lieber auf der Stelle verhaften, als sich noch einen Tag länger als Untermensch behandeln zu lassen. Ihre Verhaftung führte zu dem großen Omnibusboykott, mit dem die Bürgerrechtsrevolte begann. Acht Jahre später, im August 1963, marschierten bereits 200 000 farbige und weiße Amerikaner durch Washington und forderten vor dem Denkmal des Sklavenbefreiers Lincoln die Erfüllung des Gleichheitsversprechens der amerikanischen Verfassung.

Im Grunde genommen geht die gegenwärtige Bürgerrechtsbewegung auf die schlimmste Unterdrückungszeit zurück, als der farbige Gelehrte W. E. B. Dubois ihr Ziel mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Mit allen zivilisierten und friedlichen Mitteln müssen wir nach den Rechten streben, die die Welt dem Menschen zubilligt."

Die älteren Bürgerrechtsorganisationen entstanden daher in der Fortschrittszeit, als farbige und weiße Sozialliberale die *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP, 1909) und die *National Urban League* (1910) gründeten, um der Wahlrechtsberaubung und Mobjustiz im Süden Einhalt zu gebieten und die ersten Verstädterungsschwierigkeiten der Farbigen zu lindern.

Die NAACP, die heute mit nahezu einer halben Million Mitgliedern in 1500 Zweigstellen die größte der Bürgerrechtsgruppen ist, hat sich dabei hauptsächlich auf Gerichtsklagen und Aufklärungsarbeit verlegt. Unter ihren Siegen sind vor allem das Aussterben der Lynchjustiz und die vielen gerichtlichen Entscheidungen gegen die Rassentrennung in allen Phasen zu nennen sowie die Bürgerrechtsgesetze der Jahre 1957 und 1960 und die verschiedenen Anti-Diskriminierungsgesetze und -verordnungen vieler Staaten und Städte. In ihrer Frühzeit wurde die NAACP als „radikal" angesehen, was auch heute noch im Süden der Fall ist, wo offizielle Schikanen, „Kommunisten"-Verfolgungen und private Drohungen sie als Organisation oft kaum am Leben lassen. Andererseits wird sie jetzt von militanteren Bürgerrechtlern als zu konservativ und gradualistisch betrachtet, und die Schwarzen Muslims – von denen später noch die Rede sein soll – klagen sie sogar an, von „weißen Teufeln" und duckmäuserischen „Uncle Toms" beherrscht zu sein. Tatsächlich war in der Frühzeit Dubois der einzige Farbige im Exekutivrat der NAACP, und auch heute spielen die zehn Prozent weißer Mitglie-

der eine erhebliche Rolle. Trotz aller Kritik, der verbürgerlichten Organisation fehle es am Kontakt mit den farbigen Massen der unteren Schichten, genießt sie jedoch nach wie vor das Vertrauen von neunzig Prozent der farbigen Bevölkerung.

Die ebenfalls von Weißen unterstützte *National Urban League* stellte sich von Anfang an karitative und soziale Aufgaben und machte sich besonders um die Arbeitsbeschaffung und -ausbildung in den Städten verdient. Die Art ihrer Tätigkeit beschränkt die Organisation auf die größeren Städte, und ihre Arbeit mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Stadtbehörden macht nicht den dramatischen Eindruck, der den anderen Gruppen eigen ist. Obwohl sie die vermögendste der Bürgerrechtsorganisationen ist, stammt auch der größte Teil ihres Millionenbudgets aus der privaten Wohlfahrt, deren Zuwendungen bei aggressiverem Verhalten versiegen können. Ihre Grundhaltung kam erst vor kurzer Zeit wieder deutlich zum Ausdruck, als ihr Geschäftsführer, Whitney Young, jr., der ehemalige Vorstand der *School of Social Work* der Atlanta Universität, sagte, er denke nicht daran, den Geschäftsführer der NAACP, Roy Wilkins, nachzuahmen, der sich bei einer Bürgerrechtsdemonstration in Jackson, Mississippi, hatte verhaften lassen, um die Kritiker der NAACP eines besseren zu belehren. Trotzdem spiegelt sich der neue Fortschrittsgeist im Vorhaben der *National Urban League*, die jetzt vorgeschlagen hat, die jahrhundertelange Benachteiligung der Farbigen mit einer Art inneramerikanischen Marshallplans wettzumachen, dessen Schwergewicht auf der Umwandlung der Großstadtslums und der Arbeitsausbildung liegen solle. Hier kommt den Plänen der *League* der neue „Krieg gegen die Armut" des Präsidenten Johnson in vielen Einzelheiten entgegen.

In den fünfziger Jahren, nach der Entscheidung des Jahres 1954, riß den Farbigen schließlich die Geduld, und die gegenwärtige Bewegung begann mit dem Omnibusboykott von Montgomery, Alabama, der sich gegen die demütigende Rassentrennung in den städtischen Verkehrsmitteln richtete. 50 000 farbige Verkehrsteilnehmer hielten ihren Boykott trotz Bombenattentaten, Massenverhaftungen und offiziellem und privatem Druck ein ganzes Jahr lang aufrecht, ohne sich von ihrem gewaltlosen Kurs abbringen zu lassen. Ihr führender Geist, Martin Luther King, war damals erst 26 Jahre alt und kaum dem theologischen Seminar entwachsen. Seine Methode des gewaltlosen Widerstandes stammte zwar von Gandhi, aber die Seelenkraft,

die der brutalen Gewalt entgegengestellt wird, quillt aus den religiösen Tiefen der farbigen Kirchengemeinden, die seit dem Bürgerkrieg schon immer der letzte Hort der gequälten Seelen waren. King richtet seine Predigten auch keineswegs nur an Farbige, wenn er betont, daß Gerichtsentscheidungen, Gesetze und Verwaltungsanordnungen zwar die Schranken niederreißen und formal die Integration herbeiführen können:

> „Das Endziel ist jedoch die echte Brüderlichkeit des Lebens unter den Gruppen und Personen ... etwas muß die Herzen und Seelen der Menschen rühren, so daß sie sich im Geist zusammenfinden, weil es so eben natürlich und richtig sei."

Dahinter steht die scharfsinnige Erkenntnis, daß eine erzwungene Gleichberechtigung noch nicht die namenlose Angst, die Unsicherheit, die Vorurteile, den Stolz und die Irrationalität der weißen Gesellschaft aufhebt – die Elemente, auf denen die Rassendiskriminierung und die Rassentrennung beruhen. Dies kann nach King nur die Kraft der christlichen Nächstenliebe. „Die wahre Integration kommt erst, wenn wahre Nachbarn sich willig uneinklagbaren Verpflichtungen unterziehen." Wie so oft in derartigen Situationen, sind auch hier die Opfer der Bedrückung weit einsichtsvoller und voll menschlicher Güte im Gegensatz zu ihren Bedrängern.

Zum Unterschied von den Sozialdarwinisten, die ja auch darauf hinweisen, daß Regierungsmaßnahmen allein das vorurteilsbelastete Menschenherz kaum zur Nächstenliebe zwingen können, ruft jedoch King dazu auf, der unmoralischen Rassentrennung und -diskriminierung entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Aber dieser Widerstand darf nicht gewalttätig oder im Haß begründet sein; denn in diesem Fall riefe er ja nur wiederum Gewalttätigkeit und Haß hervor. Der Gewalt muß mit Liebe und Einsicht begegnet werden, so daß die Seelenstärke im Leiden schließlich Herz und Gewissen der weißen Bedrücker rührt und ihnen hilft, ihre eigene Angst und ihren Haß zu meistern. Auf diese Weise wird also die Gewinnung der Freiheit der Farbigen Amerikas zugleich zur Befreiung der weißen Gesellschaft von den Banden des Hasses und der Unvernunft.

Die Geistlichen, die den Omnibusboykott führten und schließlich erfolgreich beendeten, stellten zugleich einen Wendepunkt in der Kirchengeschichte der Farbigen dar, eine junge Generation, die sich vom jenseitigen Trost in aller christlichen Demut den Aufgaben des

Christentums in der sozialen Welt zuwenden wollte. Von diesem natürlichen Führungszentrum in der amorphen farbigen Gesellschaft aus gründete King im Jahre 1957 seine *Southern Christian Leadership Conference* (SCLC), eine lose Vereinigung von 65 Gruppen in verschiedenen südlichen Städten, denen meist Geistliche vorstehen. Mit ihrem beträchtlichen Jahresetat, der hauptsächlich aus Kings Vortragsreisen stammt, unterstützte die SCLC die *freedom riders,* die ersten nördlichen Bürgerrechtler, die nach dem Süden fuhren, um die Nichtbefolgung der Antidiskriminierungsgesetze auf Fernautobus- und Eisenbahnstationen dramatisch aufzudecken, „Einsitzaktionen" in Restaurants durchzuführen und gewaltlose Demonstrationen zu veranstalten, u. a. eine in der Stahlindustriestadt Birmingham, bei der es zum Einsatz von Wasserwerfern und Polizeihunden kam. Die SCLC bemühte sich in den letzten Jahren auch mit anderen Bürgerrechtsgruppen um die Registrierung farbiger Wähler, was im tiefen Süden mitunter lebensgefährlich ist.

Ein zweiter Ansatz zu Massenaktionen ging im Jahre 1960 von den Studenten der Farbigen-Colleges des Südens aus, die sich schweigend in die weißen Kunden vorbehaltenen Restaurants setzten und durch keine Drohung und keinen brachialen Angriff von ihrem Kurs des gewaltlosen Widerstandes abzubringen waren. Für das Übertreten von Rassentrennungsverordnungen und anderer Gesetze ließen sie sich in Massen in die örtlichen Gefängnisse sperren, bis diese völlig überfüllt waren. Wie früher in Kolonialländern wurden Verhaftung, Gefängnishaft und Spuren erlittener Gewalt bald zu Ehrenzeichen. Allein in den ersten drei Jahren seit diesem Neubeginn wurde in über 200 Städten die Trennung in den Restaurants mit Demonstrationen von schätzungsweise insgesamt 70 000 Studenten bekämpft, wobei etwa 6 000 Menschen im Gefängnis landeten, 140 Studenten und Schüler aus ihren Anstalten ausgestoßen und 60 Lehrer und Professoren fristlos entlassen wurden. Doch schon im Januar 1962 waren Erfolge in bezug auf die Rassentrennung in Restaurants, Parks und Schwimmbädern von nahezu 200 Städten zu verbuchen.

Diese Direktaktionen lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine Organisation, die bereits seit 1942 besteht und damals schon eine „Einsitzaktion" gegen ein Restaurant in Chicago durchführte. Der *Congress of Racial Equality* (CORE) wurde von Quäkern und Pazifisten gegründet und beschränkte seine Tätigkeit vor den fünfziger Jahren auf den Norden. Seither organisierte er jedoch die

freedom riders, die die gesetzliche Abschaffung der Rassentrennung auf zwischenstaatlichen Verkehrsmitteln auf die Probe stellten, und unterrichtete Studentengruppen in den Methoden der Gewaltlosigkeit. Nach ihren ersten Erfolgen wuchs die Organisation auf etwa 50 000 bis 60 000 Mitglieder an, und ihr Jahresetat stieg auf mehr als eine Million Dollar. Unter der aggressiven Führung des ehemaligen Geistlichen James Farmer, der aus Ungeduld von einem hohen Amt in der NAACP zurücktrat, ist der CORE einer der Hauptsammelpunkte der militanten Bürgerrechtler beider Rassen geworden. Protestaktionen, Demonstrationen, Streikposten in den großen Städten des Nordens und Westens gegen Diskriminierungen, Wohnungsschwierigkeiten und unzureichende Ausbildungschancen sind fast immer vom CORE veranstaltet, der seine Anhänger auch darin unterrichtet, wie man sich gegen Polizeigewalt auf die Straße legt, mit zusammengehakten Armen eine Kette bildet oder Kopf und empfindliche Körperteile gegen Schläge und Tritte schützt.

Ein weiterer Sammelpunkt für Direktaktionen ist das *Student Non-Violent Coordinating Committee* (SNCC oder Snick), das unter dem Einfluß der SCLC aus den Einsitzaktionen des Jahres 1960 entstand. Den Studenten des Snick war selbst Kings SCLC nicht aktivistisch genug, obwohl sie sich zu seinen Lehren der Gewaltlosigkeit bekannten und ihr Hauptquartier in Atlanta aufschlugen, wo sich auch die Zentrale der SCLC befindet. Es bestehen hier jedoch feine Unterschiede zwischen den Geistlichen, denen die Gewaltlosigkeit eine Lebensphilosophie ist, und den Studenten, die in ihr mehr eine wirksame Methode sehen, die einer zahlenmäßigen Minderheit Erfolg verspricht. Bei der neuen Arbeit des Snick im ländlichen Süden ist die Gewaltlosigkeit oft sogar die einzig mögliche Verteidigung gegen die Feindseligkeit der weißen Bevölkerung und der Polizei. Die Tätigkeit der Organisation in ländlichen Gegenden zielt hauptsächlich auf die Mobilisierung und Registrierung farbiger Wahlberechtigter ab und beginnt gewöhnlich mit der Erkundung der Stärken und Schwächen der örtlichen farbigen Bevölkerung und des weißen Widerstandes, wobei naturgemäß die lebenslange Einschüchterung der Farbigen ein ebenso großes Hindernis darstellt wie die rücksichtslos eingesetzten Machtmittel der Weißen, die auch schon Snickorganisatoren ermordet haben.

Auf Grund der Unterschiede zwischen den Bürgerrechtsorganisationen und ihrer organisatorischen Zersplitterung mag ein Eindruck

von Schwäche entstehen. In Wirklichkeit bietet jedoch dieser Zustand im pluralistischen Amerika gewisse Vorteile, und die Öffentlichkeit würde wahrscheinlich einer geschlossenen Mammutorganisation mit größerem Mißtrauen begegnen. Die Differenzierung der Gruppen erlaubt auch eine gewisse Arbeitsteilung für die mannigfachen Aufgaben der gesamten Bewegung, auf Grund deren die zweifellos wichtigen militanten Strömungen zum Beispiel die Aufbauarbeit der *National Urban League* und der NAACP nicht stören oder diskreditieren können. Die Wechselbeziehungen zwischen den militanten Aktionen von CORE und Snick haben sogar den älteren und konservativeren Vereinigungen merklich mehr Respekt und öffentliche Sympathie eingetragen, als sie je besaßen. Zudem dürfen die gelegentlichen Reibereien keineswegs über die enge Zusammenarbeit hinwegtäuschen, die alle fünf Gruppen immer wieder an den Tag legen, sobald es darauf ankommt, die gemeinsamen Ziele der Gleichberechtigung zu verfolgen. Oft kann man nahezu von einem abgekarteten Spiel sprechen, wobei etwa den Militanten einer südlichen Stadt die Rolle zufällt, mit Demonstrationen und zuweilen sogar in Gewalttätigkeit ausartenden Zusammenstößen mit dem weißen Mob Krisen herbeizuführen, die die besonneneren weißen Notablen dann dazu bewegen, sich mit den gemäßigteren Bürgerrechtsvertretern an den Verhandlungstisch zu setzen. Der örtlichen *Urban League* fällt dann die Aufgabe zu, die Bedingungen auszuarbeiten, während die Rechtsanwälte der NAACP sich im Labyrinth des südlichen Rechtslebens zurechtfinden müssen und sich um die Insassen der Polizeigefängnisse kümmern. Auch das Bundesjustizministerium und die *U.S. Civil Rights Commission* spielen dabei eine Rolle, abgesehen von den Bundesgerichten und den gelegentlichen militärischen Interventionen. Im Grunde genommen ist diese Bürgerrechtsrevolution eine der bestorganisierten gewaltlosen Umwälzungen der Weltgeschichte, und es wären ihr längst größere Erfolge beschert, wäre das Land nicht so ausgedehnt, das bundesstaatliche System nicht so gegen zentrale Interventionen geschützt und die demokratische Selbstbestimmung den weißen Südstaatlern nicht so eingefleischt. Besonders der letztere Umstand schafft Komplikationen, die einen Obrigkeitsstaat nicht an Reformen hindern würden: Was tut man jedoch in einer Demokratie, wenn die Mehrheit der Staatsbürger, wie im tiefen Süden, nahezu geschlossen darauf besteht, eine Minderheit zu unterdrücken?

Alle diese Komplikationen kommen zum Beispiel in der Wahlrechtsfrage zusammen. Von über fünf Millionen Farbigen des Südens im Wahlrechtsalter sind lediglich 1,7 Millionen registriert, und zwar fast ausschließlich in den Städten. Auf dem flachen Lande werden sie mit Gewalt und Drohungen, Wirtschaftsrepressalien oder den bereits erwähnten gesetzlichen Kniffen an der Registrierung oder doch an der Wahl gehindert. Das Wahlrecht hat bisher ausschließlich in der Gesetzgebungskompetenz der einzelnen Bundesstaaten gelegen. Schulen und andere öffentliche Aufenthaltsstätten für die Farbigen sind rassengetrennt und meist minderwertig, wenn überhaupt vorhanden. Anstellungen im öffentlichen Dienst werden ihnen verweigert, der Verkauf öffentlichen Landes ihnen verheimlicht, und in manchen Gegenden unterschlägt die korrupte Verwaltung sogar die Verteilung der Nahrungsmittelüberschüsse der Bundesregierung an die Armen beider Rassen. Und ohne Wahlrecht können die Farbigen sich nicht einmal wie im Norden gegen Korruption und Bedrückung wehren, von der Abschaffung des Trennungssystems ganz zu schweigen.

Um dieses grundsätzliche Übel zu beheben, berief die Bundesregierung auf Grund der Bürgerrechtsgesetze der Jahre 1957 und 1960 die *U.S. Civil Rights Commission*, deren Beauftragte die Verweigerung der Registrierung in den südlichen Landkreisen untersuchen können. Das Bundesjustizministerium kann sodann im gegebenen Fall Klage erheben. Damit die Farbigen es nach lebenslanger Einschüchterung aber auch wagen, sich zu melden, haben die fünf obengenannten Bürgerrechtsorganisationen mit Hilfe von Stiftungsgeldern und unter der Führung des *Southern Regional Council*, einer schon länger bestehenden Rassenfreundschaftsgruppe des Südens, ihren großen Registrierungsfeldzug eröffnet. Innerhalb der letzten eineinhalb Jahre hat auch die Zahl der farbigen Wähler um 300 000 zugenommen, aber wieder fast ausschließlich in den Städten und noch kaum auf dem Lande. Im Sommer 1965 wurde schließlich gegen südstaatliche und konservative Proteste das neue Wahlrechtsgesetz Präsident Johnsons verabschiedet, um die Obstruktion der südstaatlichen Wahlbeamten und der Polizei gegen die Zehntausende williger farbiger Neuwähler, die seit Johnsons Wiederwahl unentwegt in Mississippi und Alabama demonstrierten, zu brechen. Das neue Gesetz erlaubt dem Bundesjustizministerium, seine eigenen Wahlbeamten in solche Gegenden zu schicken, wo die Wähler

sich bestimmten Prüfungen unterziehen müssen und sich weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Diese drastische Maßnahme komplementiert die Abschaffung der Wahlsteuer für Bundeswähler durch eine kürzliche Verfassungsänderung.

Die Mobilisierung von Zehntausenden Farbiger in südlichen Kleinstädten und auf dem flachen Lande, vor allem in Alabama und Mississippi, zur Ausübung des so lange vorenthaltenen Wahlrechts ist eine überzeugende Demonstration der von Snick entwickelten Mittel. Auf Grund der in Mississippi durchgeführten Bürgerrechtstätigkeit wurde dort auch eine *Mississippi Freedom Democratic Party* (MFDP) gegründet, die bereits auf dem Demokratischen Parteitag von 1964 und im neugewählten Kongreß desselben Jahres lautstark die Aberkennung der Mandate der gewählten Vertreter Mississippis verlangte, und zwar wegen Wahlbetrugs, das heißt, der Wahlrechtsberaubung der Farbigen. Die von einheimischen Farbigen geleitete MFDP kann die Wahlarbeit der Snickvertreter weiterführen und aufrechterhalten.

Unter den weiteren Verbündeten und Freunden der Bürgerrechtsbewegung sind auch vor allem die Geistlichen der meisten Kirchen Amerikas zu nennen. Einzelne Geistliche haben sich in erheblicher Anzahl an Einsitzaktionen, Demonstrationen und vor allem am großen Freiheitsmarsch in Washington beteiligt, an dem zwei katholische Erzbischöfe, zehn anglikanische Bischöfe und fünfzig Rabbiner teilnahmen. Die Quäker waren schon immer bemüht, die Brüderlichkeit unter den verschiedenen Menschengruppen zu fördern. Seit der *National Conference on Race and Religion* im Januar 1963 haben sich auch die protestantischen, katholischen und jüdischen Geistlichen als Gruppen in den Kampf um die Gleichberechtigung eingeschaltet. Zu diesem Zweck wurden in den großen Städten Dreiglaubensräte gebildet, und die Bischöfe und Kardinäle der verschiedenen Kirchen entfalteten in ihren jeweiligen Amtsbereichen eine rege Tätigkeit, vor allem die Anglikaner, Katholiken, Presbyterianer, Juden und Methodisten. Nur die Lutheraner zögerten, sich zu beteiligen, während große Teile der südlichen Baptisten die Rassentrennung sogar für gottgewollt halten. Doch gilt auch für die aktiveren Kirchengemeinden die Regel, daß die positive Haltung in der Bürgerrechtsfrage von der Spitze der Hierarchien nach unten erheblich schwächer wird. Während der *National Council of Churches*

und die meisten Regionalkirchenräte sich noch unerschrocken gegen die Rassentrennung aussprechen und Direktaktionen mit Wort und Tat unterstützen, hängen die meisten predigenden Ortsgeistlichen weitgehend von der Unterstützung ihrer Gemeinde ab. Da bildet sich sofort der Gegendruck, und im Süden und den an den Süden grenzenden Staaten, wo die meisten protestantischen Kirchen rassengetrennt sind, hat so mancher Pfarrer über Integrierungsversuche sein Amt verloren. Die katholische Kirche mußte in Louisiana sogar gegenüber den Gegnern der Schulintegrierung zum Mittel der Exkommunikation greifen. Die Kraft der Kanzelpredigt hat sich hier als zu schwach und machtlos erwiesen, was unter anderem darauf zurückgeht, daß die Geistlichen Amerikas bis vor kurzem davor zurückscheuten, Rassentrennung und -diskriminierung offen als unmoralisch zu bezeichnen.

Die Teilnahme der Presse ist im Norden wie im Süden gespalten. Im Süden bestehen die Fronten aus dem Chor der entschiedenen Verteidiger der Rassentrennung einerseits und aus einer Handvoll „südlich liberaler" Zeitungen, wie die *Atlanta Constitution* unter der Leitung von Ralph McGill oder die *Arkansas Gazette*, die einst von Harry Ashmore herausgegeben wurde, andererseits. Diese Zeitungen sind für Aufklärung, Mäßigung und Abschaffung der Rassenschranken, verraten sich aber doch den nördlichen Farbigen durch einen unwillkommenen Unterton paternalistischer Herablassung. Im Norden gibt es zwar kaum ausgesprochene Verteidiger der dort existierenden Trennungs- oder Diskriminierungserscheinungen, aber doch ungeschriebene Regeln der Gleichgültigkeit bei vielen Zeitungen, die die Gettoprobleme und die Rassendiskriminierung von Immobilienhändlern und Arbeitgebern ignorieren und von der farbigen Bevölkerung ihrer Städte nur die Verbrechen berichten. Dies entspricht der allgemeinen Tendenz der Wohlstandsschichten, Schönheitsfehler und soziale Klüfte in ihrer Mitte nicht sehen zu wollen, solange es ihnen selbst gut geht. Die liberale Presse andererseits bemüht sich um faire Darstellung und bringt auch die Gesellschaftsnachrichten der Farbigengemeinde ebenso wie Berichte über weiße Hochzeiten, Geburten usw. Doch fehlt ihr oft das tiefere Verständnis für die Dringlichkeit der Probleme und die militante Haltung der Bürgerrechtler. Auch bemüht sie sich manchmal vielleicht allzusehr, beide Seiten zu verstehen, und billigt daher oft stillschweigend die Beibehaltung des Status quo oder halbe Maßnahmen

zu seiner Änderung. Im Grunde genommen sind eben die Interessen der Gleichberechtigung doch bei den farbigen Bürgerrechtlern am besten aufgehoben, da einesteils auch liberale Weiße auf Grund ihrer sozialen Distanz den Lebensproblemen der Masse der Farbigen fernstehen, und andernteils die Vorteile der Integrierung und Brüderlichkeit für die Weißen von diesen selten ganz verstanden und noch seltener leidenschaftlich genug ersehnt werden.

In der Politik auf den verschiedenen Ebenen ist es ganz ähnlich, nur daß im Süden das rassentrennerische Element bis auf einige gemäßigte Stadtverwaltungen alles beherrscht. Im Norden sind die Liberalen in allen größeren Städten und volkreichen Staaten und die Konservativen und Gleichgültigen in den kleinen Städten und Staaten am Ruder. Wo es erhebliche Wählerblocks von Farbigen gibt, die oft das Zünglein an der Waage zwischen den beiden Parteien darstellen, kann es sich keine demokratisch gewählte Regierung leisten, ihre Forderungen ganz zu vernachlässigen. Daher war auch Goldwaters Absage an die traditionell republikanischen Farbigen geradezu ein politischer Selbstmord. Um so höher ist dagegen die Finesse der Demokraten zu bewerten, die es schon immer fertiggebracht haben, südliche Rassentrenner und nördliche Liberale in der gleichen Partei zu vereinigen und zu halten. Ein wichtiger Beitrag zur Minderung der Großstadtprobleme ist auch die Anstellung von Farbigen im öffentlichen Dienst der Stadt-, Staats- und Bundesverwaltung. Im Jahre 1961 gab es 29 staatliche und städtische *Fair Employment Practices Commissions* (FEPC), deren Aufgabe es ist, Diskriminierungsklagen bei der Arbeitsvermittlung zu behandeln. Diese Ausschüsse sind sehr unterschiedlich in ihrer Wirksamkeit und werden oft durch Geld- und Personalmangel sowie durch politischen Druck behindert. Die *New York State Commission Against Discrimination* ist wohl die wirksamste und hat anderen guten Ausschüssen, wie etwa in Philadelphia und im Staat von Kalifornien, als Vorbild gedient. In diesen Gebieten ist die Kommission nicht mit der zeitraubenden Verfolgung von Einzelklagen zufrieden, sondern untersucht die Anstellungspraktiken ganzer Konzerne und Industrien, woraus sich dementsprechende Verbesserungsvorschläge ergeben. Die Bundesregierung hatte seit Roosevelt unter jedem Präsidenten einen Ausschuß zur Überwachung der Anstellungspraktiken der zahllosen Bundesbehörden — deren Zivilpersonal allein sich auf etwa zweieinhalb Millionen beläuft — und des enormen Wirtschafts-

sektors, der für die Bundesregierung Aufträge ausführt. Auch hier war die Verfahrensweise bis zu dem Regierungsantritt Kennedys jedoch unzulänglich und wurde erst in den letzten Jahren auf ganze Industrien und Schnellverfahren umgestellt. Darüber hinaus haben die größeren nördlichen Staaten auch Bürgerrechtsgesetze verschiedener Art erlassen, die zum Beispiel die Diskriminierung bei Hausverkäufen und Wohnungsvermietungen, in Restaurants, Parks und Vergnügungsstätten untersagen. Manche dieser Gesetze gehen auf das neunzehnte Jahrhundert zurück. In vielen Städten des Nordens und Südens gibt es jetzt auch der Stadtverwaltung angeschlossene *Human Relations Commissions*, die sich ganz allgemein um ein besseres Verhältnis zwischen den Rassen bemühen.

Die Bundesregierung hatte bereits zwei Bürgerrechtsgesetze durchgebracht und eine Reihe von Verordnungen erlassen. Im Jahre 1964, einem Wahljahr, lag dem Kongreß wiederum ein Bürgerrechtsgesetz vor, das umfassender war als je zuvor: Um das Wahlrecht sicherzustellen, legte es die Registrierungsbedingungen fest und erlaubte Diskriminierungsanklagen vor einem Sondertribunal von drei Richtern. Die Diskriminierung in Restaurants, Hotels und Theatern sollte außerhalb der 32 Staaten, die bereits Antidiskriminierungsgesetze haben, unmittelbar vom Bundesstaatsanwalt *(Attorney General)* gerichtlich verfolgt werden können. Dasselbe galt auch für die Schulintegrierung und die Aufhebung der Rassentrennung in öffentlichen Parks, Bibliotheken und Schwimmbädern. Schließlich sah das Gesetz auch noch eine FEPC des Bundes für alle Unternehmen vor, die mehr als 25 Angestellte beschäftigen und vom zwischenstaatlichen Handel berührt werden, und gab dem Präsidenten die Vollmacht, Bundesmittel den Institutionen zu entziehen, wo diskriminiert wird. Dank Johnsons Geschicklichkeit wurde dieses Gesetz durch eine Koalition nordstaatlicher Demokraten und Republikaner durch den Kongreß geschleust, wo sonst immer Bürgerrechtsmaßnahmen an einer Koalition der Republikaner mit den südstaatlichen Demokraten hängengeblieben waren.

Leider geht es jedoch gar nicht so sehr um die Schaffung weiterer gesetzlicher Handhaben zur Aufhebung der Rassentrennung im amerikanischen Süden. Gesetzesbestimmungen gibt es bereits in hinreichendem Maße und oft doppelt und dreifach. Es mangelt an der Ausführung durch die südstaatlichen Behörden und Richter, die hinter der föderalistischen Verfassung Schutz genießen. Es mangelt

auch zuweilen am Eifer der Bundesbeamten und -richter, die oft aus dem Süden stammen und selbst Vorurteile haben. Die pluralistische Natur der amerikanischen Politik zwang einst den Liberaldemokraten Stevenson, sich durch Konzessionen der Mithilfe der südstaatlichen Demokraten bei seiner Wahlkampagne zu versichern. Sie führte auch Kennedy dazu, die Südstaatler W. E. Cox, J. R. Elliott, E. G. West und C. W. Allgood trotz ihrer wohlbekannten rassentrennerischen Neigungen zu Bundesrichtern im Süden zu ernennen, um sich südstaatliche Senatoren politisch zu verpflichten. Wenn man die Breite der Amtsgewalt amerikanischer Richter in Rechnung stellt, kann man sich denken, was Bürgerrechtsklagen einerseits und südstaatliche Polizeiaktionen andererseits von diesen Richtern zu erwarten haben. Es bleibt daher den südlichen Farbigen und der Bürgerrechtsrevolution eben kein anderer Weg als Massenproteste, Demonstrationen und politische Organisation, solange Recht und Verwaltung in böswilligen Händen liegen, die Weißen des Südens kein Einsehen haben – laut Meinungsumfragen befürwortet jetzt bereits die weiße Mehrheit dort das neue Wahlrechtsgesetz – oder doch die einsichtigen Weißen des Südens sich nicht durchsetzen.

Wege und Irrwege

Jede Revolution hat ihre Exzesse und Verirrungen. Selbst dort, wo die Kritik des gegenwärtigen Zustandes und das Ziel der Umwandlung allgemein klar erkannt werden – und das ist hier noch nicht einmal der Fall –, stehen die Marschroute und die Mittel noch keineswegs fest. Ungeeignete Mittel und ein falscher Weg können das Ziel ebenso gefährden wie offener Widerstand. Oft ruft auch die wohlgezielte politische Handlung, in diesem Fall die Bürgerrechtsdemonstrationen, allerlei andere Geister zerstörerischer Art auf den Plan, wie etwa die Halbstarkenbanden der Rassenkrawalle der letzten Sommer, das sehr konkrete Produkt der Verhältnisse in den Farbigengettos. Oder den Führern der revolutionären Bewegung erstehen Rivalen, und andere Organisationsversuche fallen auf einen ebenso fruchtbaren Boden wie die ursprüngliche Bewegung. Schließlich stößt ja auch jede soziale Revolution früher oder später auf menschliche Grenzen. Es ist oft leichter, die Unterdrückten zu befreien, als die Befreiten zu lehren, ihre Freiheit nützlich anzuwenden.

Bei der Revolution der Farbigen Amerikas fehlt es auch nicht an Zweifeln über den rechten Weg, an gelegentlichen Entgleisungen

und an Rivalitäten zwischen Führern, Organisationen und Leitbildern. Entlang dem scheinbar so geradlinigen Weg gibt es so manchen Wendepunkt und so manche Abzweigung. Die Mobilisierung der Farbigen schuf ein politisches Potential und die Unterdrücktenmentalität ein Entfremdungsgefühl von der gegenwärtigen amerikanischen Gesellschaft in vielen Farbigen und auch in jungen Weißen, die der Bürgerrechtsbewegung nahestehen, so daß die Voraussetzungen für eine Weltanschauungspolitik durchaus gegeben sind. Eine derartige politische Radikalisierung ist auch tatsächlich in mindestens zwei Richtungen erfolgt. Einesteils sind da die schwarzen Nationalisten, allen voran die Schwarzen Muslims, die von einem abgetrennten Farbigenstaat träumen. Andernteils ist da auch die zunehmende linksradikale Strömung zu nennen, die von der Farbigenrevolution zur Umwandlung der ganzen amerikanischen Gesellschaft fortzuschreiten sucht. Schließlich ist auch noch der Gesichtspunkt der praktischen Sozialpolitik zu erwähnen, in der sich um den Krieg gegen die Armut und die Gemeinschaftsentwicklungsmethoden Saul Alinskys mehrere Schulen gebildet haben. Diese Richtungen sind alle in erheblichem Kontrast zu der herkömmlichen Bürgerrechtsbewegung und ihren Führern zu sehen.

Zunächst soll der schwarze Nationalismus näher untersucht werden. Eine der ältesten Legenden, die sich die Rassentrenner im Grunde genommen schon seit der Sklavenzeit – trotz blutiger Sklavenaufstände – selbst immer wieder vorreden, ist die Behauptung, den meisten Farbigen gefalle ihr untergeordnetes Los und sie stimmten eher mit ihren, den Maßnahmen der Rassentrenner überein als mit den Zielen der Bürgerrechtsagitatoren. Die Reaktion der farbigen Bevölkerung der südlichen und nördlichen Städte hat diese These zwar erneut widerlegt. Es gibt aber doch farbige Gruppen, die die Rassentrennung der Integrierung vorziehen, wenn auch unter anderen Vorzeichen, als sich die Südstaatler einbilden, nämlich unter schwarzer Oberherrschaft oder dem Separatismus eines eigenen Staatsgebietes. Dieser Farbigennationalismus hat zahlreiche Vorläufer, deren wichtigster wohl die *Universal Negro Improvement Association* des „schwarzen Moses" Marcus Garvey war, die nach dem ersten Weltkrieg 50 000 bis 250 000 Mitglieder in einer autoritär geführten, wohlorganisierten Bewegung mit paramilitärischen Formationen, Wirtschaftsunternehmen, Kirchen und einer Flagge vereinte. Garveys Bewegung kam gerade, als der vorüber-

gehende Aufschwung des Farbigendaseins infolge von Entlassungen zum Kriegsende, Pogromen in den Städten und der Wiederkehr des Ku-Klux-Klans auf dem Lande endete. Sie versprach den Farbigen eine Rückkehr nach Afrika, nachdem dort die Kolonialmächte vertrieben und ein stolzes Reich errichtet worden sei, mit dem sich alle Farbigen verbunden fühlen könnten. Garvey predigte nicht die schwarze Oberherrschaft oder die angeborene Überlegenheit der Farbigen über ihre weißen Unterdrücker, aber doch die Trennung. Die dunkle Hautfarbe, besonders der Frauen, so lehrte er, sei ein Ausdruck körperlicher Schönheit, nicht der Unterlegenheit. Farbige sollten auf die Kultur ihrer Rasse stolz sein. Der Gott seiner Bewegung war schwarz und der Teufel weiß, nicht umgekehrt. Garvey war der Meinung, die südlichen Weißen seien wenigstens im Ausdruck ihres Hasses für die Farbigen aufrichtig, während ihm die liberalen Nordstaatler als üble Heuchler erschienen. Doch seine tiefste Mißachtung galt den „hellhäutigen" Farbigen der NAACP und der *Urban League*, die er genauso wie die Rassenfanatiker des Südens der Absicht der biologischen Rassenvermischung bezichtigte. Garvey landete schließlich im Gefängnis, und seine Bewegung zerfiel in kleine Gruppen, von denen einige auch heute noch unter den nationalistischen Sekten der Farbigengettos zu finden sind.

Die bedeutendste gegenwärtige Nationalistenbewegung ist die „Nation des Islam", auch „Schwarze Muslims" genannt, die genauso wie die Anhänger Garveys besonders die unmittelbar dem Landleben Entwurzelten anspricht. Die Muslims haben bereits etwa 100 000 Anhänger und betonen eine straffe Organisation ebenso wie ihre Vorgänger, denen sie auch hinsichtlich einer paramilitärischen Schutzstaffel, der „Frucht des Islam", und einem Mädchenkorps gleichen. Statt der großen Wirtschaftsunternehmen Garveys besitzen sie Mietshäuser, Grundstücke, Läden und Restaurants und fordern wirtschaftliche Autarkie für farbige Geschäftsleute und Kunden, wenn es dazu auch nötig sein mag, erst im Dienst der „weißen Teufel" das nötige Kapital zu verdienen.

Fleiß und Sparsamkeit, Sauberkeit des Körpers und der Kleidung, Höflichkeit, Achtung den Frauen gegenüber, Betonung des Familienlebens, wobei die Frau zu Hause bleiben und der Mann das Brot verdienen soll, Enthaltung vom Rauchen, Trinken, von der Spielleidenschaft und dem Rauschgift — das alles gehört zu den Prinzipien des äußerst bürgerlichen Lebensbegriffes, mit dem die

Muslims bei ihren Konvertiten unter den Gettobewohnern und selbst unter Verbrechern, Alkoholikern und Süchtigen, die sie buchstäblich im Gefängnis anwerben, vollkommene Rehabilitierung und erstaunliche Veränderungen hervorgebracht haben.

Wie der Name besagt, sind die Schwarzen Muslims in viel höherem Maße eine religiöse Bewegung als Garveys Anhänger, wenn auch die wirklichen Mohammedaner sie nicht als ihresgleichen anerkennen. Als Sekte wurden sie 1930 von ihrem Propheten W. O. Fard begründet, der später verschwand und heute als Allah gilt. Sein nächster Mitarbeiter, Elija (Poole) Muhammad, führt jetzt die Bewegung als „Bote Allahs", der die verlorene und wiedergefundene Nation des Islam aus der „Wildnis Nordamerikas" führen und von der Herrschaft der „blauäugigen Teufel" befreien soll, die sie mit dem Christenglauben so sehr verführt haben, daß sie angehalten werden, ihre Peiniger zu lieben. Muhammad lehrt zwar auch die Nächstenliebe, aber nur unter Farbigen, und seine schärfsten Angriffe gelten den christlichen Kirchen, der Presse und den Bürgerrechtsgruppen der Farbigengemeinde, die nach Rassenintegrierung streben und an die Brüderlichkeit der Rassen glauben. Dahinter steckt zum Teil das Ressentiment der niedrigsten sozialen Schichten gegen die farbige Wohlstandsschicht, die schwarze Bourgeoisie, die vor allem in den letzten Jahren viel schneller gewachsen ist und sich wirtschaftlich verbessert hat, als die Durchschnittszahlen vermuten lassen. Da der gegenseitige Haß zwischen den Rassen „unvermeidlich" ist und die Integrierung gar das „gute Element" durch die Beimischung des „schlechten weißen" zerstören würde, bleibt nur die radikale Trennung. Diese Trennung ist, ebenso wie die anderen Aspekte des Muslimglaubens, von äußerst wichtiger psychologischer Bedeutung. Sie bedeutet die grundsätzliche Abkehr von der Welt der Weißen, wenn auch die Muslims oft von der Errichtung eines Separatstaates in Amerika – aber nicht wie Garvey von der Rückkehr nach Afrika – sprechen. Zu dieser Abkehr kommen die Wiederherstellung der Selbstachtung durch die oben beschriebene bürgerlich-moralische Wiederaufrüstung und das gesteigerte Selbstgefühl der Solidarität mit der religiös-nationalistischen Gemeinschaft. Die Abkehr und neue Mitgliedschaft drücken die Muslims auch oft durch Ablegung ihrer von den „weißen Teufeln" erfundenen christlichen Namen aus, die durch Namen wie Malcolm X. oder Joseph XX. oder „mohammedanische" Namen ersetzt werden.

Diese Elemente tragen zweifellos alle dazu bei, daß die am meisten unter den Verhältnissen Leidenden ihr Leben mit Zuversicht ertragen und sogar relativ nützliche Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft sein können. Doch die Überwindung ihrer Verzweiflung und Selbstverachtung erfordert anscheinend, daß sie die „weißen Teufel" hassen. Und damit halten sie ihrem weißen Gegenüber, den Rassentrennern, den Spiegel einer schrecklichen Wahrheit entgegen.

Die Radikalisierung der Bürgerrechtsrevolution nach links war schon lange abzusehen, obwohl das alte Sprüchlein nach wie vor gilt, man habe genug Schwierigkeiten, wenn man schwarz sei, und brauche nicht auch noch als rot zu gelten. Die südlichen Rassentrenner und andere Konservative haben die Bürgerrechtler so lange als kommunistisch, als sozialistisch oder als ungewaschene und ungekämmte Beatniks verschrien, die Rauschgiften und der freien Liebe huldigten, daß man ihren Beteuerungen allgemein mit Verachtung begegnet. Aber so ganz ohne ein Körnchen Wahrheit waren auch diese faustdicken Verleumdungen nicht. Die Universität von Kalifornien in Berkeley bekam nach den Wahlen von 1964 eine Probe des jugendlichen Gärens in der militanten Brust vieler Snickmitglieder unter ihren Studenten zu spüren, von dem Gefolge trotzkistischer, maoistischer und kommunistischer Mitläufer der Bewegung ganz zu schweigen. Der Anlaß waren die der Bürgerrechtsagitation und Mitgliederwerbung gesetzten engen Grenzen an der Universität. Im Handumdrehen wurde aus dem Streit ein Aufruhr, bei dem ein Polizeiwagen mit einem verhafteten Studenten stundenlang zurückgehalten und schließlich das Verwaltungsgebäude der Universität von fast 800 Studenten über Nacht besetzt gehalten wurde. Die Professoren und die Universitätsverwaltung, die sonst der Bürgerrechtsbewegung sehr freundlich gegenüberstehen, waren nicht davon erbaut, sich plötzlich ebenso behandelt zu sehen wie etwa den Sheriff von Selma, Alabama. Der ursprüngliche Aufruhr, bei dem es um die Rede- und Versammlungsfreiheit gegangen war, verwandelte sich schließlich nach wochenlangen Krisen in individualanarchistische Zwischenfälle, bei denen einige der Studentenführer die neugewonnene Redefreiheit mit anstößigen Worten auf Plakaten auf die Probe stellten. Kalifornische Politiker und Unternehmer, die sich irgendwann einmal unter dem Druck von CORE- oder Snickaktionen befunden hatten, benützten die Gelegenheit sofort zu

scharfen Angriffen auf die Bewegung. Zugleich fanden sich jedoch auch viele Stimmen, die vor der Auflösung aller Bande von Staat und Gesellschaft durch die systematische Mißachtung geltender Rechtsvorschriften von seiten der Bürgerrechtler warnten.

Um die Dynamik der Linksradikalisierung in Teilen der Bürgerrechtsbewegung vollkommen zu verstehen, muß man vor allem die rebellische Haltung der gesamten jungen Generation weißer Amerikaner etwa von 17 bis 29 Jahren gegenüber ihren Eltern, Lehrern, der Polizei und anderen gesellschaftlichen Autoritäten in Rechnung ziehen. Vor allem die studentische Jugend Amerikas leidet an tiefen Entfremdungsgefühlen gegenüber der amerikanischen Gesellschaft, die ihre Vorgänger, die „ruhige Generation" der fünfziger Jahre, anscheinend nicht kannten. Unter den Jüngeren führt diese Stimmung oft zu Massenausschreitungen in Badeorten und Vergnügungsstätten. Die reiferen Studenten und vor allem die sich auf den akademischen Lehrberuf vorbereitenden Doktoranden werden von ihrem Gewissen und politischen Affekten in die Bürgerrechtsbewegung oder in politische Gruppen getrieben, wo sie je nach Geschmack politisches Engagement oder Direktaktionen in den Großstadtslums oder im Süden erwarten.

Die moskauhörige Kommunistische Partei (USA) würde sich naturgemäß gern dieser mobilisierten Jugend und des Pathos der Bürgerrechtsrevolution bemächtigen, ist jedoch von seiten der Farbigenorganisationen und der bisherigen Führer auf wenig Gegenliebe gestoßen. Ihr größtes Hindernis ist jedoch der Altersunterschied. Die jungen Linksradikalen von heute „trauen niemandem über dreißig" und sehen die Kommunisten als eine sektiererische, in altmodischen Weltanschauungen verkrustete Gruppe an, deren Zeitschriften sich hauptsächlich durch lange Nachruflisten und Vitamininserate gegen Alterserscheinungen auszeichnen. Zudem ist die auf weniger als 10 000 Mitglieder – von denen höchstens die Hälfte aktiv ist – geschrumpfte CP in jenes lächerliche Versteckspiel mit der Bundeskriminalpolizei (FBI) verwickelt, deren Agenten einen großen Teil der Parteimitglieder stellen, durch ihre Beiträge die Partei erhalten und Tausende ihrer Zeitungen und Zeitschriften aufkaufen. Die äußerste Rechte kauft auch viele, um den Wissensdurst ihrer Mitglieder über den letzten Stand der „kommunistischen Verschwörung" zu stillen. Man kann buchstäblich sagen, die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten werde hauptsächlich vom FBI und

den Rechtsradikalen am Leben erhalten, damit man sich öffentlich vor ihr fürchten und sie weiter schikanieren kann.

Doch wenn die Altkommunisten selbst als reformistische Philister gelten, so haben sie doch Söhne und Töchter, die eine gewisse Rolle in der in Bürgerrechtsagitation und neue Linke verwickelten studentischen Jugend spielen. Auch sind mehrere der neuen linksradikalen Gruppen von abgesprungenen Altkommunisten gegründet worden. Dies war zum Beispiel der Fall bei der Gründung von *Progressive Labor* im Jahre 1962, einer Bewegung, die sich vor allem nach Rotchina ausrichtet und deren romantische Leitbilder Castro und Ho Chi Minh sind. In den ersten Jahren agitierte *Progressive Labor* hauptsächlich für eine bessere Behandlung Kubas und sandte trotz Reiseverbots durch das State Department Studentengruppen dorthin. 1964 wandte sich die Bewegung jedoch der Vietnampolitik zu – mit dem sogenannten *May Second Movement* – und versuchte auch vergeblich, die New Yorker Rassenkrawalle zu verschärfen und die arbeitslosen Bergleute Kentuckys als bewaffnete Guerillakämpfer wie weiland Castro in Kuba in die Berge von Kentucky zu schicken. Laut Gerüchten hat diese Gruppe, die das FBI längst unterwanderte, auch terroristische Untergrundarbeit mit Waffenlagern vorbereitet. Ihre Mobilisierungstheorie ist keineswegs ideologisch, sondern rein anarchistisch auf die Annahme gegründet, daß man jeden jungen Menschen in einen Revolutionär verwandeln könne, wenn man ihn nur erst in Massenzusammenstöße mit der polizeilichen Ordnungsgewalt verwickle.

Auch die amerikanischen Trotzkisten haben ihre *Young Socialist Alliance* mit etwa tausend aktiven Mitgliedern, die eine erhebliche Rolle an den größeren Universitäten spielen und sich zeitweilig auch für eine militante Splittergruppe der Schwarzen Muslims interessierten. Die Kommunisten selber konnten sich nur in den *W. E. B. Dubois Clubs* – benannt nach dem farbigen Gelehrten, der sich kurz vor seinem Tode, im Alter von 93 Jahren noch schnell zum Kommunisten bekehren ließ – einnisten, die 1964 als eine linksradikale Sammelorganisation gegründet wurden und bereits über tausend Mitglieder an vielen Universitäten besitzen sollen. Hier drückt schon der Name das Interesse an der Farbigenrevolution aus. Schließlich ist da auch noch die Jugendgruppe der alten *League for Industrial Democracy, Students for a Democratic Society* (SDS), die sich 1962 bildete und seither Tausende demonstrierender

Studenten zu Protesten gegen die Vietnampolitik nach Washington brachte. Diese Gruppe ist weniger revolutionär als pazifistisch eingestellt, obwohl sie auch aus der Bürgerrechtsrevolution eine Umwandlung ganz Amerikas in Richtung auf den Sozialismus ableitet.

Hier liegt einer der Punkte, der auch andere militante pazifistische Gruppen mit dem Gewaltlosigkeitsdogma der Bürgerrechtler verbindet. Ein anderer liegt in dem die Gruppen einigenden Begriff der „dreifachen Revolution" – nach einer Veröffentlichung des Pazifisten Linus Pauling, des Soziologen Gunnar Myrdal, des Organisators des großen Bürgerrechtsmarsches in Washington, Bayard Rustin, des von seinem Studium der Armut in Amerika bekannten Michael Harrington und anderer Liberaler –, nämlich der Auswirkung der Automatisierung, der Entwicklung der Kernwaffen und dem Verlangen nach Menschenrechten für die Farbigen Amerikas und der Entwicklungsländer. Zum dritten gibt es gemeinsame Zeitschriften der Linken, wie den *National Guardian,* und Direktaktionen, wie etwa die Vietnam- oder Bürgerrechtsagitation, den Kampf gegen die Hexenjagd der Ausschüsse des Kongresses oder den Aufruhr in Berkeley, die alle Gruppen der neuen Linken einträchtig unterstützen.

Snick, die Studentenorganisation der Bürgerrechtsbewegung, ist wegen ihrer Struktur und ihrer studentischen Basis wohl am wenigsten vor linksradikaler Unterwanderung geschützt. Die zahlreichen Ortsgruppen ihrer Hilfsorganisation, der Freunde von Snick – Snick selbst hat nur Angestellte, aber keine Mitglieder –, sind von allen möglichen örtlichen politischen Richtungen beeinflußt, und auch das Washingtoner Hauptquartier von Snick hat bereits der Vorbereitung von mindestens einer großen, gemeinsamen Vietnamdemonstration in Washington mit den SDS, den *Dubois Clubs* und pazifistischen Gruppen gedient. Die Eskalation in Vietnam ist überhaupt zum Prüfstein der Linksorientierung in der Bürgerrechtsbewegung geworden. Martin Luther King sagte im Sommer 1965, die Bürgerrechtler sollten sich um Krieg und Frieden kümmern. Wozu bemühe man sich um die Rassenintegrierung in der Welt von morgen, wenn womöglich morgen keine Welt mehr übrigbleibe, in der man integriert leben könne. Und er forderte die Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam und sofortige Friedensverhandlungen. Unter den Gruppen der neuen Linken, die zur Wehrdienstverweigerung der nach Vietnam neu Eingezogenen aufforderten, war übrigens auch

die *Mississippi Freedom Democratic Party*. Die Führung der NAACP und der *National Urban League* dagegen protestierte sofort und lautstark gegen eine derartige Verschleppung der Bürgerrechtsbewegung und ihre Verquickung mit außenpolitischen Streitigkeiten. Hunderttausende von Bürgerrechtlern und Freunde und Gönner der Bewegung waren gleichfalls sehr erbost über die Verbindung mit der Vietnamfrage, selbst wenn sie ihre eigenen Zweifel an der Richtigkeit der Vietnampolitik hegten. Sie erkannten sofort – und der rechte Flügel lachte sich deswegen ins Fäustchen –, daß eine derartige Linksverschiebung der Bürgerrechtsagitation diese die unentbehrliche Unterstützung der Bundesregierung Johnson und der gemäßigten Mehrheit des amerikanischen Volkes kosten würde. Ein solcher Bärendienst der neuen Linken würde sehr wahrscheinlich den Erfolg der gesamten Bürgerrechtsagitation in Frage stellen. Ein bedeutsameres Beispiel, wie Erfordernisse der Weltpolitik innenpolitischen Reformen in die Quere kommen können, läßt sich kaum vorstellen. Die Reibungen zwischen den gemäßigten und den linksradikalen Bürgerrechtlern nahmen weiter zu, als die letzteren sich im April und Mai 1965 den Donner der Bürgerrechtsbewegung für ihre öffentlichen Versammlungen gegen die Vietnampolitik borgten, indem sie diese Versammlungen nach dem Muster der Einbet- *(pray-in)*, Einsitz- *(sit-in)* und Einliegeaktionen *(lie-in)* der Bürgerrechtler als Einlehraktionen *(teach-in)* bezeichneten, bei denen linksradikale Professoren und Führer zu den Studenten und anderen Interessenten zuweilen nächtelang sprachen. Seit diesen *teach-ins* sprechen die beiden Seiten miteinander kaum noch anders als in polemischer Weise. Auch das Wort Sozialfaschisten soll den Gemäßigten bereits wieder von Vertretern der Linken angehängt worden sein.

Auch auf rein weltanschaulicher Basis sind, wie schon angedeutet, erhebliche Unterschiede vorhanden. Snick und die *Students for a Democratic Society* – die ersteren mit der im Süden gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung – setzen große Hoffnung auf eine Koalition der Farbigen, der armen Weißen, der sozialliberalen Intellektuellen und der Gewerkschaften Amerikas, die als eine neue Populistenbewegung die gesamte amerikanische Wirtschaft grundlegend verändern könnte, um die Armut abzuschaffen. Denn selbst wenn man zum Beispiel die Rassenschranken in Restaurants, Vergnügungsstätten und dergleichen aufheben würde, so hätten die Far-

bigen damit noch nicht das nötige Geld, um die sich ihnen dann bietenden Möglichkeiten bezahlen zu können. Nationale Wirtschaftsplanung, größere Zuwendungen für den öffentlichen Sektor, ein garantiertes Mindesteinkommen gehören zu den Vorschlägen der Kampfschrift über die „dreifache Revolution". Tom Kahn sprach in der Zeitschrift *Dissent* auch davon, die Vollbeschäftigung durch massive öffentliche Unternehmungen herbeizuführen. Nat Hentoff erwähnt in seinem Buch *The New Equality* ebenfalls die zukünftige Koalition, betont jedoch, daß die Farbigen sich vorerst auf ihre eigene Initiative verlassen und die Mobilisierung der immer noch passiv beiseite stehenden Farbigenmassen aktiver vorantreiben müßten.

Die Massen der Farbigen stehen in der Tat immer noch abseits, obwohl es doch gerade sie sind, die am meisten unter der Anomie ihrer Existenz leiden. In den Farbigengettos des Nordens unterlassen es oft 25 bis 50 Prozent der Farbigen, sich in die Wählerlisten einzutragen, wodurch die Gleichgültigkeit der zu wählenden Politiker gegenüber ihren besonderen Problemen auch nicht geringer wird. Hier ist offensichtlich ein Bedarf für die Bildung von Farbigenparteien und politischen Organisationen vorhanden, die die farbigen Massen durch Praxis und Engagements in die demokratischen Möglichkeiten ihrer Situation einführen. Eine solche Partei ist zum Beispiel die *New Yorker Freedom Now Party*, die Jesse Gray 1963 gründete und die gleichfalls allgemeine wirtschaftliche Maßnahmen zur Behebung der Arbeitsnot, der Wohnungsnot und der Schulnot auch für die Weißen fordert. Denn selbst die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt hilft den Farbigen wenig, solange es nicht genug Arbeitsstellen gibt. Die Armutsfrage in Amerika, vor allem im Großstadtslum, ist jedoch nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit und ihre Lösung letztlich nur politisch zu erreichen.

Die Überwindung der gettobedingten Entfremdung

Im Frühjahr 1965 schlug der Nationalökonom Leon H. Keyserling vor einem Repräsentantenausschuß zum Armutskampfprogramm vor, man solle doch die Armen Amerikas bei großen Projekten zur Verschönerung und zum Umbau der Großstädte beschäftigen. Mitte August desselben Jahres wurden während des eine Woche dauernden Rassenaufruhrs in Los Angeles über 1000 Brände von Farbigen gelegt, 900 meist farbige Menschen verletzt und 35 getötet; der durch

die Brände und Plünderungen entstandene Schaden wurde auf nahezu 200 Millionen Dollar geschätzt. Die Armen des Farbigengettos der Millionenstadt hatten offenbar die Stadtverschönerung auf ihre eigene Weise mit Molotowcocktails in Angriff genommen und sich weder von den Tausenden von Milizsoldaten und Polizisten noch von ihren eigenen entsetzten Geistlichen und Bürgerrechtsführern – von denen einer sogar angeschossen wurde – von ihrem Zerstörungswerk abhalten lassen.

Wie war das nur möglich? Der Staatsgouverneur kam erschüttert vom Urlaub zurück. Der ehrgeizige Bürgermeister behauptete, keine Ahnung von den Gründen des Aufruhrs zu haben, und unterschied sorgfältig zwischen seinen farbigen Wählern und den verbrecherischen Elementen des Aufruhrs. Der von den Farbigen oft der Brutalität geziehene Chef der Stadtpolizei beschuldigte sofort die Bürgerrechtsgruppen, ihre Anhänger nicht fest in der Hand zu haben. Dabei waren die wirklichen Gründe des Aufruhrs kaum ein Geheimnis. Wie bei ähnlichen Krawallen im Osten der USA waren die Vorbedingungen eine Hitzewelle, ein übles Verhältnis zwischen Polizei und Gettobewohnern – den direkten Anlaß bildete die Verhaftung eines jungen Farbigen wegen Trunkenheit am Steuer –, die *de facto* bestehende Rassentrennung in der Schule und am Wohnplatz im Getto des Stadtteils Watts und vor allem die Ärmlichkeit, die unzureichende Ausbildung, die Arbeitslosigkeit und die Aussichtslosigkeit des Gettodaseins. Obwohl an den Plünderungen und Ausschreitungen auch Frauen, Kinder und alte Leute beteiligt waren, spielten auch in Los Angeles wieder die arbeitslosen jungen Männer zwischen fünfzehn und dreißig als Stoßtruppen und motorisierte Brandstifter die Hauptrolle. Die meisten Aufrührer zeigten ihren südstaatlichen Ursprung, indem sie bei Steinwürfen auf Autos mit Weißen schrieen: „Dies zur Vergeltung für Selma, und dies für Bogulasa, Alabama", wo farbige Demonstranten mißhandelt worden waren. Einer der Brandstifter soll auch gesagt haben: „Die Hundesöhne haben unsere Kirchen in Alabama niedergebrannt. Warum sollten wir ihnen jetzt nicht die Läden anstecken?" Schließlich erfanden die Aufrührer auch noch eine Losung zu den Brachialattacken auf die ihnen zufällig in die Hände fallenden Weißen, die aufs Haar dem alten Lynchruf der weißen Farbigenpogrome der Vergangenheit im Süden und Norden – „Get the nigger!" – gleicht, nämlich „Get whitey!"

Daß dieser schreckliche Aufruhr hätte vermieden oder doch im Keim erstickt werden können, steht kaum im Zweifel. Die starken Spannungen zwischen der weißen Polizei und den farbigen Gettobewohnern könnten bestimmt durch vielerlei Maßnahmen abgebaut werden, vor allem durch die Anstellung einer größeren Anzahl von farbigen Polizeibeamten und vielleicht sogar einer Farbigenmiliz für derartige Unruhen. Man kann auch wohl kaum das Interesse der Farbigen an ihrer eigenen – bisher kaum vorhandenen – Selbstverwaltung genug anregen und unterstützen, und zwar auf wirklicher Massenbasis. Die Konzentration der Gekränkten, Arbeitslosen, Vorbestraften und vor allem der tief unter der Entfremdung des Gettos leidenden jungen Männer könnte durch Aufhebung der Gettoschranken zerstreut werden. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Armutskampfes und vieler Städte sowie die *Neighborhood Youth Opportunity*, ein Jugendbetreuungsprogramm des Armutskampfes, müßten sich aufs intensivste damit befassen, die Gettojugend in geregelte, aussichtsreiche Lebensverhältnisse einzuführen, um die Anomalie, das Chaos in ihrem Innern zu überwinden. Die Verbesserung der Lebensbedingungen im Getto und auch eine konsequente Betreuung der vom ländlichen Süden in die Großstadt Kommenden würden mit Sicherheit die Explosivität der Gettosituation ganz erheblich herabsetzen. Diese Grundsätze gelten ganz allgemein sowohl für die Vermeidung von Rassenkrawallen als auch für die sozialpolitische Lösung von Rassenfrage und Armut.

Was die Behebung von Arbeits-, Wohnungs- und Schulnot anbelangt, so verfolgt gewiß auch Präsident Johnsons Kampf gegen die Armut zusammen mit seiner Sozialversicherungsreform und der Bundeshilfe für das Erziehungswesen ähnliche sozialpolitische Ziele. Der Kampf gegen die Armut insbesondere geht weit über Roosevelts *New Deal* der dreißiger Jahre hinaus, von dem böse Zungen behaupteten, er habe Amerikas Oberschicht den Sozialismus und den unteren Schichten die freie Marktwirtschaft gebracht. Johnson ernannte den durch seine Erfolge mit dem Friedenskorps *(Peace Corps)* bekannt gewordenen Schwager Kennedys, Sargent Shriver, zum Direktor der Armutskampfzentrale, des *Office of Economic Opportunity*, und veranlaßte die Errichtung von *Urban Progress Centers*, die mit den örtlichen Stadtverwaltungen durch deren *Committees on Economic Opportunity* verbunden sind. Das Bundesprogramm sieht unter anderem die Rehabilitierung der Dauerarbeitslosen sowie Mietbei-

hilfen vor, die die Minderbemittelten von dem Zwang befreien sollen, in minderwertigen Slumwohnungen zu leben. Es versteht sich von selbst, daß konservative Journalisten und Politiker alle Punkte dieses Programms als nutzlose Verschwendung und billigen Stimmenfang angeprangert haben. Aber auch von seiten der Bürgerrechtler – die betroffenen Slumbewohner sind ja zum größten Teil Farbige – und der neuen Linken ist scharfe Kritik am Armutskampf geübt worden. Die NAACP hatte bereits das alte Stadtsanierungsprogramm *(Urban Renewal)* als unsozial und zu kommunalpolitischem Mißbrauch herausfordernd verdammt, da die Erneuerung meist darin bestehe, die Slums durch öffentliche Gebäudekomplexe oder Geschäftshäuser zu ersetzen, so daß den minderbemittelten Slumbewohnern das einzige für sie erschwingliche Quartier auch noch genommen wurde. Das jetzige Armutskampfprogramm sorgt zwar für die Renovierung wiederherstellungsfähiger Wohngebäude, wurde jedoch aus anderen Gründen angegriffen. Die alljährliche Tagung der NAACP im Juli 1965 bezeichnete es als Wohlfahrtspaternalismus, und die Anhänger von Saul Alinsky – von dem noch die Rede sein wird – prägten sogar das Wort vom Wohlfahrtskolonialvolk, dem man offenbar nicht zutraue, daß es bei der Behandlung seiner eigenen Angelegenheiten auch einen Beitrag leisten oder zumindest eine beachtenswerte Meinung dazu äußern könne. Alinsky und andere kritisierten besonders die Tatsache, daß die *Urban Progress Centers* fast ausschließlich von denselben Kommunalpolitikern geleitet würden, die in den großen Städten des Nordens von jeher keinen Kontakt zu den Slumbewohnern unterhalten hätten. Die Stadtverwaltungen betrachteten diese leitenden Posten oft als willkommene Quelle der Ämterpatronage und schanzten sie ihren Schützlingen zu, anstatt die schon immer um das Wohl der Gettobewohner besorgten Nachbarschaftsorganisationen, die die Armen selbst vertreten, bei der Vergabe zu beteiligen.

Worin besteht nun die Alternative etwa des Soziologen Alinsky zur sozialpolitischen Lösung der Gettoprobleme? Alinsky wurde nach dem zweiten Weltkrieg durch seine Gemeinschaftsorganisation *Woodlawn* in Chicago berühmt und leitet seitdem die *Industrial Areas Foundation*, die einige vierzig ähnliche Gemeinschaftsorganisationen in verschiedenen Großstädten gründete. Die Methode ist ganz ähnlich wie die Organisierung der Arbeiter eines Industriezweiges durch Gewerkschaften, nur eben auf das Leben in den Groß-

stadtslums, anstatt auf das Arbeitsverhältnis bezogen. Die Gegenseite bei Verhandlungen und Direktaktionen sind Hauswirte und -besitzer, der Klein- und Einzelhandel der betreffenden Stadtgegend, die Schulbehörden, die Polizei, die städtische Wohlfahrt oder die Stadtverwaltung. Demonstrationen, Bittschriften, Boykotte und Streikposten sind die Waffen. Aber vor allem müssen erst die Massen der Slumbewohner mobilisiert und in die Kampfgemeinschaft einbezogen werden, damit ihre Anzahl das Fehlen finanzieller Hebelkraft wettmacht. Worauf es ankommt, sind nicht nur die konkreten Verbesserungen der Gettosituation, die man vielleicht erreicht, sondern vor allem die zweckbetonte Kampfgemeinschaft, das Gemeinschaftsleben, das Gefühl des Einzelnen, tatsächlich etwas ausrichten und die Gettobedingungen nun selber ändern und wunschgemäß formen zu können, anstatt sie wie bisher passiv zu ertragen. Daher möchte Alinsky auch mehr wirkliche Vertreter der Slumbewohner in den Wohlfahrtsbehörden und Ausschüssen des Armutskampfprogrammes sehen. Eine Verbindung von Alinskys Gemeinschaftsentwicklungsmethoden und Bundesmitteln wäre in der Tat vielversprechend. Alinsky wurde 1960 gebeten, in die Slums in der Umgebung der Chikagoer Universität zu kommen und sie von innen heraus zu organisieren. Dabei kam ihm zustatten, daß die Universität gerade dabei war, sich infolge der unpopulären Methode der Stadtsanierung in das Slumgebiet hinein auszudehnen. Es entstand die vieldiskutierte Massenorganisation *Woodland Two*, die schließlich sogar regelmäßig zu Rate gezogen werden mußte, bevor die Erneuerungspläne der Universität genehmigt wurden. Nach den Rassenkrawallen des Sommers 1964 riefen auch die Geistlichen der heimgesuchten Städte von Rochester, Buffalo und Kansas City Alinskys Funktionäre in ihre Farbigengettos, in der Hoffnung, daß seine Methoden eine Wiederholung der anarchischen Mobszenen verhindern könnten.

Das *Community-Action*-Programm des Armutskampfes stellt großzügig Bundesgelder für alle möglichen Zwecke zur Verfügung, vorausgesetzt, „daß den Armen selbst die größtmögliche Beteiligung an der Entwicklung und Verwaltung" der einzelnen Programme zugestanden wird. Die städtische Wohlfahrt und die „respektablen" privaten Wohlfahrtsorganisationen interpretierten dies naturgemäß rein auf sich bezogen und bemühten sich, militante, auf Direktaktionen eingestellte Massenorganisationen, wie etwa HARYOU-

ACT und MEND in Harlem, und drei weitere portoricanische und Farbigengemeinschaftsgruppen in New York von der Beteiligung auszuschließen. Der *Council Against Poverty New York* erhöhte die Anzahl der bei ihm tätigen Vertreter dieser Gruppen schließlich um das Fünffache – immer noch lediglich ein Drittel des Rates –, nachdem der Vorsitzende des zuständigen Repräsentantenausschusses, der umstrittene, aber äußerst einflußreiche Farbige Adam Clayton Powell aus Harlem, ihre Ansprüche unterstützt hatte. In Philadelphia hielt man sogar eine Wahl ab, um den Gettobewohnern Gelegenheit zu geben, die „Armenvertreter" selbst zu bestimmen. Die Bundeszentrale Shrivers verspricht sich auch viel von der Anstellung einer großen Anzahl von Gettobewohnern in den Armutskampfprogrammen, wobei ihre Aufgabe unter anderem darin bestünde, ihren Gettonachbarn die verschiedenen Pläne zu erklären. Interessanterweise sträubte sich gerade der Bürgermeister von Los Angeles, die vorgeschriebene Armenvertretung einzusetzen, und zwar offensichtlich aus Furcht, die Beteiligung der örtlichen Gemeinschaftsgruppen könnte zu sozialen Reformen führen. Er und der Bürgermeister von Chikago, wo es zur selben Zeit Rassenunruhen gab, hatten auch vorher die Vermittlungsdienste des *Community Relations Service* des Bundes abgelehnt, der sich in Boston, New York, Newark, Rochester, Detroit, Cleveland, Oakland, Philadelphia und Gary, Indiana, mit Erfolg um Frieden zwischen den Rassen bemüht. In Rochester hat Alinsky mittlerweile schon über hundert rivalisierende Farbigengruppen in einer Sammelorganisation mit dem Namen FIGHT *(Freedom, Integration, God, Honor—Today)* vereint. Konservative Geschäftsleute Rochesters, die Alinsky als „berufsmäßigen Radikalen" ansehen, sammelten daraufhin erhebliche Gelder und brachten die *National Urban League* in die Stadt, von der sie anscheinend weniger Gefahren erwarteten. Dabei gehen Alinskys Methoden kaum über so unradikale Ideen wie Selbsthilfe, Selbstverwaltung und demokratisches Handeln hinaus.

Alinskys pragmatischen Gemeinschaftsentwicklungsprogrammen stehen neuerdings auch ähnliche Aktionen der weltanschaulich gebundenen Linken zur Seite. So haben zum Beispiel die *Students for a Democratic Society* 1964 mit ihrem *Economic Research and Action Project* (ERAP) gemeinschaftsbildende Gruppen unter den Slumbewohnern nördlicher Großstädte geschaffen, „damit der Einzelmensch an den Entscheidungen der Gesellschaft teilhabe, die die Art

und Richtung seines Lebens bestimmen; und damit die Gesellschaft so angelegt werde, daß sie die Menschen zur Selbständigkeit ansporne und ihnen die Mittel zu ihrer Teilnahme an der Gemeinschaft biete“. Und in der Praxis – zum Beispiel in der Vorbereitung und Unterstützung des *Newark Community Union Project* (NCUP) unter den Farbigen von Newark – verhielten sich die SDS ganz anders, als es ihrer anarchistischen Abneigung gegenüber aller Organisation, Planung und Führung entsprochen hätte, und einige SDS-Mitglieder ließen sich sogar mit anderen NCUP-Vertretern in das Armutskampfkomitee wählen.

Auch Snick, die militanten Bürgerrechtler, deren Aversion gegenüber Führern, Organisation und Planung die der SDS bei weitem übertrifft, folgt den Methoden der Gemeinschaftsbildung unter den ländlichen Farbigen des tiefsten Südens, die ebenfalls in einem Zustand der Entfremdung leben. Die Mobilisierung der Farbigen zu Wahlrechtsdemonstrationen wäre gar nicht anders zu bewerkstelligen. Wie Alinskys Leute gehen sie in die Dörfer, wohnen bei den Farbigen und versuchen, einheimische Führerpersönlichkeiten und Gruppen zu entwickeln. Und die Bemühungen von Snick bleiben nicht auf eine militante Elite wie die *Mississippi Freedom Democratic Party* – oder gar die bewaffneten *Deacons for Defense and Justice*, die zu Kings Entsetzen der Gewalttätigkeit der Weißen Ähnliches entgegensetzen wollen – beschränkt, deren Bildung naturgemäß die erste Reaktion auf die gewaltsame Unterdrückung der Farbigen in Mississippi ist. Das Hauptziel von Snick im Sommer 1965 war die Durchführung von *Let the People Speak*-Tagungen, auf denen die Farbigen Snick ihre Probleme und Hoffnungen mitteilten. „Sie sollten uns sagen, was wir für sie tun können“, sagte der Snick-Vorsitzende John Lewis, „und wir wollen alles versuchen, ihre Wünsche zu erfüllen.“ Genauso beginnt Alinskys Gemeinschaftsorganisation im großstädtischen Slum. Dies ist gewiß die Sprache von Geburtshelfern der Demokratie und nicht die einer arroganten Verschwörerclique, die so sehr davon überzeugt ist, zu wissen, was den unteren Klassen guttut, daß sie sie noch nicht einmal nach ihrer Meinung fragt. Und das Ziel der demokratischen Gemeinschaftsbildung im großstädtischen Norden oder ländlichen Süden scheint durchaus dazu angetan, die Entfremdung des Farbigendaseins zu überwinden und dadurch die menschlichen Schranken in der Entwicklung und Motivierung niederzubrechen.

DRITTES KAPITEL

Die Revolte gegen das 20. Jahrhundert

Während die Bürgerrechtsrevolution der Farbigen und die zahlenmäßig kleine „neue Linke“ von der einen Seite die Unruhe in der amerikanischen Politik schüren, tragen auf der anderen Seite die Politiker und Sprecher der zahlreicheren neuen Rechten kräftig zu ihr bei. Die Schilderung der Goldwater-Anhänger im ersten Abschnitt dieses Buches gab bereits einen Einblick in die politische Macht des rechten Flügels unter günstigen Umständen. In der gemäßigten Mitte, zwischen der äußersten Rechten und der neuen Linken, steht die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes, und zwar steht sie dort, wie manche Stimmen der beiden Flügel behaupten, wie angewurzelt und ist durch kein Argument aus ihrer Passivität zu bringen. In Wirklichkeit ist jedoch diese breite Mitte durchaus für langanhaltende Trends empfänglich und zuweilen auch von mehreren sich widersprechenden Strömungen bewegt. Ein solcher Trend in der Rassenfrage war etwa der Abolitionismus der Bürgerkriegszeit und der Jahrzehnte vorher, später aber auch das darauffolgende halbe Jahrhundert der Reaktion und Gleichgültigkeit gegenüber den befreiten Sklaven. Die fortschrittliche Einstellung der amerikanischen Mehrheit in der Bürgerrechtsfrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist wieder eine solche Strömung, und die militanten Bürgerrechtler wären übel beraten, wollten sie die Unterstützung dieser Mehrheit durch außenpolitische Stellungnahmen aufs Spiel setzen. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß auch viele der Appelle Goldwaters bei den letzten Wahlen an tiefwurzelnde Gefühle und andersgerichtete Strömungen im Herzen der Mitte rührten, wenn auch der Kandidat Goldwater die Wähler nicht davon überzeugen konnte, daß er der richtige Mann sei, die Geschicke Amerikas in diesem Sinne zu lenken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Kandidat anderen Kalibers, etwa von der Art Robert Tafts, mit ähnlichen Appellen die große Mitte gewinnen könnte.

Darin liegt wohl ganz besonders die Anziehungskraft einer Untersuchung der Politik des rechten Flügels in Amerika. Die äußerste Rechte zeigt in übertriebener Form, manchmal sogar als Karikatur, die vielschichtigen Gefühlsströmungen der gemäßigten Mitte Amerikas, die tieferliegenden Regionen der amerikanischen Psyche, aus denen der irrationale Charakter der Unruhe in der amerikanischen Politik immer wieder hervorbricht. Demokratische Politik ist zwar auf die Voraussetzung rationalen Verhaltens reifer und intelligenter Staatsbürger gegründet, die nach vereinbarten Spielregeln gemeinsam ihre Probleme und Zwistigkeiten zu lösen versuchen. Aber unter der ruhigen Oberfläche der Vernunft brodeln eben doch gewaltige Gefühlskräfte, die zuweilen so sehr des Ausgleichs oder Gleichgewichtes ermangeln, daß es zum vulkanartigen Ausbruch der Irrationalität kommt. Die Amerikaner sind unter den modernen Industrievölkern auch gewiß nicht die einzigen, bei denen solche Ausbrüche vorkommen. Man kann sogar mutmaßen, daß die Ursachen und Formen derartiger Störungen in den verschiedenen modernen Industrieländern weitgehend die gleichen sind und zum größten Teil aus den Umwandlungen und Umständen der Industriegesellschaft stammen.

Dazu kommen jedoch auch noch besondere nationale Eigenheiten und Traditionen, die gleichfalls Spannungen und Ausbrüche hervorrufen können. Eine solche Nationaltradition Amerikas ist zum Beispiel die protestantisch-puritanische Ethik, deren gegenwärtige Umwandlung viele in dieser Tradition aufgewachsene Amerikaner zutiefst aufwühlt und verwirrt. Wenn man etwa im Elternhaus gelernt hat, ein anständiger Mensch müsse sich sein eigenes Auskommen durch ehrliche, der Gesellschaft nützliche Arbeit verdienen, dann ist man begreiflicherweise verstört, wenn einem die Sozialwissenschaftler versichern, die automatisierte, überproduktive Wirtschaft von morgen müsse einen großen Teil der Bevölkerung fürs Nichtstun bezahlen, oder wenn die Regierung den Farmer dafür bezahlt, daß er einen Teil seines Landes brachliegen läßt. Ein zweites Beispiel typisch amerikanischer Unruhequellen ist die Rolle Amerikas in der Weltpolitik, an deren Erfordernisse sich die Mehrheit Amerikas noch immer nicht gewöhnt hat. Daher schwankt die öffentliche Meinung in den USA dauernd zwischen der – von Denis Brogan so genannten – Illusion der Allmacht, die zu moralisch-idealistischen Kreuzzügen zur Weltverbesserung verleitet, und dem

Isolationismus, dem Rückzug vor der häßlichen Wirklichkeit Berlins, Koreas oder Vietnams in die Innenpolitik. Eine dritte amerikanische Eigenheit, wenn sie auch mit etwas anderen Vorzeichen von einigen anderen Industrieländern geteilt wird, ist die Rassenfrage.

In seiner Haltung gegenüber diesen Eigenheiten der amerikanischen Politik kann man den rechten Flügel bereits ziemlich genau definieren. Er ist von der Umwertung der alten Individualethik verstört, isolationistisch und in der Rassenfrage, wie auch in den meisten Fragen der Industriegesellschaft und Verstädterung, reaktionär eingestellt. Darüber hinaus ist jedoch die äußerste Rechte in den Vereinigten Staaten ein kompliziertes, vielschichtiges Phänomen, dem man nur schichtweise beikommen kann.

Die konservative Sehnsucht

Die erste Schicht, die hier aufgedeckt werden soll, besteht aus den Programmen und Äußerungen der amerikanischen Rechten. Dabei darf man aber nicht übersehen, daß derartige politische Äußerungen recht verschiedenen Zwecken dienen können. Politischen Gruppen geht es zum Beispiel möglicherweise darum, konkrete Programme aufzustellen, deren Ausführung oder Erreichung sie tatsächlich anstreben. Möglicherweise geht es ihnen aber auch lediglich darum, ihrem Herzen Luft zu machen — ohne greifbare Absichten und Pläne. Es soll dem Urteil des Lesers überlassen bleiben, wie groß der Wirklichkeitsgehalt der rechtsradikalen Programmatik Amerikas ist.

Ein oberflächliches Lesen der Reden, der Programme und der allgemeinen Literatur der amerikanischen Rechten erweckt den Eindruck, als handle es sich hier um eine weitverästelte konservative Bewegung, die sich gegen die umwälzenden Veränderungen des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts auflehnt. Daher nennen sich die amerikanischen Rechtsradikalen mit Vorliebe konservativ und bemühen sich, ihre Äußerungen konservativ zu verbrämen. Wenn man den konservativen Elementen nachgeht, die die große Menge rechtsradikaler Propaganda ausmachen, so erhält man das Bild eines Goldenen Zeitalters, nach dem sich der rechte Flügel zurücksehnt, einer Zeit, die noch keine Weltpolitik, keine Bürokratie, keine Einkommensteuer und keine Verstädterung gekannt haben soll.

In der Außenpolitik bestand das Goldene Zeitalter in der Isolation von der Weltpolitik und vor allem von der gewissenlosen Macht-

politik und dem „sündhaften" Gesellschafts- und Religionsleben Europas. In der Tat war es der jungen Republik vergönnt, in den ersten hundert Jahren ihres Bestehens relativ weitgehend im Geiste der ursprünglichen Siedler und späterer Einwanderungswellen zu leben, die meistens auf der Flucht vor religiöser und politischer Unterdrückung oder auswegloser Armut in Europa den Weg in die jungfräuliche Wildnis Amerikas gefunden hatten, wo sie dann in einem geradezu utopischen Vakuum ihrem privaten Glücksstreben leben konnten. Die anarchische Tradition, die in diesen Siedlungserlebnissen wurzelt, bildet ein Grundelement des amerikanischen Lebensgefühls. Die Isolation Amerikas fand mit dem Anschluß an die Weltpolitik um die Jahrhundertwende ein jähes und allgemein bedauertes Ende. Durch die beiden Weltkriege, die Gründung der Vereinten Nationen und den weltweiten Kalten Krieg verstrickte sich Amerika schließlich so sehr in die Machtverhältnisse Europas und Asiens, daß es wohl oder übel entscheidenden Anteil an der Weltpolitik nehmen muß, obwohl die breiten Volksmassen die außenpolitischen Notwendigkeiten keineswegs mit der gleichen Selbstverständlichkeit hinnehmen wie in Europa. Daher ist die Geschichte der amerikanischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert von Volksbewegungen im Zeichen der Rückkehr zur Isolation gekennzeichnet, die sich im Grunde genommen dagegen wandten, daß die Außenpolitik in Gestalt von Verteidigungs- und Bündnislasten und den damit verbundenen Steuern in das private Glücksstreben, den *pursuit of happiness*, eindrang. So bäumte sich etwa die Volksmeinung am Ende des ersten Weltkrieges gegen die Völkerbundsverpflichtungen auf, mit denen Präsident Wilson nach ihrer Ansicht die durch die amerikanische Intervention begonnene Verwicklung in die europäische Machtpolitik auf unabsehbare Zeit hinaus festzulegen suchte. Die Isolationisten erreichten nicht nur Wilsons Sturz, sondern auch einen letztlich äußerst verhängnisvollen Rückzug Amerikas aus der Weltpolitik, der bis zum Angriff auf Pearl Harbor dauerte. Erst der japanische Angriff auf einen amerikanischen Stützpunkt und die darauffolgende Kriegserklärung Hitlers an Amerika überzeugten die breiten Massen von der Unentrinnbarkeit weltpolitischer Gegebenheiten. Die große Mehrheit der amerikanischen Bürger gewöhnte sich schließlich an die neuen Lebensumstände und unterstützte die Kriegsanstrengungen gegen die Achse, die Gründung der Vereinten Nationen, die Einmischung in Korea und die amerikanische Bünd-

nispolitik im Kalten Krieg. Einer beachtlichen Minderheit besonders der älteren Generation und auch der weniger gebildeten Schichten mangelte jedoch von Anfang an das Verständnis für diese außenpolitischen Verpflichtungen. Diese an und für sich weniger politische Schicht wurde nun zum Publikum rechtsradikaler Demagogen, die sie in Krisenzeiten mit ihrer Propaganda aufzuwiegeln suchen. Eines der Lieblingsthemen der Agitatoren ist zum Beispiel die Geschichte des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor, von dem Roosevelt, George C. Marshall und andere maßgebende Regierungsmitglieder schon vorher gewußt haben sollen, ohne jedoch etwas zu seiner Verhütung zu unternehmen. Der rechte Flügel warf sich auch auf andere Aspekte der england- und rußlandfreundlichen Kriegspolitik Roosevelts, wie etwa den Vorrang der Besiegung Deutschlands vor der Japans, wobei sich erkennen ließ, daß die Isolationisten zur selben Zeit nach einer aggressiveren Asienpolitik verlangten, da sie Europa seinem Schicksal überlassen wollten. Die Rechte wandte sich auch gegen die amerikanische Kriegspartnerschaft mit den Sowjetrussen, die Abkommen von Jalta, Teheran und Potsdam, den „Ausverkauf der osteuropäischen Völker an den Kommunismus" und die amerikanische Entscheidung, an der Elbe auf die Russen zu warten. Später wurde auch behauptet, die amerikanische Ostasienpolitik habe China und Nordvietnam in kommunistische Hand fallen lassen, die Stellung Indiens und Japans gegenüber dem Kommunismus geschwächt und einen Sieg in Korea absichtlich verhindert. Schließlich griff die Rechte auch den Marshallplan, Trumans Vier-Punkte-Programm und die Entwicklungshilfe für unterentwickelte Länder, Neutrale sowie Polen und Jugoslawien an, da sie in diesen Hilfsaktionen nur eine Begünstigung kommunistischer oder kommunistisch verseuchter Länder zu sehen gewillt ist.

Man könnte den Standpunkt des rechten Flügels gegenüber der kommunistischen Weltmacht auch folgendermaßen zusammenfassen: Am Ende des zweiten Weltkrieges waren die Vereinigten Staaten das mächtigste Land der Erde. Ihr Monopol über die Atombombe gab ihnen die Macht, jedem anderen Land einschließlich der Sowjetunion ihren Willen aufzuzwingen. Kaum fünf Jahre später jedoch war das Atommonopol Amerikas gebrochen — durch Spionage und Verrat natürlich —, China und Osteuropa befanden sich in kommunistischer Hand, und Amerika war in den Koreakrieg verwickelt, den zu gewinnen es angeblich außerstande war. Eine der-

artige Änderung der Lage Amerikas in so kurzer Zeit konnte doch nur durch einen Dolchstoß in den Rücken, einen ruchlosen Verrat der höchsten Instanzen in Washington, möglich gewesen sein. In derartigen oder ähnlichen Formulierungen wiederholt sich dieses Motiv in vielen Reden und Veröffentlichungen der Rechten.

Während diese Streitfragen im Grunde genommen mehr das bereits Geschehene polemisch verarbeiten, als daß sie zu den laufenden Entscheidungen etwas beitragen, befaßt sich die Polemik der äußersten Rechten auch ausgiebig mit der tatsächlichen und eingebildeten Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf die Vereinten Nationen, die als eine Art sich entfaltender kommunistischer Weltregierung angesehen werden. In diesem Sinne schrieb zum Beispiel William S. Schlamm in der Zeitschrift des Führers der *John Birch Society* anläßlich der Schuhdemonstration Chruschtschows in der Generalversammlung der UNO:

> „Die UNO-Charta ist so sehr auf Moskau ausgerichtet, daß kein Generalsekretär, wenn er auch wollte, sich von der sowjetischen Beherrschung befreien könnte ... Wenn Hammarskjöld selbst nach einer derartigen, noch nie dagewesenen Beleidigung gehorsam tat, was man ihm befahl, dann gibt es eben keinen Zweifel mehr, wer der Boss der UNO ist ... Indem sie Chruschtschows Peitsche folgt, zeigt die UNO unverkennbar ihre wahre Natur als ein Sowjetmechanismus."

Andere Vertreter des rechten Flügels verstehen es, wilde Gefühlsappelle mit der Ablehnung der UNO zu verknüpfen. So wurde etwa die UNESCO bezichtigt, für die freie Liebe Propaganda zu machen, und beim Internationalen Gerichtshof wurde viel Aufhebens wegen der Herkunft einiger Richter aus kommunistischen Ländern gemacht. Die NATO und die anderen amerikanischen Bündnissysteme sind keineswegs von dieser Bannliste ausgeschlossen, und die *International Labor Organization* (ILO) wird als eine sozialistisch-gewerkschaftliche Verschwörung mit dem Ziel der Weltherrschaft betrachtet. Andere Spezialorganisationen der UNO, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder die Welternährungsorganisation (FAO), unterliegen ebenfalls dem Verdacht, dem Kommunismus zu dienen.

Das Mißtrauen der Rechten gegenüber dem Ausland und internationalen Verwicklungen geht so weit, daß sie schon immer die diplomatischen Beziehungen zu allen kommunistischen Staaten und

vor allem zur Sowjetunion abbrechen wollte, da, laut Äußerungen der Senatoren Goldwater, Jenner und McCarran, eben „der Starke allein am mächtigsten ist“. Der Kolumnist David Lawrence drückte die Einstellung weiter Kreise aus, als er schrieb, die Sowjetunion solle aus moralischen Gründen unter Quarantäne gehalten werden. Die Vulgäragitatoren der Rechten versprechen ihrem Publikum auch die erstaunlichsten Folgen von einer Zurückziehung der diplomatischen Anerkennung Rußlands. Da heißt es etwa in einem rechtsradikalen Flugblatt:

> „Mit EINEM SCHRITT könnten die USA den sowjetischen Spionageapparat lähmen, die kommunistische Wirtschaft in eine tiefe Krise stürzen und die gefangenen Völker hinter dem Eisernen Vorhang dazu anspornen, die Revolution anzustreben.“

Am meisten zu verwerfen sind aber Gipfelkonferenzen oder Einladungen an den Sowjet-Premier, nach Amerika zu kommen, da sie den amerikanischen Präsidenten in den Augen des rechten Flügels erniedrigen: Mit einem „Verbrecher“ paktiert man nicht und schüttelt ihm auch nicht die Hand. Der kulturelle Austausch wird ebenfalls von der Rechten nicht gebilligt, da sie hinter den Künstlern wie hinter dem Personal der Gesandtschaften kommunistischer Länder lauter Spione vermutet. Die Furcht vor Spionage hat sich in den Rechtsradikalen und ihrem Publikum so sehr festgesetzt, daß sich viele Vulgäragitatoren buchstäblich aufs Erzählen alter Spionagegeschichten spezialisiert haben.

Im Verfassungsleben scheint das Goldene Zeitalter der Rechten die Frühzeit der amerikanischen Staaten gewesen zu sein, etwa die Periode von 1800 bis zum Bürgerkrieg, also eine Zeit, in der die enorme Zentralisierung des amerikanischen Regierungssystems noch nicht eingesetzt hatte und der Schwerpunkt des amerikanischen Bundesstaates noch bei den einzelnen Staatsregierungen lag. Nun mag bei manchen Angriffen des Südens auf den Obersten Gerichtshof und die Zentralexekutive diese Verteidigung der Rechte der Staaten nur das Mäntelchen um die Abwehr von zentralen Eingriffen in die Rassenfrage darstellen. Aber im allgemeinen ist die Kritik an der Zentralisierung durchaus ernst zu nehmen. Sie erstreckt sich auch auf andere Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts, die zum Beispiel den Einzelstaaten das Recht absprachen, ihren eigenen Verfassungsschutz zu handhaben, und neben der Ras-

sengleichheit auch andere bürgerliche Freiheiten gegen Maßnahmen der Gliedstaaten verteidigten. Dazu kommt das verständliche Entsetzen traditionsgebundener Kreise über die Größe der amerikanischen Zentralbürokratie, die innerhalb der letzten 60 Jahre von 215 000 auf mehr als 2,25 Millionen Zivilbeamte angewachsen ist und ihren Etat um das nominal Hundertfünfunddreißigfache erhöht hat. Auch spielen wirtschaftliche Argumente gegen die Planung, die indirekte Lenkung durch die Ausgaben des Bundeshaushalts und die direkte durch Gesetze und Steuern, die die Wirtschaft von dieser gewaltigen Zentralbürokratie erfährt, eine Rolle. Zudem setzt der rechte Flügel einen so großen Verwaltungsapparat automatisch mit Verschwendung und unrationeller Arbeitsweise gleich, da er nicht dem Druck des freien Wettbewerbs unterliege. Sodann steht die Einmischung der Staatsgewalt in alle möglichen Lebenssphären genauso wie die außenpolitische Verwicklung zu dem privaten Glücksstreben in scharfem Widerspruch; und die Beschränkung der Regierungstätigkeit auf die von der Verfassung vorgegebenen Gebiete, das Prinzip des *limited government*, ist immer noch bei weitem der wichtigste Grundsatz der amerikanischen Verfassungslehre. Wenn daher ein Mann des rechten Flügels schreibt, „*government unlimited is at once the most diabolical, the most treacherous and the most uncontrollable force known to man*", so bewegt er sich, abgesehen von der rhetorischen Übertreibung, durchaus in den Bahnen der amerikanischen Orthodoxie. Da der größte Aufschwung der Zentralisierung in Friedenszeiten, während des sozialliberalen *New Deal* der dreißiger Jahre erfolgte, so kann man zusammenfassend sagen, empfanden weite Kreise der Öffentlichkeit die Zentralisation als eine kalte Revolution in Richtung auf einen Staatssozialismus, ja sogar Staatskommunismus nach der Art Sowjetrußlands.

Nach den Wirtschaftsdoktrinen der Rechten zu urteilen, war das Goldene Zeitalter die Zeit des „rauhen Individualismus" der Industriebarone, der von Herbert Spencers darwinistischer Gesellschaftsphilosophie zum System erhoben wurde. Die äußerste Rechte vertritt oft wirtschaftspolitische Leitsätze aus der Gründerzeit, als weder der Staat noch Gewerkschaften und politische Parteien den ungeheuren Ansammlungen wirtschaftlicher Macht Einhalt geboten. Der Anfang allen Übels war daher die Einführung der Bundeseinkommensteuer, so verkündet es jedenfalls der Titel eines Buches, dessen Verfasser, ein Führer der Rechten, auch *Human Events* her-

ausgibt. Die Vereinigung zur Abschaffung der Bundeseinkommensteuer (ORFIT) erfreut sich verständlicherweise großer Beliebtheit, und ein Ausschuß arbeitet schon seit Jahren — bisher erfolglos — daran, eine dementsprechende Verfassungsänderung *(Liberty Amendment)* von der nötigen Anzahl der Staatsparlamente ratifiziert zu bekommen. In der Tat besteht diese ertragreichste der amerikanischen Steuern erst seit 1913, also kaum fünfzig Jahre. Ohne ihr Aufkommen wäre die moderne Zentralbürokratie nicht denkbar, und ihre stufenweise Einkommensumschichtung mutet traditionsbeflissene Amerikaner notgedrungen wie ein sozialistischer Eingriff in das geheiligte Privateigentum an. Der rechte Flügel möchte zudem den Goldstandard aus den Tagen Präsident McKinleys wiederherstellen und steht der Währungskontrolle des *Federal Reserve Board* mit Mißtrauen gegenüber. Man empört sich auch über die schleichende Inflation, die Vollbeschäftigungspolitik und die Macht der amerikanischen Gewerkschaften. Der rudimentäre Wohlfahrtsstaat des *New Deal* wird dabei nicht nur als unrentabel und anreizzerstörend, sondern vor allem als unmoralisch und als ein Werkzeug des Teufels verdammt. Die protestantischen Fundamentalisten haben die wirtschaftliche Sicherheit schon immer als ein Hindernis der wirklichen Seelenrettung angesehen. In diesem Sinne schrieb etwa Edgar C. Bundy von der *Church League of America*:

> „Jesus hat sich nie als Lobbyist bei Pilatus, Agrippa oder Cäsar versucht, um eine Besserung der sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Bedingungen zu erreichen. Er hinterließ seinen Jüngern kein Vermächtnis in der Form materieller Bequemlichkeiten und eines hohen Lebensstandards. Er hinterließ ihnen bloß ein Kreuz und schließlich eine Krone, die sie durch Verfolgung und Martyrium erlangen können."

Die Sehnsucht der Rechten nach Rückkehr zu einem Goldenen Zeitalter äußert sich auch auf anderen Gebieten. Die Menschen des Goldenen Zeitalters lebten auf dem Lande oder in trauten Kleinstädten, die ja in der amerikanischen Geschichte eine wichtige Rolle spielen: auf jeden Fall in einer wohlgeordneten und überschaubaren Welt, die den Menschen noch die Illusion gestattete, daß alles menschliche Glück und Unglück der unmittelbare Ausfluß von charakterlichen Attributen und göttlicher Gnade sei. Dagegen erweckt die moderne Großstadt mit ihrer Zerstörung menschlicher Gemein-

schaft und Entwurzelung, ihren Einsamkeits- und Fremdheitserlebnissen, ihren anonymen und entpersönlichten Mächten, ihrer „entarteten", gottlosen und oft anstößigen Kunst und ihrer Häufung von Sünden und Verbrechen den Eindruck eines Krebsgeschwüres, das sich mit ungeheuren finanziellen und wirtschaftlichen Mitteln ausbreitet und die klaren Brunnen kleinstädtischer Einfalt und Religiosität vergiftet. Dazu kam in Amerika noch die Erfahrung mit den großen Einwandererwellen der letzten 75 Jahre, die mit der intensivsten Verstädterung zusammenfielen, sich einstweilen in den Slums der neuen Großstädte absetzten und den Arbeitsmarkt der Einheimischen durch kaum zu unterbietende Löhne belasteten. In den zwanziger Jahren erhob sich der Ku-Klux-Klan gegen die Umwertung der Werte der angelsächsisch-protestantischen, ländlichen Gesellschaft durch die „Verdorbenheit der Großstädte" und reagierte besonders auf die starken nationalen Minderheiten katholischer – Iren, Italiener und Osteuropäer – und jüdischer Religion und fremdländischer Lebensgewohnheiten. Die Verstädterung hat heute zwar längst den Charakter des Neuen verloren, und der amerikanische Bauer hat sich seine Revolte gegen die Stadt mit Agrarsubventionen und – in der Nähe der sich schnell ausdehnenden Vorstädte – mit enorm überhöhten Grundstückspreisen abkaufen lassen. Aber etwas von dem alten Entsetzen vor der sich ausbreitenden Großstadt taucht immer wieder in der rechtsradikalen Polemik auf, etwa wenn bisher selbständigen Orten die Eingemeindung in nahe Großstädte bevorsteht oder mehrere aneinanderstoßende Ortschaften unter einer gemeinsamen Großstadtverwaltung zusammengefaßt werden.

In ähnlicher Weise trauert die äußerste Rechte auch dem nach innen gekehrten Individualismus vergangener Zeiten nach, einem individual-anarchistischen Prinzip, für das die selbständige Einzelperson zugleich die einzige Quelle wirklich schöpferischer Tätigkeit und die letzte Instanz moralischer Wertung ist. Das gilt nicht nur im wirtschaftlichen, sondern sogar noch mehr im persönlichen und religiösen Leben. So hält etwa der rechte Flügel sehr wenig von der Umwandlung der Personalethik im amerikanischen Betriebsleben vom Ehrgeiz des einzelnen zum *teamwork* und *organization man*, die William H. Whyte so überzeugend in seinem Buch dargestellt hat. Frank Chodorov, einer der sympathischeren Sprecher der Rechten, bekennt sich zu diesem Individualismus als einer radikalen, ja

revolutionär-anarchistischen Lebensphilosophie, die allem Politischen grundsätzlich mißtraut und als einzigen Weg zu einer besseren Gesellschaft bessere Menschen ansieht. Die Sozialversicherung, so heißt es etwa, beraube die Menschen nicht nur ihres Willens und ihrer Fähigkeit, für Alter und Krankheit vorzusorgen, sondern komme auch dem menschlichen Hang zur Maßlosigkeit und Unselbständigkeit entgegen und dränge Erwachsene geradezu in die Stellung und auf den Reifegrad eines Kindes zurück. Eine solche Entmündigung und ein Vater-Kind-Verhältnis zwischen Staat und Bürger beschäftigt die Rechte sehr.

Im amerikanischen Kirchenleben erscheint dieser Individualismus als bibelfester Fundamentalismus protestantischer Prägung, der am Glauben der Väter festhalten und den modernen Strömungen in den verschiedenen Kirchen widerstehen möchte. Bei den drohenden Äußerungen der Modernität handelt es sich vor allem erstens um die Umwandlung der Kirchen in Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens; zweitens um die sozial-liberalen Tendenzen, die die kalvinistische Gleichsetzung von materiellen Erfolgen mit göttlicher Gnade abgelöst haben, und drittens um die Betonung des Organisatorischen, die die modernen protestantischen Kirchen erst zur Einigung im *National Council of Churches* (NCC), dann in den Weltkirchenrat und schließlich zu Einheitsbestrebungen innerhalb Amerikas führte. Die Rechte unter den Fundamentalisten sieht in alledem den Verrat der ursprünglichen Heilsmission der Kirche, eine Unterstützung der „sozialistischen" Regierungspolitik und -form von der Kanzel aus und eine Verschwörung gegen die Christenheit oder zumindest gegen die einzelnen Kirchen.

Um das Goldene Zeitalter der Rechten abzurunden, ließe sich auch noch die Einfachheit des Lebens nennen, so wie sie etwa Henry Thoreau in seinem Buch *Walden* beschreibt. Von diesem naturverbundenen Leben führt ein weiter Weg zum mechanisierten, planmäßigen, technisierten Leben in der modernen Großstadt. Diese Bedenken gegenüber der modernen Lebensart konzentrieren sich besonders auf das Eindringen von Wissenschaft und Technik in das Alltagsleben. Ungeachtet ihrer eigenen Herkunft und Erziehung bringen die Vertreter des rechten Flügels der modernen Forschungs- und Lehrtätigkeit auf allen Gebieten ein grenzenloses Mißtrauen entgegen. Da wird von den „entwurzelten Intellektuellen", der sensationslüsternen Presse und der Relativierung der Werte und

Verhaltensnormen durch die Psychologie und die Sozialwissenschaften — ein besonderes Objekt rechtsradikalen Mißtrauens — gesprochen. Viele greifen das Eindringen der Wissenschaft in das Erziehungswesen, besonders in der Form fortschrittlicher Erziehungsmethoden und der Lehren John Deweys, an, während andere wieder die Wurzel des Übels in der modernen Massenerziehung zu erblikken glauben.

Zusammenfassend kann man wohl behaupten, daß diese rechtsradikalen Äußerungen — und es handelt sich dabei um die überwiegende Masse des Schrifttums der Rechten — als ein wohlabgerundetes konservatives Programm gelten können. Die äußerste Rechte empört sich gegen die gesellschaftlichen Neuerungen des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts und betrauert das Verschwinden früherer Einstellungen und Gesellschaftsformen, die vielleicht etwas veridealisiert werden, aber im ganzen doch fest in amerikanischen Traditionen verankert sind. Dabei wird man viele der Ansatzpunkte rechtsradikalen Denkens vom menschlichen Standpunkt her als durchaus verständlich und vielleicht sogar ansprechend empfinden, wenn auch von vornherein feststeht, daß es sich bei den meisten Programmpunkten nur darum handelt, seinem Herzen Luft zu machen und nicht etwa Erreichbares zu erreichen.

Wie stark ist die amerikanische Rechte?

Auf den ersten Blick bietet die äußerste Rechte in Amerika ein Bild ungewöhnlicher Vielfalt und Zersplitterung. Versuche, die vielen Hunderte rechtsradikaler Gruppen erschöpfend zu katalogisieren, scheitern immer wieder am dauernden Entstehen neuer und am Verschwinden alter Gruppen. Fast alle diese Vereinigungen veröffentlichen mehr oder weniger regelmäßig erscheinende Zeitungen, Zeitschriften, Korrespondenzen, Broschüren und Flugblätter, und oft besteht die ganze Organisation nur aus dem Verfasser und Herausgeber des „Gruppenorgans", dem vielleicht noch die Hilfe seiner Frau oder einer Sekretärin zur Verfügung steht. Daher entsteht zuweilen der Eindruck, als handle es sich bei der Rechten nur um lauter Generale ohne Heer. Es gibt aber auch größere Organisationen, wie die *John Birch Society*, die, wie so viele dieser Gruppen, eine Million Mitglieder anstrebt, von denen sie schon rund 80 000 in vier- bis fünftausend Zellen gesammelt haben dürfte; ferner die *American Coalition of Patriotic Societies*, die ihre Mit-

gliederzahl mit drei Millionen angibt, oder die *Minute Men,* eine Art Freikorps, das sich jetzt auf den „Guerillakampf für den Fall einer kommunistischen Invasion Nordamerikas" vorbereitet, nach eigenen Angaben etwa 25 000 Mitglieder hat und ebenfalls das Ziel von einer Million erreichen will.

Man kann auch versuchen, die Organisationsstärke an Hand der Abonnentenzahl führender Zeitschriften des rechten Flügels ungefähr zu schätzen. So haben etwa die Zeitschriften *National Review* 20 000, *Human Events* 30 000, *Right* 3 000 und *Dan Smoot Report* 5 000 Abonnenten. Die Gesamtauflage der zwanzig größten Zeitschriften der Rechten soll über eine Million betragen. Die Auflage des Büchleins *None Dare Call It Treason,* mit dem die Rechtsradikalen die letzten Präsidentschaftswahlen zum Teil bestritten, war acht Millionen, je ein Exemplar auf sechs amerikanische Familien. Die Ausgaben der dreißig bedeutendsten Gruppen der äußersten Rechten stiegen in den sechs Jahren von 1958, dem Geburtsjahr der *John Birch Society,* bis 1963 von fünf auf vierzehn Millionen Dollar an, während die Ausgaben der gesamten Rechten im Jahre 1963 auf dreißig Millionen geschätzt wurden — fast dreimal soviel, wie jede der großen Parteien im Wahlkampf 1964 aufwandte. Im gleichen Zeitraum übernahmen nach und nach 617 Rundfunkstationen die Programme des Radiopredigers und rechtsradikalen Fundamentalisten Carl McIntire, die vorher nur von einem Sender gebracht worden waren. Die Anzahl der rechtsradikalen Sendungen über den (privaten) Rundfunk wird zur Zeit auf 7 000 in der Woche geschätzt.

So viel wohlorganisierter Einsatz von Freiwilligen, Kapital und Propaganda kann seine Wirkung auf das Publikum der breiten Mitte unmöglich verfehlen. Hinzu kommt, daß die Kandidatur Goldwaters eine ungeahnte Chance für die Entfaltung und Einigung der Rechten war, auch wenn ihr Kandidat die Wahlen verlor und ihr Eindringen in die republikanische Partei zum großen Teil wieder wettgemacht wurde. 26 Millionen Amerikaner stimmten, wenn auch oft schweren Herzens, für Goldwater, und von ihnen waren mindestens sechs Millionen von vornherein für ihn eingenommen. Es darf daher nicht wundernehmen, wenn Angehörige des rechten Flügels noch Monate nach der Wahl Papierstreifen auf die hinteren Stoßstangen ihrer Wagen klebten, auf denen zu lesen war: „26 Millionen Amerikaner können sich doch nicht irren."

Einen Überblick über die verwirrende Vielfalt der Gruppen, Per-

sönlichkeiten und Zeitschriften der Rechten zu gewinnen, ist nicht leicht. Man könnte sie vielleicht nach dem Hauptgegenstand ihrer Polemik unterteilen, etwa in anti-internationale, anti-gewerkschaftliche, Verfassungsschutz-Gruppen usw. Bei einer solchen Einteilung entstünde jedoch leicht der Eindruck, daß die Gruppen sich ressortmäßig getrennt hätten, oder auch, daß sich der rechte Flügel auf jedem dieser Sachgebiete entsprechend festgelegt habe. Weder das eine noch das andere trifft aber zu. Erstens legt der rechte Flügel trotz seiner Zersplitterung eine erstaunliche Konvergenz der Ideen und Gefühlseinstellungen an den Tag, und die einzelnen Gruppen bzw. Persönlichkeiten pflegen auch untereinander Schriften auszutauschen, sie zu lesen und sich gegenseitig zu zitieren. Zweitens haben seine Gruppen und Einzelpersonen oft eine eindrucksvolle Fähigkeit bewiesen, sich von einem Sachgebiet auf ein anderes zu werfen, sich plötzlich mit allen Gebieten gleichzeitig zu befassen oder auch buchstäblich über Nacht von einer Hetzkampagne Abstand zu nehmen und das früher Bekämpfte ausdrücklich zu unterstützen. Der einzige ruhende Pol in der Flucht rechtsradikaler Erscheinungen in Amerika scheint die ruhelose, ressentimentgeladene Grundeinstellung zu sein, die ungefähr der Kampffreudigkeit der äußersten Linken gleicht, die auch immer irgendeinem *cause célèbre* nachjagen muß.

Eine andere Einteilungsmethode folgt der Art und dem Grad des Radikalismus. Die Verfasser des Buches *Danger on the Right*, Arnold Forster und Benjamin Epstein, unterschieden etwa, vom Konservatismus ausgehend, die folgenden Abstufungen der äußersten Rechten: extrem-konservative Gruppen, wie *Americans for Constitutional Action* oder die Studentenverbände *Intercollegiate Society of Individualists* und *Young Americans for Freedom*, sowie Zeitschriften, wie *Human Events* und William F. Buckleys *National Review*; rechtsradikale Gruppen und Organe, wie Robert Welchs *John Birch Society*, die *Christian Anti-Communism Crusade* des australischen Arztes Fred Schwartz, die *Christian Crusade* des Predigers Billy Hargis, das *National Education Program* von George Benson, Sendungen wie die *20th Century Reformation Hour* des Fundamentalisten Carl McIntire, das *Manion Forum* des Dekans Clarence Manion, die *Life Line Foundation* des Texasmillionärs H. L. Hunt und der *Dan Smoot Report*, Edgar Bundys *Church League of America*, Kent und Phoebe Courtneys *Conservative Society of America* und das *Liberty*

Amendment Committee; und schließlich die demagogische Rechte mit Ku-Klux-Klan, *Minute Men* und anderen Gruppen und Organen, von denen noch die Rede sein soll.
Man kann den rechten Flügel aber auch nach intellektuellem Vermögen und der Einsichtsfähigkeit des jeweilig angesprochenen Publikums einteilen. Nach intellektuellem Rang geordnet, wendet sich zum Beispiel William Buckleys *National Review* oder Russell Kirks *Modern Age* wie auch die Bücher dieser beiden Schriftsteller an ein ziemlich erlesenes literarisches Publikum. Sodann käme eine Kategorie, die sich hauptsächlich aus ehemaligen Generalen, Admiralen und Diplomaten zusammensetzt, die ihre Bedeutung teils ihren die Regierungspolitik anklagenden Memoiren, teils den ihnen bereitwillig angebotenen Führungspositionen im rechten Flügel verdanken. Der prominenteste Vertreter dieses Kreises war der vom Präsidenten Truman entlassene General Douglas MacArthur, vor dessen Charisma sich einst selbst der amerikanische Kongreß in Ehrfurcht neigte. Die Geisteshaltung dieser Gruppe ist keineswegs mit dem Militarismus europäischer oder preußischer Prägung gleichzusetzen, sondern stellt eine Mischung aus Dolchstoßlegendenglauben, wie einst bei Teilen der Reichswehr, Scham über erlittene Prestigeverluste, wie bei der französischen Geheimen Armeeorganisation, heroischer Weltanschauung und Isolationismus dar. Das Publikum dieser Kategorie ist soziologisch schwer zu bestimmen, deckt sich aber wahrscheinlich weitgehend mit den isolationistischen Bevölkerungsteilen, die sich gegen den Kriegseintritt Amerikas im zweiten Weltkrieg und gegen die ostasiatische Politik der Präsidenten Roosevelt und Truman auflehnten.
Dann kommt eine Reihe von Organisationen und Organen mittleren Ranges, die sich vorwiegend auf die Kommunistenfurcht, den Anarchismus und den Antiintellektualismus gewisser Kreise des amerikanischen Geschäftslebens stützen. Dazu nun gehört die *John Birch Society*, deren autoritärer Führer der frühere Süßigkeitenfabrikant Robert Welch ist, ehemals Vorstandsmitglied und regionaler Vizepräsident der *National Association of Manufacturers*, des amerikanischen BDI. Diese Gruppe wurde 1958 als geheime Untergrundbewegung nach kommunistischem Muster aufgebaut und erschien drei Jahre später im Rampenlicht der Öffentlichkeit, als ihr „Führer", Robert Welch, in einem 300 Seiten langen Rundschreiben an Gleichgesinnte allen Ernstes behauptete, der damalige Präsident

Eisenhower und sein Außenminister John Foster Dulles seien Mitglieder der kommunistischen Partei. Welch bringt auch ein monatliches Bulletin für seinen Geheimbund heraus, in dem den Zellenmitgliedern politische Briefaktionen an Zeitungen, Volksvertreter und Regierungsstellen anbefohlen werden, sowie eine Monatsschrift, *American Opinion*, die sich mit den tatsächlichen und vermuteten Plänen und Erfolgen des Kremls befaßt und einfältige Parabeln über Amerikas „kollektivisiertes" Wirtschaftsleben und seine „kommunistenfreundliche" Regierungspolitik dazwischenstreut.

Zu derselben Kategorie gehören auch die Zeitschrift *Dan Smoot Report*, manche Broschüren der amerikanischen Wirtschaftskammern, der *National Association of Manufacturers*, ähnlicher Vereinigungen kleiner Geschäftsleute und einiger freier Berufe, die Hausorgane vieler größerer Betriebe und Branchen sowie die stark zum Antisemitismus neigenden Zeitschriften *Economic Council Letter* und *American Mercury*. Ferner gehören zu dieser Gruppe auch die auf Antikommunismus spezialisierten Rundfunksendungen von Fulton Lewis jr. und Clarence Manion, dem ehemaligen Dekan der Juristischen Fakultät der katholischen Universität Notre Dame, eine ganze Reihe von Informationsdiensten mit Namen wie *Behind the Communist Line, National Republic* und *Freedom's Facts Against Communism* und Berichte der patriotischen Ausschüsse von Organisationen wie den Söhnen und den Töchtern der Amerikanischen Revolution, der Veteranenvereinigung *American Legion* und selbst des Rechtspflegerbundes *American Bar Association*. Dazu kommen weiterhin die Veröffentlichungen von pseudowissenschaftlichen Vereinigungen und Instituten wie der *Harvard Veritas Society*, der *American Enterprise Foundation*, der *American Education Association* oder der *American Tariff League* sowie eine Reihe von populären Autoren und Vortragsrednern, die aus persönlichen Erfahrungen mit den amerikanischen Kommunisten eine einträgliche Berufslaufbahn gemacht haben. Unter ihnen findet man ehemalige FBI-Detektive, wie Herbert Philbrick *(I led Three Lives)* und Cleon Skousen *(The Naked Communist)*. Andere, wie etwa John T. Flynn *(The Road Ahead* und *While You Slept)*, gehen auf frühere rechtsradikale Gruppen zurück. Die Adressaten dieser umfangreichen Gruppe stellen die Mittelschicht des rechten Flügels dar, die von wohlhabenden und besonders älteren Geschäftsleuten und

Angehörigen freier Berufe in kleineren Städten bis zu den von Kriegs- und Militärerfahrung geprägten Veteranen und den Bauern und Geschäftsleuten kleiner Ortschaften geht.
Noch in dieser Mittelschicht, aber doch schon eine Stufe tiefer, finden sich Gruppen und Personen, deren publizistischer und politischer Erfolg mehr auf der Ausnützung von gefühlsbetonten Gewissenskrisen beruht als auf einem Appell an die Vernunft. Es handelt sich dabei vor allem um zwei Gruppen, von denen sich die eine auf die innerkirchlichen Streitigkeiten zwischen den Anhängern des heilsreligiösen und denen des sozialreligiösen Standpunktes unter den Baptisten, Presbyterianern, Methodisten und Lutheranern spezialisiert hat. Die Fundamentalisten auf dem rechten Flügel benutzen dabei die religiösen Gefühle lediglich in Verbindung mit dem Antikommunismus. Unter ihnen sind Edgar C. Bundy (*Collectivism in the Churches*) und seine *Church League of America*, Carl McIntire vom *American Council of Christian Churches*, James Fifield und seine *Freedom Clubs*, Billy Hargis von der *Christian Crusade*, Fred C. Schwarz von der *Christian Anti-Communist Crusade* und viele andere. Die zweite Gruppe bemüht sich besonders darum, die Universitätsjugend, der die Gegenüberstellung mit den modernen Natur- und Gesellschaftswissenschaften oft naive Glaubens- und Gesellschaftsvorstellungen zerstört, für den rechten Flügel zu gewinnen. Hier wären vor allem die Vortragsreisen William Buckleys, die *American Youth for Freedom* und die *Intercollegiate Society of Individualists* zu nennen. Daß es sich bei diesen Gruppen nicht etwa um politischen Konservatismus handelt, zeigen ihre quasi-religiösen, bibelstundenartigen Zusammenkünfte und alarmierenden Gefühlsappelle, wie jüngst ein Pamphlet mit dem Titel *Will You be Free to Celebrate Christmas in the Future?*
Damit wären wir bei den Rechtsradikalen der unteren Schichten angelangt, bei denen sich soziale Ressentiments gegen Reichtum, Bildung und Kultur mit schamlos ausgebeuteten Rassen- und Nationalvorurteilen mischen. Hier findet man eine kleine, aber wortstarke Anzahl von vollblütigen Antisemiten, Negerhassern und anderen verbildeten Naturen, die sich in extremen Fällen auch dazu hinreißen lassen, zu Gewalttaten aufzurufen. Darunter sind zum Beispiel die Extremisten in den 550 Weißen Bürgerräten des amerikanischen Südens, die sich seit der Schulintegrationsentscheidung des Obersten Bundesgerichtes vom Jahre 1954 mit dem Ziel zusam-

menfanden, die Gleichberechtigung der amerikanischen Neger zu verzögern bzw. zu verhindern. Die Weißen Bürgerräte verbreiten monatliche Nachrichtenblätter mit Namen wie *White Sentinel* und haben auch allerlei andere Organisationen gegründet und Veröffentlichungen unterstützt. Dazu zählen vor allem die vielen Broschüren des Südens, die die Rassenintegration mehr oder weniger geschickt mit Antikommunismus oder Antisemitismus zu verquicken suchen, sowie Gruppen mit hochtrabenden Namen, wie John Kaspers *Seaboard White Citizens Council* und die *National Renaissance Party*, und die vielen Organisationen, die ihrem Namen nach die amerikanische Verfassung gegen Übergriffe der Zentralregierung verteidigen wollen.

Auf dem niedrigsten Niveau stehen die Vertreter geifernder Juden- und Negerhetze, im Tonfall von Julius Streichers Zeitschrift „Der Stürmer“ und dem Goebbelsbuch „Der Sumpf“. Dabei handelt es sich um solche Zeitschriften wie *Common Sense* und *Thunderbolt*, *The White Man's Viewpoint*, das Organ der *National States Rights Party*, die sich hauptsächlich damit beschäftigen, gegen die „jüdisch-kommunistische Weltverschwörung“ zu wettern und den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden entweder abzuleugnen oder zu verteidigen. Dazu gehören auch die *Christian Nationalist Crusade* des unverwüstlichen Gerald L. K. Smith, der nun schon seit drei Jahrzehnten „im Namen Christi“ Rassenhaß predigt, sowie seine Zeitschrift *The Cross and the Flag* und seine zahllosen Flugblätter und Pamphlete, einschließlich der sattsam bekannten *Protokolle der Weisen von Zion*. Schließlich ist da auch noch der krankhaft geltungssüchtige George Lincoln Rockwell, der vor einigen Jahren während neuer Krisen der Rassenintegration mit einem „Haßautobus“ – einem Volkswagen – durch den Süden fuhr und mit seiner Aktion auch in der europäischen Presse Aufsehen erregte. Seine winzig kleine *American Nazi Party* gibt vor, Teil einer *World Union of Free Enterprise National Socialists* zu sein, und liebt es, sich mit Hakenkreuzen und SS-Uniformen in Szene zu setzen oder die öffentliche Aufmerksamkeit mit der Forderung nach Vergasung der Juden auf sich zu ziehen.

Auf Grund der Vielfalt und Zersplitterung der äußersten Rechten gibt es auch noch Zwistigkeiten personeller und sachlicher Natur; so wollen etwa die intellektuellen Vertreter nichts mit Smith oder Rockwell zu tun haben und umgekehrt. Auch sind die mittleren und

höheren Gruppen weitgehend dem Tabu der amerikanischen Gesellschaft gegen Rassenvorurteile und Gruppenhaß unterworfen und hüten sich im allgemeinen, etwaige Gefühle dieser Art offen zu äußern. Das hindert jedoch den gesamten rechten Flügel nicht daran, trotz seiner inneren Differenzierung eine weitgehende Einheit in Gedanken und Einstellungen zu zeigen. Letztlich beruht der Rechtsradikalismus in den Vereinigten Staaten auf gefühlsmäßigen Haltungen, die bei Menschen verschiedener Intelligenz- und Vorbildungsstufen eben entsprechend anders zum Ausdruck kommen. Aber im Grunde genommen sind die Gedanken und Verhaltensweisen der Rechtsradikalen aller Schichten Teile eines einheitlichen Systems, dessen innere Logik vielleicht nicht im Rationalen, aber mit Sicherheit im Emotionalen begründet ist.

Geographisch liegen die Schwerpunkte des rechten Flügels in den und um die Staaten Indiana, New Jersey und Arizona, in Südkalifornien und besonders auch in bestimmten Teilen von Texas und Florida sowie im „tiefen Süden", das heißt Südkarolina, Louisiana, Alabama, Mississippi und Georgia. Die Aktivisten der Rechten sind, sehr zum Unterschied vom Dritten Reich, eine verschwindende Minderheit, deren Lautstärke und Beredsamkeit sehr täuschen können. Über den Prozentsatz derer im Volke, die den Standpunkt der Rechten teilen und sich notfalls mobilisieren ließen, ist nichts Genaues bekannt. Richard Hofstadter, einer der hervorragenden Experten auf diesem Gebiet, hat aus verschiedenen Ergebnissen der Meinungsforschung auf einen zum Rechtsradikalismus neigenden Anteil von 10 bis 15 Prozent der amerikanischen Wahlberechtigten geschlossen. Dazu muß jedoch hinzugefügt werden, daß die Popularität einzelner rechtsradikaler Ideen und charismatischer Figuren zu bestimmten Krisenzeiten sprunghaft über dieses Maß ansteigen kann. Eine derartige massenmobilisierende Krise, nämlich die McCarthy-Zeit, kann etwa auf den Ausbruch des Kalten Krieges, dem in kurzer Frist der kommunistische Sieg in China, die erste sowjetische Atombombe und der Koreakrieg folgten, zurückgeführt werden. Der unbefriedigende Verlauf des Koreakrieges und die Entlassung MacArthurs verstärkten sogar noch die Wirkung dieser Krisenzeit. Die steigende atomare Bedrohung, die Rückschläge in Kuba, Laos, Vietnam und in den Vereinten Nationen sowie die gelegentlichen Kriegspsychosen scheinen wieder so eine Krisenstimmung heraufbeschworen zu haben.

Der Ansporn der Rassenfrage

Eine so einschneidende Veränderung wie die Wiederabschaffung des Rassentrennungssystems durch die Entscheidungen des Obersten Bundesgerichtes in den fünfziger Jahren rief im Süden naturgemäß eine heftige Reaktion hervor, aus der innerhalb kurzer Zeit eine wohlorganisierte Verschwörung erwuchs, deren Verästelungen weit in die ultrakonservativen Kreise des Nordens reichen. Die Macht dieser Verschwörung läßt sich am besten an Hand der Schulfrage illustrieren, auf die sich die Anordnung der Hauptentscheidung des Obersten Bundesgerichtes bezog, die Rassentrennung in den Schulen des Südens und der an den Süden grenzenden Staaten umgehend abzuschaffen. Acht Jahre nach dieser Entscheidung, am Ende des Schuljahres 1961/62, bestand die Rassentrennung in drei der elf ehemaligen Staaten der Konföderation, Mississippi, Alabama und Südkarolina, in gleichem Maße wie zuvor. In Louisiana und Georgia besuchten nur etwa je zehn farbige Schulkinder die Schulen der Weißen, in Arkansas, Florida, Nordkarolina und Virginia wenige Hundert und in Tennessee und Texas je ein paar Tausend. James Graham Cook wies in seinem Buch* darauf hin, daß es bei dieser Fortschrittsrate etwa 5000 Jahre dauern würde, bis die Schulen des Südens die Gerichtsentscheidung tatsächlich ausgeführt hätten. Seither hat sich zwar die Geschwindigkeit der Schulintegration im Süden etwas verbessert, und zwar hauptsächlich deswegen, weil die Bundesbehörden seit 1962 drohen, die zwanzig bis vierzig Millionen Dollar Bundeshilfe für das Bildungswesen jedes Südstaates solange zurückzuhalten, wie die Gerichtsentscheidungen dort nicht ausgeführt werden. Dennoch waren zu Beginn des Jahres 1965 erst zwei Prozent der drei Millionen farbiger Schulkinder des Südens in integrierten Schulklassen, obwohl die Meinungsforscher in den zwei Jahren von 1963 bis 1965 einen erheblichen Umschwung in der Haltung der weißen Eltern feststellten: während zunächst zwei Drittel die Integration abgelehnt hatten, waren 1965 zwei Drittel für die Zulassung „einiger" farbiger Schulkinder zu den weißen Schulen.

Aus diesem Beispiel ist unter anderem auch die wichtige Rolle geographischer Unterschiede und geschichtlicher Hintergründe zu ersehen. Obwohl der Norden wenig Grund zur Selbstgerechtigkeit hat,

* *The Segregationists*, New York 1962.

ist der Widerstand gegen die Abschaffung der Rassentrennung doch am stärksten in den ehemaligen Sklavereistaaten des Südens, die im Bürgerkrieg gegen die Union fochten. In diesen Südstaaten werden die bitteren Erinnerungen an die blutige Auseinandersetzung eifrigst am Leben erhalten, und ein Appell an den Patriotismus der „Erlösung" von der *Reconstruction*-Herrschaft verfehlt nie seine Wirkung. Die Romantik der „verlorenen Sache" oder auch zuweilen der Trotz des „und ihr habt doch gesiegt" mag manchen an die Atmosphäre der Weimarer Republik erinnern. Wie damals in Deutschland ist man auch im amerikanischen Süden gegenüber Gewaltmitteln, Rechtsbeugungen und psychologisch perversen Motiven erstaunlich tolerant — solange sie sich mit dem Mäntelchen des südlichen Patriotismus gegen die *Yankee carpet baggers* und ihre südlichen Kollaborateure, die weißen *scalawags*, oder die Farbigen zudecken lassen. Dazu kommen auch noch Unterschiede, wie sie etwa zwischen den älteren Südstaaten Virginia, den Carolinas und Georgia, Staaten mit verhältnismäßigem Reichtum und gefestigter Sozialstruktur, einerseits und dem neueren Süden, vor allem Mississippi und Alabama, andererseits bestehen, wo Armut, ländlicher Charakter und wirtschaftliche Rückständigkeit die ursprüngliche, grobe Grenzlandnatur gegenüber der Wildnis nie ganz überwinden ließen. Nach der allgemeinen Statistik über die Häufigkeit von Gewaltverbrechen in den verschiedenen Gegenden Amerikas zu schließen, ist der Süden ohnehin weit gewalttätiger als der Norden. In Alabama und vor allem in Mississippi galt bisher mitunter selbst ein Menschenleben wenig, und Ausschreitungen Weißer gegen Farbige wurden nur selten in angemessener Weise geahndet. Seit der Hauptzeit der Lynchjustiz, um die Jahrhundertwende, und seit dem Wiederaufleben des Ku-Klux-Klans nach dem ersten Weltkrieg sind Ausschreitungen zwar selten geworden, aber die Tradition der Gewaltsamkeit stößt immer noch im ländlichen Süden nicht auf die Schranken der öffentlichen Meinung, die sie anderswo mit wenigen Ausnahmen im Zaum zu halten vermögen.

Die wichtigste Organisation der südlichen Gegenrevolutionäre sind die Weißen Bürgerräte, die sich seit 1954 schlagartig unter verschiedenen Namen in allen Südstaaten bildeten: die „Kaukasische Liga" und die „Florida Staatenrechtsgesellschaft" in Miami; die „Amerikanische Gesellschaft für die Wahrung der Staatenrechte und der Rasseneinheit", die „Ritter der Weißen Christen" und die „Ver-

einigung südlicher Herren" in New Orleans; der „Bürgerausschuß für Rassentrennung" und „Die Südstaatler" in Alabama; die „Gesellschaft für ein Weißes Amerika" in Arkansas; die „Graswurzelliga" in Südkarolina; die „Pro-Südstaatler von Tennessee"; die „Weiße Bruderschaft von Georgia" u. a. Der Anstoß zu ihrer Bildung kam von Tom Brady, einem Richter des Staates Mississippi, der schon seit Jahren eine der Schlüsselfiguren in der Politik seines Staates und des ganzen Südens gewesen war. Brady verbreitete wenige Wochen nach der Entscheidung von 1954 ein Büchlein mit dem Namen *Black Monday*, in dem er zur Verteidigung des Apartheid-Systems des Südens aufrief und zu diesem Zwecke die Schaffung einer Verteidigungsorganisation mit dem Namen „Die Söhne der weißen Magnolie" vorschlug. Daß die Organisation in ihrer Gesamtheit dann nicht unter diesem oder einem anderen romantisch-heroischen oder auch offenkundig rassenhetzerischen Namen, sondern als nüchterner „Bürgerrat" vor die Öffentlichkeit trat — darin liegt ihr Erfolgsgeheimnis: binnen kurzer Zeit dehnte sie sich über alle Südstaaten aus und hat als *Association of Citizens Councils of America* heute — eigenen Angaben zufolge — eine Mitgliedschaft von 300 000. Im kleinen Mississippi, wo die Bürgerratsorganisation ihren Anfang nahm, soll es allein 80 000 Mitglieder geben. Neuerdings suchen sich die Bürgerräte auch auf die Nordstaaten auszudehnen. Die Räte bestehen im allgemeinen aus respektableren Elementen: wohlhabenden Pflanzern, Ärzten, Rechtsanwälten, Geschäftsleuten, Geistlichen, Bankiers und — strategisch äußerst wichtig — vielen Beamten der örtlichen und der Kreispolizei und -justiz.

Ihre Tätigkeit verlegte sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf das Propagandistische und Agitatorische, wobei ein weitverzweigtes Informationsnetz die Zentralen in jedem Staat und auch außerhalb von ausnutzbaren Situationen in Kenntnis setzt, die die Mobilisierung örtlicher Vorurteile etwa gegen drohende Schulintegrierung ermöglichen. Dem liegt offenbar eine Krisenhypothese zugrunde, der zufolge zumindest in ländlichen Gemeinden beim Vorhandensein einer solchen Krise prompte Agitation von außen eine beträchtliche Anzahl örtlicher Aktivisten in Bewegung bringt, die im Handumdrehen ein totalitäres Klima der Furcht und Einschüchterung zu schaffen vermögen, dem sich auch gemäßigte oder gar oppositionelle Elemente nicht entziehen können. Ein typisches

Beispiel dieser Arbeitsweise war das Schicksal vieler Schulintegrierungsanträge in verschiedenen Teilen Mississippis, wo die farbigen Antragsteller sofort unter derartigen wirtschaftlichen und persönlichen Druck gesetzt wurden, daß sie alle ihre Unterschriften zurückzogen. Dazu gehören nicht nur die Drohung mit Entlassung und die üblichen Einkaufs- und Lieferungsboykotte, sondern selbst Weigerungen der Einzelhändler, den betreffenden Personen Nahrungsmittel zu verkaufen, sowie anonyme Gewaltandrohungen gegen einzelne und ganze Familien. Diese Arbeitsweise ist in Stadtgebieten weit weniger wirksam, teils auf Grund der Macht liberalgesinnter Gruppen, Schul- und Universitätsverwaltungen, Kirchen, vom Norden subventionierter Stiftungen und wichtiger Teile der Presse, teils auf Grund der unpersönlicheren Beziehungen und Verflechtungen des Großstadtlebens. Die Bürgerräte scheuen davor zurück, offen zum Boykott aufzurufen, da sie sich vor allem seit dem berühmten Omnibusboykott von Montgomery ihrer eigenen Verwundbarkeit in den Städten durchaus bewußt sind. In ländlichen Gegenden dagegen lassen sich Boykotte schärfster Art von Mund zu Mund verkünden und brauchen kaum eine wirksame Gegenaktion zu fürchten.

Die Ziele der Bürgerräte gehen sowohl aus ihren ausdrücklichen Programmen als auch aus ihrem politischen Handeln hervor. Man kann sie außerdem aus dem Schrifttum extremer Splittergruppen ersehen, das von ihnen unter der Hand verbreitet wird und im Zusammenhang mit diesen Gruppen noch näher erwähnt werden soll. Das offizielle Programm der Bürgerräte fordert unter anderem:

1. die Anerkennung rassischer Unterschiede als Tatsache;
2. die Abschiebung integrierungsfreundlicher Bevölkerungsteile beider Rassen in Gebiete, die sie willkommen heißen;
3. die geographische Trennung der Rassen in allen Staaten der Union sowie Gesetze, die die Reinheit beider garantieren;
4. getrennte Schulen und getrennte andere öffentliche Einrichtungen;
5. die strenge Durchführung der von den Wahlgesetzen der Staaten vorgesehenen Beschränkungen und Prüfungen; und
6. die Umgestaltung öffentlicher Wohlfahrtsprogramme in Richtung auf Rehabilitierung und nicht auf Unterstützung von Unmoral und Faulheit.

Als Beispiele politischen Handelns sind neben den bereits erwähnten Boykotten auch die verschiedenen Kniffe zu nennen, mit denen

die Schulintegrierung bisher umgangen oder hinausgezögert worden ist. Dazu gehört — als ultima ratio — die Schließung der öffentlichen Schulen und die Vergabe öffentlicher Subventionen an die einzelnen Schüler, die sodann weißen, rassengetrennten Privatschulen zugute kommen. Zuweilen findet man auch ein Mischsystem: die öffentlichen Schulen werden den Farbigen insofern überlassen, als die weißen Kinder — mit Ausnahme einiger weniger, deren Eltern Boykotten und Drohungen standhalten — dem Unterricht ostentativ fernbleiben und schließlich in Privatschulen unterkommen. Dabei kommt es oft zu solchen Zwischenfällen und öffentlichen Szenen, wie sie mehrfach durch die Presse gegangen sind. Oder die Schulbehörden verstehen sich dazu, als Geste der „Erfüllungspolitik" einige wenige farbige Kinder in die weißen Schulen zu lassen. Auch dann kann es immer noch zu Demonstrationen und Bombenattentaten kommen, insbesondere dort, wo die Staatsregierung, wie etwa in Arkansas, Alabama und Mississippi, die gewalttätigen Elemente direkt oder indirekt ermutigt.

Dabei spielen offensichtlich die Verflechtungen zwischen den privaten Bürgerräten und ähnlichen Gruppen und den offiziellen Kreisen der örtlichen und staatlichen Behörden eine Schlüsselrolle. Wie schon angedeutet, sind die Polizei- und Justizbehörden ländlicher Gebiete, besonders im tiefen Süden, weitgehend mit den Rassentrennungsorganisationen verflochten. In den Stadtgebieten ist das weitaus seltener der Fall, teilweise deswegen, weil die verstädterten Farbigen sich dort eher zum politischen Wahlblock entwickeln konnten. In diesem Zusammenhang ist es auch von Interesse, daß die Wahlgesetze aller Südstaaten — und auch vieler Nordstaaten — die Stadtgebiete in den Staatsparlamenten bisher schwer benachteiligt haben. Erst kürzlich öffnete eine Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes (Baker gegen Carr) verfassungsgerichtliche Wege zur Beseitigung der Vorherrschaft der ländlichen Elemente in den Staatsregierungen des Südens und anderswo. Auf Grund dieser Benachteiligung waren bisher in den Staatsparlamenten und -regierungen die von den Bürgerräten unterstützten Kandidaten und Maßnahmen immer wohlvertreten. Einige Staaten besitzen sogar sogenannte Souveränitätsausschüsse, die oft den Bürgerräten offizielle Subventionen zukommen lassen. Daraus erklärt sich auch die prompte Übersetzung der von den Bürgerräten erstrebten Maßnahmen in Staatsgesetze, gesetzliche Verordnungen und selbst Verfas-

sungsänderungen. Auf Grund einer solchen Änderung der Verfassung von Mississippi im Jahre 1956 wurde zum Beispiel das Ausfüllen eines äußerst langen und komplizierten Fragebogens von den Wahlberechtigten verlangt — eine Bestimmung, deren diskriminierende Handhabung die Hälfte der 20 000 bis 30 000 farbigen Wähler des Staates auch noch des Wahlrechts beraubte.

Auf der nationalen Ebene vertreten die Senatoren und Repräsentanten des Südens gleichfalls ohne Ausnahme die Haltung der Bürgerräte, wenn auch in gemäßigterer Ausdrucksweise. Diese Einstellung hält sie zwar oft keineswegs davon ab, eine sozial-liberale Bundesregierung zu unterstützen, bringt sie jedoch regelmäßig auf den Plan, wenn es Bürgerrechtsmaßnahmen abzuwenden gilt. Dabei ist auch zu beachten, daß die Vertreter des Südens, die ohnehin ungebührlich stark im Kongreß, in den Wahlstimmen der Parteikongresse und im Wahlkollegium der Präsidentschaftswahlen vertreten sind, wegen des Seniorensystems auch die meisten Ausschußvorsitzenden im Kongreß stellen, was dort sehr bedeutsam ist. Unter den letzten drei Präsidenten, und im Grunde genommen seit 1876, haben die Südstaatler eine Schlüsselposition in der Bundespolitik eingenommen, die es ihnen immer wieder ermöglichte, entweder der jeweiligen Regierung weitreichende Konzessionen abzuringen oder sie, wie etwa unter Kennedy, in Verbindung mit konservativen Republikanern lahmzulegen. Selbst in den Jahren 1964/65, als sich die nordstaatlichen Demokraten und Republikaner zur Förderung der Bürgerrechte verbanden, blieb den Südstaatlern immer noch die Obstruktion *(filibuster)* im Senat.

Zwei besondere Ansatzpunkte südstaatlicher Taktik in der Bundespolitik verdienen hier ebenfalls Erwähnung. Da ist zum ersten der Repräsentantenausschuß für die Verwaltung des Bundesdistrikts von Columbia, in dem die Stadt Washington liegt, deren Stadtkern infolge starker Zuwanderungen in den letzten Jahren weitgehend von Farbigen bewohnt wird. Washington zeigt alle die Schwierigkeiten massenhafter Zuwanderung und Verstädterung im Süden aufgewachsener Farbiger, und der von Südstaatlern beherrschte Verwaltungsausschuß trägt das Seine dazu bei, daß die gettoartigen Zustände nicht behoben werden. Im Herbst 1956 veranstaltete ein Unterausschuß dieses Verwaltungsausschusses sogar eine öffentliche Untersuchung der integrierten Schulen der Stadt mit dem Ziel, die unterdurchschnittlichen Schulleistungen und relativ hohen Schwan-

gerschafts- und Verbrechensraten der farbigen Schulkinder nachzuweisen, was natürlich bei den vom ländlichen Süden zugewanderten Massen leicht gelang. Der Untersuchungsausschuß, dessen Mitglieder fast alle durch ihre Rassentrennungspropaganda seit langem bekannt waren, stellte auch fest, daß weiße Familien mit schulpflichtigen Kindern in zunehmendem Maße durch Übersiedlung in die Vorstädte der Schulintegrierung auswichen, so daß es schließlich in den Schulen Washingtons automatisch wieder zur Rassentrennung kommen würde. Der offizielle Bericht des Unterausschusses wurde von interessierten Kreisen weiterverbreitet und fand viel Beachtung, obwohl sich die beiden nicht-südlichen Ausschußmitglieder davon distanzierten und der Leiter der städtischen Schulverwaltung einen Gegenbericht schrieb.

Die Versuche, der Stadt Washington ihre eigene, gewählte Volksvertretung zu geben, die sie im 19. Jahrhundert jahrzehntelang besessen hat, schweben immer noch in der Luft. Die Gegner einer solchen Selbstbestimmung Washingtons, zum großen Teil Südstaatler und andere Leute mit offensichtlichen Vorurteilen, weisen meist darauf hin, daß die Mehrheit der Stadtbevölkerung farbig sei und sich hauptsächlich durch unverhältnismäßig hohe Kriminalität und einen geringen Beitrag zum Steueraufkommen auszeichne. Selbstbestimmung bedeute also, daß ein farbiger Bürgermeister und ein Stadtrat mit farbiger Mehrheit Washington regieren würden. Dies wird oft so hingestellt, als würden farbige Bürgermeister und Stadträte aufgrund polizeilicher Steckbriefe in ihre Ämter gewählt, oder so, als müßte man von ihnen gewärtigen, daß sie die Gewaltverbrecher in ihrer Stadt zu besonderen Anstrengungen anspornten. Dabei ist es noch nicht einmal wahrscheinlich, daß die Farbigen als Block für farbige Kandidaten stimmen würden oder daß bei der Wahl anstelle von zwei oder mehr gemischten Parteilisten eine schwarze gegen eine weiße Kandidatenliste aufgestellt würde. Es darf jedoch als Binsenwahrheit gelten, daß kaum jemand die Stadt Washington schlechter verwalten kann, als es die südstaatlichen Kongreßmitglieder bisher getan haben.

Der zweite taktische Ansatzpunkt der südstaatlichen Apartheidpolitiker ist der Antikommunismus, wobei sie sich naturgemäß mit verschiedenen rechtsextremistischen Gruppen des Nordens, von der *John Birch Society* bis zu den verschiedenen „christlich-antikommunistischen Kreuzzügen", verbünden. So schrieb etwa der Senator

Herman Talmadge von Georgia, daß die angeblich von den Integrationisten angestrebte Rassenvermischung ein kommunistischer Plan zur Schwächung der Nation sei, und der Senator James O. Eastland von Mississippi verflocht die antikommunistischen Untersuchungen des von Joseph McCarthy her wohlbekannten Senatsunterausschusses für Innere Sicherheit geschickt mit Angriffen auf Personen und Gruppen der Bürgerrechtsbewegung, von Martin Luther King bis zu den protestantischen Kirchen und der NAACP. Die Staatsparlamente der Südstaaten haben sich gleichfalls der alten McCarthy-Methoden bemächtigt und sich auf öffentliche „Untersuchungen kommunistischer Einflüsse" verlegt, in der unausgesprochenen Hoffnung, daß auch unbewiesene Anklagen ihre Wirkung nicht verfehlen.

Nach diesem Exkurs von den Bürgerräten in die offizielle „Oberwelt" sollen nun auch noch die Gestalten und Methoden der gegenrevolutionären Unterwelt untersucht werden. Hier ist vor allem die fanatische Welt des einst so gefürchteten Ku-Klux-Klans zu nennen, der seit 1954 und vor allem seit der Schulkrise von Little Rock, Arkansas, wieder zum Leben erwachte. Mit etwa 75 000 Mitgliedern weit weniger verbreitet als die Bürgerräte, stellt der Klan eine der Gewalt verschriebene, geheime Femeorganisation dar, deren aktionsbereite Mitgliedschaft sich grundlegend von der der Bürgerräte unterscheidet. Einesteils ist das auf die Herkunft der Klansmen aus den untersten Schichten zurückzuführen, wo die wirtschaftliche Bedrohung durch Abschaffung der Rassentrennung viel offensichtlicher ist als bei den in den Bürgerräten vertretenen gehobenen Schichten. Andernteils ist es der Gewaltaspekt des Klans, der den Bürgerräten offenbar zuwider ist. Wo die letzteren mit Traktätchen und Boykotten arbeiten, wenden die Klanleute auch heute noch Sprengstoff und Brachialgewalt an – oft mit einer an nationalsozialistische Aktionsgruppen erinnernden Mischung von verworrener Romantik und Sadismus – wie weiland im „Dritten Reich" und in den zwanziger Jahren. In dem von Kings Gewaltlosigkeitstaktik und den Bürgerräten bestimmten Klima und unter der Drohung des Einschreitens der Bundeskriminalpolizei haben jedoch die sadistischen Gewalttaten sichtlich nachgelassen. Kürzlich konnte man sogar Klanleute mit streikpostenartigen Plakaten in friedlichen Gegendemonstrationen in Atlanta, Georgia, sehen, als die NAACP dort in gleicher Weise für die Integrierung gewisser Restaurants demonstrierte.

Der Ku-Klux-Klan entstand neben vielen ähnlichen Organisationen in der Reconstructions-Ära des Südens und betrieb die nächtlichen Umritte in weißen Gewändern und das Verbrennen riesiger hölzerner Kreuze zunächst als unterhaltsamen Mummenschanz, bis man entdeckte, daß dieses spukähnliche Gebaren den abergläubischen ehemaligen Sklaven Angst einflößte. Bis zum Jahre 1871 hatte sich der Geheimbund jedoch zu einer so gewalttätigen Terroristenbande entwickelt, daß der amerikanische Kongreß seinen Mord- und Greueltaten mit einem Gesetz Einhalt zu gebieten suchte, das auch heute noch die Rechtsgrundlage für die strafrechtliche Verfolgung von Ausschreitungen gegen Bürgerrechtler und Farbige ist. Nach der Jahrhundertwende verschwand der Klan vorübergehend, erstand dann 1915 wieder und breitete sich in der Folgezeit rasch über ganz Amerika aus. Im Norden und Osten, im Westen und Mittelwesten wie im Süden gehörten in den zwanziger Jahren zwischen sieben und acht Millionen Amerikaner diesem nun auch antikatholischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Geheimbund an, dem so mancher Lynchmord und andere Terrorakte zur Last gelegt wurden. Während seine Aktivisten hauptsächlich den unteren Schichten angehörten, fehlte es damals dem Klan keineswegs an der Unterstützung der „besseren Kreise", die sich unter der Anonymität der Kapuze sicher wähnten.

Während der dreißiger und vierziger Jahre verschwand der Klan erneut, und erst die gegenwärtige Bürgerrechtsrevolte verhalf ihm zu neuem Wachstum. Jetzt breitet er sich wieder nach dem Nordosten und Westen aus – mit neuen Ortsgruppen, wo fast dreißig Jahre lang keine mehr bestanden – und greift sogar nach Kanada und England über, wo es ja auch ein Rassenproblem gibt. Diesmal sind wieder die Farbigen und ihre weißen Freunde in der Bürgerrechtsbewegung das Ziel – weniger die Katholiken oder die Juden. Obwohl der Klan jetzt offiziell Gewaltverbrechen ablehnt, soll es geheime Einsatzkommandos für Terrorakte geben, deren Existenz den gewöhnlichen Mitgliedern verheimlicht wird. Nachwuchs wird hauptsächlich unter Arbeitern, Angestellten und kleinen Geschäftsleuten oder Handwerkern geworben.

Die Klanleute halten ihre großen Versammlungen jetzt in zunehmendem Maße unter Zulassung der Öffentlichkeit ab, wobei Sicherheitswachen mit Stahlhelm, graublauer Uniform und Fallschirmjägerstiefeln die Presse überwachen. Einzelmitglieder können jedoch

auf Wunsch nach wie vor ihre Anonymität wahren. Bei einer typischen Versammlung im Freien werden Ansprachen gehalten – oft mit Spitzen gegen den *National Council of Churches* (NCC), Präsident Johnson und vor allem gegen Vizepräsident Hubert Humphrey. Auch Gebete und Fundamentalistenpredigten fehlen nicht. Alkoholische Getränke sind verboten. Am Ende des Treffens marschieren Klanleute in Kapuze und Robe mit Fackeln um ein oft zwanzig Meter hohes, mit ölbeschmierten Säcken umwundenes Kreuz, das schließlich angezündet wird und noch stundenlang durch die Nacht leuchtet.

Anläßlich der Ermordung einer Bürgerrechtlerin durch drei Klanmitglieder im Frühjahr 1965 geriet Präsident Johnson so in Harnisch, daß er in einer Pressekonferenz ankündigte, man werde „diese Kapuzengesellschaft von Rassenfanatikern" unterdrücken müssen. Man lasse sich auch von den „Terroristen des Ku-Klux-Klans nicht mehr einschüchtern als von denen der Vietkong". Der Großzauberer des Klans nannte ihn daraufhin prompt einen „verdammten Lügner", der Angeklagte ohne Gerichtsverhandlung als schuldig bezeichne. Doch der Mord, dem ein FBI-Agent beiwohnte, trug gewiß mit dazu bei, den Kongreß zur Vorbereitung einer Untersuchung des Klans durch den Repräsentantenausschuß für unamerikanische Umtriebe zu veranlassen.

Die Organisation des Ku-Klux-Klans des Südens ist keineswegs einheitlich, sondern hat vielmehr die lokalfeudalistischen Züge der ersten *fasci di combattimento* Italiens. Es gibt eine Unzahl von autonomen Gruppen und Abspaltungen. Die größte der Klangruppen sind die Vereinigten Klans, Ritter des Klu-Klux-Klans Amerikas, deren Haupt, der „Reichszauberer" *(Imperial Wizard)*, in Macon, Georgia, die Interessen des „unsichtbaren Reiches" *(Invisible Empire)* wahrt. Ihm unterstehen die „Großdrachen" *(Grand Dragon)* der Staatenorganisationen, die wiederum in örtliche Klüngel *(Klavern)* eingeteilt sind, deren Vorstände „Erhabener Zyklop" *(Exalted Cyclops)* und Kaplan „Kludd" heißen. Die Roben zeigen auch die Ämter: grün für den Reichszauberer, purpur für den Großdrachen und rot für den Zyklopen. Früher gab es auch noch Titanen, Riesen, Magier, Nachtfalken, Großtürken und dergleichen Titel mehr. Es fehlt auch eine Jugendorganisation nicht, die ebenso wie die weiblichen Mitglieder, die *Klanswomen*, weiße Gewänder und Hauben hat, die angeblich auf die alten schottischen Klans zurückgehen.

Mitglieder müssen einen Bluteid neben einem brennenden Kreuz ablegen, das auch als Machtsymbol des Klans gilt. Katholiken, Juden, Farbige und Einwanderer, also alle die in den vergangenen Aktionsperioden des Klans verfolgten Gruppen, sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Die Vorstellungen der Klangruppen kristallisieren sich in dem Ziel der Oberherrschaft (nicht nur Trennung) der weißen Rasse, des Protestantismus und der geborenen Amerikaner und ergeben sich aus verschiedenen typisch rechtsextremistischen Ängsten und Wahnideen. Dazu gehören die These von einer jüdischen Verschwörung und die Dämonisierung des Kommunismus.
Außer dem Ku-Klux-Klan gibt es noch mehrere andere Gruppen und vor allem Publikationsquellen, mit deren Personen und Zeitschriften man sich ungern öffentlich identifizieren will, deren Material jedoch selbst von den Bürgerräten und von offiziellen Kreisen eifrigst verbreitet wird. Zu diesen Gruppen gehören etwa George Lincoln Rockwells *American Nazi Party*, Edward Fields *National States Rights Party*, eine *National Association for the Advancement of White People* und John Kaspers *Seabord White Citizens Council* sowie Zeitschriften mit Namen wie *Common Sense, The Defender, White Sentinel* und *Thunderbolt* (mit dem Blitzsymbol gewisser nationalsozialistischer Organisationen). Ihr gemeinsames Kennzeichen ist ein virulenter, politischer Antisemitismus, der hinter Kommunismus, Wall Street und der NAACP als gemeinsamen Nenner die „jüdische Verschwörung" zu erkennen behauptet. Dabei war der Antisemitismus bisher eigentlich dem Süden fremd und eher ein Phänomen des nordstaatlichen Rechtsextremismus. Seit 1954 sind jedoch neben Farbigenkirchen auch mehr als ein halbes Dutzend Synagogen im Süden in die Luft gesprengt worden, und die antisemitischen Äußerungen in Bürgerräten, offiziellen Kreisen und Klangruppen reißen buchstäblich nicht mehr ab. Man ist zu der Annahme versucht, daß die bisher vorherrschende Sündenbockprojektion mit der energischen Protestbewegung der Farbigen, die einfach nicht mehr die unterwürfigen *darkies* der guten alten Zeit sein wollen, hinfällig geworden ist und besonders angesichts der neuerlichen sozialen Spannungen nach einem Ersatz gesucht wird. Und dieser Ersatz muß zahlenmäßig so klein sein, daß man ungestraft sein Mütchen an ihm kühlen kann. Der pensionierte Admiral John C. Crommelin, der mit den extremsten dieser Gruppen verkehrt und selbst die rassenhetzerischen *Home News* in Montgomery,

Alabama, herausgibt, liefert mit der glatten Leugnung von Hitlers „Endlösung" und der abwechselnden Behauptung, die Juden seien entweder negroid oder mongolisch, die übelsten Beispiele antisemitischer Hetzpropaganda. Er kandidierte mehrmals für den Senat und erhielt dabei in Alabama beträchtliche Stimmenzahlen*.
Den Verdrehungen antisemitischer Hetzpropaganda nachzugehen, ist ein äußerst unerquickliches Thema und in diesem Rahmen kaum nötig. Hier seien nur noch einige Gesichtspunkte genannt, die der Leser im Auge behalten sollte. Die erwähnten Gruppen und Personen sind, obwohl man das kaum für möglich halten wird, noch ganz erheblich von den Apartheidpolitikern, den Bürgerräten und selbst dem Klan entfernt und schließen diese zuweilen in ihre Polemiken gegen die „jüdisch-kommunistische" Verschwörung ein. Sie sind rechtsrevolutionär und oft mit faschistischen Vorkriegsgruppen und Personen, wie dem *Bund*, der nationalsozialistischen Fünften Kolonne in Amerika, verflochten. So beziehen sie sich auch immer wieder auf den Nationalsozialismus und Adolf Hitler, unter dessen Bild in einer Schrift der *National Renaissance Party* es mit unbeabsichtigter Zweideutigkeit heißt: „Was der Nationalsozialismus dem deutschen Volk hinterlassen hat, steht vor der ganzen Welt als ein Mahnmal für den Westen da." Die Agitation dieser kleinen rechtsrevolutionären Gruppen wird zwar von der Öffentlichkeit nicht ernst genommen, verleiht aber — ebenso wie der Ku-Klux-Klan — den Bürgerräten und Apartheidpolitikern eine unverdiente Respektabilität. Umgekehrt wiederum bestehen unausgesprochene Beziehungen der Ermutigung insofern, als die opportunistischen Politiker, Gouverneure und „respektablen" Bürgerräte es den rabiaten Elementen psychologisch ermöglichen, Bombenanschläge, Attentate und Terrorakte auszuführen.

Rechtsradikales Denken und Handeln

Von den Besonderheiten der Geschichte und der gegenwärtigen Umstände in den Südstaaten abgesehen, paßt die Reaktion auf die

* Crommelin behauptet auch, Hitler sei lediglich ein Strohmann für jüdische Verschwörer gewesen und Eichmann und auch Eisenhower, den bekanntlich die *John Birch Society* ebenfalls haßt, seien jüdischer Abstammung. Andererseits möchte er Amerikas Juden nach Madagaskar und die Farbigen nach Afrika abschieben. Auch er bekämpft die Fluorisierung des Trinkwassers und staatliche Fürsorgemaßnahmen für die Geisteskranken (s. S. 127 f.)

Wandlungen in der Rassenfrage doch harmonisch in das Gesamtbild des rechten Flügels. Wie bereits oben erwähnt, nennt sich die äußerste Rechte durchweg gern eine konservative Bewegung. Die Politischen Wissenschaftler und andere interessierte Kreise Amerikas, die ihren Standpunkt nicht teilen, ziehen es jedoch vor, den Rechtsradikalen diese Bezeichnung zu verweigern oder sie doch mit Vorsilben wie pseudo-, ultra-, radikal- oder zumindest neo- zu versehen. Mit anderen Worten: die meisten kritischen Beobachter nehmen die konservativen Äußerungen der Rechten nicht unbefangen hin, sondern suchen in ihnen nach Hinweisen auf ihre „wirklichen Absichten". Für dieses grundsätzliche Mißtrauen gibt es drei Gründe: die Feindseligkeit der Rechten gegenüber der sie umgebenden Gesellschaft, ihr unkonservativer Hang, Politik mit Weltanschauung zu verquicken, und der ausgesprochen demagogische Charakter ihrer Werbemittel.

Theodor W. Adorno und seine Mitarbeiter haben vor zehn Jahren in ihrer Untersuchung über die autoritäre Persönlichkeitsstruktur den Pseudokonservativen wie folgt beschrieben:

> „Der Pseudokonservative ist ein Mensch, der unter dem Vorwand der Verteidigung traditioneller amerikanischer Werte und Institutionen gegen mehr oder weniger fiktive Gefahren bewußt oder unbewußt auf ihre Abschaffung hinarbeitet."

In der Tat handelt es sich bei den meisten rechtsradikalen Äußerungen weder um die Wahrnehmung berechtigter Interessen noch um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit. Wer amerikanischen Rechtsradikalen zuhört und ihre Schriften liest, kann sich kaum des Eindrucks erwehren, daß es sich bei vielen dieser Leute um an den Sachgebieten ihrer Polemik relativ Unbeteiligte handelt, die auf Grund ihrer eigentümlichen Gemütsverfassung nach einer „heiligen Sache schmachten". Als ein sehr typisches Beispiel dafür kann etwa John Kasper gelten, der, nach Pressemitteilungen zu schließen, in New York nicht nur eifrigen Umgang mit Farbigen, sondern auch eine Liebschaft in Harlem pflegte, bis er nach dem Süden ging und sich dort zum „Führer des Abwehrkampfes der weißen Rasse" aufwarf. Ein anderes Beispiel liefert McCarthy, der am Anfang seiner „antikommunistischen" Karriere ganz offen eingestand, den politischen Nutzen des Kommunismus gerade erst „entdeckt" zu haben.

Zudem ist der radikale Charakter der meisten rechtsextremistischen

Äußerungen kaum zu verkennen. Da gibt es zum Beispiel ganze Volksbewegungen, die vorgeben, die amerikanische Bundesverfassung gegen die revolutionären Eingriffe der Bundesregierung zu verteidigen, und die zu diesem Zweck nicht nur so wichtige Teile der Verfassung wie die Bürgerrechte mit Füßen treten, sondern noch obendrein äußerst einschneidende Verfassungsänderungen fordern. Zu diesen Merkmalen des radikalen Charakters des rechten Flügels gehört auch die erstaunliche Aggressivität, die viele Rechtsradikale ihren Mitmenschen gegenüber in Wort und Tat an den Tag legen. Äußerst aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Haßliebe zwischen dem rechten Flügel und dem Kommunismus. Besonders seit den Tagen McCarthys, als der Antikommunismus das Kreuzzugsbanner wurde, das alle Gruppen der Rechten vereint, ist die Beschäftigung mit kommunistischen Schriften, mit der Sowjetpresse und den Äußerungen kommunistischer Parteien diesseits des Eisernen Vorhangs zu einem unerschöpflichen Thema der Rechten geworden. Ganze Zeitungen und Informationsdienste des rechten Flügels sind der Berichterstattung über die neuesten Regungen der „weltweiten kommunistischen Verschwörung" gewidmet, und zahllose Osteuropäer im Exil bestreiten ihren Lebensunterhalt damit, mit Hilfe ihrer Sprach- und Sachkenntnisse den unersättlichen Wissenshunger der Rechten zu stillen. Dabei hat sich im Laufe der Zeit der Stil vieler Organe der Rechten dem kommunistischen Jargon derartig angeglichen, daß man ihre humorlos beißenden Polemiken kaum noch vom kommunistischen Schrifttum unterscheiden kann. Selbst das dialektische Denken der Linken wurde übernommen. Wie ein rechtsradikaler Zeitungsredakteur vor ein paar Jahren schrieb:

> „Die Politik hat ihre eigenen Gesetze ... wenn jemand die gleiche Arbeitshypothese hat wie die Kommunisten, wenn er denselben Feind wählt, dann wird er sich in einem tatsächlichen Bündnis mit ihnen finden, was auch immer seine Privatmeinung über den Kommunismus sein mag."

Entsprechend erweitert bedeutet dieser Ausspruch natürlich auch, daß jeder Gegner dieser „Antikommunisten" zum Prokommunisten wird, selbst wenn er den Kommunismus genauso – und vielleicht aufrichtiger – ablehnt. Der rechtsradikalen Faszination liegt eine kaum verhohlene Bewunderung für die autoritäre Ordnung, die kämpferische Glaubenshaltung und die weitverästelte Macht des

Kommunismus zu Grunde, die häufig ihren Ausdruck in der Nachahmung, dem höchsten Kompliment der Politik, findet. So hat zum Beispiel Robert Welch unter dem Vorwand, man könne die im Innern drohende kommunistische Gefahr nur mit gleichen Mitteln erfolgreich bekämpfen, seine *John Birch Society* bewußt nach dem Vorbild der KP (USA) aufgebaut und auch ihre Taktik übernommen. Eine erstaunliche Anzahl prominenter Schriftsteller der Rechten, wie zum Beispiel Frank Meyers, J. B. Matthews, Whittaker Chambers, Ralph de Toledano und Louis F. Budenz, gehörte einst selbst zum Lager der Kommunisten, Trotzkisten und Linkssozialisten, die sie jetzt so heftig vom äußersten rechten Flügel aus bekämpfen. Und soweit man das feststellen kann, hat sich beim Frontwechsel dieser Grenzgänger nichts an ihrer bitter polemischen Feindseligkeit gegenüber der sie umgebenden Gesellschaft geändert.
Der Hang zur Ideologisierung der Politik ist gleichfalls ein Hauptmerkmal der äußersten Rechten, was sich zum Beispiel an Hand der antiliberalen Polemik der Rechten gut darstellen läßt. Der Liberalismus — das heißt in Amerika der Sozialliberalismus —, der in der Regierung, den beiden politischen Parteien und in Kirchen und Universitäten tonangebend ist, raubt nach Ansicht von rechten Intellektuellen der USA-Außenpolitik den Kampfwillen und der Innenpolitik die Widerstandskraft gegen die kommunistische Unterwanderung. Nach der Vulgärversion der Polemik gegen das *Liberal Establishment* ist der Liberalismus ein verderbliches Prinzip, das in der Religion zum Atheismus, in der Moral zum Nudismus und in der Wirtschaftspolitik zum Kommunismus „führt", wie eben in der flüssigen Dialektik der Rechten immer eines zum anderen „führt", der Liberalismus zum Sozialismus und der Sozialismus wiederum zum Kommunismus. Diese und ähnliche Assoziationsmethoden scheinen ihre Wurzel in einer naiven Ideologisierung der Politik zu haben, die nur Freunde und Feinde, aber keine Neutralen oder Gleichgültigen gelten läßt. Oft stellen auch rechtsradikale Agitatoren, wie Robert Welch, den Kommunismus als eine körperlose, rein geistige Essenz dar, die irgendwie in die Köpfe und Willensakte von Unbeteiligten „fließt" oder „kriecht" und sie dann als Werkzeug der „weltweiten kommunistischen Verschwörung" benützt. Daher beschäftigen sich die Rechtsradikalen auch so intensiv mit dem Inhalt von Schulbüchern, Predigten, Zeitungen und Vorlesungen, denn sie glauben, daß selbst ein darin enthaltenes falsches Wort, eine kaum bemerk-

bare Unsicherheit des patriotischen Glaubens genügt, die Loyalität Tausender zu erschüttern.

In ähnlicher Weise äußert sich die Neigung zur Verweltanschaulichung darin, wie rechtsradikale Führer die komplizierten Verhältnisse der amerikanischen und internationalen Politik zu einem moralischen Armageddon vereinfachen, bei dem die Mächte des Lichts mit den Mächten der Finsternis ringen. Zu den ersteren gehören natürlich die Helfer des jeweiligen Volksredners und vor allem er selbst, zu den letzteren die Sünde und Unmoral, seine wirklichen und eingebildeten Feinde und die verschiedenen Weltanschauungen, die er bekämpft. „Dies ist eine weltweite Schlacht, die erste der Geschichte zwischen Licht und Finsternis, Freiheit und Sklaverei, Christus und Antichrist um Seelen und Körper der Menschen“, schrieb etwa Welch im *Blaubuch* seines Bundes. Diese naiven Alternativen sind sehr publikumswirksam, da ihnen die gleiche rigorose Personalethik zugrunde liegt wie etwa dem Wildwestfilm, bei dem es nur *good guys* und *bad guys* gibt.

Am offensichtlichsten wird der unkonservative Charakter rechtsradikaler Polemik bei genauerer Betrachtung der demagogischen Mittel, die die Rechte anwendet. Dies läßt sich am besten aus einer Darstellung der Organisations- und Agitationsarbeit der Rechten, einer näheren Untersuchung der typischen Verpersönlichung von Sachfragen und schließlich auch an Hand der wechselseitigen Beziehungen zwischen Volksredner und Publikum ersehen.

Die amerikanischen Rechtsradikalen besitzen einen ungewöhnlichen Spürsinn für Organisations- und Propagandafragen, wie man ihn selten bei den gemäßigten politischen Richtungen antrifft. Der typische Rechtsradikale ist ein geborener Propagandist, Agitator und Organisator, der sich mit großer Hingabe und unheimlichem Einfühlungsvermögen diesen Aufgaben widmet. Ein typisches Beispiel rechtsradikaler Methoden bietet etwa die Kampagne gegen die Dachorganisation der protestantischen Kirchen Amerikas, den NCC: Die Rechtsradikalen verteilen bei protestantischen Gottesdiensten gern Handzettel, in denen die Gläubigen gefragt werden, ob sie denn wüßten, daß ihre Gemeinde dem NCC angehöre und sich nicht von ihm lösen könne; daß viele Äußerungen des NCC „äußerst sozialistisch und radikal“ seien, jedoch im Namen der Gläubigen, aber ohne deren Zustimmung gemacht würden; daß die revidierte Standardbibel des NCC von einem NCC-Ausschuß stamme, der sich

zu 30 Prozent aus ehemaligen Mitgliedern kommunistischer Frontorganisationen zusammengesetzt habe; daß dies auch auf den letzten Vorsitzenden des NCC zutreffe, und vieles mehr. Die Wirkung dieser Agitation auf einfache Gemüter wird noch durch eine Reihe von öffentlichen Versammlungen erhöht, auf denen pseudoreligiöse Volksredner, wie McIntire, Bundy, Hargis und Mat Cvetic, mit bewährten Mitteln die durch die geschickte Verschmelzung von Tatsachen und Lügen entfachte Bestürzung und Verwirrung nähren. Ein anderes typisches Beispiel sind die Methoden und Schritte, die Robert Welch seiner *John Birch Society* für Propagandazwecke empfiehlt*. In seinem Achtpunkteprogramm überwiegen die propagandistischen Effekte, was sich auch im örtlichen Wirken dieser Bewegung feststellen läßt.

Die Verpersönlichung von Sachfragen ist eines der zuverlässigsten Merkmale für die Unterscheidung zwischen Konservativen und Rechtsradikalen. Während ein Konservativer etwa die Verstädterung oder das Hinschwinden der Unternehmerfreiheit beklagen und

* In seinem *Bluebook* empfahl Welch: 1. die Einrichtung von Lesestuben und Leihbüchereien mit rechtsradikalem Schrifttum, das vom Hauptquartier streng ausgewählt wird. Dazu kommen noch Listen der von Welch genehmigten – *JBS-approved* – Bücher; 2. die Verbreitung der Monatsschriften der Rechten; 3. die Aufstellung von örtlichen Ausschüssen zur Einführung rechtsradikaler Rundfunk- und Fernsehprogramme und zur Unterdrückung liberaler Sendungen; 4. Briefkampagnen an Volksvertreter, Verwaltungsbehörden, Zeitungen, Lehrer, Verbandsvorsitzende und „alle, deren Meinungen, Handlungen und Entscheidungen etwas ausmachen", und zwar unter strenger Beaufsichtigung der Briefschreiber; 5. die Aufstellung von Frontorganisationen der *John Birch Society* aller Arten und Größen, wie z. B. eines Ausschusses zur Zurückziehung der diplomatischen Anerkennung Rußlands und seiner Satelliten, eines Ausschusses zur Untersuchung kommunistischer Einflüsse am Vassar College, einem exklusiven Mädchencollege, eines Ausschusses, der die Aburteilung des obersten Bundesrichters, Earl Warrens, betreiben soll, einer Gruppe „Frauen gegen die Gewaltverbrechen der Gewerkschaften", einer Frontorganisation, die „das Leiden der Frauen und Mütter bei Streiks" dramatisieren soll, und – *Please, Mr. President, Don't Go!* – einer Kampagne gegen Gipfelkonferenzen; 6. öffentliche Anklagen am laufenden Band nach dem Vorbild McCarthys und mit den raffiniertesten Methoden des Rufmordes, deren Häufung eine Atmosphäre der Massenhysterie hervorrufen soll; 7. Störmanöver, Auftritte und Szenen zur Diskreditierung liberaler Redner und Schriftsteller; 8. Aufstellung von Listen „genehmigter" Redner, die man sodann allen möglichen Klubs und Vereinigungen aufoktroyiert.

Maßnahmen fordern wird, die diese Entwicklung rückläufig machen, wenden sich die amerikanischen Rechtsradikalen von vornherein und mit Nachdruck *ad hominem* und zeigen auch verhältnismäßig wenig Interesse an der Abschaffung der Zustände, die sie verurteilen. Nach der Darstellung der Rechten sind die erwähnten Veränderungen der Gesellschaft die Machenschaften dunkler Mächte, subversiver Organisationen, der Kommunisten, der Ausländer, Wall Streets oder der Juden. Die äußerste Rechte mag so manchen mit dem vulgärromantischen Mäntelchen konservativer Parolen täuschen, aber immer wieder kommt unter dem Mantel das Verschwörungsmotiv wie ein Pferdefuß zum Vorschein. Die Liste der möglichen Verschwörer ist bei den Rednern und Publizisten der Rechten schier endlos, und sie werden auch von den einzelnen Agitatoren je nach Gelegenheit miteinander ausgetauscht.

Mit der Betonung des Verschwörungsmotivs verläßt der Rechtsradikale bewußt das rationale Niveau der Politik und gleitet in ein Spielen mit Tendenzen zum Verfolgungswahn ab, die bei der Vereinsamung des modernen Menschen nicht selten in seinem Publikum und oft auch bei den Wortführern der Rechten selbst anzutreffen sind. Die Legionen der Einsamen, Enttäuschten und Gescheiterten wissen dem Vulgäragitator Dank, wenn er ihr Versagen im Leben auf die verbrecherischen Manipulationen einer weltweiten, allmächtigen und geheimen Verschwörung, eines *invisible government* von Freimaurern, der katholischen Kirche, der Kommunisten oder der Zionisten zurückführt. Die Demagogie der Mittel, mit denen die Tendenzen zum Verfolgungswahn geschürt werden, ist oft erschütternd. McCarthy zeigte zum Beispiel seinem Publikum von weitem ein Stück Papier, auf dem angeblich die Namen einer erheblichen Anzahl von Kommunisten standen, die er im State Department entdeckt zu haben behauptete. Robert Welch geht sogar so weit, in seinem *Blaubuch* eine Liste der Dinge aufzustellen, die er bekämpft, zum Beispiel höhere Steuern, höhere Ausgaben für die Landesverteidigung, die Entwicklungshilfe und die Raketenforschung, und diese sodann als Programmpunkte der amerikanischen Kommunisten hinzustellen. Wie Welch behauptet, ist es deren erklärtes Ziel, Amerika mit angeblichen Maßnahmen zur Abwehr des Kommunismus dazu zu treiben, daß es sich bis zum völligen Bankrott verausgabt. Ein anderes Beispiel, an dem sich auch der Hang zur Bildung welthistorischer Legenden gut erkennen läßt, ist der

Film *Communism on the Map*, mit dem die Rechtsradikalen fast so viel Erfolg hatten wie mit *Operation Abolition* — auch ein Film, dessen Effekte auf die Tendenzen zum Verfolgungswahn abgestimmt sind*.

Communism on the Map beginnt mit einer Lenin in den Mund gelegten Formel, der zufolge sich die kommunistische Welteroberung in drei Phasen — Machtergreifung in Osteuropa, dann in Asien und schließlich in der Hochburg des Kapitalismus, in Amerika — abspielen und jeweils durch Unterwanderung von innen, nicht aber mit Waffengewalt von außen erreicht werden soll. Der Film folgt dem ersten Teil des *Blaubuches* der *John Birch Society* fast Wort für Wort und weist natürlich darauf hin, daß die Kommunisten seit den Zeiten Lenins bereits die beiden ersten Phasen dieses Planes durchmessen hätten, und zwar mit Hilfe der amerikanischen Regierung, die ihnen auch bei der Bewältigung der dritten Phase bereits erheblich geholfen habe. Bei dieser Darstellung werden selbst die harmlosesten Sachverhalte in der erstaunlichsten Weise in die fixen Ideen Welchs einbezogen, etwa, wenn behauptet wird, die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion durch Amerika im Jahre 1933 habe den Kommunismus vor dem sofortigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt, ihn seither genährt, und ihn während der Kriegspartnerschaft mit Amerika zu einer ausgesprochenen Weltmacht gemacht.

Die Anerkennung Rußlands wird natürlich kommunistischen Umtrieben im State Department zugeschrieben. Der zweite Weltkrieg ist sogar — laut Welch — zum Zweck der Kriegspartnerschaft mit dem zu unterwandernden Amerika von den Kommunisten entfacht worden. Die verblüffende Kreisförmigkeit der Logik geht auch aus folgenden Beispielen hervor: Viele Rechtsradikale sind heute fest davon überzeugt, daß die Russen keine Wasserstoffbombe besitzen und auch die von ihnen bereits zur Explosion gebrachten Atom-

* Der Film *Operation Abolition* zeigt lediglich die vom Repräsentantenausschuß für unamerikanische Umtriebe zum Verhör herbeigeholten Kommunistenführer, die lauthals protestieren und randalieren, die demonstrierenden Studenten und die San Franziskoer Polizei, die die Jugendlichen mit Wasserschläuchen und Brachialgewalt vertreibt. Selbst die geschickt hineingespielten Dokumente und der Kommentar von Fulton Lewis jun. überlassen es im Grunde genommen ganz den paranoiden Tendenzen der Beschauer, sich die Zusammenhänge einer Verschwörung einzubilden.

bomben keineswegs eigenen wissenschaftlichen Leistungen, sondern dem Verrat amerikanischer Atomgeheimnisse durch Leute wie Fuchs, Grünspan und Rosenberg verdanken. Welch nennt in *American Opinion* für 107 Länder der Erde jährliche Prozentzahlen, die den Grad der kommunistischen Infiltration angeben sollen. Da liest man zum Beispiel, daß Ägypten zu 80 bis 100 Prozent kommunistisch infiltriert ist. Sollte nun jemand einwenden, daß Nasser seine einheimischen Kommunisten doch hinter Schloß und Riegel hält, so würde ihm sicher entgegnet, dies diene nur der Täuschung ausländischer Beobachter. In den Vereinigten Staaten steht es mit 40 bis 60 Prozent auf Spitz und Knopf. Die Bundesrepublik und Frankreich sind mit je 30 bis 50 Prozent und Belgien, Italien und England mit je 50 bis 70 Prozent veranschlagt, wobei Welch sich wohl auf seinen „europäischen Experten" Schlamm verlassen hat, von dem er auch die Behauptung zitiert, die Kommunisten könnten mit ein paar Telephonanrufen ganz Westeuropa in die Tasche stecken.

Es scheint also auch, daß die Gefahr rechtsradikaler Einflußnahme auf die amerikanische Außenpolitik nicht so sehr darin besteht, daß sich unter dem rechten Flügel viele säbelrasselnde Militaristen befänden. Ganz im Gegenteil: die Rechte dringt oft und lautstark auf einen Abbau des Verteidigungsapparates – da die kommunistische Gefahr ja nur von innen drohe – in völliger Verkennung der Gegebenheiten des Kalten Krieges. Gefährlich ist sie einer rationalen Außenpolitik vielmehr deshalb, weil sie entweder der Urteilsfähigkeit vollständig ermangelt und die wesentlichen Tatsachen nur in krankhafter Verzerrung sieht oder gewissenlos die Tatsachen verfälscht, wenn dieses ihren unmittelbaren demagogischen Zwecken dient.

Zu dieser Erkenntnis gelangt man auch, wenn man das psychologische Zusammenspiel von Volksrednern und Publikum systematisch untersucht, wie das Leo Lowenthal und Norbert Guterman getan haben: Der Vulgäragitator macht sich nach den Forschungsergebnissen dieser beiden Autoren lediglich zum Mundstück der Gefühlseinstellungen und -reaktionen der Zuhörer, die an akuten Formen moderner Vereinsamung und dem Gefühl des Gescheitertseins leiden. Durch seine unseriöse Redeweise und seine indirekten Anklagen schafft er eine Stimmung, die es den Zuhörern ohne weiteres erlaubt, ihren von gesellschaftlichen Tabus unterdrückten Ressentiments, Haß- und Überlegenheitsgefühlen freien Lauf zu

lassen. Für die Außenpolitik bedeutet das inhaltlich ein ungereimtes Gemisch unartikulierbarer Vorurteile und unrealistischer Alternativen — wie die Devise des „Lieber tot als rot" und ihr Gegenstück —, die meist den Erfahrungen und Vorstellungen der Welt primärer persönlicher Beziehungen entstammen. So überträgt man etwa das gestörte Autoritätsverhältnis zwischen Vater und Kind in der Form einer Unfähigkeit, in Kategorien beschränkter Autorität oder begrenzter Macht zu denken, auf die internationale Machtpolitik, in der der Rechtsradikale dann nur noch zwischen politischer Allmacht und verwerflicher Ohnmacht seines Landes zu unterscheiden gewillt ist. Dazu kommt noch die Unfähigkeit der Rechten, unlösbare Probleme und beschränkte Ziele in der Politik hinzunehmen, die sich vor allem im Koreakrieg und im Kalten Krieg äußerte.

Obwohl die Äußerung sozialer Vorurteile und besonders des Rassenhasses in den Vereinigten Staaten verpönt ist und selbst die *John Birch Society* sorgfältig den Anschein antisemitischer und negerfeindlicher Tendenzen zu vermeiden sucht, ist es oft schwierig für den rechten Flügel, die Julius-Streicher-Typen und Fanatiker in den eigenen Reihen im Hintergrund zu halten und ihre eigenen Vorurteile nicht laut werden zu lassen. Oft kann man die Tendenz zum Gruppenhaß nur indirekt aus dem Lebenslauf der Führer oder aus den umständlichen Apologien aus rechtsradikaler Feder ablesen, in denen etwa das Gleichheitsdogma als Bestandteil verwerflicher demokratischer Ideologie oder gleich als kommunistisch verdammt wird. Zuweilen wird das Überlegenheitsgefühl auch durch die üblichen Vergleiche der hervorragendsten Vertreter der eigenen Nationalität, Rasse oder Kultur mit den niedrigsten Vertretern der anderen demonstriert, zum Beispiel durch eine Gegenüberstellung George Washingtons mit meuternden Kongosoldaten. Typisch ist auch die Behauptung, daß eine Innenpolitik der Mäßigung, des goldenen Mittelweges *(middle-of-the-road)*, den Ruin der Vereinigten Staaten zur Folge haben müsse, da sie „relativistisch", *wishy-washy*, ziellos und sogar unmoralisch sei, während es sich doch um „Alternativen wie Recht und Unrecht" handle. Trotz der Versuche, den Pferdefuß sozialer Vorurteile zu verdecken, zeigt er sich immer wieder selbst in den gehobensten Kreisen der Rechten. In den mittleren und unteren Schichten des rechten Flügels zumal gibt es wenig Hemmungen in dieser Beziehung. Da findet man Kommentare von David Lawrence in seinem *US News and World Report*, die allen

Ernstes die angeborene Minderwertigkeit der Farbigen zu beweisen suchen, scharfe Angriffe auf das Oberste Bundesgericht und seine sozialwissenschaftlichen Autoritäten – angeblich alles Kommunisten oder Prokommunisten – im Zusammenhang mit der Schulintegrationsentscheidung sowie die obligate Behauptung, die Unruhe in der Rassenfrage sei nur von den Kommunisten angezettelt worden, die angeblich auch hinter der *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP) stecken. Aus niederen Quellen, wie von Gerald L. K. Smith oder der Zeitschrift *Common Sense*, kommen bereits viel schärfere Töne; hier ergeht man sich in primitiven Gefühlsappellen und warnt mit kriminal- und sexualreißerischen Argumenten vor der Rassenvermischung, die angeblich die unvermeidliche Folge gemischter Schulklassen ist. Mit dem Antisemitismus ist es noch schlimmer, da sich der Haß gegen die Kommunisten, gegen Wall Street, die Farbigen und andere Minderheiten leicht dahingehend umdeuten läßt, daß hinter allem eine jüdische Verschwörung stehe.

Die offenbar aus tiefstem Herzen kommende Ablehnung der politischen Mäßigung, der vernunftbetonten Politik der Mitte, wie sie amerikanische Parteipolitiker in der großen Mehrheit schon um der pluralistischen Vielfalt der amerikanischen Gesellschaft willen betreiben müssen, deutet auf einen weiteren psychologisch interessanten Gesichtspunkt hin. Der Rechtsradikale ist wie ein ungezogenes Kind, das sich ungern mit dem vernünftigen älteren Bruder vergleichen läßt und buchstäblich die Vernunft selber hassen lernt. Daraus ergeben sich sowohl feindselige Kampagnen wider die Vernunft und ihre Vertreter als auch ein Kult der Irrationalität, der Führerverehrung und gar der Diktatur.

Von den Kampagnen der Rechten wider die Vernunft ist im Ausland wohl die Gesinnungsschnüffelei McCarthys am besten bekannt, die weit über die Notwendigkeiten des Verfassungsschutzes hinausging. Dabei ist es unter anderem sogar vorgekommen, daß die Schnüffler es einem Diplomaten als Zeichen unpatriotischer Neigungen auslegten, daß er im College Russisch gelernt hatte. Seither haben der Senatsausschuß für Innere Sicherheit, der Repräsentantenausschuß für unamerikanische Umtriebe und zahllose Ausschüsse ähnlicher Art der Volksvertretungen der Staaten die Methoden der McCarthy-Kampagne mit wesentlich geringeren Erfolgen nachgeahmt. Aber die Demagogik der Hexenjagd blieb, und

dazu kam auch noch die Weiterentwicklung der überflüssigen Loyalitätsproben und -eide, denen sich so ziemlich alle Beamten, Schullehrer, die Mitglieder der Lehrkörper an den meisten Hochschulen, die Regierungsstipendiaten unter den Studenten und die Belegschaftsangehörigen gewisser Betriebe unterziehen müssen.

Es gibt jedoch auch andere Kampagnen der Rechten, die in Europa wohl ihresgleichen suchen. Eine der eigentümlichsten und weitverbreitetsten ist der Kampf gegen die Fluorisierung des Trinkwassers, die von allen namhaften zahnärztlichen Vereinigungen und vom *Public Health Service* der amerikanischen Bundesregierung empfohlen und in vielen Städten auch eingeführt wurde, um den Zahnverfall aufzuhalten. Die äußerste Rechte trat dieser Maßnahme mit wohlorganisierten Kampagnen entgegen, wo sie nur konnte. Sie bestand auf örtlichen Volksabstimmungen und ging mit einem enormen Gebiß aus Gips, pseudowissenschaftlichen Anschauungstafeln und so grotesken Behauptungen zu Werke wie, das Millionstel der Fluorverbindung im Trinkwasser – „Rattengift im Trinkwasser" – verursache Gehirnerweichung und mürbe Knochen und der Plan zu dieser Aktion stamme natürlich wieder einmal von den Kommunisten, die dadurch die Bevölkerung für ihre Gehirnwäsche und Machtergreifung reifmachen wollten. Im Herbst 1960 stimmten dann 50 kleine Gemeinden über die Wasserfluorisierung ab, und in 45 von ihnen siegte die organisierte Unvernunft.

Da sich hier wie auch bei ähnlichen Kampagnen gegen Massenimpfungen, gegen die Milchpasteurisierung und die Benutzung von Aluminiumgeschirr immer wieder Mediziner und Dentisten fanden und finden, die ihre Autorität entgegen der Meinung nahezu aller Kollegen und Ärzteverbände den Agitationszwecken der Rechten leihen, erwerben bei solchen Gelegenheiten die sonst unterdrückten Ängste vor Vergiftung sowie die Ressentiments gegen die Vertechnisierung und Verwissenschaftlichung des menschlichen Lebens den Mantel der Respektabilität. Der enge Zusammenhang rechtsradikaler Vorstellungen mit den Stoffwechselfunktionen des menschlichen Körpers geht auch aus der Häufigkeit hervor, mit der man auf dem rechten Flügel körperliche und häusliche Reinlichkeit sprachlich mit den gesellschaftlichen Vorurteilen verquickt – wie bei dem sprichwörtlich „dreckigen Ausländer, Juden oder Neger" – sowie aus dem zahlenmäßig starken Auftreten in den Reihen der Rechten von Naturheilkundigen, Quacksalbern, Krebsheilern und

fanatischen Anhängern verschiedener Rohkost- und anderer Schulen vom Typ „der Mensch ist, was er ißt“.

Sehr aufschlußreich ist auch die außerordentliche Sorge der Rechten über die in der gegnerischen Presse so häufig geäußerten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit und geistigen Intaktheit vieler Vertreter des rechten Flügels. Fälle von Geisteskrankheit bei prominenten Persönlichkeiten der Rechten und die geheime Furcht anderer Rechtsradikaler, ihre politischen und persönlichen Feinde könnten ihr Gebaren als Vorwand benützen, um sie auf unabsehbare Zeit in eine Anstalt zu sperren, lassen dieses Thema bei der Rechten nicht zur Ruhe kommen. Die Rechte sieht ganz allgemein und folgerichtig in Psychiatrie und Psychoanalyse – und besonders in psychologischen Deutungen des Rechtsradikalismus wie Adornos Studie der „Authoritarian Personality“ – ein Teufelswerk, genauso wie die amerikanischen Kommunisten, die übrigens auch die Fluorisierung des Trinkwassers ablehnen. Die radikale Gesellschaftskritik der äußersten Rechten und Linken verträgt sich nicht mit wissenschaftlichen Methoden und Anschauungsweisen, die sich um die Deutung und Umwandlung des Beschauers anstatt des Beschauten bemühen. In diesem Sinne bäumte sich die Rechte auch gegen die Pläne der Bundesregierung und einzelner Staatsregierungen auf, die Geisteskrankenpflege mit staatlichen Mitteln zu fördern und auszubauen. Ein besonderes Objekt rechtsradikaler Ängste ist das Bundesgesetz vom Jahre 1956 über die Errichtung einer großen Anstalt für Geisteskranke im unterbevölkerten Alaska, in der die Rechte ein Sibirien für ihre energischsten Anhänger erblickt. Selbstverständlich vergessen die Rechtsradikalen auch hier nicht, Psychiatrie, Psychoanalyse und das staatliche Interesse an der Geisteskrankenpflege der „jüdisch-kommunistischen Weltverschwörung“ zuzuschreiben.

Unter ähnlichen Vorzeichen steht eine Reihe von Gefühlseinstellungen und „Gesellschaftsphilosophien“ primitiver Art, mit denen manche Rechtsradikale einem Kult des Geldes, des wirtschaftlichen Erfolges und der „natürlichen“, das heißt betont inegalitären Gesellschaftsordnung huldigen. Dazu wäre vor allem Ayn Rand mit ihren individual-anarchistischen Schriften und Romanen zu nennen, deren brutal-egoistische Lehren Tausende von Anhängern gefunden haben. Dazu gehören jedoch auch viele private Geschäftsleute, Angehörige freier Berufe und Kleinstadtkolumnisten, die über ihre Ergüsse gern ein goldenes Dollarzeichen setzen, um damit anzudeuten, was sie

für den einzig gültigen sozialen Wertmaßstab der menschlichen Gesellschaft halten. Von diesen Quellen, deren religiöse Betonung sehr verschieden ist — Ayn Rand ist eine militante Atheistin —, kommen viele Angriffe auf die sozialen Aspekte von Regierungsmaßnahmen wie die Sozialversicherung, die Bundeshilfe für Erziehung, der Ersatz von Slums durch sozialen Wohnungsbau, der kommunale Aufwand für gemeinnützige Zwecke, Naturschutz, Wasser- und Luftbereinigung und ähnliche Maßnahmen der öffentlichen Hand, durch die das Steueraufkommen der vermögenden Schichten allen in gleichem Maße zugute kommt. Im Gegensatz zu rechtsradikalen Klagen über die kollektivistischen, bürokratischen oder „verschwörerischen" Aspekte sozialer Maßnahmen greifen diese Vertreter der Rechten dabei vor allem das Motiv der christlichen oder humanen Nächstenliebe an, die nach Ayn Rand die größte Sünde ist. Auch der Antisemit Smith ereifert sich jedes Jahr wieder über die Woche der Brüderlichkeit zwischen Religionsgruppen und Rassen und schiebt sie den Kommunisten und den Juden in die Schuhe. Ein solcher Kainsstandpunkt spielt wahrscheinlich auch bei der Bekämpfung von Massenimpfungen und anderen Aktionen der öffentlichen Gesundheitsfürsorge sowie bei der Ablehnung des „luxuriösen" Aufwandes öffentlicher Schulen eine Rolle. Gute Gesundheit, schöne Zähne und eine gründliche Schulbildung sollen anscheinend ein Privileg der Reichen bleiben.

Die letzte Kategorie dieser Kampagnen wider die Vernunft richtet sich gegen die Intellektuellen — mit Ausnahme derer der Rechten —, die Universitäten und Colleges, die öffentlichen Schulen, die Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverleger und -redakteure, die *brain trusts* von Roosevelt und Kennedy sowie die Forschungs- und philantropischen Gesellschaften. Da diese geistigen Eliten häufig der alteingesessenen, anglophilen gesellschaftlichen Oberschicht des Nordostens entstammen, mischen sich in der rechtsradikalen Polemik oft allerlei nicht zusammengehörende Vorurteile. Da wird etwa der Antiintellektualismus mit den regionalen Ressentiments des Mittelwestens und Westens gegen den Osten Amerikas versetzt, der soziale Haß gegen die feinere Kultur und Lebensart der neuenglischen Patrizier hinzugefügt, ein Schuß außenpolitischer Vorurteile gegen die anglophilen Neigungen dieser Elite dazugegeben und das Ganze sodann mit dem Prügel antiliberaler Polemik in heftige Bewegung gebracht. So wetterte etwa William Buckley vor einigen

Jahren, daß Amerika nicht nur mit Castro, sondern auch mit der Harvard-Universität und ihrem „entnervenden Liberalismus" nicht fertigwerde. Nachdem sich der neue amerikanische Präsident Kennedy von den großen Universitäten einen eindrucksvollen Gehirntrust zusammengeholt hatte, fielen Hunderte von anderen Volksrednern und Publizisten der Rechten in die Tiraden gegen die Professoren von Harvard, Princeton und Berkeley – das einige als das Moskau des Westens bezeichnen –, ihr „verbogenes Denken" und ihren „atheistischen Liberalismus" ein. Auch Robert Welch läßt kaum eine Gelegenheit verstreichen, auf die „Harvardakzente" anzuspielen, „die man in der kommunistischen Partei höre". Das gleiche Vorurteil gilt der Presse und den Buchverlegern Amerikas, die angeklagt werden, dem Volk die Wahrheit in verschwörerischer Absicht vorzuenthalten. Am schlimmsten sind wohl die Kampagnen, die örtlich gegen die Volks- und höheren Schulen geführt werden. Diese Umtriebe zielen gewöhnlich auf die Diskreditierung von Lehrern und Schulverwaltungen hin und richten sich besonders gegen die Pläne zur Unterstützung des Erziehungswesens durch den Bund, die Abkehr von der autoritären Erziehungsweise und den „Luxusaufwand" für die Bauten, Lehrmittel und Lehrpläne moderner Schulen. Dazu gehören auch Aktionen zur „Reinigung von Schulbüchern von unamerikanischem Gedankengut", bei denen vor allem nach Buchstellen und Lehreraussprüchen gesucht wird, die die internationalen Organisationen positiv darstellen oder die bezweifeln, daß die heutige amerikanische Wirtschaft eine lupenrein kapitalistische ist. Schulen und Schulbücher sollen lediglich der patriotischen und christlichen Erziehung im rechtsradikalen Sinne dienen und zudem keine Steuern kosten. Da das amerikanische Erziehungswesen durch Elternbeiräte, Schulratwahlen und Schulsteuerabstimmungen weitgehend örtlicher demokratischer Kontrolle unterworfen ist, kann sich dieses Gebiet zu einer schwärenden Wunde am Körper einer lebendigen Demokratie entwickeln, die sich langsam aber sicher in das Vertrauen der Gemeinde gegenüber ihren Jugenderziehern hineinfrißt. Auch ein genereller Haß auf die Jugend, die als verdorben, halbstark, rebellisch usw. angesehen wird, spielt dabei oft eine Rolle.

Damit kommen wir zum letzten und vielleicht bedeutsamsten Merkmal der amerikanischen Rechten: dem heimlich oder offen geäußerten Drang zu diktatorischen Regierungsformen. In einer

schon so lange bestehenden Demokratie wie den Vereinigten Staaten finden es natürlich viele Rechtsradikale sehr unklug, die demokratische Gesellschaft und ihre Regierungsform anzugreifen. Andere wiederum mögen sich selbst nicht darüber im klaren sein, daß es letztlich die liberale Demokratie ist, die ihnen im Wege steht. Aber eine nicht unbedeutende Anzahl von Vertretern der Rechten erklärt ganz offen mit Robert Welch: „Die Demokratie ist ja nur eine täuschende Phrase, eine Waffe der Demagogie und ein dauernder Betrug", und ruft nach einer autoritären Ordnung. Selbst jene, die sich der völkischen Revolte gegen

> „die Leute mit gesellschaftlichem Stammbaum, die amerikanischen Vornehmen, die kulturell Arrivierten und Akzeptierten, die pompösen Diplomaten in gestreiften Hosen und mit dem verlogenen britischen Akzent, die verbrieft feinen Herren und Gelehrten"

anschließen, legen einen majoritär-demokratischen Stil an den Tag, der bestenfalls zu einer Tyrannei der Mehrheit über Minderheiten aller Art führen kann. Dazu kommt auch die offen eingestandene Vorliebe vieler Rechtsradikaler für Franco, den ermordeten dominikanischen Diktator Trujillo, früher auch für Hitler und Mussolini sowie für weniger bekannte südamerikanische Diktatoren. Auch machen viele Vertreter der Rechten kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen die bürgerlichen Freiheiten, die nach Welch lediglich ein Propagandaslogan der Kommunisten zur Aufwiegelung des Südens sind. Das gleiche gilt auch für das Naturrecht, das der rechte Flügel nie in der Form der angeborenen Rechte der Unabhängigkeitserklärung von 1776 anerkennt, obwohl er oft von den grundsätzlichen Rechten des Menschen gegenüber der Staatsgewalt spricht. Schließlich wäre die Unduldsamkeit der Rechten gegenüber parlamentarischen Regeln und Körperschaften, Parteien und Wahlen zu erwähnen. Einerseits ist die Rechte schon für eine Kräftigung des Kongresses gegenüber der Exekutive eingetreten. Andererseits aber hält zum Beispiel Welch den Kongreß für kommunistisch unterwandert und selbst seine antikommunistischen Untersuchungsausschüsse für hilflos und schwach. Auch hat sich die Rechte immer wieder eingebildet, es gäbe für ihre Vertreter eine latente Mehrheit im Volk, und ihre immer neue Enttäuschung bei den Vorwahlen und Wahlen in den geographischen Schwerpunkten des rechten Flügels mehrt ihr Mißtrauen gegenüber Parteien und Wahlen.

VIERTES KAPITEL

Überwindung des Vorurteils

Das Rassenvorurteil, mag es auch noch so wohlverborgen sein, ist die Achillesferse der rechtsradikalen Neigungen des einzelnen wie des Volkes. Die Rassentrenner und Vertreter der amerikanischen Rechten wissen das seit langem und benützen es auch bedenkenlos gegen Einwendungen des demokratischen Gewissens. Die Frage: „Möchten Sie denn, daß Ihre Tochter einen Neger heiratet?" gilt als die publikumswirksamste Einwendung sowohl gegen die Integration von Kindergärten und Schulen als auch gegen Versuche, Gettoschranken und Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Wohlfahrt und im Wahlrecht zu mildern. Schon der Sklavenbefreier Abraham Lincoln wandte sich vergebens gegen die Unlogik dieses Ansinnens mit den zornigen Worten: „Muß ich denn eine farbige Frau heiraten wollen, nur weil ich sie nicht als Sklavin haben will?" Und Liberale ohne Zahl haben sich seither gegen diesen Gürtelschlag – oft noch weit unanständiger formuliert – gleichfalls mit dem Argument gewehrt, das eine führe doch gar nicht zum anderen und man lebe doch überhaupt nicht in einer Gesellschaft, in der es üblich sei, den Frauen vorzuschreiben, wen sie heiraten dürften und wen nicht*. Die Möglichkeit der Mischehe bleibt jedoch ein wunder Punkt – gleichgültig, ob ein Liberaler davor zurückschreckt oder darin eine Gewissenssache erblickt, die niemanden etwas angeht –, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil auch der Liberalste es innerlich ablehnt, das Glück seiner Kinder der Perversität und Bosheit von Rassenfanatikern ausgesetzt zu wissen.

Der amerikanische Mutterwitz hat längst auch dieser dornigen Frage eine humorvolle Seite abgewonnen und sie auf alle möglichen Gruppen angewandt. „Sie möchten doch nicht, daß Ihre Tochter einen Immobilienhändler heiratet, oder?" fragten liberale Kalifornier

* Ein derartiges Verbot entspricht jedoch durchaus den bekannten antifeministischen Neigungen von Rassisten in aller Welt.

1964, als der kalifornische Immobilienhändlerverband mit südstaatlicher Finanzhilfe die kalifornischen *Fair-Housing*-Gesetze in einer Volksabstimmungskampagne zu Fall brachte. Andere wandten die Frage auf die Goldwater-Anhänger oder die Rassentrenner an. Auch die stereotype Entgegnung von Leuten, die des Vorurteils bezichtigt werden: „Ich ein Vorurteil haben? Einige meiner besten Freunde sind Neger (oder Juden, oder Halbstarke)", wird oft durch Zweckentfremdung lächerlich gemacht.

Doch der Humor soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um den Angelpunkt zwischen Rassenvorurteil und Diktatur dreht. Wer ernsthaft auf seinen Rassenvorurteilen besteht, kann nicht umhin, diktatorische Maßnahmen zur Unterdrückung der zum Feind erklärten Volksgruppe gutzuheißen. Besonders seit dem Beginn der gegenwärtigen Bürgerrechtsbewegung, da die Farbigen alle Mittel der Demokratie und freiheitlichen Gesellschaft dazu benutzen, ihr gutes Recht auf gleiche Arbeits-, Wohn- und Erziehungschancen mit Nachdruck zu verlangen, kann nur eine faschistische Diktatur mit oder ohne Konzentrationslagern sie davon abhalten. Zum Auswandern haben sie keine Lust, denn sie kamen nicht nur unfreiwillig, sondern leben auch schon länger in Amerika als die meisten Amerikaner*. Es bleiben also nur die Integration und die Überwindung von Vorurteilen, wenn es auch schwerfällt. Und der Versuch des rechten Flügels, die Integration der biologischen Rassenvermischung gleichzusetzen, um damit allerlei geheime sexuelle Ängste und das Gesellschaftstabu gegen die Mischehe aufzuwühlen, darf nicht über die konkreten Einzelprobleme hinwegtäuschen, deren Lösung ohnehin herzlich wenig mit diesen Ängsten zu tun hat. Vorurteile können nur überwunden werden, indem man ihre tieferen psychologischen Hintergründe gründlich untersucht und versteht. Der Anfang allen menschlichen Verstehens liegt darin, daß man sich in die Lage des anderen versetzt. „Ich möchte mich doch mit gar niemandem vermischen", antwortete ein farbiger Traktorfahrer in Mississippi den Meinungsforschern, „ich will nur nicht wie ein Stück Vieh behandelt werden." Über neunzig Prozent der in einer Gegend Chikagos befragten schwarzen Gettobewohner verneinten kopfschüttelnd jede Absicht, Weiße zu heiraten. Was sich die verrückten Weißen nur einbilden, dachten sie offenbar.

* Das erste Sklavenschiff erreichte Virginia ein Jahr vor der Ankunft der *Mayflower* im Norden, nämlich im Jahre 1619.

Was ist Vorurteil?

Wenn man versucht, das amerikanische Farbigenproblem in den breiteren Rahmen psychologischer Untersuchungen des Vorurteils einzuordnen, kann man kaum umhin, das universale Auftreten ähnlicher Erscheinungen zu erwähnen. Auch die Engländer und sogar zum Teil die Franzosen haben heute farbige Minderheiten, die sich oft über Diskriminierung beklagen. In der Südafrikanischen Union und in Südrhodesien hat der Eigensinn der Weißen ein Pulverfaß geschaffen, dessen Entzündung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. In vielen Entwicklungsländern von Ostafrika bis Ostasien bestehen akute Spannungen zwischen äußerlich so verschiedenen Gruppen, daß man den von der Wissenschaft umstrittenen Begriff Rasse auf sie anwenden kann. Hinzu kommen schließlich die unerschöpflichen Kapitel des Völkerhasses und -vorurteils im Zeitalter des Nationalismus und die endlose Liste mehr oder weniger diskriminierter nationaler, religiöser und anderer Gruppenminderheiten, einschließlich asozialer Elemente und der eines Kapitalverbrechens Angeklagten, in fast allen Ländern der Erde. Der Schutz der Rechte des Angeklagten gegenüber der gesellschaftlichen Neigung, ihm auch ohne Beweis zuzuschreiben, was man selber unbewußt gern begangen hätte, ist bekanntlich ein alter Prüfstein liberaler Zivilisation. Hier kann man zwar nicht von Rasse sprechen, findet aber doch ganz ähnliche Beziehungen der Feindschaft, des Hasses, der Projektion unliebsamer Eigenschaften und der Diskriminierung. Schließlich sind sich ja auch die äußerlich verschiedenen „Menschenrassen" der Welt im Verhalten so ähnlich — in ihrer Fähigkeit zu Kulturleistungen wie auch in der Dummheit und Brutalität gegenüber ihren eigenen Genossen —, daß wenig Anlaß besteht, zwischen Gruppen-, Völker- und Rassenhaß einschneidende Unterschiede zu vermuten.

Damit sind wir bei der Frage angelangt, wodurch sich denn die Farbigenfrage in Amerika und zugleich auch der Antisemitismus unter all den Minderheitsfragen so stark hervorheben. Vollständig ist diese Frage noch nie beantwortet worden, obwohl die zahlreichen Einzeluntersuchungen allein in den Vereinigten Staaten bereits weitgehend die Schleier von den phantastischen Rassenlehren der letzten hundert Jahre gerissen haben. Am naheliegendsten ist natürlich die Antwort, daß es eben die „Rassenunterschiede" seien,

die vor allem die Farbigen im Gegensatz zu so vielen anderen Minderheiten, die nach ihnen in die neue Welt einwanderten, davon abgehalten hätten, in dem berühmten Schmelztiegel der amerikanischen Gesellschaft eingeschmolzen zu werden. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß diese Einschmelzung meist eher eine Akzeptierung auf pluralistischer Basis ist, wobei der kulturelle und volksmäßige Charakter der verschiedenen Gruppen oft teilweise gewahrt bleibt. Zudem ist die sogenannte Negerrasse in den Vereinigten Staaten den meisten Schätzungen nach zu mindestens 70 Prozent mit weißem Erbgut vermischt; was natürlich auch wieder beweist, wie wenig die angeblichen Rasseninstinkte, vor allem der weißen Männer, sie davon abgehalten haben, ihre Sklavinnen und später die weiblichen Mitglieder der farbigen Kaste sexuell auszunützen. Aus diesem Grund und auch wegen der unterschiedlichen Herkunft der Sklaven von den verschiedensten afrikanischen Stämmen gibt es so zahlreiche Hautschattierungen; laut Schätzung verschwinden pro Jahr zwischen 2000 und 30 000 Farbige in der angeblich „weißen Rasse". Der in Europa behauptete Rassencharakter des jüdischen Volkes schließlich ist so phantastischer Natur, daß er an Unwirklichkeit nur noch von dem ihm entgegengesetzten Phantasiegebilde der „arischen Rasse" übertroffen wird.

Wo die pseudobiologischen und anthropologischen Folgerungen versagen, scheint die Geschichtswissenschaft eine Antwort zu bieten: Die Farbigen Amerikas erleiden eine kastenähnliche Diskriminierung, weil man sich ihrer als Sklaven erinnert. Die Juden werden gehaßt und verfolgt, weil sie schon seit jeher als Minderheit in der Diaspora Verfolgung erdulden mußten. Die Erinnerungen — die Historiker behaupten wenigstens nicht, daß ihre Erklärungen eine exakte Naturwissenschaft widerspiegeln — sondern diese Minderheiten von den anderen ab und setzen sie als Sündenböcke den Angriffen labiler Elemente der Gesellschaft aus. Diese Formulierung scheint doch den Kern der Sache bereits anzudeuten, indem sie das Augenmerk von den Opfern ab und auf die Diskriminierung und Verfolgung, damit aber auch auf jene hinlenkt, die da hassen und verfolgen. Historische Erklärungen laufen Gefahr, in dieselbe Fallgrube zu stolpern wie die Rassenphilosophien, nämlich in die des Wunschdenkens, des zielenden Denkens, hinter dem sich nur allzu oft Wahnvorstellungen, krasser Egoismus oder auch erbärmliche menschliche Schwäche verbergen können. Ein typisches Beispiel für

eine vom Vorurteil verzerrte Geschichtsschreibung ist die oben erwähnte Vulgärversion der Geschichte des amerikanischen Südens seit dem Bürgerkrieg, die jahrzehntelang von Gelehrten für wahr gehalten wurde. Vorurteil und Schuldgefühle wegen der gewalttätigen, rassistischen Unterdrückung der Farbigen nach drei bis vier Jahrzehnten der Freiheit veranlaßten eine Umdeutung, der zufolge es weder die Freiheitsperiode noch die rassistische Unterdrückungswelle gab, sondern nur eine kontinuierliche, wenn auch langsame Entwicklung vom Sklavenleben zum Kastendasein, und beides natürlich auf Grund der „rassischen Minderwertigkeit". Auch in Deutschland begegnet man mitunter schon Geschichtsdeutungen, die die nationalsozialistische Judenverfolgung als Reaktion auf die Emanzipation oder als Integrationsschwierigkeit darstellen, um damit den Eindruck einer rassistischen Revolution nach so vielen Jahrzehnten jüdischer Freiheit und Mitbürgerschaft schamhaft zu verdecken.

Selbst von der Logik her ist Vorurteil gar nicht so einfach zu fassen. Im allgemeinen sind Gruppenvorurteile – das heißt Übelwollen ohne Grund oder weit über berechtigte Gegnerschaft hinaus – äußerst eng mit normalen Denkvorgängen, normalem Handeln und Sprachgebrauch verbunden, und es ist auch nicht immer klar, wo das von Kultur oder volkstümlichem Brauch bestimmte Handeln aufhört und das persönliche Vorurteil beginnt. Auch die wohlwollendsten Menschen neigen zu kategorischen Urteilen und Verallgemeinerungen, ohne die man im täglichen Leben und vor allem in der Politik kaum auskommt. Man begegnet wirklichem Vorurteilsdenken erst, wenn man auf den übelwollenden Charakter der Verallgemeinerung bei gleichbleibendem Objekt achtgibt und dabei offensichtliche, schwere Fehlurteile beobachtet, mit denen auch die harmlosesten und wohlgesinntesten Vertreter der betreffenden Minderheit über denselben Bosheitskamm der Verallgemeinerung geschoren werden. Hier entfaltet sich sodann die Skala der Vorurteilshandlungen – vom gewohnheitsmäßigen negerfeindlichen oder antisemitischen Gerede, wo allein schon viele Schattierungen vom gelegentlichen dummen Witz zum kompulsiven, unzusammenhängenden Haßgestammel verschiedene Typen andeuten, über die diskriminierende Handlung, den Boykott oder Ausschluß aus normalen Gemeinschaftsbeziehungen bis zum brachialen Angriff, zu Ausschreitungen, zur Lynchjustiz und schließlich zum Pogrom oder gar

zum rechtlich sanktionierten und staatlich ausgeführten Völkermord. Der Übergang vom einen zum anderen ist zwar keineswegs automatisch und stößt im allgemeinen auf Widerstand und Gewissensschranken, die etwa einen dummen Witzemacher vor Diskriminierungsakten oder gar vor Gewalt zurückscheuen lassen und selbst den Nürnberger Angeklagten angesichts der Konzentrationslagerfilme heftige Dementis entlockten. Aber der Zusammenhang besteht zweifellos, und ein weitverästeltes Vorurteilssystem mag aktivistischen Führungsgruppen durchaus dazu genügen, im Namen eines vom Vorurteil teilweise vergifteten Volkes die schrecklichsten „Endlösungen" anzustreben. Selbst in einem so bewußt in Gruppenpluralismus und Toleranz geschulten Land wie den Vereinigten Staaten stellt die Meinungsforschung immer wieder fest, daß bis zu 50 Prozent der Bevölkerung nicht ganz frei von antisemitischen Einstellungen sind. Wie hoch muß dieser Prozentsatz erst im späten Weimardeutschland gewesen sein oder heute in der Bundesrepublik, wo die intensive Toleranzschulung der Amerikaner fehlt und die Gegenkräfte weit schwächer sind? Hitler und seine Helfer wußten anscheinend ziemlich genau, wieviel Vorurteil aller Schattierungen in Deutschland vorhanden war, und wie man Schritt für Schritt vorsichtig die verschiedenen Schichten der Vorurteilsträger in immer größere Konzessionen an das Unrecht verwickeln konnte, bis schließlich selbst die vollkommen Vorurteilsfreien, die Emigranten, die Frauen und Kinder und selbst die Opfer sich irgendwie für seinen Aufstieg und die schrecklichen Folgen verantwortlich fühlten.

In diesem Zusammenhang ist es naturgemäß nicht leicht, die individuellen und die kollektiven Bestandteile des Vorurteilssystems voneinander zu trennen. Es hängen nicht nur die Persönlichkeit des einzelnen und der Volkscharakter weitgehend voneinander ab, sondern man begegnet auch immer wieder Rechtfertigungstendenzen, die darauf abzielen, getreu der Vorurteilsmanier die unliebsamen Eigenschaften entweder von sich auf eine Minderheit von Vorurteilsbefangenen oder auf den verteufelten Volkscharakter abzuwälzen. Die vorurteilsbefangene Persönlichkeit – etwas irreführend auch die „autoritäre" Persönlichkeit genannt, – ist bekanntlich von der Sozialforschung bereits ziemlich erschöpfend untersucht worden, so daß man sich hier wohl mit der Aufzählung der festgestellten Eigenschaften begnügen darf. Die Erforschung vorurteilsbegünstigender Züge in bestimmten Kulturen und unter bestimmten Völkern

liegt dagegen noch sehr im argen, von polemischen Behandlungen abgesehen. Auch die Wechselwirkung zwischen Einzelmenschen und Kollektiv ist ebenso wie die Frage, welche Umstände die Vorurteilsbildung begünstigen, noch wenig erforscht.

Der vorurteilsbefangene Persönlichkeitstyp, zumindest in der amerikanischen und europäischen gesellschaftlichen Umwelt, ist durch die Untersuchungen von T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswick, S. A. Stouffer, B. Bettelheim, M. Janowitz, G. und W. Allport, R. N. Sanford und vieler anderer ganz klar herausgeschält worden. Soweit man die hervorstechenden Eigenschaften alle auf einen Typ reduzieren kann, bildet er sich anscheinend in drei Altersstufen. In den ersten fünf oder sechs Lebensjahren scheinen die Kinder nicht imstande zu sein, sich Vorurteile zu bilden, obwohl sie die Feindseligkeit in Schimpfnamen wie „nigger" durchaus vermerken. Viele Psychologen Amerikas sind bekanntlich auch der Ansicht, daß eine lieblose, autoritäre Erziehungsweise das abhängige Kind entscheidend beinflussen kann, indem sie ihm die zur vollen Entwicklung nötige Selbstsicherheit und bedingungslose Elternliebe verweigert. Die zweite Stufe reicht vom etwa neunten oder zehnten Lebensjahr in die volle Pubertät hinein und wird von der Übernahme schwarzweißer Unterscheidungskategorien zwischen der eigenen „Innengruppe" — Familie, Freunde, Vaterland — und beliebigen „Außengruppen" — Minderheiten, Kapitalverbrechern, dem Ausland usw. — gekennzeichnet. Die Verwerfung der Außengruppen ist so kategorisch, daß das vorurteilsbefangene Kind kein einziges „gutes Haar" und nicht eine lobenswerte Eigenschaft an dem vermeintlichen Feind läßt. Auf der dritten Stufe mildert der vorurteilsbefangene Mensch die kategorische Verwerfung, indem er etwa den Farbigen eine stereotype Musikalität oder den Juden Intelligenz zubilligt oder einzelne Mitglieder der Außengruppe von der Verwerfung ausnimmt. Aber die befangene Grundeinstellung bleibt und wird sogar noch erheblich durch die nun einsetzenden Sorgen um Arbeitsplatz, gesellschaftliches Prestige, Anziehungskraft auf das andere Geschlecht und Konformität verstärkt.

Der ausgewachsene Vorurteilstyp weist in entsprechenden Schattierungen die folgenden Schwächen auf:

1. Seine allgemeine Wahrnehmungsfähigkeit ist erheblich beeinträchtigt. Das gilt nicht nur für die Verzerrungen der Wahrnehmung, die sein Vorurteil herbeiführt, sondern auch besonders

ders für seine menschlichen Kontakte im Alltagsleben. Es mangelt ihm an der primitivsten Einsicht und dem geringsten Einfühlungsvermögen in die Ansichten und Gefühle anderer, und er erlebt daher leicht Enttäuschungen drastischer Art, die wiederum seine Ängste und seine Entfremdung von der Umwelt verstärken. Er tendiert dahin, nicht nur Menschen, sondern auch Dinge in Stereotypen zu sehen, und ordnet daher seine tatsächlichen Wahrnehmungen gern stereotypen Formen oder Ideen unter. In der Erinnerung wird rigoros vergessen, was nicht in den vorgefaßten Begriff paßt. Schließlich erwartet er oft seine eigene Geistesverfassung und seine eigenen Vorurteile bei anderen, deren abweichende Ansichten er kaum wahrzunehmen imstande ist.

2. Er besitzt ein chaotisches Lebensgefühl und leidet an tiefer Entfremdung von seiner Umwelt. Dies äußert sich sowohl in seiner „extropunitiven" Neigung, die Schuld für sein Schicksal und alles, was vor sich geht, immer außerhalb und bei anderen, nie aber bei sich selbst zu suchen, als auch in seinem unersättlichen Bedürfnis nach Ordnung, Bestimmtheit und Autorität. In der rasch wechselnden amerikanischen Gesellschaft drückt sich dieses Bedürfnis u. a. durch oberflächliche, wenn auch lautstarke Anhänglichkeit an Kirchen, Traditionen, vaterländische Symbole und gesellschaftliche Konventionen aus.

3. Er ist auch von einer erstaunlich ambivalenten Einstellung gegenüber den Eltern und anderen Autoritätssymbolen, die er unbewußt haßt, während er ihnen bedingungslos Treue und Liebe schwört. Dies führt unter Umständen zu einer Bewußtseinsspaltung, in der sich die Haß- und Liebesprojektionen mit einer Heftigkeit dissoziieren, die George Orwells Roman *1984* Ehre machen würde. Politisch gesehen, bedeutet dies oft, daß sich das dem Führer gezollte Hosianna schlagartig in aggressive Verachtung umwandeln kann, oder auch, daß man die Verfassung oder Tradition laut preist, während man sie in Wirklichkeit revolutionieren möchte; oder auch, daß man den legitimen Autoritäten in Kirche, Staat, Partei und Kulturwesen ein unerschöpfliches Mißtrauen entgegenbringt und sie sogar dauernd des Verrats bezichtigt, während man jedem beliebigen Demagogen unbegrenztes Vertrauen schenkt.

4. Schließlich kennzeichnet die vorurteilsbefangene Person auch ein eigentümlicher, steifer Moralismus, in dem sich die Verkrampfung der gesamten Persönlichkeit um die zugrunde liegende Charakterschwäche widerspiegelt. Während tolerante Menschen ihre eigenen Schwächen und gelegentlichen Verfehlungen ohne bleibende Gewissensbisse akzeptieren und dergleichen auch anderen nicht lange übelnehmen, sind die Befangenen von einem kompulsiven Drang nach Reinlichkeit, guten Manieren und tadellosen gesellschaftlichen Umgangsformen besessen. Ein Fauxpas wird nie vergeben. Alle Fragen werden moralisiert und als unausweichliche Gegenüberstellung von Gut und Böse, Stärke und Schwäche oder Patriotismus und Landesverrat angesehen. Dabei haben jedoch die Untersuchungen dieser Typen immer wieder eine scharfe Scheidung zwischen dem übertrieben ordentlichen, moralistischen Oberbewußtsein und einem Unterbewußtsein voller chaotischer, zerstörerischer Triebe ergeben.

Aus diesen Forschungsergebnissen über die vorurteilsbefangene Persönlichkeit ergibt sich ein Gesamtbild, von dem man sowohl Hypothesen über die Ursachen und die Verhütung starker Vorurteile als auch über die politische Bedeutung dieser psychologischen Erkenntnisse ableiten kann. Die von Sigmund Freud und John Dewey beeinflußten amerikanischen Psychologen hatten durch ihr Interesse an fortschrittlicher Kindererziehung *(permissive education)* einen starken Ansporn, die Ursachen der Vorurteilsbildung in den frühen Kinderjahren zu suchen. Es trifft auch wahrscheinlich oft zu, daß seelisch verkrüppelte Eltern ihren Kindern ein verkrüppeltes Gefühlsklima im Elternhaus und womöglich auch die Anlagen zur Verbildung mitgeben. Inwieweit die Freudschen Ödipustheorien jedoch hier Anwendung finden können, ist, obwohl es plausibel scheint, schwer nachzuweisen, wenn auch die starken antifeministischen Neigungen und die Pseudoromantik vieler bekannter Rassisten einen psychologisch überzeugenden Beweis zu liefern scheinen. Es wäre eher noch zu vermuten, daß die zweite Altersstufe, die Jahre unmittelbar vor und während des Einsetzens der Pubertät, die große Hürde des Heranreifens ist, an der ein gewisser Prozentsatz scheitert. Daraus ließen sich die erwähnten Eigenschaften der Vorurteilsbefangenen noch überzeugender ableiten als aus dem Geisteszustand eines verschüchterten Kleinkindes. Die häufige sexuelle

Abartigkeit, die Angst vor farbigen, südländischen oder jüdischen Rivalen des gleichen Geschlechts, die unvollkommene Individuation, das Schwanken zwischen kindlichem Gehorsam und heftigem Aufstand gegenüber den Eltern und der vorgegebenen Moral und nicht zuletzt die Selbstentfremdung und beeinträchtigte Wahrnehmungsfähigkeit könnten doch sicher ebenso den inneren Konflikten der Pubertät entstammen wie den Bedrückungen der Kinderstube. Sollten diese Merkmale ihren Ursprung tatsächlich in einer unbewältigten Pubertät haben, so ließen sich daraus auch die allgemeine Verkrampfung, die Neigung zu autistischem, das heißt nicht zweckorientiertem Denken, die defensive Haltung gegenüber allgemein menschlichen Fragen und besonders die Projektion schimpflicher oder unterdrückter eigener Charakterzüge auf „minderwertige Rassen" erklären. In den Vereinigten Staaten schreibt zum Beispiel der Stereotyp des Vorurteils gegen die Farbigen diesem dunklen *alter ego* der Weißen alle die Eigenschaften zu, die ein im Zwiespalt der psycho-sexuellen Entwicklung begriffener junger Mensch in sich unterdrücken mag, wie etwa tierhafte Sinnlichkeit, sexuelle Gelüste, körperliche Unreinheit, Faulheit und Impulsivität. Der antisemitische Stereotyp in Amerika wiederum spiegelt eher die romantischen Träume von Macht, Verschwörung und Reichtum wider. In Europa richten sich bekanntlich beide Projektionen auf die Juden, die von den Antisemiten ohne Rücksicht auf den offensichtlichen Widerspruch zugleich als „Untermenschen" und als die geheimen Herrscher der Welt dargestellt werden.

Ob das Vorurteil nun aus der Erziehungsweise der Kinderjahre, „aus der Ödipusphase" oder aus der unbewältigten Pubertät stammt — seine Natur im Einzelmenschen läßt anscheinend große Dosierungsunterschiede zu, wie oben erwähnt. Und es kommt nicht selten vor, daß ein Mensch nach Jahren offenbar normalen Handelns sich unter dem Eindruck persönlicher Krisen oder im Zuge seines allgemeinen geistigen Niederganges den unter der ordentlichen Oberfläche schlummernden chaotischen Kräften des Vorurteils überantwortet. Bekanntlich steckt in uns allen zumindest eine Strähne des Irrsinns, und die berühmten amerikanischen Psychiater Karl und William Menninger behaupten sogar, daß so ziemlich alle Menschen zeitweilig die milderen Stufen der Geistesgestörtheit durchlaufen*.

* Zum Unterschied von den phantasievollen Namen verschiedener Geisteskrankheiten sprechen die Begründer der Menninger-Klinik nur von

Zuletzt sei hier auch noch der politische Affekt der Vorurteilsbefangenheit erwähnt, der den Hochbefangenen in besonderem Maße dazu zu treiben scheint, das Unrecht in seinem eigenen Herzen zum Recht des ganzen Volkes zu machen, wie das etwa in der Form der Nürnberger Gesetze, der südafrikanischen Apartheid oder der amerikanischen Jim-Crow-Gesetze der Rassentrennung geschah. Man kann dies aus dem Einsatz des Moralismus des Oberbewußtseins für die Vorurteilskräfte des chaotischen Unterbewußtseins erklären. Darin liegt vielleicht auch ein Ansporn zum Totalitarismus. Sind die Gesetze einmal erlassen oder ist der antisemitische Führer an der Macht, dann klammert sich natürlich der Moralismus der Befangenen mit eiserner Beharrlichkeit an die Legalität, wie man das auch jetzt im Süden der Vereinigten Staaten sehen kann. Und das politische Verständnis zumindest der Anführer von Rassenhaßbewegungen scheint keineswegs an den von der Sozialforschung festgestellten Beeinträchtigungen des Wahrnehmungsvermögens zu leiden.

Dies bringt uns zu den Erscheinungsformen des Vorurteils im Kollektiv. In diesem Zusammenhang muß es wohl der Völker-, Kultur- und Sozialpsychologie überlassen bleiben, zu erklären, warum etwa die Völker Nord-, Nordwest- und Mitteleuropas so erheblich mehr an Vorurteilen gegen andere „Rassen" zu leiden scheinen als die romanischen Völker Europas, deren Kolonialgeschichte der Herrenrassengedanke und die Rassentrennung, wenn auch nicht die Sklaverei, fremd sind. Wahrscheinlich besteht hier ein Zusammenhang mit der Machtbesessenheit, dem Ehrgeiz und den hohen Ansprüchen, durch die die nördlicheren Völker die schwächeren Begabungen unter ihrer Jugend von klein auf in schwere seelische Bedräng-

Stufen derselben Krankheit, deren mildeste von Nervosität gekennzeichnet wird. Die zweite Stufe ist hier besonders bedeutsam, da sie von irrationalem, schockierendem Verhalten gekennzeichnet ist, dessen Funktion es ist, große innere Spannungen abzureagieren und durch die Schaffung einer Art Aktionseinheit der Persönlichkeitsstruktur einen Nervenzusammenbruch zu verhindern. Dazu könnte man etwa halbstarkes Rowdytum, gewisse Verbrechen, Hang zur Trunkenheit und auch den Rassen- und Gruppenhaß in seinen lautstärkeren Formen zählen. Die dritte Stufe besteht bereits aus Gewalttaten, oft unter Unzurechnungsfähigkeit, immer unter der Voraussetzung weitgehender Weltentfremdung begangen. Die letzte Stufe (nach dem Zusammenbruch) führt zur Aufgabe des Lebenswillens, zum Selbstmord, was den Leser an Emile Durkheims Anomiebegriff erinnern mag.

nis bringen und womöglich gar verkrüppeln, während man in Südeuropa das schwache Kind vor den Härten des Lebens schützt. Wenn der maßlose Ehrgeiz dann die vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten überschreitet, beginnt der Persönlichkeitszerfall.

Aber hier sollen uns vor allem die verschiedenen äußeren Einflüsse und zeitweiligen Zustände beschäftigen, die dem Vorurteil überall Vorschub leisten und es unter günstigen (oder vielmehr unheilvollen) Umständen bis zum kollektiven Wahnsinn steigern können. Der amerikanische Psychologe G. W. Allport beschreibt die Vorbedingungen einer solchen Steigerung zum Pogrom, zum Rassenaufruhr oder zum Völkermord etwa folgendermaßen:

1. Die Stereotypisierung der Minderheitengruppe muß so lange vor sich gegangen sein, daß die Mehrheit sich die Mitglieder der Minderheit nicht mehr als Einzelmenschen vorzustellen vermag, die gut oder böse sein können.
2. Gewohnheitsmäßiges Mißtrauen und hetzerische Bemerkungen müssen längst allgemein akzeptiert sein.
3. Es muß die Diskriminierung, womöglich in Form von Gesetzen oder mit offizieller Ermutigung oder Duldung, zur Gewohnheit geworden sein.
4. Erheblicher Druck in Form von Wirtschaftskrisen, dauernder Armut oder außenpolitischer Beunruhigung muß auf dem Volk lasten.
5. Es muß ein explosives Klima der Ungeduld und des Irrationalismus vorliegen, das der Erklärungen intellektueller oder offizieller Kreise herzlich müde ist.
6. Wohlorganisierte Aktionsgruppen, wie etwa die Nationalsozialisten oder der Ku-Klux-Klan, müssen die gewalttätigeren Elemente anziehen, so daß sich in dieser Gemeinschaft die Gemüter gegenseitig moralisch unterstützen. Auch der Mob auf der Straße kann zeitweilig dazu dienen.
7. Ein tatsächlicher Zwischenfall oder wilde Gerüchte von angeblichen Drohungen oder Gewalttaten der Minderheit lösen die Explosionen aus, ob Pogrom, Lynchmord oder rassisch motivierten Aufruhr.
8. Im Augenblick der gewalttätigen Explosion feuert wiederum das Beispiel der Brutalität des einen den anderen an.

Unter den das Vorurteil begünstigenden Faktoren nimmt zweifellos der Nationalismus eine wichtige Rolle ein. Einesteils stellt die

Nation eine der wichtigsten „Innengruppen" dar, deren Einigung aus den ursprünglichen regionalen und örtlichen Gemeinschaften ein äußerst umwälzender Vorgang ist und naturgemäß Entscheidungen darüber miteinschließt, wer „dazugehört" und wer ausgeschlossen werden soll. Andernteils spielen dabei erfahrungsgemäß auch „Außengruppen" sowohl in Gestalt feindseliger oder rivalisierender Großmächte als auch in Gestalt angeblich „drohender" Minderheitengruppen als Katalysatoren der Einigung eine bedeutende Rolle. Diese Vorgänge sind so allgemein zu beobachten, daß man sie auch ohne absichtliche Manipulation durch an der Einigung interessierte Kreise als grundlegende Faktoren von Einigungsprozessen aller Art bezeichnen kann. Ein anderer Umstand, der die Vorurteilsbildung außerordentlich zu steigern scheint, ist der moderne Krieg mit seiner maßlosen Völkerhaßpropaganda und seinem legalisierten und mechanisierten Massenmord. Haben die Menschen erst einmal gelernt, ihren schrankenlosen Haß auf einen äußeren Gegner und seine mutmaßlichen Spione und Fünften Kolonnen zu lenken, so ist es gewiß nicht mehr schwer, ihre Ängste und ihre Verzweiflung auf eine Minderheit im Inneren zu lenken. Ein verlorener Krieg, in dem der Stolz und der Eigensinn eines Volkes von außen gebrochen und gedemütigt werden, scheint die Vorurteilsbildung besonders zu begünstigen, wie die Parallelen zwischen dem amerikanischen Süden, der Weimarer Republik und vielleicht auch den südafrikanischen Buren zeigen. Tiefgreifende Revolutionen und Bürgerkriege, wie etwa in Rußland, in Spanien oder kürzlich in Algerien, tragen auch sehr zur Schulung im systematischen Haß und Vorurteil bei, wobei natürlich die Wahl der „Außengruppe" weitgehend von den politischen Lagern der Revolution abhängt. Dazu wäre auch noch ein Gefühlsklima des Belagerungszustandes zu nennen, wie es etwa europäische Minderheiten in Afrika oder Asien angesichts der drohenden Kolonialrevolution verspüren mögen. Ein ähnliches Bedrohungsgefühl löst auch der Kalte Krieg aus, und man kann ihm gewiß weitgehend die Kommunistenfurcht in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern zuschreiben, ohne annehmen zu müssen, daß der Antikommunismus lediglich eine Pose reaktionärer Kreise ist.

Das große Interesse an der Politik der Entwicklungsländer lenkt die Aufmerksamkeit auch auf den Modernisierungsvorgang sowohl in den bereits verhältnismäßig entwickelten als auch in noch kaum

von der modernen Zivilisation berührten Ländern. Der Modernisierungsverlauf bietet nämlich von Anfang an und von der jeweiligen Kultur ziemlich unabhängig eine Reihe bedeutsamer Ansatzpunkte der Vorurteilsbildung. Den ersten dieser Punkte stellt etwa der Zerfall des traditionellen Kultursystems dar, dessen einheitliche Wertsetzungen und Glaubensinhalte einem ungereimten Mischmasch ungenügend vorbereiteter moderner Lebensformen halbverstandenen technischen und wissenschaftlichen Ursprungs weichen. Selbst wo die Presse und das Erziehungssystem genügend Einsicht vermitteln – und das ist äußerst selten –, bleiben immer noch enorme Lücken, in deren Halbdunkel die Legenden und Ideologien von Haß und „Rasse" gedeihen können. Nicht weniger einschneidend ist der Zerfall der traditionellen Gesellschaftsordnung, deren Stände und Klassen zunehmend in Richtung der Gleichheit eingeebnet werden, während die einst gebundenen Individuen autonom werden sollen. Die Gleichheit fällt vor allem den einst „Hochwohlgeborenen" schwer, und man braucht sich kaum zu wundern, daß sich zum Beispiel der ganze europäische Adel nach Jahrhunderten der Judenfreundlichkeit auf einmal zunehmend antisemitisch gebärdete. Die plötzliche Aufforderung an das Individuum, seine neugewonnene Freiheit zu nützen, meist ohne wohlfundierte Erziehung zur Freiheit, hat gewiß auch so manchen, um mit Erich Fromm zu sprechen, zur „Flucht vor der Freiheit" in den Rassismus veranlaßt. Die Emanzipierung der Frauen trägt sicher das Ihre dazu bei, die allgemeine Verwirrung und Verstörung zu vermehren. Bis hierher kann man wohl zusammenfassend sagen, daß der Niedergang der alten Ordnung viel gefährliche Verwirrung und explosiven Brennstoff für barbarische Vorurteile hinterläßt. Und während die Modernisierung über die ganze Gesellschaft ein breites Spektrum traditioneller und moderner Gruppen und Anschauungen – oft in denselben Personen vereint – verteilt, bilden sich an beiden Enden des Spektrums extreme Gruppen von Reaktionären und fanatischen Avantgardisten, die sich gegenseitig exkommunizieren und von denen jede am liebsten ihre eigene totalitäre Herrschaft über die Gesellschaft errichten würde, unter der die jeweils Verteufelten verfolgt werden.

Dazu kommen dann noch die greifbaren Einwirkungen der Industrialisierung und Verstädterung, die gewiß gleichfalls zur Vorurteilsbildung beizutragen vermögen. Wiederum ist es kein Zufall,

daß etwa im Weimardeutschland und bereits vorher die wirtschaftlich bedrängten Handwerks- und Kleinhandelssparten sowie bestimmte Teile des Bauernstandes sich bald ebenso durch antisemitische Neigungen auszeichneten wie die Offiziere und die arbeitslosen Heimkehrer des ersten Weltkrieges. Das gleiche gilt für die Landbewohner und Arbeiter des amerikanischen Südens, deren Familien nie Sklaven besessen hatten und deren negerfeindliches Vorurteil doch im selben Verhältnis wie die Agrarkrise zunahm, während der Norden mit zunehmender Industrialisierung die Stereotypen des Südens widerstandslos hinnahm.
Die großen Spannungen der Industrialisierung und der Wirtschaftskrisen bedrücken die Menschen auch in der Form der Verstädterung, die sowohl auf den entwurzelten städtischen Slumbewohnern als auch auf den traditionsbewußten Bevölkerungsteilen lastet, die am ländlichen Stadtrand oder in alten Stadtteilen wohnen und in den Veränderungen der Stadt bedrohliche Verschlechterungen des gewohnten Lebensstils erblicken. Das trifft auch heute noch auf viele amerikanische Städte zu, in denen Tausende neuer Zuwanderer aus ländlichen Gegenden sich an die ungastliche Großstadt gewöhnen müssen, während die Alteingesessenen die rasche Ausdehnung der Vorstädte oder das Eindringen des farbigen, portoricanischen oder mexikanischen Gettos in ihr Viertel für den schlüssigen Beweis des endgültigen Niedergangs der Vereinigten Staaten halten. Und selbst dort, wo der Verfolgungswahn der Vorurteilsbefangenen ihnen nicht schon von vornherein ganze Horden der „Eindringlinge" vorspiegelt, schafft die Diskriminierung oder Trennung meist eine Drucksituation, die die Minderheit dazu zwingt, in unverhältnismäßig großer Anzahl aufzutreten. So führte etwa der Ausschluß der neuemanzipierten europäischen Juden im neunzehnten Jahrhundert von den meisten konservativen Berufen und Ständen trotz ihrer geringen Anzahl zu ihrer Häufung in wenigen Berufen, vor allem unter den Ärzten und Journalisten, in bestimmten Handelssparten, in der Politik, in Wissenschaft und Kunst usw. Da fast alle diese Berufe eng mit den Modernisierungsvorgängen verbunden waren und sind, bildeten sich viele konservative und von der Modernisierung beeinträchtigte Leute ein, diese Vorgänge würden von den Juden verursacht. Ganz ähnlich werden auch die geheimen Ängste vorurteilsbefangener alteingesessener Bürger amerikanischer Städte bis zur Panik entflammt, wenn nach dem ersten Zuzug einer far-

bigen oder portoricanischen Familie innerhalb weniger Monate ein unerschöpflicher Strom weiterer Familien der Minderheit in das nun „offene" Viertel kommt, während die Alteingesessenen fluchtartig ausziehen. Sie schreien nach stärkeren Trennungsgarantien in den Wohnvierteln und begreifen nicht, daß es gerade die Trennungsschranken der ganzen Stadt sind, die zur Stauung der Wohnungssuchenden der Minderheit führen. Sie beklagen sich über die Steuerlast, die Halbstarken, die Betrunkenen und Verbrecher der Minderheitengettos und verstehen nicht, daß alle diese Erscheinungen zum großen Teil das Resultat der Diskriminierung und der Einschließung in Gettos sind. Und so bewegt sich die Gesellschaft immerfort in einem *circulus vitiosus,* aus dem sie nur mit Hilfe weitsichtiger Einsicht und Erziehung herausfinden wird, wenn Katastrophen ihr nicht den Weg abschneiden.

Wie kann man denn überhaupt Menschen zur Toleranz erziehen, oder zum verantwortungsvollen Gebrauch der Freiheit, zu vernünftigen, geistig gesunden Stützen der pluralistischen Individualdemokratie von morgen? Wie kann man ihre Neigung zu Vernunft, Gewaltlosigkeit und Nächstenliebe gegenüber ihren zerstörerischen und selbstzerstörerischen Trieben stärken? Lassen sich denn Einsicht, Menschenkenntnis und praktische Urteilskraft lehren? Die Antworten auf all diese Fragen sind durchaus positiv, wenn es auch gewiß noch viel auszuprobieren und zu erforschen gibt. Die Sozialwissenschaften und die Psychologie, vor allem in den Vereinigten Staaten, haben schon seit Jahrzehnten die Grundlagen der notwendigen soziologischen und psychologischen Einsicht ausgearbeitet. Fortschrittliche Gesetzgeber und Verwaltungsbehörden, Lehrerbildungs- und Schullehrpläne und selbst die für die amerikanischen Massen bestimmten Unterhaltungsprogramme haben sich bemüht, den meisten Amerikanern ein hinreichendes Verständnis der Alltagspsychologie und der Vorgänge in der menschlichen Gesellschaft zu vermitteln. Wie bei allen Massenerziehungsprojekten gibt es natürlich auch hier Grenzen der Reichweite und der Durchdringung und vor allem heftigen Widerstand von seiten konservativer und vorurteilsbefangener Kreise. Besonders im amerikanischen Süden hält man Soziologie und Psychologie für Teufelswerk, wenn nicht gar für kommunistisch angehaucht, denn vernunftmäßige Erklärungen der inneren Vorgänge bedrohen die innere Konsequenz der von Vorurteil oder Haß zusammengehaltenen Persönlichkeitsstruktur.

Und ebenso wie in gebildeten Kreisen Europas und im besiegten Deutschland hält der verletzte Stolz die Elite des amerikanischen Südens davon ab, den vorgeschlagenen Lösungen auch nur kritische Aufmerksamkeit zu schenken. Im deutschen Fall hindert noch die einseitig wissensorientierte Erziehung die in dieser Weise erzogenen Erzieher – wieder der *circulus vitiosus* – daran, den wahren Grund zu erkennen, warum eine hochentwickelte Wissenskultur die Katastrophe nicht verhindern konnte, ja sogar zu der Erscheinung von Massenmördern mit Doktortiteln führen mußte. Der Grund liegt in dem sokratischen Irrtum, die Erkenntnis des Guten führe ohne weiteres zum guten Handeln. Toleranz, ebenso wie die Demokratie, kann ohne praktische Anwendung vom frühen Alter an kaum theoretisch gelehrt werden, so wichtig auch die Staatsbürgerkunde und Zeitgeschichte sein mögen.

Schließlich soll auch noch daran erinnert werden, daß sich das Vorhandensein antisemitischer Vorurteile entgegen weitverbreiteter Annahme ja keineswegs in gelegentlichen Vorfällen oder Hakenkreuzschmierereien Halbstarker an Synagogenwänden erschöpft. Tendenzen in dieser Richtung sind ja in jeder Industriegesellschaft automatisch vorhanden, und dies um so mehr, wo unzulängliche erzieherische Vorbereitungen der obengenannten Art ihnen entgegengestellt werden und die gesellschaftlichen, das heißt nichtpolitischen Gegenkräfte schwach entwickelt sind. Dazu kommt im deutschen Fall auch noch der Zustand der „Rassen"trennung, denn Deutschland ist ja jetzt auf Grund der nationalsozialistischen Politik praktisch „judenrein" bis auf 30 000 alternde und wahrscheinlich unersetzbare jüdische Mitbürger. Das südstaatliche und südafrikanische Beispiel lehrt ganz unzweifelhaft, daß ein derartiger Trennungszustand nach unseliger Vorgeschichte das Vorurteil unter Umständen steigern und eine Dynamik in Richtung erhöhter Diskriminierungstendenzen auslösen kann. Die Meinungsforscher haben auch bekanntlich einem guten Drittel der Befragten in Westdeutschland wiederholt die Meinung entlockt, es sei besser, daß keine Juden mehr da seien. Weit größere Bevölkerungsteile setzen sich für andere Spielarten des Vorurteils ein. Dabei spielen sicher sowohl die Jahre hemmungsloser Haßpropaganda als auch die unverdauten Schuldgefühle vergangener Taten und Unterlassungen eine Rolle. Das Vorliegen belastender Taten und selbst ausgesprochene Schuld- oder Schamgefühle, wie das amerikanische Beispiel zeigt, sind eher

ein Hemmnis als eine Garantie dafür, daß die irrende Volksseele oder der kranke Mensch je einen Weg aus dem kreisförmigen Labyrinth der Minderwertigkeitsgefühle und -projektionen herausfindet.

Integration und Selbstachtung

Hinter dem Rassenvorurteil des einzelnen stecken in den meisten Fällen tiefwurzelnde Minderwertigkeitsgefühle, die ihn dazu treiben, sich jemanden zu suchen, dem er sich überlegen fühlen kann. Ein Mensch, der sich seines wahren Wertes – nicht mehr und nicht weniger – bewußt ist, braucht keine „Untermenschen“, um seine Selbstachtung zu stützen. „Was die Weißen vor allem tun müssen“, so schrieb der farbige Schriftsteller James Baldwin, „ist, ihr eigenes Herz nach dem Grund zu fragen, warum sie überhaupt einen Nigger gebraucht haben. Denn ich bin kein Nigger, ich bin ein Mensch. Wenn ihr jedoch darauf besteht, mich für einen Nigger zu halten, dann heißt das offenbar, daß *ihr* das nötig habt.“ Martin Luther King verbindet den gleichen Gedanken mit der Methode der Gewaltlosigkeit, die die verhärteten Herzen der Vorurteilsbefangenen durch Nächstenliebe erweichen soll.

Zugleich begründen jedoch auch die intelligenteren Konservativen ihre Ablehnung der Farbigenrevolution, einzelner Förderungsmaßnahmen und etwa des Gedankens, ein Farbiger könnte Bürgermeister der Stadt Washington werden, indem sie den meisten Farbigen ein zureichendes Maß an Selbstachtung absprechen. Aus diesem Grunde nämlich, so behaupten sie, fehle es den Farbigen auch an Ehrgeiz im Wirtschafts- und Berufsleben, und aus diesem Grunde setzten sie nicht genug Stolz in Heim und Familie. Die chinesischen und japanischen Minderheiten hätten sich doch auch selbst zu helfen gewußt, anstatt als Bittsteller an die Tür der Weißen zu kommen. Bei den Orientalen gebe es auch fast kein Kriminellenproblem, und ihre Frauen ließen sich nie so von den Weißen ausnützen. Besonders die Chinesen in Amerika sicherten sich gegen eine Diskriminierung von vornherein mit starkem Solidaritätsgefühl und Gemeinschaftsbildung anstatt nach Integration mit den Weißen zu verlangen. Und auch die „Einschmelzung“ der europäischen Einwanderergruppen, der Iren, Polen, Italiener und Deutschen, so heißt es weiter, sei eher eine Akzeptierung auf der Basis gegenseitiger Achtung als eine Absorption der Minderheiten in das von der angelsächsischen Mehr-

heit bestimmte Gesamtvolk. Und zum sinnigen Zeichen des gegenseitigen Respekts der Völkerelemente verzehre jetzt ganz Amerika irisches Corned Beef, polnische Wurst, italienische Pizza und deutsches Bier.

Eine derartige Darstellung übersieht jedoch geflissentlich mehrere wichtige Punkte. Schließlich mußte ja keine andere Volksgruppe die menschliche Erniedrigung der Sklaverei zum bloßen Werkzeug der Herren mitmachen, die alle gesellschaftlichen Bande der Farbigenexistenz systematisch zerstörte. Zudem ist auch der Einschmelzungsvorgang von der zweiten und dritten Generation ab viel eher eine neue Volkwerdung mit ganz wenigen nationalen Restbeständen, als die Akzeptierungstheorie wahrhaben will. Man kann auch beobachten, daß nationale Restbestände, wie etwa die Iren Bostons, die Polen Milwaukees oder die Italiener von New York, sich durch intensivere Vorurteile von ihren eigenen „eingeschmolzenen" Sprößlingen unterscheiden. Auch der amerikanische Süden wäre vielleicht eher zur Integration bereit, wäre er nicht zu einem so hohen Prozentsatz rein angelsächsisch. Schließlich ist es auch blanker Unsinn, etwa in der Vorliebe amerikanischer Teenager für Pizza eine Ehrenbezeigung für die Italiener zu sehen. Amerikaner aller Klassen lieben ja auch schon lange die von den Farbigen entwickelte Jazzmusik, ohne sich deswegen integrationsfreudiger gezeigt zu haben. Trotzdem ist ein Körnchen Wahrheit in der Behauptung, es fehle den meisten Farbigen an Selbstachtung. Die relativ größere Häufigkeit des frühzeitigen Verlassens der Schule, von Schwangerschaften und Jugendvergehen, Alkohol- und Rauschgiftsucht und von Gewaltverbrechen – meist gegen andere Farbige, was den Selbsthaß in der Brust der betreffenden Farbigen zeigt – spricht ebenso wie die anderen Symptome des Gesellschaftszerfalls im Getto eine deutliche Sprache. Die Rehabilitierung Gestrauchelter durch die Methoden und Lehren der Schwarzen Muslims ist gleichfalls ein schlüssiger Beweis, daß mangelnde Selbstachtung, besonders bei den untersten Farbigenschichten, eine wichtige Rolle spielt, obwohl es sich hier auch darum dreht, daß Farbige die Verachtung ihrer eigenen Art von den Weißen lernen*.

* Diesen Punkt kann man auch mit einem jener traurigen Witze illustrieren, mit denen Minderheiten seit jeher ihr Schicksal beklagen: Ein kleiner schwarzer Junge bedeckt sein Gesicht mit Schaum von der Rasierseife seines Vaters und zeigt es seinen Eltern mit den Worten: „Guckt

Worin besteht denn die Farbigenkultur in den Vereinigten Staaten, und was ist die Natur der „weißen Kultur", zwischen denen eine Vereinigung der Kulturseelen stattfinden soll? Die Farbigenfamilie und selbst die Farbigenkirchen datieren ja nur bis zum Bürgerkrieg zurück, und die Geschichtsschreibung hat, wie man sich erinnern wird, bisher gern die farbigen Notablen in der amerikanischen Geschichte in die Versenkung fallen lassen. Der farbige Schriftsteller Ralph Ellison beschreibt die Farbigenkultur in Amerika in seinem jüngsten Buch, *Shadow and Act*, als einen integralen Bestandteil des großen Amalgams europäischer und eingeborener Elemente, eine Variante der amerikanischen Kultur, die sich etwa durch Volkskunst und Brauch, die Musik der Spirituals, Blues und des Jazz, einen eigenen Dialekt der englischen Sprache, eine Küche, Tanzformen und eine Dramaturgie, die noch an die volkstümlichen kirchlichen Bräuche gebunden ist, auszeichnet. „Was farbige Völker auch außerhalb Afrikas miteinander gemein haben, ist nicht die Pigmentierung und nicht die Kultur, sondern vielmehr das gemeinsame Leiden der Entfremdung, die uns die europäischen Völker im Zuge der Kolonialisierung und Errichtung großer Kolonialreiche aufzwangen." Diese Leidensgemeinschaft hat auch wichtige Teile der Farbigenkultur Amerikas gefärbt, besonders in Religion, Tanz und Musik, ohne sie jedoch weniger amerikanisch zu machen. Das Kulturamalgam der weißen Mehrheit ist auch nicht irgendwie grundsätzlich anders.

Whitney Young, der Leiter der *National Urban League*, sieht in den von amerikanischen Farbigen infolge des erlittenen Schicksals entwickelten Eigenschaften gerade das, was die amerikanische Gesellschaft brauchte. „Menschlichkeit, Mitleid, Geduld und Ausdauer", so schreibt er in seinem Buch *To be Equal*, anstatt der sozialen Gleichgültigkeit und des Strebens nach Überlegenheit und Exklusivität sind die Qualitäten, die Amerika zu Hause und in den Vereinten Nationen nötig hat. Gerade heute, da die führende Rolle der USA in der Welt ernstem Zweifel unterliegt, ist es höchste Zeit, einzusehen, daß man nur führen kann, wenn man die Rechte der anderen anerkennt.

doch mal, ich bin weiß!" Der Vater ist wütend, gibt dem Kind eine Ohrfeige und befiehlt ihm, die Seife sofort abzuwaschen. Das Kind gehorcht und denkt sich: „So geht es wohl in der Welt. Jetzt war ich doch nur eine Minute lang ein weißer Bub, und schon habe ich zwei Nigger hassen gelernt."

„Integration ist eine Gelegenheit für die weißen Mitbürger, vor aller Welt ihre Reife und innere Sicherheit zu beweisen ... Der menschliche Geist weitet sich nicht durch die Begegnung von einander Ähnlichen. Der geistige Horizont des einzelnen wächst nur, wenn er Leute kennenlernt, die anders sind, deren kultureller Hintergrund ganz anders ist als sein eigener. Jeder trägt zur Bereicherung des Lebens des anderen bei ... Und durch die Integration helfen wir allen Mitbürgern, das wahre schöpferische Potential in ihrer Brust zu verwirklichen und uns zu einem neuen Gesellschaftstyp zu entwickeln, der keiner schon dagewesenen Kultur und dem Leben keiner Gruppe gleicht, zu einem höheren Typ, dessen Kultur das Beste aller anderen Kulturen in sich aufgenommen hat."

Man kann sich in der Tat gut vorstellen, wie das in vieler Hinsicht zu satte, weich gewordene Amerika an vitalen Instinkten gewinnen, wie es zum Beispiel allein von der religiösen Innerlichkeit der Bürgerrechtsbewegung viel lernen könnte, nachdem sich Volk und Führerschicht nun schon seit der Regierungszeit des Präsidenten Eisenhower den Kopf darüber zerbrechen, worin denn eigentlich seine Mission, sein *national purpose,* bestünde.

Die Selbstachtung der farbigen wie auch der weißen Mitbürger soll also in der Zukunftsvision der Bürgerrechtsführer aus der Mitgliedschaft in der integrierten Gesellschaft von morgen kommen und nicht aus dem Kulturgut der einzelnen Volksgruppen. Daher stehen auch viele Bürgerrechtler und farbige Intellektuelle dem Gebrauch von Worten wie *culturally deprived* oder *culturally disadvantaged* zur Beschreibung des Zustandes der Farbigenmassen mit Skepsis gegenüber. Sie wittern dahinter den Kulturhochmut der Weißen, die sich womöglich einbilden, wirkliche Kultur hätten nur sie selbst, und herablassend bereit sind, auch ihren schokoladenfarbenen Mitbürgern etwas davon zu überlassen. Die farbigen Massen ihrerseits wollen zwar auch in der Mehrheit die Integration, sehen darin jedoch, wie sie den Meinungsforschern mitteilten, hauptsächlich die Erreichung gleicher Chancen in Beruf und Wirtschaft, Bildung und Besitz. Denn sosehr sie auch durch Getto- und andere Schranken vom Leben der wohlhabenderen Schichten abgeschnitten sein mögen, über 90 Prozent der Farbigenfamilien haben Fernsehgeräte und sind daher durchaus im Bilde über den materiellen Komfort des höheren Lebensstandards.

Um die Massen der Farbigen ganz zu verstehen, muß man vor allem auch in Rechnung ziehen, daß die überwältigende Mehrheit trotz Armut und Diskriminierung ja keineswegs durch die kriminellen und gestrauchelten Elemente — die gewiß an dem vermuteten Mangel an Selbstachtung leiden mögen — entsprechend vertreten wird, die bei aller vergleichenden Statistik doch nur einen kleinen Bruchteil ausmachen. Trotz Sklaverei und den seither erlittenen Schwierigkeiten haben Familienleben, Arbeit, die Farbigenpresse und vor allem die Farbigenkirchen so erheblich zur Erhaltung des Selbstgefühls beigetragen, daß sich zum Beispiel die Schwarzen Muslims und andere Gruppen des Farbigennationalismus, laut Umfragen, nur der Sympathie eines Zehntels der farbigen Bevölkerung erfreuen, während etwa die Hälfte sie wegen ihrer Haßphilosophie verdammt. Auch die Linksradikalen suchen bekanntlich unter den Farbigen Amerikas vergeblich nach der akuten Entfremdung, die ihnen anderswo ihr Gefolge eingebracht hat.

Zugleich haben jedoch die farbigen Massen mit Begeisterung die Bürgerrechtsdemonstrationen aufgenommen. Etwa die Hälfte — ganze zehn Millionen, wenn die Meinungsforscher sich nicht irren — gab ihre Bereitwilligkeit kund, an Direktaktionen und Protestmärschen teilzunehmen und sich, wenn nötig, dafür ins Gefängnis sperren zu lassen. Die Farbigen sehen offensichtlich in der Teilnahme an dieser Befreiungsbewegung auch eine wichtige Quelle für ein Gefühl der Selbstachtung. Dies ist um so interessanter, als die Weißen im Süden und auch anderswo immer noch in der Mehrzahl behaupten, die Massen der Farbigen wollten doch von den „von außerhalb kommenden Aufwieglern" gar nichts wissen — ein Beispiel der vom Vorurteil verzerrten Wahrnehmungsfähigkeit. Die Gemeinschaftsorganisationen in Farbigengettos und auf dem flachen Lande durch Alinsky, Snick und andere sind zweifellos ein erstklassiges Mittel zur Fundierung und Verfestigung der Selbstachtung der Farbigen, selbst wenn bereits ein erheblicher Gesellschaftszerfall — wie in den Rassenkrawallen im Sommer 1964 — eingetreten ist. Dagegen kann man gut verstehen, daß eine paternalistische Behandlung als „Wohlfahrtskolonialvolk" bei allem guten Willen die Selbstachtung mindern muß, wird dadurch doch bei den Farbigen das bittere Gefühl verstärkt, daß sie nie etwas aus eigenem Verdienst erreichten, daß man ihnen immer alles schenken müsse und daß man ihnen nichts zutraue. Die Gemeinschaftsorganisations-

methoden Alinskys und anderer sind im Grunde genommen nur eine Übertragung und künstliche Ankurbelung des aktiv-demokratischen Gruppenlebens, das unter den meisten Amerikanern ohne derartige Hilfe in einem im obrigkeitsstaatlichen Europa unvorstellbaren Ausmaß in jeder Nachbarschaft floriert, nur eben nicht unter Gettobedingungen.

Die zukünftige Entwicklung der Rassenfrage

Politische Vorhersagen zu machen, ist für einen Politologen ein gewagtes Unterfangen und für einen Historiker wohl gänzlich ungehörig. Doch was sollte die wissenschaftliche Betrachtungsweise schon für einen Nutzen haben, wenn sie es nicht wagen würde, begründete Prognosen aufzustellen? Man kann sich zwar irren und übersieht die Entwicklungen wohl nie in genügendem Ausmaß, doch ist es durchaus möglich, ein Fazit aus den bestehenden Trends zu ziehen.

Zunächst sind da die wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungen im amerikanischen Süden zu nennen, dessen Rückständigkeit und dessen Trennung vom Entwicklungsstrom des gesamten Landes ganz offensichtlich ihrem Ende zugehen. Während der Süden sich immer mehr dem Norden angleicht, werden auch die wirtschaftlichen und sozialen Kräfte der Gesellschaft weniger auf Defensivhaltungen, wie die Rassendiskriminierung und den Trotz gegenüber der Bundesregierung, hin tendieren, sondern statt dessen alles tun, um sich am nationalen Wirtschaftsleben beteiligen zu können. Diese Veränderungen in der Haltung vieler Südstaatler außerhalb des tiefsten Südens sind längst zutage getreten und seit der Amtsübernahme des Texaners Johnson – Kennedy war ein dem Süden verhaßter Yankee – recht gewichtig geworden. Dazu kommt die fortschreitende Verstädterung der Farbigen im Süden, die bei der andauernden Agitationstätigkeit in den südlichen Städten ein Gefälle der relativen Gleichberechtigung ergibt, das auf die Dauer seine Rückwirkungen auch auf die ländlichen Gegenden nicht verfehlen kann. Vor allem das Wahlrecht der verstädterten Farbigen – zusammen mit der Repräsentationsentscheidung Baker gegen Carr – und allmählich auch der Farbigen in ländlichen Gegenden mit Hilfe von Bundesinterventionen verschiedener Art wird sich bald stärker auswirken. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß das undemokratische Einparteienmonopol in den Südstaaten endlich durchbrochen

wird und der daraus resultierende Wettbewerb zwischen den Parteien den Farbigen zugute kommt. Die Goldwater-Kampagne hat paradoxerweise dazu erheblich beigetragen, indem sie die Demokratischen Parteien der Südstaaten in rassentrennerische Überläufer – die sodann aus den Führungspositionen ausschieden oder ausgestoßen wurden – und gemäßigte Anhänger Johnsons spaltete – Gruppen, die sich wohl auch in zukünftigen Wahlen gegenüberstehen werden. Bürgerrechtsfeldzüge zur Registrierung farbiger Wähler, wie das Unternehmen *Southern Community Organization and Political Education* (SCOPE) des Sommers 1965, werden seit der Verabschiedung von Johnsons großer Wahlrechtsreform mit größerem Erfolg wiederholt werden können. Die dadurch hinzukommenden farbigen Wählermassen in Bundes-, Staats- und Kommunalwahlen kommen nicht nur den Gemäßigten zugute. Sie können sogar die quasi-totalitäre Verflechtung der Rassentrennungsorganisationen mit den öffentlichen Organen, von den Staatsparlamenten bis zum letzten (gewählten) Sheriff oder Hundefänger, auflösen.

Die Rassentrennung in den Schulen, Restaurants und öffentlichen Stätten aller Art wird wahrscheinlich bald mit Ausnahme des tiefsten Südens ganz gebrochen sein, sowohl durch gewaltlose Agitation als auch durch die Mittel der Bundesregierung und der Bundesgerichte. Andererseits ist es nicht unwahrscheinlich, daß die de facto bestehende Trennung der Wohnplätze ebenso wie in den nördlichen Großstädten auch in den Städten des Südens zunimmt. Im tiefsten Süden wird es unter Umständen zu blutigen Zusammenstößen zwischen weißen Rassenfanatikern und schwarzen Nationalisten – vielleicht auch militanten Bürgerrechtlern – kommen, was die Bundesregierung wohl zur militärischen Intervention veranlassen würde. Doch sonst hat sich die Gewaltlosigkeit in jeder Beziehung nicht nur als zweckmäßig, sondern wohl als das einzige Mittel überhaupt erwiesen, mit dem Erfolge ohne langanhaltende Bitterkeit und Ressentiments der Weißen erzielt werden können.

Im Norden sieht die Zukunft weniger rosig aus, es sei denn, die Bundesregierung verstünde es, das wirtschaftliche Wachstum Amerikas wieder in Gang zu bringen, was zum mindesten teilweise auf Grund der jetzt vorliegenden Programme im Bereich des Möglichen zu liegen scheint. Die Zuwanderung ländlicher Farbiger und Weißer zu den nördlichen Städten hält sicher an und kompliziert die Getto-

und Arbeitsfragen noch weiter. Andererseits haben die Bürgerrechtsorganisationen mittlerweile genau gelernt, wie man die einzelnen konkreten Probleme agitatorisch und politisch angreifen kann. Sie haben es auch verstanden, die Aufmerksamkeit der weißen Mehrheit auf die lange vernachlässigten Brennpunkte der Bürgerrechtsbewegung zu lenken, was zweifellos dazu beiträgt, Konzessionen zu erhalten. Dies haben die großen Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt bewiesen — obwohl der große Bevölkerungszuwachs der Nachkriegsjahre jetzt auch noch zunehmend die Nachfrage nach Arbeit steigert —, und im Erziehungswesen sind auch bereits zwei wichtige Bastionen gefallen. Während in Chikago noch die Demonstrationen gegen die Schulverwaltung andauerten und Streikposten sogar um die private Villa des Bürgermeisters marschierten, erließen die Staatsparlamente von Massachusetts und New York bereits die nötigen Gesetze, um auch die *De-Facto*-Rassentrennung der Schuldistrikte in diesen Staaten auszumerzen. Gewiß, die Meinungsumfragen zeigten ein halbes Jahr nach der Wiederwahl Johnsons bereits wieder ebenso viele Bürger im Norden wie im Süden, die den Fortschritt der Integration als zu schnell bezeichneten, wie einst unter Kennedy. Und Johnson mußte auch schon an die Nordstaatler appellieren, die dort längst bestehende Integration in Restaurants und dergleichen Stätten doch nicht durch den mißmutigen Empfang Farbiger wieder zu entwerten. Doch das Auftreten militanter und selbst nationalistischer Gruppen hinterläßt, so sehr es auch manchmal die betroffenen Weißen irritiert, fast immer positive Dauerwirkungen. Auch die zweifellos vorhandenen Schranken des unterschwelligen Vorurteils sind im Norden keineswegs so verhärtet wie im Süden. Ganz im Gegenteil, sie sind weder von dem bisherigen Handeln noch von starken Schuldgefühlen fixiert, so daß der Durchschnittsbürger sie durchaus mildern kann, wenn er erst einmal zu der Einsicht gelangt, daß seine erste irrationale Reaktion den Farbigen unverdientes Unrecht zufügt.

Besonderes Augenmerk verdienen auch die Vorschulprojekte verschiedener Staaten und großer Städte, die jetzt aus Armutskampfmitteln großzügig unterstützt werden. Ebenso wie das Wahlrechtsgesetz, das Johnson bereits als Senator vorhatte, sind diese Projekte dem bildungsbeflissenen Nachfolger Kennedys sehr ans Herz gewachsen. Johnson betonte die Schulprobleme der Farbigen in der großen Bildungskonferenz des Sommers 1965 — der einzigen solchen

Konferenz mit Ausnahme von 1955, als Präsident Eisenhower noch die Frage erwog, ob die Bundesregierung überhaupt das Recht habe, die Bildung zu subventionieren — und erinnert sich oft an die Gewissensbisse seiner Jahre als Schullehrer an der mexikanischen Grenze, da viele seiner spanischsprechenden Zöglinge trotz aller Bemühungen von vornherein zu einem untergeordneten Dasein in ihrer neuen Heimat verurteilt zu sein schienen.

Die Vereinigten Staaten waren bekanntlich eines der ersten Länder der Welt, die die öffentliche Schulpflicht einführten, die höhere Bildung großzügig förderten und auch auf vielen Spezialgebieten, wie etwa der Agrarproduktion, durch Erwachsenenbildungsprogramme den Stand ganzer Erwerbsgruppen systematisch hoben. Auch den Vorschulprogrammen für drei- bis fünfjährige Slumkinder gehen soziale Maßnahmen, wie die Schulspeisung aus Agrarüberschüssen oder der Schulbustransport, die den Kindern aus ärmlichen Verhältnissen gleiche Chancen eröffnen sollen, richtunggebend voraus. Experimente und Untersuchungen haben ergeben, daß ein Slumkind, ob farbig, weiß, englisch- oder spanischsprechend, bereits vom dritten Lebensjahr an entscheidende erzieherische Eindrücke nicht erhält, die in besser situierten Familien das Elternhaus vermittelt. Demzufolge ist das Slumkind bei der Einschulung mit einem so schweren Handicap belastet, daß es nie richtig lesen und schreiben lernt — vom Rechnen ganz zu schweigen — und schließlich die Schule frühzeitig verläßt. Die weniger behüteten Slumkinder, so stellte es sich heraus, waren nicht nur körperlich und seelisch verwahrlost. Sie hatten auch nicht die Erfahrung regelmäßiger Konversation unter den Eltern — das wenige manchmal noch durch eine fremde Sprache kompliziert —, kannten keine Kinderbücher, sahen auch nie die Erwachsenen in ihrer Familie Bücher oder Journale lesen, konnten kaum die wichtigsten Farben, Formen oder Gebrauchsgegenstände beim Namen nennen, waren noch nie aus ihrer engsten Nachbarschaft herausgekommen — etwa im Zoo, im Park, bei einer Stadtbesichtigung oder in einem Museum gewesen — und hatten kaum Spielzeug oder Spiele. In den mittlerweile angelaufenen Vorschulen, Kindergärten — in den meisten Staaten ist ein Jahr öffentlicher Kindergartenbesuch zur Vorbereitung auf den Schulbeginn ohnehin vorgeschrieben — und Sommerprogrammen fand man auch, daß viele der von den Wohlfahrtsbehörden ausgesuchten Kinder ausgesprochen verstört waren und es zuweilen

bereits eine große Leistung darstellte, wenn die Lehrerin sie zum erstenmal dazu bringen konnte, herzhaft zu lachen, sich an Gruppenspielen zu beteiligen und frisch von der Leber zu plappern. In Philadelphia, wo ein solches Programm bereits seit einigen Jahren läuft, berichten die Lehrer bereits von durchschnittlichen und zum Teil überdurchschnittlichen Schulleistungen von Slumkindern, die einst hoffnungslos schienen. Auch die Eltern haben die Vorschulprogramme weit bereitwilliger unterstützt, als man erwartete. Ob die Umwelt des Großstadtslums am Ende doch noch die so geförderten Schüler auf ihr Niveau herabzieht, ist noch abzuwarten. Doch die Erfolgsaussichten sind offensichtlich ungleich größer als bei den späteren Nachhilfeprogrammen, die ebenfalls sowohl mit Mitteln der öffentlichen Hand als auch in den Bürgerrechtsgruppen von Studenten durchgeführt werden. Daß derartige Bildungshilfen die Berufsaussichten steigern und damit auch die soziale Distanz zwischen der weißen Wohlstandsschicht und den untersten Gettoschichten verringern werden, bedarf kaum der Betonung.

Der gegenwärtige Stand und die Fortschrittstendenzen in der Rassenfrage Amerikas lassen sich auch an Hand der Meinungsforschungsergebnisse unter den Weißen feststellen, deren Vorurteil ja bisher eines der Haupthindernisse auf dem Wege zu größerer Gleichheit war. Gunnar Myrdal stellte eine Rangordnung der Diskriminierungsneigungen der Weißen auf, die in absteigender Ordnung angeben, was die weiße Gesellschaft am wenigsten preisgeben will:

1. die Ablehnung von Mischehe und Geschlechtsverkehr Farbiger mit weißen Frauen (aber nicht weißen Männern);
2. die Nuancen der Etikette gesellschaftlicher Ungleichheit, von den Grußformen und der Benützung des Dienstboteneingangs zum Verbot des gemeinsamen Essens, Badens und Tanzens;
3. Rassentrennung in den Schulen, Kirchen und Verkehrsmitteln;
4. Wahlrechtsverweigerung;
5. Diskriminierung vor Gericht, Polizei und öffentlicher Verwaltung;
6. wirtschaftliche Diskriminierung am Arbeitsplatz, im Landerwerb, in der Kreditbewilligung und im Wohlfahrtsempfang.

Die Trennung des Wohnplatzes gehört wahrscheinlich in die zweite Kategorie, die ohnehin größerer Differenzierung bedarf. Laut Myr-

dal sind den Farbigen diese Diskriminierungsstufen in genau umgekehrter Reihenfolge am schmerzlichsten. Die wirtschaftliche, rechtliche und politische Diskriminierung beschneidet am meisten ihre Lebensinteressen, womit jedoch keineswegs gesagt sein soll, daß ihnen der beleidigende Charakter der kategorischen Ablehnung als Ehe- und Gesellschaftspartner entgeht. Da eine Steigerung der Diskriminierung und Rassentrennung zugleich größere soziale Distanz und leichtere Projektion der Minderwertigkeitsgefühle ermöglicht, deren Übertragung auf die Farbigen das Vorurteil der Weißen ausmacht, ergeben sich aus dieser Rangordnung auch zweierlei Dynamiken: 1. Je mehr Diskriminierungen und Distanz, desto mehr Vorurteil, was wiederum zur Verstärkung von Diskriminierung und Trennung führt. 2. Je weniger Diskriminierung und je mehr Kontakt, desto weniger Vorurteil, was wiederum die Verringerung von Diskriminierung und die Mehrung von Kontakten fördert.

Kürzliche Erhebungen der Meinungsforschung deuten an, daß sich die zweite Art von dynamischer Entwicklung etwa seit Beginn des zweiten Weltkrieges Bahn gebrochen hat. Da ist zum Beispiel die Erkenntnis von über drei Vierteln der Weißen, daß die Farbigen in der Tat unter Diskriminierungen zu leiden haben. Mit dieser Einsicht in die wirkliche Lage ist es mit der naiven Vorurteilsprojektion aus, und das schlechte Gewissen ermöglicht Ausgleichsmaßnahmen in Richtung auf die Gleichberechtigung. Der beste Ansatzpunkt für diese Maßnahmen scheint auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung zu liegen, wo 1963 drei Viertel der Weißen die Ungleichheit der Beschäftigungs- und Beförderungschancen zugaben und nicht weniger als vier Fünftel gesetzliche Gleichheitsgarantien für wünschenswert hielten. Wahlrechtsgarantien und Maßnahmen zur Integrierung der Verkehrsmittel standen selbst im Süden 80 bis 90 Prozent der Befragten positiv gegenüber, obwohl dort noch vor wenigen Jahren die ersten *freedom riders* blutig geschlagen wurden und die Wahlrechtsverweigerung auf dem Lande immer noch mit allen Mitteln verteidigt wird. Die Weißen im Süden und Norden sind auch in überwältigender Mehrzahl dafür, daß die Wohnungen und Häuser der Farbigen unter Mithilfe der öffentlichen Hand verbessert werden sollen, wehren sich aber im Süden immer noch zur Hälfte bis zu drei Vierteln dagegen, Farbige als Nachbarn zu haben, wobei jedoch die soziale Distanz zu den ärmlichen, kinderreichen, „ungezogenen und ungewaschenen" Farbigenfamilien oft als der springende Punkt hervor-

tritt. Im Norden sind es ein Viertel bis ein Drittel der Weißen, die im Falle farbiger Nachbarschaft ausziehen würden.

In den Fragen der Integrierung der Restaurants und Schulen ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen dem Norden, der zu drei Vierteln und mehr die Integrierung befürwortet, während von den Südstaatlern nur — oder immerhin — fast zwei Drittel die Rassentrennung in Restaurants und in den Schulen aufgehoben sehen möchten. Diese Mehrheit schrumpft jedoch sofort zu einem bloßen Viertel und weniger, wenn die integrierten Schulen zur Hälfte oder mehr farbige Kinder enthalten sollten. Im Norden haben immerhin zwei Drittel auch gegen eine solche Schule für ihre Kinder nichts einzuwenden. Die interessantesten Unterschiede bestanden wohl zwischen Weißen, die gesellschaftlichen Kontakt mit Farbigen hatten, und solchen, die sie nur aus der Ferne kennen. Die ersteren zeigten sich den verschiedenen Fragen gegenüber so erheblich aufgeklärter und negerfreundlicher als der nationale Durchschnitt und glaubten um so viel weniger an die weitverbreiteten weißen Stereotypen über die schlechten Eigenschaften der Farbigen, daß man kaum umhin kann, darauf einige Vermutungen zu stützen. Es gibt zwar keine Garantie dafür, daß jeder Weiße seine farbigen Mitmenschen aus der Nähe mit klareren oder gar freundlichen Augen betrachtet, aber der Rückgang des Vorurteils durch Begegnung und Kontakt scheint sehr vielversprechend, wenn man die Wirkung der gegenwärtigen Maßnahmen zur Aufhebung der Schranken und die Verringerung der sozialen Distanz durch bessere Schulen, Wohnungen und Arbeitsplätze in Betracht zieht. Daraus kann man auch schließen, daß die Entschuldigung der Südstaatler, sie hätten die Farbigen viel besser kennengelernt als die nördlichen Liberalen, einfach nicht der Wahrheit entspricht — man kann jahrzehntelang farbige Dienstboten haben, ohne sie deshalb zu „kennen" —, es sei denn, ihr Wahrnehmungsvermögen ist ganz außerordentlich vom Vorurteil beeinträchtigt. Es wäre auch schwer zu begreifen, wenn ein halbes Jahrhundert konsequenter Rassentrennung und Kastenbildung nicht die beabsichtigte Wirkung der Zerstörung menschlicher Kontakte gehabt haben sollte.

Die wirkliche Tolerierungsgrenze der weißen Bevölkerung scheint heute, von einem Vorurteilssockel von etwa einem Viertel der Bevölkerung abgesehen* — im Süden die Hälfte —, in der per-

* Dies sind etwa Leute, die Anstoß daran nehmen, in einem Restaurant,

sönlichen Intimsphäre zu beginnen. Das wäre etwa zwischen Myrdals erster und zweiter Stufe, da der Formalkodex der sozialen Ungleichheit außerhalb des ländlichen Südens und vor allem im unpersönlichen Großstadtleben keine Bedeutung besitzt. Zu dieser Intimsphäre gehört es zum Beispiel, in einem Laden Kleidung anzuprobieren, nachdem farbige Kunden sie anprobiert haben — ein Drittel der Weißen nehmen Anstoß daran — oder seinen Kindern das Mitbringen farbiger Spielgefährten oder Klassenkameraden zum Abendessen zu gestatten — fast die Hälfte im nationalen Durchschnitt und vier Fünftel im Süden sind auch dagegen. Eine Mischehe in der Familie oder gar das Ausgehen der Teenagertochter mit einem Farbigen stößt auf fast geschlossene Ablehnung bei allen Gruppen, einschließlich derer mit gesellschaftlichen Kontakten, und zwar zu 75 bis 100 Prozent.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß Vorurteile dieser und anderer Art erstaunlichen Wandlungen unterworfen sein können. George Gallups Volksbefrager legten zum Beispiel der Gesamtbevölkerung innerhalb von fünf Jahren zweimal die Frage vor, ob sie ihre Stimme wohl einem sonst durchaus qualifizierten Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei geben würden, der Jude, Farbiger, Katholik oder eine Frau sei. Dabei nahmen zwischen 1958 und 1963 die bejahenden Antworten erstaunlich viel, und zwar um 12 bis 15 Prozent zu, während sich die verneinenden um 10 Prozent verringerten, wenn auch mit Ausnahme des Vorurteils gegen Frauen. Immerhin sagten 1963 über drei Viertel, sie hätten nichts gegen einen jüdischen oder katholischen Präsidentschaftskandidaten einzuwenden, und etwa die Hälfte meinte, ein Farbiger oder eine Frau wäre ihr auch recht. 1965 waren es bereits drei Fünftel, die einen farbigen Präsidentschaftskandidaten nicht ablehnten, und nur ein Drittel sprach sich dagegen aus. Auch die Bürgerrechtsprogramme Kennedys und Johnsons und selbst einzelne Bürgerrechtsgesetze zeitigten große Schwankungen in der Volksmeinung; so zeigte es sich, daß die Gesetze, trotz allen südstaatlichen Widerstandes während der parlamentarischen Debatten, nach ihrer Verabschiedung selbst im Süden auf einmal bei der Hälfte bis drei Vierteln der Bevölkerung Zustimmung fanden. Vor allem bei der so lange bekämpften Schulintegration verwandelte sich im Zeitraum von nur

Autobus oder Kino neben Farbigen zu sitzen oder dieselben öffentlichen Toiletten zu benutzen.

zwei Jahren eine negative Zweidrittelmehrheit weißer Südstaatler im Jahre 1963 bis 1965 in eine positive Zweidrittelmehrheit. Man kann daraus schließen, daß ein gewisser Druck von seiten des Nordens dem Süden keineswegs schadet, ja fast willkommen geheißen wird.

Schließlich deutet sich der Trend auch in der Erwartung der weißen Südstaatler an, die von Gallup 1957 und 1963 befragt wurden, bis wann die Integrierung der Schulen, Restaurants und anderer öffentlicher Stätten ihrer Meinung nach abgeschlossen sei. Trotz ihrer offensichtlichen Unentschlossenheit erklärten 1963 über vier Fünftel – 1957 waren es weniger als die Hälfte gewesen – die Integrierung sei in der Tat unvermeidlich. Etwa die Hälfte erwartete sie innerhalb der nächsten fünf Jahre, ein weiteres Viertel in zehn und noch einmal 10 Prozent in spätestens zwanzig Jahren. Um ihren Trotz gegen das als unvermeidlich Erkannte ganz zu verstehen, muß man aber noch wissen, wie sie sich diese Entwicklung vorstellen: Nur ein Fünftel der Südstaatler glaubt, daß die Integrierung friedlich vor sich gehen könne. Zwei Fünftel erwarten einige gewaltsame Zusammenstöße, und ein weiteres Drittel rechnet mit ganz erheblichen Rassenkämpfen.

Rechtsradikalismus und Faschismus

Als der Senator Goldwater von der Republikanischen Partei zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde, mangelte es in der europäischen Presse nicht an Vergleichen mit Hitler. Dabei war damals das bestgehütete Geheimnis der Goldwater-Kampagne noch gar nicht einmal aufgedeckt worden. Erst nach der Wahl stellte es sich heraus, daß der Wahlmanager Goldwaters, Denison Kitchel, ein Altmitglied der *John Birch Society* war, und das gewiß nicht ohne das Wissen des Kandidaten, der ihn auf diesen Posten gebracht hatte. Besonders für ältere Europäer, die den Aufstieg Hitlers und Mussolinis miterlebt haben, lag die Frage nur zu nahe: Ist der amerikanische Rechtsradikalismus nicht eine faschistische Bewegung? Vor allem seine Verflechtung mit der Rassenfrage drängt den Vergleich geradezu auf. Steht in Amerika, so kann man ganz ungeachtet marxistischer Fehlkonstruktionen formulieren, der Faschismus vor der Tür? Wird die irrationale „Strähne" des ganzen Volkes unter der geschickten Manipulation der Führer der Rechten eines Tages in einer letzten „Kampagne wider die Vernunft" gar die

Demokratie mit einer faschistischen und rassistischen Diktatur vertauschen? Wird die Unruhe in der amerikanischen Politik die Welt weiter mit Angst und Schrecken bedrohen?
Dazu ist von vornherein zu bemerken, daß allein die Verschiedenheit der politischen Situation und der politischen Feinde einer rechtsradikalen Bewegung schon einschneidende, wenn nicht ausschlaggebende Unterschiede schafft. Der deutsche und der italienische Faschismus waren beide Erscheinungen des krisenartigen Machtzerfalls monarchischer Staaten. Die rechtsradikale Opposition in Amerika dagegen richtet sich lediglich gegen den modernen Wohlfahrts- und Verwaltungsstaat, vornehmlich der dreißiger Jahre, was ihr einen traditionell-anarchistischen Anstrich gibt. Auch die wirtschaftlichen Momente in den europäischen Spielarten waren ganz anderer Natur als bei der amerikanischen Rechten, die unter den Arbeitslosen kaum Zulauf findet. Ferner fehlt beim europäischen Faschismus das bei der amerikanischen Rechten überaus wichtige geschichtliche Motiv des protestantischen Fundamentalismus, dessen absolute Moralalternativen und Verworfenheitsgefühle sich kaum mit dem grenzenlosen Zynismus etwa der Nationalsozialisten vergleichen lassen. Andererseits gibt es jedoch schon einen streitbaren Rechtskatholizismus, in Amerika wie in Deutschland, dessen Gleichsetzung aller Andersgläubigen und vor allem der Säkularisten oder Atheisten in Kultur und Erziehung mit „objektiven Verbündeten" der Kommunisten ihn nicht selten zur aktiven Unterstützung der Rechtsradikalen verführt hat. Am deutlichsten offenbart sich die Unterschiedlichkeit der Situation im Verhältnis zur Demokratie. Zur Entstehungszeit des deutschen und italienischen Faschismus gab es in diesen beiden Ländern wenig dem Volke zu eigen gewordene demokratische Tradition, und man kann die Entwicklung zur Demokratie dort auch kaum als eine zwangsläufige Folge des monarchischen Zusammenbruchs bezeichnen. Die Demokratie war den Faschisten nur ein Programmpunkt ihrer politischen Gegner, dessen skrupulöser Spielregeln sie sich mit Vergnügen bedienten, um eben diese Demokratie abzuschaffen. Die amerikanische Rechte dagegen ist von vornherein in 150 Jahre langsam und organisch gewachsener Demokratie eingebettet, deren „Heilige", Jefferson und Lincoln, sie auch selbst mit mehr oder weniger Überzeugungskraft anruft und deren „Bibel", der Unabhängigkeitserklärung und der Bill of Rights, sie oft eine unaufrichtige Bewunderung zollt. Auch fehlt zum Bei-

spiel in den Vereinigten Staaten das zusammenbrechende Klassensystem Deutschlands, dem der Nationalsozialismus sowohl den Zulauf der Ausgestoßenen aller Klassen als auch den Aufstand der bedrohten Kleinbürger verdankte. Endlich ist in der amerikanischen Politik das pluralistische Interessen- und Gruppensystem, das im Weimardeutschland die potentiellen Anhänger des Nationalsozialismus so in Harnisch brachte, längst eingespielt und der breiten Öffentlichkeit vertraut. Daher ist die Lage, in der sich die amerikanischen Rechtsradikalen befinden, von Grund auf so verschieden von der des europäischen Faschismus, und es nimmt wunder, daß viele ernsthafte Beobachter von vornherein angenommen haben, bei den amerikanischen Rechtsradikalen müsse es sich um eine Spielart des europäischen Faschismus handeln.

Gewiß gibt es auch eine Reihe von übereinstimmenden Merkmalen, wie zum Beispiel den Rassenhaß, den Nationalismus, die Feindschaft gegenüber Gewerkschaften und Finanzkapital, die Haßliebe für den Kommunismus und das mangelnde Verständnis für Kompromiß und freiwillige Mäßigung. Man kann natürlich auf Grund oberflächlicheren Augenscheins zu bestimmten Folgerungen gelangen, wie das zuweilen von weniger ernst zu nehmenden Leuten getan wird, die ihre Lieblingstheorien über Amerika zu „beweisen" suchen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß ein solcher Vergleich noch nicht einmal naheliegt. In den ehemaligen Kolonialgebieten gibt es zum Beispiel auch oft politische Bewegungen, die heftig gegen die westlichen Kultureinflüsse reagieren und ihre Verteidigung des Althergebrachten rassisch oder ethnozentrisch motivieren. Sie mit den europäischen Faschisten zu vergleichen, wäre aber doch wohl sehr an den Haaren herbeigezogen.

Wenn man auf die offensichtlichen Unähnlichkeiten zwischen der amerikanischen Rechten und den europäischen Faschisten näher eingeht, drängen sich einem sofort wichtige Merkmale auf, die zum Beispiel dem Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus entscheidend zur Machtübernahme verholfen haben, während ihr Fehlen in Amerika die Rechte wohl immer wieder zum Scheitern verurteilen wird. Besonders der Nationalsozialismus war eine hochorganisierte Aktionsgemeinschaft, deren diszipliniertes Verhalten im politischen Kampf dem einer Armee nicht viel nachgab. Trotz der tiefgehenden Entfremdung von der menschlichen Gesellschaft und trotz anderer psychologischer Störungen waren die National-

sozialisten einer Koordinierung und Unterordnung fähig, die sie zu einem äußerst gefährlichen Instrument in der Hand des Usurpators machte. Die amerikanische Rechte dagegen ist mit wenigen Ausnahmen von einem derartig anarchischen Individualismus erfüllt, daß trotz der recht beträchtlichen Anzahl interessierter Gruppen und selbst aktiver Vertreter und trotz der allgemeinen Einsicht in den Nutzen der Einigung eine organisatorische Zusammenfassung wohl nie gelingen wird, von einer monolithischen Bewegung ganz zu schweigen. Die amerikanischen Rechtsradikalen teilen eben offenbar die obrigkeitsstaatliche Unterwürfigkeit und den pervertierten Autoritätsglauben der nationalsozialistischen Anhänger bei all ihren anderen Schwächen nicht und würden daher auch kaum „auf Befehl" – eher schon aus Neigung – reihenweise Verbrechen begehen, die selbst anscheinend normalen Deutschen im Dritten Reich nicht zuviel waren. Aus dieser Überlegung lassen sich wiederum Schlüsse auf die Persönlichkeitsstruktur von deutschen und amerikanischen Rechtsradikalen ziehen, die noch andere, nicht zu übersehende Unterschiede aufweisen. Ein weiteres Merkmal sind auch der praktische Sinn, die Zielstrebigkeit und der Opportunismus, mit dem die europäischen Faschisten zu Werke gingen. Man vergleiche nur einmal den Aktivismus der *fasci di combattimento* und der SA-Truppen, die der Theorie fast gänzlich entbehren konnten, mit der Rede-, Lese- und Schreibefreudigkeit der amerikanischen Rechten, die auch darin viel eher in der westlichen Tradition der politischen Diskussion als im straßenkämpferischen Landsknechtstum von Hitlers Gladiatoren steht.

Bei der Betrachtung der gesamten Tätigkeit der heutigen Rechten in Amerika und des Widerhalls, den sie in der Öffentlichkeit findet, gewinnt man den Eindruck, daß diese Äußerungen vor allem als die Reaktion der gequälten Menschennatur auf unser Zeitalter der Wasserstoffbomben, des Kalten Krieges und der gewaltigen technischen und gesellschaftlichen Umwälzungen angesehen werden sollten. Das breite Publikum sucht, von Vulgäragitatoren angespornt, die seine Schwächen und Reaktionen in besonders akutem Maße teilen, die enormen Spannungen und Frustrationen des Lebens in dieser schrecklichen Welt mit Gefühlsausbrüchen abzureagieren. Die meisten seiner Reaktionen sind daher auf die ungeheuerlichen Behinderungen gerichtet, die diese Welt dem „normalen Leben" und besonders dem privaten Glücksstreben entgegensetzt und die in der

amerikanischen Gesellschaft, die sich ja schon 1776 dem privaten Glücksstreben geweiht hat, buchstäblich als ein körperlicher Schmerz empfunden werden*.

Wenn es sich aber bei den meisten Äußerungen der Rechten nur um ein Streben handelt, der gequälten Menschennatur Ausdruck zu verleihen, und nicht etwa um einen Versuch, an die Macht zu kommen, dann kann es sich die Rechte natürlich auch leisten, ohne organisatorische Einheit auszukommen.

Bedeutet dies nun, daß die äußerste Rechte in den Vereinigten Staaten bloß eine harmlose Versammlung Unzufriedener ohne gefährliche Machtgelüste ist? In der Republikanischen Partei, wo man seine Pappenheimer kennt, sind die Gemäßigten offenbar nicht dieser Ansicht, sondern haben während und seit der Wahl entschlossene Gegenmaßnahmen zur „Eindämmung" der Rechtsradikalen in der Partei getroffen. Während der Wahlen von 1964 stellten sie bereits ein *National Council of Civic Responsibility* auf, dem auch in Staaten wie Kalifornien bald Organisationen liberalrepublikanischen Charakters innerhalb der Partei folgten. Unmittelbar nach der Wahl wurden auch Goldwaters Stützen im Nationalkomitee der Partei durch Unparteiische wie den neuen Vorsitzenden Ray Bliss ersetzt. Goldwater gründete daraufhin eine *Association for a Free Society*, und seine Anhänger stellten eine *American Conservative Union* auf, in der sie, um einen besseren Eindruck zu machen, Mitgliedern der *John Birch Society* nicht gestatteten, Ämter zu bekleiden. Wie immer, wird gegen den Oberrichter Earl Warren, die Vereinten Nationen und den Wohlfahrtsstaat gewettert. Und so erstehen immer neue Gruppen auf beiden Seiten, die das Auge verwirren, wenn sie sich auch die Waage zu halten scheinen. Aber die Schlacht ist offenbar nie gewonnen, denn man kann doch in einer freien Gesellschaft niemandem seinen politischen Glauben verbieten.

Das Bild der Rechten vertieft sich auch, wenn man die erschütternde Blindheit vieler älterer und keineswegs böswilliger Südstaatler vermerkt, die etwa in Briefen an die Tageszeitungen schreiben:

> „Ich bin 80 Jahre alt und habe mein ganzes Leben im Süden verbracht. Ich kann mich noch gut daran erinnern, was mir

* Man könnte dieses Gefühl ungefähr mit dem kaum unterdrückten Aufschrei vergleichen, der vor einigen Jahren durch die westdeutsche Bevölkerung ging, als so mancher Wohlstandsbürger erfuhr, daß sein sauer verdientes Kraftfahrzeug im Kriegsfalle vom Staat „erfaßt" würde.

mein Vater von der guten Behandlung der Sklaven erzählte ... Wir wollen doch diesen Farbigen nichts zuleide tun. Es waren doch die Abolitionisten, die alles verdarben ... Und jetzt sind es wieder diese Aufwiegler aus dem Norden."

Oder:

„Wenn nur die Zeitungen und das Fernsehen aufhören würden, dauernd von der Schulintegration zu quasseln, dann würde sie wieder in Vergessenheit geraten. Das Negervölkchen ist doch mit dem jetzigen Schicksal ganz zufrieden. Ich unterhielt mich heute mit meiner Köchin, die schon seit 25 Jahren bei mir ist, und sie hat mir auch gesagt, es wäre ihr und ihren farbigen Bekannten lieber, die ganze Sache käme endlich wieder zur Ruhe."

Man kann aus diesen Briefen ersehen, wie wenig Verständnis manche Leute selbst für die Welt haben, in der sie ein halbes Jahrhundert und länger ohne große Veränderungen gelebt haben. Wieviel weniger Verständnis kann man von ihnen für eine in rascher gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und außenpolitischer Umwandlung begriffene Welt erwarten? Unverständnis und Entfremdung führen die Leute oft in rechts- oder linksradikale Gruppen.

Unlängst stellte ein Kabinettsmitglied der kalifornischen Staatsregierung die Thesen zweier Pamphlete der *John Birch Society* und der maoistischen *Progressive-Labor*-Bewegung, die ihm zugesandt worden waren, einander gegenüber. Das erstere versicherte ihm, er lebe in einem kommunistischen Staat, dessen Marionetten der Präsident Johnson und der Gewerkschaftsführer Reuther seien. Kennedy sei ein Kommunist gewesen, den seine eigene Partei umgebracht habe, weil er ihre Befehle nicht ganz richtig ausführte. Ganz Amerika wüßte dies schon längst, wenn die Presse nicht unter kommunistischer Kontrolle stünde. Das Elaborat der *Progressive-Labor*-Bewegung teilte ihm mit, er lebe in einem faschistischen Staat, dessen Führer Johnson und Reuther seien und dessen Geheimpolizei Kennedy im Auftrag des Monopolkapitalismus ermordet habe. Und ganz Amerika hätte längst von dieser Verschwörung gehört, wenn die Presse nicht von den Faschisten beherrscht wäre. Diesem Beispiel der spiegelbildähnlichen Übereinstimmung der beiden Extreme könnte man leicht andere hinzufügen.

Die Unruhe in der amerikanischen Politik wird also gewiß auf unabsehbare Zeit hinaus anhalten. Präsident Johnson wird auch

zunehmend zum Ziel giftiger Attacken von beiden Flügeln werden, deren Chöre ihn heute wie einst Kennedy bereits zu begeifern anfangen. Da geht es etwa um die von der Rassenfrage aufgewühlten starken Gefühle oder um wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, um die Krankenversicherung, die Bundeshilfe für die Bildung oder um den Kampf gegen die Armut. Oder aber der rechte Flügel will Hanoi mit Kernwaffen bombardiert sehen oder Rotchina direkt angreifen, während die Demonstranten der Linken verlangen, die USA sollten ihre Vertragspflichten gegenüber Südvietnam und anderen asiatischen Ländern unter der *South East Asia Treaty Organization* (SEATO) – und morgen vielleicht gegenüber Berlin und der NATO – verletzen und sich zurückziehen.

Bisher ist Lyndon Johnson wenigstens noch der großen Enttäuschung Kennedys entronnen: daß die eine starke Exekutive verneinende amerikanische Verfassung auch die besten Absichten eines Präsidenten auf den Sandbänken des Kongresses auflaufen lassen kann. Auch das kann sich bei allem parlamentarischen Geschick Johnsons noch ändern, wie es sich bei allen seinen erfolgreichen Vorgängern im Weißen Haus nach kurzer Zeit geändert hat. Es ist nur zu hoffen, daß es der politische Meister Johnson bis dahin fertigbringt, das bisherige Leistungstempo des Kongresses aufrechtzuerhalten*. Denn wenn die Unruhe in der amerikanischen Politik doch zum großen Teil Wachstumsschwierigkeiten und mangelnder Anpassung der Menschen an die großen Umwandlungen der Gesellschaft entspringt, dann ist es wohl am besten, die Hauptumwandlungen schnell und sicher zur harmonischen Vollendung zu bringen, als daß die Schmerzen der großen Wandlung nutzlos verlängert werden. Es ist eben diese Leistungsfähigkeit und Reformwilligkeit, die die Johnson-Regierung an den Tag gelegt hat, die noch am ehesten die Unruhigen zu besänftigen und den Desorientierten wieder ein Gefühl für Ziel und Richtung des amerikanischen Gesellschaftslebens zu geben vermag.

* Johnsons Erfolge sind ein überzeugendes Argument für die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in den USA.



HINWEIS AUF ENGLISCHSPRACHIGE QUELLEN

1. DIE UNRUHE IN DER AMERIKANISCHEN POLITIK: Zu den Präsidentschaftswahlen 1964 sind bereits zwei Bücher erschienen, *The Making of the President 1964 [Der Präsident wird gemacht]* von Theodore M. White, der schon vier Jahre vorher eine klassische Beschreibung der Wahl Kennedys gab, sowie *What Happened to Goldwater? The Inside Story of the 1964 Republican Campaign* von Stephen Shadegg, dem ehemaligen Wahlmanager Goldwaters, dessen Beziehung zu dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten ziemlich kühl geworden war. Ausgezeichnete politologische Studien der verschiedenen Details und Meinungsforschungsergebnisse der Wahlen finden sich in dem Artikel von Philip Converse, Aage R. Clausen und Warren E. Miller „Electoral Myth and Reality: The 1964 Election", in: *The American Political Science Review*, Bd. 59, Juni 1965, und in den einzelnen Beiträgen zur Juniausgabe des *Western Political Quarterly*, Bd. 18, No. 2, Teil 2, unter dem Titel „The 1964 Elections in the West", wo auch die Vorwahlkampagne und der republikanische Parteitag in Kalifornien genau beschrieben werden. Dazu auch noch *Goldwater, Either/Or* von Thomas Morgan (H), eine kritische Sammlung der Aussprüche des Senators.

2. BÜRGERRECHTE UND HAUTFARBE: Die allgemeine Literatur über die Bürgerrechtsrevolution ist sehr ausgedehnt und soll auch noch zu späteren Kapiteln gelegentlich erwähnt werden. Einen guten Überblick mit wechselnder Betonung geben Louis Lomax, *The Negro Revolt* (1962), Dan Wakefield, *Revolt in the South* (1960), James Peck, *Freedom Ride* (1962) und die soziologisch bestimmten Bücher *Racial Crisis in America: Leadership in Conflict* (1964) von Lewis M. Killian und Charles M. Grigg und *Equality in America* (1964) von Alan P. Grimes. Dazu gehören zur Vertiefung Martin Luther Kings *Stride Toward Freedom* (1957) [*Freiheit* (1964)] und sein *The Strength to Love* (1963), James Baldwins *The Fire Next Time* (1963) und Whitney Youngs *To be Equal* (1964).
Richtungweisend für die geschichtliche Betrachtung sind C. Vann Woodwards *The Strange Career of Jim Crow* (1955) sowie die darin angegebenen Quellen. Ferner E. Franklin Fraziers *The Negro in the United States* (1957), J. Saunders Reddings *On Being Negro in America* (1951), *The Lonesome Road* (1959) und *They Came in Chains* (1950), Frank Tannenbaums *Slave and Citizen: The Negro in the Americas* (1946), sowie W. E. B. Dubois' *Black Folk* (1939), *The Souls of Black Folk* (1961) und

Black Reconstruction (1935). Auch die Standardwerke der amerikanischen Geschichte, Gunnar Myrdals *American Dilemma* und Werke der Dichtung, wie etwa Richard Wrights *Black Boy* und *White Man, Listen* (1957), James Baldwins *Notes of a Native Son* (1957) oder *Nobody Knows my Name* (1961), gehören hierher.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik wird vor allem von Myrdals zweibändigem Werk (1944) grundlegend dargestellt. Es empfiehlt sich auch die Kurzausgabe von Arnold Roses *The Negro in America* (1956). Zu den seit Myrdals Werk erfolgten Entwicklungen siehe *Economic and Social Status of the Negro in the U. S.* (1961) der National Urban League sowie den jährlich erscheinenden *Statistical Abstract of the United States* des amtlichen U. S. Bureau of the Census. Zur Wohnungsfrage geben der Bericht der U. S. Commission on Civil Rights, *Housing* (1961), und die Berichte der Commission on Race and Housing erschöpfend Auskunft, insbesondere Davis McEntires *Residence and Race* (1960) und die dort angegebenen Quellen, sowie Luigi Laurenti's *Property Values and Race* und Nathan Glazers und McEntires *Studies in Housing and Minority Groups*. Über die nordstaatlichen Gettos berichten Robert C. Weaver, *The Negro Ghetto* (1948); Morton Grodzins, *The Metropolitan Area as a Racial Problem* (1958); Frank F. Lee, *Negro and White in Connecticut Town* (1961); Harry S. Ashmore, *The Other Side of Jordan* (1960); St. Clair Drake und Horace Cayton, *Black Metropolis* (1945), und Richard Wright, *Black Boy* (1945). Stadtgettos im Süden beschreiben John Dollard, *Caste and Class in a Southern Town* (1937), Carl T. Rowan, *South of Freedom* (1952) und *Go South to Sorrow* (1957), sowie John Howard Griffin, *Black Like Me* (1961).

Zur Arbeitsbeschaffungsfrage sind Robert C. Weavers *Negro Labor: A National Problem* (1946) und die Aussagen von Herman P. Miller vor dem U. S. Senate Committee on Labor and Public Welfare vom 13. Juli 1963 unentbehrlich. Ferner Ray Marshall, „The Negro and Organized Labor", in: *Journal of Negro Education*, 32. Jg. (1963), sowie Herbert Hill, „Patterns of Employment Discrimination", in: *The Crisis*, No. 69 (März 1962), und Harold Baron, „Negro Unemployment: A Case Study", in: *New University Thought*, 3. Jg. (Sept.–Okt. 1963), eine Untersuchung im Getto von Chicago.

Zur Erziehungs- und Bildungsfrage siehe vor allem jetzt Virgil A. Clift und andere, *Negro Education in America* (1962), und Harry S. Ashmore, *The Negro and the Schools* (1954). Wichtig sind auch James B. Conant, *Slums and Suburbs* (1961), Frank Riessman, *The Culturally Deprived Child* (1962), Thomas F. Pettigrew, *Negro American Intelligence* (1964), und die laufenden Nummern des *Journal of Negro Education*.

Über die einzelnen Bürgerrechtsgruppen berichten außer den schon genannten Werken vor allem W. Haywood Burns, *The Voices of Negro Protest* (1963), und die Meinungsforschungsstudie von William Brink und Louis Harris *The Negro Revolution in America* (1963). Über die NAACP siehe Warren D. St. James, *The NAACP: A Case Study in Pressure Groups* (1958), und Langston Hughes, *Fight for Freedom: The Story of the NAACP* (1962). Zur National Urban League siehe William R. Simms,

The Urban League Story, 1910–1960 (1961), sowie Lomax, *The Negro Revolt*, und Myrdal. Die SCLC wird von King in *Stride Toward Freedom* und *A Letter From Birmingham City Jail* (1963) sowie in Kenneth Clarke, *The Negro Protest* (1963) besprochen. Von CORE und SNCC handeln Howard Zinns *SNCC, the New Abolitionists* (1964) und sein Bericht über die Bewegung in Albany, Georgia, *Albany, A Study in National Responsibility* (1962). Siehe dazu auch Glenford Mitchell und William H. Peace (H), *The Angry Black South* (1961); Peck, *Freedom Ride*, und Charles Jones, „SNCC: Non-Violence and Revolution", in: *New University Thought*, 3. Jg. (Sept.–Okt. 1963). Ferner auch Jack L. Walker, „The Functions of Disunity: Negro Leadership in a Southern City", in: *Journal of Negro Education*, 32. Jg. (1963).

Von den schwarzen Nationalisten handeln vor allem Eric Lincoln, *The Black Muslims in America* (1961), und E. U. Essien-Udom, *Black Nationalism* (1962), sowie Louis Lomax, *When the Word is Given* (1963). Die Wochenzeitung der Schwarzen Muslims, *Muhammad Speaks*, gibt Aufschluß aus erster Hand. Edmund David Cronons *Black Moses* (1955) erzählt die Geschichte Garveys. Über die Wechselwirkungen zwischen den Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika und den amerikanischen Farbigen siehe auch Harold Isaacs *The New World of the American Negro* (1962).

Über die Verbindung von Bürgerrechtlern und der „neuen Linken" siehe vor allem Charles Silberman, *Crisis in Black and White* (1964), wo auch Alinsky und Woddlawn Two besprochen werden, sowie Tom Kahn, „Problems of the Negro Movement", in: *Dissent* (Winter 1964) und in seinem Pamphlet der League for Industrial Democracy, *The Economics of Equality* (1964), und schließlich Nat Hentoff, *The New Equality* (1964). Ferner Andrew Kopkind, „New Radicals in Dixie: Those Subversive Civil Rights Workers", in: *New Republic* (10. April 1965), über Snick, und „Of, By and To the Poor: The New Generation of Student Organizers" daselbst (19. Juni 1965) über die SDS. Zinn bespricht diesen Punkt gleichfalls in seinem Snick-Buch. Alinskys Methode ist in seinem Buch *Reveille for Radicals* (1946) ausführlich erläutert. Zur Ergänzung siehe die Artikel „The Professional Radical: Conversations with Saul Alinsky" und „A Professional Radical Moves in on Rochester", in: *Harper's Magazine* (Juni und Juli 1965), wo auch Woodlawn Two von Anfang an verfolgt wird. Ferner James Ridgway, „Saul Alinsky in Smugtown" und „Poor Chicago: Down and Out with Mayor Daley", in: *New Republic* (26. Juni und 15. Mai 1965), sowie Ridgway und Denton J. Brooks – der Vorsitzende des Chicago Committee on Urban Opportunity –, „Chicago's War on Poverty: Pro & Con", daselbst (12. Juni 1965). Diese Entwicklungen sind alle noch so neu, daß keine zusammenfassenden Abhandlungen vorliegen. Die neue und die alte Linke sollen in ihrer jetzigen Richtung am besten von ihren Zeitschriften vertreten werden, *The Worker*, *People's World* und *Political Affairs* für die CP (USA), *Challenge* für Progressive Labor, *International Socialist Review* für die Trotzkisten sowie James Aronsons *National Guardian*, die *Monthly Review* der Nationalökonomen Paul Sweezy und Leo Huberman und *Studies on the*

Left für die äußerste Linke im allgemeinen. Anfang Mai 1965 erschien eine Übersicht über die „neue Linke" in der *New York Times* und etwas gröber zur selben Zeit auch in der *Saturday Evening Post.* Jetzt auch Stephen Warshaw (H), *The Trouble at Berkeley* (1965), über die dortigen Unruhen.

Zur Wahlrechtsfrage siehe besonders Wallace Mendelson, *Discrimination* (1962), das Buch von Mitchell und Peace sowie die Berichte der U. S. Civil Rights Commission. Über die südstaatlichen Einflüsse auf die Bundespolitik schrieb V. O. Key sein klassisches Werk *Southern Politics* (1949). Zur Bundespolitik siehe auch Paul H. Norgren, „Governmental Fair Employment Agencies: An Appraisal of Federal, State and Municipal Efforts to End Job Discrimination", in: *Proceedings of Industrial Relations Research Association* (1961), und John Hope und Edward Shelton, „The Negro in the Federal Government", in: *Journal of Negro Education*, 32. Jg. (1963).

3. DIE REVOLTE GEGEN DAS 20. JAHRHUNDERT: Allgemein und für einen geschichtlichen Überblick sind die Standardwerke über die amerikanische Geschichte aufschlußreich, darunter besonders die zeitgeschichtlichen von Frederick Lewis Allen oder Arthur Schlesinger. Siehe auch Eric F. Goldman, *The Crucial Decade – and After* (1961); Clinton Rossiter, *Conservatism in America* (1955); Daniel Bell (H), *The New American Right* (1955), und Richard Hofstadter, *The Age of Reform* (1955) und „The Pseudo-Conservative Revolt", in: *The American Scholar*, 24. Bd. (Winter 1954/55). Ferner Norman A. Graebner, *The New Isolationism* (1956), Richard H. Rovere, *Senator Joe McCarthy* (1959), und Samuel A. Stouffer, *Communism, Conformism and Civil Liberties* (1955).

Zur Katalogisierung der Gruppen der Rechten siehe etwa *The First National Directory of ‚Rightist' Groups, Publications and Some Individuals in the United States* (3. Ausgabe 1957) und die Aufzählung von Ralph E. Ellsworth und Sarah M. Harris, „The American Right Wing", in: *University of Illinois Library School Occasional Papers*, No. 59 (Nov. 1960). Eine Reihe von journalistischen Darstellungen der letzten Jahre beschreibt die Rechte mehr oder weniger impressionistisch. *Danger on the Right* von Arnold Forster und Benjamin R. Epstein (1964) enthält neben der zitierten Klassifikation auch eine Aufstellung der Geldgeber der einzelnen rechtsradikalen Programme und Gruppen.

Zur Literatur der Rechten: Buckley ist hauptsächlich durch Schriften wie *God and Man at Yale, McCarthy and his Enemies* und *Up from Liberalism* bekannt. Andere typische Schriftsteller derselben Art sind etwa Russell Kirk, James Burnham, Brent Bozell und John Chamberlin. Vertreter der zweiten Kategorie sind etwa *The Final Secret of Pearl Harbor* des ehemaligen Admirals Theobald, *Wedemeyer Reports* des Exgenerals Wedemeyer und *I Saw Poland Betrayed* des Exdiplomaten Arthur Bliss Lane. Die anderen rechtsradikalen Gruppen sind hauptsächlich durch die genannten Zeitschriften, Radio- und Fernsehprogramme und unzählige Pamphlete vertreten, von denen einige nur Abdrucke von Artikeln der Zeitschriften sind. Gewisse amtliche Dokumente der Untersuchungsaus-

schüsse für kommunistische oder verfassungsfeindliche Umtriebe von Staatsparlamenten, vom Senatsausschuß für Interne Sicherheit und dem Repräsentantenausschuß für unamerikanische Umtriebe – in denen nicht selten unhaltbare Behauptungen unter dem Schutz parlamentarischer Immunität aufgestellt werden – gehören auch mit zu der in rechtsradikalen Gruppen eifrig gelesenen Literatur. Ein Büchlein der amerikanischen Luftwaffe, das mit der Behauptung, unter den protestantischen Geistlichen Amerikas seien viele Kommunisten, erheblichen Staub aufwirbelte, sowie gelegentliche Schriften und halbamtliche Verlautbarungen des Chefs der F. B. I., J. Edgar Hoover, werden auch viel gelesen, obwohl sie eigentlich eher als sensationell denn als typisch rechtsradikal gelten können.

Die sich mit Wirtschaft und Währung befassende Literatur der Rechten nimmt naturgemäß besonders großen Raum ein. Dazu gehören etwa Frank Chodorovs *The Income Tax: Root of all Evil* (1954), H. E. Kershners *God, Gold and Government* (1957) und George Racey Jordans *Gold and Freedom* (1957), um nur einige herauszugreifen. Eustace Mullins *The Federal Reserve Conspiracy* (1954) und Hans Sennholz' „The Federal Reserve System", in: *American Opinion* (April 1958), verbinden Inflation mit den „subversiven Manipulationen" des Federal Reserve Board; und Dillard Stokes, *Social Security: Fact and Fancy* (1956), und M. W. Karmin, „Social Security: Benefit or Burden", in: *American Mercury* (März 1958), wenden dieselbe Anschauungsweise auf die Sozialversicherung an. In Gerald L. K. Smiths *The Cross and the Flag* vom März 1958 kann man etwa dasselbe Argument entsprechend vergröbert finden.

Allgemein über den Süden unterrichten etwa W. J. Cash, *The Mind of the South* (1960), Hodding Carters, *Southern Legacy* (1950), und mit besonderer Betonung des Politischen das obenerwähnte Buch von V. O. Key. Über die Gegenrevolutionäre des Südens kann man vor allem bei James Graham Cook, *The Segregationists* (1962); Harry Ashmore, *An Epitaph for Dixie* (1958) und *The Other Side of Jordan;* Hodding Carter, *The South Strikes Back* (1959), und John Bartlow Martin, *The Deep South Says Never* (1957), nachlesen. Zu den Gewaltaspekten siehe auch *Intimidation, Reprisal and Violence in the South's Racial Crisis* des American Friends Service Committee (1958) und Arnold S. Rice, *KuKluxKlan in Politics* (1963).

Zur Literatur aus rassentrennerischer Feder siehe vor allem die auch von der John Birch Society empfohlenen Schriften *A Letter to the South* von Robert Welch; Manning Johnson, *Color, Communism and Common Sense;* Earl Lively, *The Invasion of Mississippi,* und Ford und Allen, *The Negroes in a Soviet America,* die alle vom Bulletin der Birch Society angepriesen werden. Von den Bürgerräten werden verbreitet Carleton Putnams *Race and Reason* (1962) und Tom Bradys *Black Monday* (1954), die sich vor allem auf pseudowissenschaftliche Rassenlehren stützen. Theologische Argumente – der Süden gehört ja großenteils zum fundamentalistischen Bibelgürtel – gebrauchen G. T. Gillespies *A Christian View on Segregation,* James P. Dees *The Destroyers* und Carey Daniels *God, the Original Segregationist.*

Über die Schulintegration vom südlichen Standpunkt schrieben James O. Eastland, *We've Reached the Era of Judicial Tyranny;* James F. Byrnes, *The Supreme Court Must be Curbed;* Herbert Ravenel Sass, *Mixed Schools and Mixed Blood,* und *The Ugly Truth About the NAACP* vom Obersten Staatsanwalt von Georgia, Eugene Cook. Siehe auch Peter A. Carmichael, *The South and Segregation* (1964); William D. Workman, *The Case for the South* (1960), sowie James J. Kilpatrick, *The Southern Case for School Segregation* (1962). Zu den Umgehungsmethoden der Südstaatler gegenüber dem Obersten Bundesgericht siehe Louis Lusky, „Justice with a Southern Accent: Do our Federal Courts Need Emancipating?", in: *Harper's Magazine* (März 1964), sowie Mendelsons *Discrimination* und die Schriften von Ashmore. Der Gegenbericht auf die Untersuchung der Schulintegration in Washington durch den Stadtverwaltungsausschuß des Repräsentantenhauses ist von Carl F. Hansen: *Miracle of Social Adjustment: Desegregation in the Washington, D. C. Schools* (1957).

Die Besprechung der weiteren rechtsradikalen Tätigkeit stützt sich vor allem auf die bereits erwähnten Zeitschriften und Programme der Rechten. Siehe dazu jedoch auch John T. Flynn, *The Road Ahead* (1949), die Pamphlete des Exkommunisten Kenneth Goff über die Vereinten Nationen und die *Tagebücher von John Franklin,* die in futuristischen Angstträumen die gewaltsame Machtübernahme durch die „buros", die Stoßtruppen eines bürokratischen Polizeistaates, im Jahre 1973 – wenn die ganze freie Welt untergehen soll – schildern. Zum Verständnis der Vorstellungswelt der John Birch Society ist die Lektüre von Robert Welchs *The Politician* und *The Bluebook of the John Birch Society,* die alle paar Jahre in stark veränderter Form wiederaufgelegt werden, unentbehrlich. Zur psychologischen Deutung siehe besonders Theodore W. Adorno und andere, *The Authoritarian Personality* (1950), und Leo Lowenthal und Norbert Guterman, *Prophets of Deceit* (1949), sowie Edward Shils *The Torment of Secrecy.* Zu den Geschichten von Spionage und Verrat siehe auch Medford Evans, *The Struggle for the A-Bomb,* Chesly Manly, *The Twenty Year Revolution, From Roosevelt to Eisenhower* (1954), und *The Shameful Years* des Repräsentantenausschusses über unamerikanische Umtriebe.

Die individual-anarchistische Weltanschauung findet man etwa in Frank Chodorovs *One is a Crowd* oder den Schriften von Ayn Rand *The Fountainhead, Atlas Shrugged* und *For the New Intellectual.* Eine Schilderung einer örtlichen Kampagne gegen ein Mitglied der Schulverwaltung ist David Hulburds *It Happened in Pasadena* (1953), während die Bekämpfung der Fluorisierung des Trinkwassers von Donald R. McNeil in „The Polemics of Fluoridation", in: *The Nation* (4. 2. 1961) besprochen wird. Weitere Quellenhinweise bei Ellsworth und Harris, S. 39–41.

4. DIE ÜBERWINDUNG DES VORURTEILS: Grundlegend für ein Verständnis der hier behandelten Zusammenhänge ist das Werk von Myrdal oder seine Kurzausgabe von Arnold Rose. Die umfassendste Einführung in die amerikanische Psychologie der Vorurteilsbildung sind immer noch

Gordon W. Allport, *The Nature of Prejudice* (1954), sowie die darin genannten Quellen. Siehe ferner zum Rassenbegriff: Arnold Rose, *Race Prejudice and Discrimination* (1951); M. F. Ashley-Montague, *Race: Man's Most Dangerous Myth* (1942); Jitsuichi Masuoka, *Race Relations: Problem and Theory* (1961), und die UNESCO-Schriften *What is Race? Evidence from Scientists* (1952), *The Race Question in Modern Science* (1961) und *Race and Science* (1963).

Zur amerikanischen Rassenfrage siehe die oben erwähnte allgemeine Literatur über die Geschichte der Farbigen sowie auch David M. Reimers, *White Protestantism and the Negro* (1965); Thomas F. Gossett, *Race: The History of an Idea in America* (1964), – und besonders Rayford Logan, *The Negro in American Life and Thought: The Nadir 1877–1901* (1956); – Alfred J. Marrow, *Changing Patterns of Prejudice* (1962), und Edgar T. Thompson, *Race: Individual and Collective Behavior* (1958), oder Tamotsu Shibutani und andere, *Racial Stratification* (1965), sowie Nathan Glazer, *Beyond the Melting Pot* (1963). Melville J. Herskovitz stellte schon vor Jahrzehnten in *The Myth of the Negro Race* (1924) und *The Anthropometry of the American Negro* (1930) den Rassenbegriff auf die Probe.

Zur Rassenfrage in England siehe zum Beispiel Little, *Negroes in Britain* (1948), oder Wickenden, *Colour in Britain* (1960), oder Shelby McCloy, *The Negro in France* (1961), für Frankreich. Die Meinungsforschungsdaten sind zum großen Teil den Mitteilungen des George-Gallup-Instituts und anderer Institute in der Tagespresse entnommen. Das Buch von William Brink und Louis Harris enthält einen Reichtum an Material, das bereits zum großen Teil in der Zeitschrift *Newsweek* erschien.

Weitere Details dieses Kapitels stützen sich auf bereits zu den vorhergehenden Kapiteln erwähnte Quellen. Zu Einzelheiten des Vorurteilsmechanismus siehe vor allem Adorno sowie auch Richard Christie und Marie Jahoda, *Studies in the Scope and Method of ‚The Authoritarian Personality‘* (1954), und Samuel Flowerman, *The Authoritarian Mind*. Ferner G. Saenger, *Social Psychology of Prejudice* (1953); Bruno Bettelheim und Morris Janowitz, *The Dynamics of Prejudice;* N. W. Ackermann und Marie Jahoda, *Anti-semitism and Emotional Disorder* (1950); E. Simmel (H), *Anti-Semitism: A Social Disease* (1948), sowie E. T. Prothro, „Ethnocentricism and Anti-Negro Attitudes in the Deep South“, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* (1952). S. A. Stouffer wies in seinem zweibändigen *The American Soldier* (1949) unter anderem auch überzeugend die Zusammenhänge zwischen absteigender sozialer Position und Vorurteilsneigung nach. Interessante Parallelen zum mitteleuropäischen Antisemitismus hat u. a. auch Wilfried Daim, *Der Mann, der Hitler die Ideen gab* (1958), S. 211 ff., in tiefenpsychologischer Sicht aufgezeigt. Siehe auch die Beiträge zu T. M. Newcomb (H), *Readings in Social Psychology* (1947).

INHALT

Erstes Kapitel: Die Unruhe in der amerikanischen Politik 7

Die amerikanische Politik malt nur mit gemischten Farben 12
Kandidat Goldwater und seine Anhänger 18
Die Goldwater-Bewegung im amerikanischen Parteiensystem 27
Die Reaktion auf die Rassenkrawalle 32
Die Bedeutung der Wiederwahl Johnsons 36

Zweites Kapitel: Bürgerrechte und Hautfarbe 41

Ein geschichtlicher Überblick 43
Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik der Farbigenfrage 47
Die gegenwärtige Bürgerrechtsbewegung 58
Wege und Irrwege 70
Die Überwindung der gettobedingten Entfremdung 79

Drittes Kapitel: Die Revolte gegen das 20. Jahrhundert 86

Die konservative Sehnsucht 88
Wie stark ist die amerikanische Rechte? 97
Der Ansporn der Rassenfrage 105
Rechtsradikales Denken und Handeln 116

Viertes Kapitel: Überwindung des Vorurteils 132

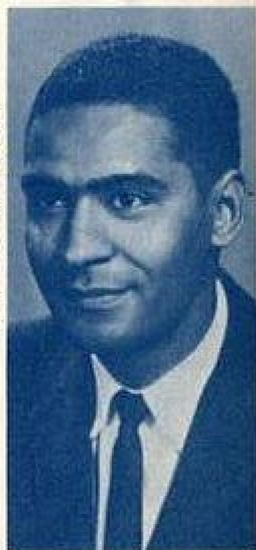
Was ist Vorurteil? 134
Integration und Selbstachtung 149
Die zukünftige Entwicklung der Rassenfrage 154
Rechtsradikalismus und Faschismus 162



PETER H. MERKL wurde 1932 in München geboren. 1951/52 studierte er als Staatsstipendiat in seiner Heimatstadt Philosophie und Jura. 1952 kam er als Austauschstudent an die University of Minnesota und erwarb dort den Grad des *Master of Arts* in internationalen Beziehungen. Nach einem weiteren Jahr an der Universität München ging Merkl als Assistent in der Politischen Wissenschaft an die University of California in Berkeley. 1959 habilitierte er sich und lehrt seither an der University of California, Santa Barbara, Politische Wissenschaft. 1961 und 1964 erhielt Merkl Forschungsstipendien von der Ford Foundation und Rockefeller Foundation zum Studium der deutschen Politik und der politischen Parteien.

Wichtigste Veröffentlichungen:
The Origin of the West German Republic,
Oxford University Press, 1963
Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland,
Kohlhammer Verlag, 1965
Germany, Yesterday and Tomorrow, *Oxford University Press, 1965*
Political Ideas and Institutions, *Harper & Row, 1966*

Beiträge erschienen in:
American Political Science Review,
Politische Vierteljahresschrift, Western Political Quarterly,
Journal of Conflict Resolution, International Organization,
American Journal of Comparative Law



OTEY M. SCRUGGS wurde 1929 in Vallejo, Kalifornien, geboren. Nachdem er 1951 am Santa Barbara State College den Grad eines *Bachelor of Arts* im Fach Soziologie und 1952 an der Harvard-Universität den eines *Master of Arts* in Amerikanischer Geschichte erworben hatte, habilitierte er sich 1959 in Harvard. Seither lehrt er an der University of California, Santa Barbara, Amerikanische Geschichte. 1965 wurde er für zwei Jahre beurlaubt, um eine leitende Stellung im Amerikanischen Friedenskorps in Ekuador übernehmen zu können.

Wichtigste Veröffentlichungen:
Henry Adams' History of the United States during the Administration of Jefferson and Madison
(mit George Dangerfield), Prentice-Hall, 1963

Beiträge erschienen in:
Pacific Historical Review, Agricultural History, Labor History,
South Western Social Science Quarterly,
Politische Vierteljahresschrift



COLLOQUIUM VERLAG BERLIN